

### Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik

Godehardt, Nadine (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Godehardt, N. (Hrsg.). (2017). *Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik* (SWP-Studie, 17/2017). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54564-3>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Nadine Godehardt (Hg.)*

# **Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik.**

S 17  
September 2017  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in  
Auszügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
der SWP gestattet.

SWP-Studien unterliegen  
einem Begutachtungsverfah-  
ren durch Fachkolleginnen  
und -kollegen und durch die  
Institutsleitung (*peer review*).  
Sie geben die Auffassung  
der Autoren und Autorinnen  
wieder.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, Berlin, 2017

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

- 5 **Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik.**
- 6 **Protest im Verhältnis von Politik, Raum und Medialität**  
Jan Beuerbach / Nadine Godehardt
- 15 **#BlackLivesMatter: Eine neue Qualität gesellschaftlichen  
Protests in den USA**  
Johannes Thimm
- 30 **Vom lokalen Protest zum internationalen Streit:  
Der argentinisch-uruguayische Konflikt um die Zellstoff-  
Fabriken am Río Uruguay**  
Claudia Zilla / Philipp Wesche
- 49 **Hongkongs Regenschirmbewegung: Protest als Forderung  
nach politischer Partizipation**  
Nadine Godehardt
- 65 **Sanaa: »Staatsstreich« oder »Revolution« in  
der jemenitischen Hauptstadt**  
Mareike Transfeld
- 81 **Kampf um Raum in Istanbul und der »Funke Gezis«**  
Gitta Lauster
- 98 **Senegals Jugend in Bewegung: Choreographie eines  
urbanen Protests**  
Nina-Kathrin Wienkoop
- 108 **Ausblick: Urbane Proteste im digitalen Zeitalter**  
Jan Beuerbach / Nadine Godehardt
- 111 **Anhang: Zur Methode**  
Nadine Godehardt
- 118 **Abkürzungen**
- 119 **Die Autorinnen und Autoren**



Multimedia-Webseite zur SWP-Studie

[bit.ly/SWP17S17W](https://bit.ly/SWP17S17W)

*Für die Unterstützung bei den Projekt-Workshops gilt unser Dank besonders Dunya Bouchi und Miriam Mlecek vom Architekturforum Aedes in Berlin, Sascha Suhrke von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Roman Wilhelm (Kommunikationsdesigner) und Simon Teune (Moderator). Christoph Schüßler danken wir für die Gestaltung der Website und Moritz Dirks für die gute Zusammenarbeit beim Video-dreh.*

# Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik.



Zum Kapitel

[bit.ly/SWP17S17P](https://bit.ly/SWP17S17P)

Seit Beginn der 2010er Jahre haben urbane Proteste größere globale Aufmerksamkeit erregt als andere Proteste in den Jahrzehnten zuvor. Das gilt für die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo (2011), des Taksim-Platzes in Istanbul (2013) und des Maidan in Kiew (2013/14) ebenso wie für die Demonstrationen der Bewegung »Occupy Wall Street« (2014) und die Regenschirmbewegung in Hongkong (2014). Diese Aufmerksamkeit erklärt sich unter anderem damit, dass Protestaktivitäten immer häufiger in großen Städten stattfinden, die sich in Demokratien wie Nicht-Demokratien als Knotenpunkte der modernen digitalisierten und technisierten Gesellschaft entwickelt haben. Die global vernetzte Stadt ist ein strategischer Ort, an dem neue Formen politischer Artikulation und Aktion erprobt werden können. Folgerichtig betrachten sowohl Entscheidungsträger als auch Experten die Besetzung und Blockade von öffentlichen Plätzen, Straßen oder Gebäuden zunehmend als globale politische Herausforderung. Verstärkt wird diese »Politisierung der Straße« durch die beschleunigte digitale und dabei häufig (audio-)visuelle Verbreitung der Protestaktivitäten über soziale Medien. Sie ermöglicht, dass die Ereignisse gleichzeitig weltweit sichtbar werden.

Proteste finden an der Schnittstelle verschiedenster politischer Räume statt, seien sie urban, global oder digital. Solche Räume lassen sich immer schwerer voneinander trennen und wirken zugleich politisch immer stärker aufeinander. Das legt nahe, dass die oftmals starren Unterteilungen zwischen dem Innen und dem Außen des Nationalstaates oder zwischen privaten und öffentlichen Räumen zu überdenken sind. Räume sind darüber hinaus ein Ergebnis sozialer Interaktionen und politischer Handlungen. Das heißt, dass die Bedeutung von Räumen wie etwa Plätzen oder Straßen sich ändern kann, so dass jene stets wandelbar sind. Eine Analyse verschiedener Proteste aus den letzten Jahren ist daher sinnvoll, um die neue Vielschichtigkeit der Weltpolitik mit ihren neuen Räumen, Akteuren und Bedeutungen darzulegen und dabei vor allem das Digitale zu berücksichtigen.



Video

[bit.ly/SWP17S17P1](https://bit.ly/SWP17S17P1)



Zum Kapitel

bit.ly/SWP17S17E

## Protest im Verhältnis von Politik, Raum und Medialität

Jan Beuerbach / Nadine Godehardt

Die Untersuchung von Protesten seit Beginn dieses Jahrzehnts bietet eine Möglichkeit, die neue Vielschichtigkeit der Weltpolitik aufzuzeigen, denn die mannigfachen Bekundungen von Widerspruch verweisen auf gesellschaftliche, politische und technologische Veränderungen. Protest wird in diesem Projekt daher als »zusammenhängendes Phänomen«<sup>1</sup> verstanden, für das die Autorinnen und Autoren in ihren Beiträgen eine je eigene, dem jeweiligen Kontext angemessene Sichtweise entwickeln. Ziel ist demnach nicht, eine einheitliche Definition für das Phänomen der hier behandelten »urbanen Protestbewegungen« zu präsentieren. Stattdessen werden die betreffenden Protestsituationen kontextualisiert und verschiedene Aspekte der neuen Vielschichtigkeit herausgearbeitet. Dabei liegen die Schwerpunkte auf drei Kontexten des Protests. So wird das Verhältnis von *Protest und Politik* unter die Lupe genommen, etwa die Veränderung der politischen Artikulation oder das Aufbrechen traditioneller Kategorien der Politik wie die Unterscheidung zwischen nationaler, regionaler und globaler Ebene. Weiterhin gilt das Augenmerk dem Zusammenhang von *Protest und Raum*. Hier richtet sich der Blick auf die Aneignung und Verengung des öffentlichen Raumes sowie die Parallelität privater, öffentlicher, physischer und digitaler Räume. Ebenfalls beleuchtet wird die Verbindung von *Protest und digitaler Medialität*, zum Beispiel die Nutzung und Bedeutung sozialer Medien. Insgesamt ist zu berücksichtigen, dass die Begriffe Politik, Raum und Medialität sich aufeinander beziehen und nicht bloß einzeln betrachtet werden können.<sup>2</sup>

### Räumliche Differenzierungen stehen in Frage

Die oftmals starren räumlichen Unterscheidungen werden immer brüchiger. In der internationalen Politik gilt das vor allem für die Unterteilung

<sup>1</sup> Volker Perthes hebt hervor: »Statt einzelner Krisen haben wir es [...] mehr und mehr mit zusammenhängenden Krisenlandschaften zu tun. Einzelne Landmarken oder Landschaftselemente bleiben erkennbar; sie müssen aber als Teil eines integrierten Geländes verstanden, erkundet und bearbeitet werden.« Diese Erkenntnis haben die Autorinnen und Autoren der Studie in ihre Untersuchung des Phänomens Protest einfließen lassen. Siehe Volker Perthes, »Einleitung: Navigieren durch Krisenlandschaften«, in: ders. (Hg.), »Krisenlandschaften«. *Konfliktkonstellationen und Problemkomplexe internationaler Politik*. *Ausblick 2017*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2017 (SWP-Studie 1/2017), S. 5–9 (5).

<sup>2</sup> Als Auftakt des Projekts fanden am 8. Oktober und 26. November 2015 zwei Workshops mit etwa 15 bis 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, die aus verschiedenen Bereichen der SWP stammten. Die Workshops waren explorativ angelegt und orientierten sich an der Methode des Design Thinking. Siehe die ausführliche Darstellung im Anhang und online unter <<http://projekt.swp-berlin.org/urbaneraeume/kapitel/zur-methode/>>.

zwischen dem Innen und dem Außen des Nationalstaates. Daraus erwachsen politische Probleme, denn in den Kategorien von Innen und Außen werden nicht nur die politischen Zuständigkeiten von Ministerien, Kommunal- und Stadtregierung, Polizei und Militär festgelegt, sondern auch der jeweils maßgebliche Rechtsraum, sei es nationales Recht, EU-Recht oder Völkerrecht. Eine Auseinandersetzung mit »Protesten in urbanen Räumen« offenbart, dass globale Phänomene häufig quer zu traditionellen Verortungen von Politik liegen. So können sie zu einem Thema in der Außenpolitik eines anderen Staates oder zwischen Staaten werden. Denkbar ist auch ein Übertragungseffekt vom unmittelbaren Kontext des Protestes in eine andere Sphäre der Politik, ob lokal, national, regional oder global. In der Humangeographie wird dies als »jumping of scale« bezeichnet.<sup>3</sup> Im Gegensatz zu einer klaren hierarchischen Differenzierung wird zunehmend betont, wie sehr die verschiedenen räumlichen Ebenen ineinandergreifen und aufeinander wirken. Bestimmte politische Ereignisse oder Handlungen wie etwa urbane Proteste bewegen sich daher oft auf mehreren »scales«.<sup>4</sup>

Eine weitere Innen-Außen-Unterscheidung innerhalb des Nationalstaates ist diejenige zwischen privaten und öffentlichen Räumen. Mit Blick auf das »Phänomen Protest« wäre diese Aufteilung ebenfalls zu überdenken. Sie ist nicht bloß administrativ, sondern ein Instrument, um das alltägliche Leben der Bürger und Bürgerinnen zu regeln. Anhand dieser Differenzierung wird auch formuliert, welche Belange politisch relevant und welche Privatsache sind. Politischer Protest kann nun als Ausdruck dafür gelesen werden, dass wichtige Anliegen von Gruppen der Zivilbevölkerung in der Politik nicht beachtet werden und Partizipation in ihrer Gestaltung versagt bleibt. So grundlegend wie Demokratien und Nicht-Demokratien unterscheiden sich daher auch Forderungen und Einsatz der jeweiligen Proteste. Dennoch geht es hier immer um die Berücksichtigung eines Anliegens und damit um die Teilnahme am politischen Prozess. Protestierende fordern den vorherrschenden Konsens heraus, indem sie Gegenarrative schaffen. Vielfach unterbrechen sie radikal den politischen Alltag, in dem bestimmte Belange und Positionen kaum mehr Platz haben, so dass diese erst mit Hilfe des Protestes wieder in Erscheinung treten können.<sup>5</sup> Proteste drängen in zweierlei Hinsicht in die Öffentlichkeit. Die Protestierenden kommunizieren ihr Anliegen und verlangen, dass darüber in der Sphäre der öffentlichen Entscheidungsfindung verhandelt wird. Dazu besetzen sie mit Demonstrationen oder Protestcamps öffentlichen, meist städtischen Raum und inszenieren damit einen Bruch in der ge-

<sup>3</sup> Hierbei steht »scale« für die verschiedenen räumlichen Ebenen der Politik. Vgl. Sallie A. Maerston/John Paul Jones III/Keith Woodward, »Human Geography without Scale«, in: *Transactions of the Institute of British Geographers*, 30 (2005) 4, S. 416–432.

<sup>4</sup> Vgl. Danny MacKinnon, »Reconstructing Scale: Towards a New Scalar Politics«, in: *Progress in Human Geography*, 35 (2010) 1, S. 21–36.

<sup>5</sup> Ein anderes Beispiel wäre der Streik, mit dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrem Anliegen Gehör verschaffen. Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2002.



wohnten (und offensichtlich unwohnlichen) Ordnung. In der Praxis des Protestcamps, also der mehrtägigen oder gar mehrwöchigen Besetzung von Plätzen durch Zeltstädte mit eigener Infrastruktur, Organisation, Tagesabläufen und Ritualen, wird somit die ursprüngliche Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Raum selbst in Frage gestellt.

Proteste sind folglich ein Indikator dafür, dass der vorherrschende Konsens innerhalb einer Gesellschaft nicht mehr von allen geteilt wird. Sie machen existierende Brüche zwischen Politik und Gesellschaft sichtbar und verdeutlichen, dass »der öffentliche Raum der Ort [ist], an dem konfligierende Sichtweisen aufeinandertreffen«.<sup>6</sup> Proteste, vor allem die Aneignung der Straße oder öffentlicher Plätze, werfen die Frage auf, ob die Politik oder genauer die Regierung das Volk und seinen Willen noch ausreichend repräsentiert.<sup>7</sup> So nutzen Protestierende vorhandene physische wie digitale Räume, deren Bedeutung sie politisch umwidmen. An dieser Stelle wird klar, wie das »Phänomen Protest« beispielhaft die starren räumlichen Unterscheidungen der Politik aufbricht.

Politik ist also räumlich, aber diese Form der Räumlichkeit bezieht sich nicht auf ein immer schon gegebenes Gebiet. Raum ist nicht einfach der feststehende, materielle und bebaute Raum aus Erde, Straßen und Häuserwänden, der in seiner Bedeutung konstant bliebe. Vielmehr bildet er das Ergebnis der sozialen Praktiken seiner Nutzung, ist demnach hinsichtlich seiner Bedeutung ein soziokulturelles Produkt und damit wandelbar.<sup>8</sup> Dabei gilt es, die Räumlichkeit der Politik stets als Pluralität von Räumen zu begreifen. Regierungen, Parlamente oder Wahlen repräsentieren nur *einen* öffentlichen Raum. Parallel dazu können andere Öffentlichkeiten artikuliert und produziert werden.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> »Der vorherrschenden Sicht zufolge ist der öffentliche Raum das Terrain, auf dem man einen Konsens herzustellen sucht. Für den agonistischen Ansatz dagegen ist der öffentliche Raum der Ort, an dem konfligierende Sichtweisen aufeinandertreffen, ohne dass die geringste Chance bestünde, sie ein für alle Mal miteinander zu versöhnen.« Siehe Chantal Mouffe, *Agonistik. Die Welt politisch denken*, Berlin: Suhrkamp, 2014, S. 142. Damit grenzt sich Mouffe von der (Habermas'schen) Vorstellung ab, Politik beruhe auf einem rationalen Konsens.

<sup>7</sup> Siehe hierzu Judith Butler, *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*, Berlin: Suhrkamp, 2016. Butler hebt hervor: »Viele der Massendemonstrationen und Widerstandsformen, die wir in den letzten Monaten beobachten konnten, erzeugen nicht nur einen Erscheinungsraum; sie bemächtigen sich eines der etablierten und von der bestehenden Macht durchdrungenen Raumes und versuchen, die Beziehungen zwischen dem öffentlichen Raum, dem öffentlichen Platz und dem bestehenden Regime zu durchtrennen.« Ebd., S. 115.

<sup>8</sup> Vgl. Henri Lefèbvre, »Die Produktion des Raums«, in: Jörg Dünne/Stephan Günzel (Hg.), *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2006 (Auszug aus Henri Lefèbvre, *La production de l'espace*, Paris 2000 [1974]), S. 330–340, hier vor allem S. 330–333. Ähnlich Oliver Marchart (in Anlehnung an Ernesto Laclau): »Raum ist [...] das Resultat einer artikulatorischen Praxis: der Praxis der Fixierung von Bedeutung.« (Hervorhebung im Original.) Oliver Marchart, *Kunst, Raum und Öffentlichkeit(en). Einige grundsätzliche Anmerkungen zum schwierigen Verhältnis von Public Art, Urbanismus und politischer Theorie*, Wien: Europäisches Institut für progressive Kulturpolitik, 2002, <<http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/de>> (Zugriff am 21.3.2017).

<sup>9</sup> Laclau beschreibt diese Möglichkeit der Öffentlichkeiten sogar als Grundlage für eine

## Digitale Medien und Protest

Protestierende haben sich immer schon technischer Hilfsmittel und Medien bedient, um sich zu organisieren und ihre Anliegen hör- und sichtbarer zu machen. Das Internet, soziale Medien und Smartphones erhöhen Geschwindigkeit und Effizienz solcher Abstimmungsprozesse und die Reichweite der gesendeten Botschaften. Doch wer soziale Medien lediglich als Werkzeuge der Planung und als Fortsetzung des Megafons oder des Protestplakats begreift, übersieht möglicherweise den qualitativen Unterschied, den diese Medien selbst innerhalb der kurzen Geschichte des Internets hervorgebracht haben: Soziale Medien »entstehen erst durch ihren Gebrauch«.<sup>10</sup> Sie sind beschreibbar, das heißt sie erlauben das Erstellen und Teilen von Medieninhalten, womit sie ein Archiv der gemeinsamen Nutzung erzeugen. Erst durch diesen Umstand entfaltet sich das Potential der prinzipiell ortsunabhängigen Verfügbarkeit und instantanen Zeitlichkeit dieser Medien. Auch ein weltweit gesendetes Live-Fernsehbild überschreitet räumliche Grenzen und überträgt das aktuelle Geschehen simultan, jedoch nur in einer Richtung und von Redaktionen klassischer Medien ausgewählt. Die Plattformen der sozialen Medien hingegen bieten Zugang zu einer softwarebasierten Infrastruktur, in deren Gebrauch die Inhalte erst entstehen, über die sich Nutzer weiter austauschen. Hieraus resultieren gestaltbare digitale Kommunikationsräume, die allen Internetnutzerinnen und -nutzern offenstehen und eine technologische Grundlage dafür schaffen, transnationale Öffentlichkeiten hervorzu- bringen.<sup>11</sup> Heutige Protestbewegungen greifen auf die Partizipationsmöglichkeiten der sozialen Medien zurück, wodurch sich eine Koproduktion von Protestraum und digitalem Kommunikationsraum ergibt: Das Teilen und Kommentieren von Bildern, Ikonographien, Memes, Manifesten, Berichten und Videos in Echtzeit ist keine bloße Abbildung, sondern

demokratische Gesellschaft. »For me, a radically democratic society is one in which a plurality of public spaces, constituted around specific issues and demands, and strictly autonomous of each other, instils in its members a civic sense which is a central ingredient of their identity as individuals. Despite the plurality of these spaces, or, rather as a consequence of it, a diffuse democratic culture is created, which gives the community its specific identity.« Ernesto Laclau, *Emanicipation(s)*, London/New York: Verso, 2007, S. 120.

<sup>10</sup> Stefan Münker, *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2009, S. 27. Wenn es sich nicht um Foren handelte, deren Bezeichnung wiederum auf die antike Polis verweist, waren frühe Webseiten vor der Web-2.0-Ära vor allem statisch und ähnelten eher Werbeplakaten oder Büchern. Darüber hinaus bietet das Internet zahlreiche andere Bereiche der Vernetzung, die völlig andere Sichtbarkeiten und Zugänglichkeiten haben als Social Media. Zu nennen wären hier beispielsweise die in Intranets verlagerte B2B-Kommunikation im Finanzsektor, die Maschine-zu-Maschine-Kommunikation oder FTP-Datentransfers.

<sup>11</sup> Vgl. dazu beispielsweise Ricarda Drüeke, *Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit*, Bielefeld: Transcript, 2013; Rainer Winter, *Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*, Bielefeld: Transcript, 2010; Jeffrey Wimmer, »Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeiten und Medienpartizipation im Zeitalter des Internets«, in: Caroline Schmitt/Asta Vonderau (Hg.), *Transnationalität und Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Perspektiven*, Bielefeld: Transcript, 2014, S. 285–308.

Ausdruck des Protests, der sich erst in seiner medialen Vermittlung als solcher konstituieren kann.<sup>12</sup> Auf diese Weise werden Erfahrungen generiert und Verständigungsprozesse eingeleitet, die sich im Netz weiterentwickeln, um wiederum auf die reale Protestsituation im städtischen Raum und damit auf den Protestverlauf zurückzuwirken.<sup>13</sup> Personen, die nicht »vor Ort« und dennoch Teil des Geschehens sind, erhalten so die Möglichkeit, an Debatten, Meinungsbildungsprozessen und Multiplikationseffekten teilzuhaben. Selbst wenn ein Protestcamp aufgelöst wurde und die Spuren der Rauman eignung beseitigt sind, haben sich diese Auseinandersetzungen im virtuellen Kommunikationsraum als digitale Erinnerungen sedimentiert, an die weltweit angeknüpft werden kann. Davon zeugt auch, dass sich Strategien und Symboliken zwischen unterschiedlichen Protestbewegungen schnell verbreiteten und umcodiert wurden.<sup>14</sup>

### **Auswirkungen des Alltäglichen und der Ästhetik auf die Weltpolitik**

Immer mehr verschwimmen die Grenzen zwischen Kunst, Populärkultur und dem Politischen.<sup>15</sup> Protestierende nutzen alltägliche Gegenstände, um Protesträume zu gestalten und Blockaden, Bühnen oder Versorgungszentren aufzubauen. Dabei schaffen sie oft ihre ureigene Form von Protestkunst, die über die klassische Funktionalität von Banner, Plakat oder Flugblatt hinausgeht. Dies geschieht zum Beispiel in jenem Moment, in dem der Aufbau einer Blockade mit dem privaten Smartphone gefilmt, mit Musik unterlegt und dann auf einer sozialen Plattform geteilt wird. Auch Farben, Symbole, Lieder oder Performance-Aktionen unterstreichen die Ästhetik von Protesten. Gleichzeitig inspirieren diese Protestaktivitäten andere Künstler und Künstlerinnen, die den Protest oder dessen Symbole

<sup>12</sup> Vgl. Butler, *Anmerkungen* [wie Fn. 7], S. 123: »[...] die Medien berichten also nicht nur über die Szenen, sondern sind selbst Teil des Geschehens; man kann sogar sagen, die Medien sind der Schauplatz oder Raum in seiner erweiterten und wiederholbaren visuellen und akustischen Dimension. [...] Anders gesagt: Die Medien konstituieren die Szene in einer Zeit und an einem Ort, die über deren lokales Auftreten hinausgehen.« Und weiter: »Folglich muss das Lokale außerhalb seiner selbst neu geschaffen werden, um als Lokales gelten zu können; das heißt, nur durch globalisierende Medien lässt sich das Lokale ermitteln und nur durch diese kann dort wirklich etwas geschehen.« Ebd., S. 124.

<sup>13</sup> Vgl. dazu beispielsweise die Untersuchung der über Twitter vermittelten Transformation von Protestinhalten im Nahen Osten und in Nordafrika, in: Mareike Transfeld/Isabelle Werenfels (Hg.), *#HashtagSolidarities: Twitter Debates and Networks in the MENA Region*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2016 (SWP Research Paper 5/2016).

<sup>14</sup> Vgl. die Vorträge von Dan Garrett und David Shim bei der ANCB-Veranstaltung »Taksim, Tahrir, Occupy & Co. Session 2: Visuality and Urban Space«, Berlin, 26.11.2015. Für Videos der Beiträge siehe <[www.ancb.de/sixcms/detail.php?id=16273193#Voz0j7ZxOHk](http://www.ancb.de/sixcms/detail.php?id=16273193#Voz0j7ZxOHk)> (Zugriff am 17.6.2016). Vgl. auch die Beiträge von Nadine Godehardt, Nina-Kathrin Wienkoop und Johannes Thimm in diesem Band.

<sup>15</sup> Vgl. Laura J. Shepherd, »Aesthetics, Ethics, and Visual Research in the Digital Age: 'Undone in the Face of the Otter'«, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 45 (2017) 2, S. 214–222.

daraufhin zum Thema ihrer eigenen Kunst und Kunstaktionen machen. Informationen zu Protesten und Protestbewegungen werden nicht nur über traditionelle Massenmedien und soziale Netzwerke verbreitet. Vielmehr dokumentiert Kunst die Proteste und informiert über sie auf jeweils spezielle Weise.<sup>16</sup> Wie Rancière richtig hervorhebt, zeigt sich hier, dass »es nicht auf der einen Seite die Politik und auf der anderen Seite den Künstler gibt, der sie illustrieren soll«.<sup>17</sup>

Die Proteste der letzten Jahre haben der Welt vor Augen geführt, dass Aspekte der Ästhetik, der Popkultur und des gelebten Alltags (*low politics*) verstärkt mit Fragen der Weltpolitik (*high politics*) zusammenwirken. Protestkunst bezieht visuelle Repräsentationen ein, die artikulieren und auf eine spezifische Art sichtbar machen, wie Menschen sich der Welt nähern und mit ihr interagieren. Sie charakterisieren »ein spezifisches Wissen über die Welt, das beeinflusst, wie die Welt verstanden wird und wie Dinge in ihr gemacht werden«.<sup>18</sup> Eine Politik des Alltäglichen (*everyday politics*)<sup>19</sup> ermöglicht daher den Blick auf neue Aspekte und Orte internationaler Politik, zum Beispiel durch eine Umwidmung alltäglicher Gebrauchsgegenstände und eine erweiterte Perspektive auf Literatur, Poesie, Musik, Film<sup>20</sup> oder Comics.<sup>21</sup> Mit dieser Sichtweise lässt sich die Vielschich-

<sup>16</sup> Vgl. Jacques Rancière, *Politik und Ästhetik. Im Gespräch mit Peter Engelmann*, Wien: Passagen Verlag, 2016, S. 95.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 96. Ähnlich auch Chantal Mouffe, die »Kunst und Politik nicht als zwei voneinander unabhängig konstituierte Bereiche betrachte[t], mit der Kunst auf der einen und der Politik auf der anderen Seite, die zueinander in Beziehung gesetzt werden müssten. Das Politische hat eine ästhetische Dimension und die Kunst eine politische.« Mouffe, *Agonistik* [wie Fn. 6], S. 140.

<sup>18</sup> Gillian Rose, *Visual Methodologies. An Introduction to Researching with Visual Materials*, 3. Auflage, London u.a.: Sage, 2012, S. 190.

<sup>19</sup> Der Aspekt der »everyday politics« wird vielfach in Diskussionen über internationale Politik aufgegriffen und hat sich in den letzten Jahren als feststehender Ausdruck etabliert. Vgl. Xavier Guillaume (Hg.), »The International as an Everyday Practice«, in: *International Political Sociology*, 5 (2011) 4, S. 446–462; Cynthia Enloe, »The Mundane Matters«, in: *International Political Sociology*, 5 (2011) 4, S. 447–450; Matt Davies/Michael Niemann, »The Everyday Spaces of Global Politics: Work, Leisure, Family«, in: *New Political Science*, 24 (2002) 4, S. 557–577; Jason Dittmer/Nicholas Gray, »Popular Geopolitics 2.0: Towards New Methodologies of the Everyday«, in: *Geography Compass*, 4 (2010) 11, S. 1664–1677.

<sup>20</sup> Film spielt eine wichtige Rolle in der populären Geopolitik (*popular geopolitics*). Zum Beispiel werden US-amerikanische Blockbuster analysiert, um zu zeigen, wie geopolitische Narrative wirken, etwa das Narrativ »Krieg gegen den Terror«. Vgl. Klaus Dodds, »Popular Geopolitics and the »War on Terror««, in: *E-International Relations*, 10.5.2015, <[www.e-ir.info/2015/05/10/popular-geopolitics-and-war-on-terror/](http://www.e-ir.info/2015/05/10/popular-geopolitics-and-war-on-terror/)> (Zugriff am 23.2.2017), und das Standardwerk von Jason Dittmer, *Popular Culture, Geopolitics, and Identity*, Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers, Inc., 2010.

<sup>21</sup> Comics sind eine Verbindung aus Text und Zeichnungen, die in unterschiedlichen Formen, etwa in Magazinen oder als Buch (*graphic novel*), publiziert werden. Im Gegensatz zu einzelnen graphischen Illustrationen, die eher ein Statement darstellen, erzählen Comics oft eine Geschichte. Sogar nationale Regierungen verwenden immer häufiger Comics, um ihre Sicht auf sensible und komplexe Themen zu vermitteln. So veröffentlichte Südkoreas Verteidigungsministerium einen Comic, der den Untergang des Kriegsschiffs *Cheonan* im März 2010 thematisiert. Vgl. David Shim, »Sketching Geopolitics: Comics and the Case of the Cheonan Sinking«, in: *International Political Sociology* (i.E.).

tigkeit der Weltpolitik besser erfassen, ohne traditionelle Kategorien und Akteure der Politik auszublenden oder zu ersetzen. Wie sich im Falle der Proteste offenbart, fungiert eine Analyse des Alltäglichen vielmehr als Ergänzung, welche die Verknüpfungen zwischen globalen Phänomenen und alltäglichen Praktiken sichtbar macht.



Video

[bit.ly/SWP17S17E1](https://bit.ly/SWP17S17E1)

## Die neue Vielschichtigkeit der Welt

Das Besondere der vielfältigen Protestbeispiele liegt darin, dass sich jede Analyse auf ihre Weise den Zusammenhang von Protest, Raum und Medialität erschließt. Die Autoren und Autorinnen setzen folglich ganz unterschiedliche Schwerpunkte. So wird es möglich, das Zusammenwirken einer Reihe neuer gesellschaftlicher, politischer und technologischer Entwicklungen sichtbar zu machen sowie mannigfache Auswirkungen der neuen Vielschichtigkeit in der Weltpolitik darzustellen.

Johannes Thimm beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der »#BlackLivesMatter-Bewegung« in den USA, die seit einigen Jahren das Internet nutzt, um sich für die Beendigung der Diskriminierung von Schwarzen durch staatliche Institutionen und gesellschaftliche Strukturen einzusetzen. Mit ihren Darstellungen und Kampagnen in den sozialen Medien hat #BlackLivesMatter die Vorstellung, es gebe bereits eine etablierte post-rassistische amerikanische Gesellschaft, nachdrücklich in Frage gestellt. Thimm konzentriert sich vorrangig auf die Verknüpfung und Wechselwirkung von physischem Protest, etwa Blockaden oder Demonstrationen, mit digitalen Protestaktionen, zum Beispiel der schnelleren Verbreitung von Videos über die Plattform Twitter. Zwei Aspekte werden in der Analyse besonders deutlich. Erstens zeigt Thimm, dass digitale Medien erst durch ihre tatsächliche Nutzung politische Bedeutung erhalten und erzeugen. Bei #BlackLivesMatter geht es in erster Linie darum, Polizeigewalt gegenüber Schwarzen zu dokumentieren und diese Dokumentation zu verbreiten. Zweitens steht die #BlackLivesMatter-Bewegung, indem sie digitale Medien nutzt, nicht nur exemplarisch für eine neuartige Form des Protests. Darüber hinaus schafft sie einen neuen, virtuellen Raum politischer Artikulation, auf den weltweit zugegriffen werden kann und der parallel zu den bereits traditionellen politischen Räumen existiert.



Karte

[bit.ly/SWP17S17E2](https://bit.ly/SWP17S17E2)

Claudia Zilla und Philipp Wesche analysieren die mehr als 14-jährige Geschichte des argentinisch-uruguayischen Konflikts um den Bau von Zellstoff-Fabriken am Río Uruguay. Ungewöhnlich ist, dass ein lokal begrenzter Umweltprotest in der argentinischen Grenzprovinz Entre Ríos das bilaterale Verhältnis der Nachbarstaaten Argentinien und Uruguay jahrelang beherrschen konnte und später sogar internationale Organisationen beschäftigte, bevor der Streit am Internationalen Gerichtshof in Den Haag verhandelt wurde. An diesem Protest lassen sich Folgen und Wechselwirkungen der verschiedenen »scales«, ob lokal, national, regional oder global, besonders gut illustrieren. So legen Zilla und Wesche nicht nur dar, wann argentinische Regierungen das politische Anliegen der Protestierenden unterstützten und wann nicht, sondern auch, wie sich die politische

Bedeutung des Protests im nationalen Diskurs über diesen langen Zeitraum verändert hat. Dabei sei die Aneignung des lokalen Raums, das heißt der Straßen oder Brücken, ein wirkmächtiges Symbol, das dafür gesorgt habe, dass sich die mediale Aufmerksamkeit dauerhaft auf das Anliegen der Protestierenden richtete. Auch sei diese Aneignung als wiederkehrendes Druckmittel der Protestierenden in der Tradition der *Piquete* (Streikposten) in Argentinien zu betrachten. Zilla und Wesche beschreiben ausführlich Bestimmungsfaktoren und Effekte im Kampf um öffentlichen Raum und bei der Politisierung der globalen Straße. Im Gegensatz zu den anderen Protestbeispielen war der argentinisch-uruguayische Konflikt bereits entstanden, bevor digitale Medien wie Facebook oder Twitter sich gesellschaftlich durchsetzten. Im Gesamtkontext der Studie ist es vor allem Zillas und Wesches Analyse, die deutlich macht, inwiefern die Digitalisierung das »Phänomen Protest« verändert hat.

Nadine Godehardt befasst sich mit der Hongkonger Regenschirmbewegung. Von Ende September bis Mitte Dezember 2014 besetzten die Protestierenden unter anderem die Connaught Road im Ortsteil Admiralty, eine der Hauptverkehrsadern auf Hongkong Island. Sie verläuft in unmittelbarer Nähe der wichtigsten Regierungsgebäude sowie des Hauptquartiers der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Anlass des Protestes war die Enttäuschung darüber, dass Peking eine allgemeine Direktwahl von Hongkongs Regierungschef ablehnte, die eine öffentliche Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten vorsah. Godehardt geht besonders auf das spezifische Design der Hongkonger Proteste ein. Sie legt dar, mit welchen alltäglichen, praktischen oder künstlerischen Mitteln die Protestierenden ihr politisches Anliegen in der Aneignung und Umgestaltung des öffentlichen Raumes sichtbar gemacht haben. Hier arbeitet die Autorin vor allem die Verschränkung von Kunst und Protest heraus und verweist damit beispielhaft auf das Zusammenwirken von Ästhetik und Weltpolitik.

Mareike Transfeld setzt sich mit dem bis heute anhaltenden Konflikt um die nationalstaatliche Legitimität im Jemen auseinander. Dabei legt sie einen Schwerpunkt auf die Aktivitäten der Huthi-Bewegung seit der Wahl von Präsident Hadi im Februar 2012. Besondere Aufmerksamkeit widmet sie dem Kampf um die Hauptstadt Sanaa, die als Symbol für den Kampf um die nationalstaatliche Legitimität gilt. Transfelds Beitrag verdeutlicht, dass die Übergänge zwischen Protest- und Aufstandsbewegung, zwischen dem Streben nach Partizipation und dem Kampf um Vorherrschaft oftmals fließend sind. Ein weiterer Schwerpunkt der Betrachtung liegt auf der Facebook-Kommunikation verschiedener Akteure. Dort äußern sich Bürger und Bürgerinnen sowie einzelne Persönlichkeiten ebenso wie Aktivisten und Aktivistinnen oder Regierungsvertreterinnen und -vertreter. Das Spektrum reicht von allgemeinen Kommentaren zum Konflikt zwischen Huthi-Bewegung und Hadi-Regierung über die Dokumentation von Protesterfolgen der Huthis in Sanaa bis zu offiziellen Dekreten der jemenitischen Regierung. Facebook wird entschlossen als Ort der Auseinandersetzung von Staatsöffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit genutzt. Ohne Analyse

der Beiträge auf dieser digitalen Plattform, so Transfeld, sei die diskursive Komplexität der Konfliktsituation im Jemen nicht vollständig zu erfassen.

Gitta Lauster thematisiert die Proteste in der Türkei, die von Mai bis August 2013 stattfanden – zunächst im Gezi-Park, später auf dem angrenzenden Taksim-Platz und anderen öffentlichen Plätzen Istanbuls. Lauster unterstreicht, dass die geplante komplette Umgestaltung und Bebauung des Gezi-Parks nur der Endpunkt eines jahrzehntelangen Streits zwischen Stadtbevölkerung und Regierung um die Nutzung öffentlichen Raums in der Innenstadt wäre. Darüber hinaus habe der Protest, der zunächst gegen die kapitalistisch orientierte Stadtplanungspolitik gerichtet war, sich zu einem Sammelbecken für Kritik an der Regierung Erdoğan ausgeweitet. Anschaulich wird hier dargestellt, wie häufig sowohl Protestierende als auch Regierung den öffentlichen Raum in seiner politischen Bedeutung umwidmeten.

Nina-Kathrin Wienkoop untersucht die Proteste, die sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahl von 2012 im Senegal erhoben. Der Fokus ihrer Analyse liegt dabei auf der Protestbewegung *Y'en a marre* (»Jetzt reicht's«), die sich im Januar 2011 als Reaktion auf die zahllosen Stromausfälle in den Vororten Dakars gegründet hatte. *Y'en a marre* habe, so Wienkoop, das lokale Thema der wirtschaftlichen Missstände erfolgreich mit der verfassungswidrigen Kandidatur des Präsidenten Abdoulaye Wade im Jahr 2012 verbunden und auf diese Weise die Jugend mobilisiert. In diesem Kontext diskutiert Wienkoop das Zusammenwirken verschiedener Elemente des Protests, denn trotz eines lokalen Ausgangspunkts ging es *Y'en a marre* auch darum, internationale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Wichtig dabei war die physische Präsenz der Protestbewegung im Stadtzentrum von Dakar. Da dort multinationale Konzerne, internationale Organisationen und Medien ihre Niederlassungen haben, erhöhen Aktionen an diesen Orten sowohl die nationale als auch die internationale Sichtbarkeit. Die Protestierenden nutzten digitale Medien nicht nur, um den Protest zu dokumentieren. Sie wollten damit auch einen audiovisuellen Protestraum schaffen, indem sie politische Songs und Videos der innovativen Widerstandsaktionen verbreiteten.

## #BlackLivesMatter: Eine neue Qualität gesellschaftlichen Protests in den USA

Johannes Thimm<sup>1</sup>



Zum Kapitel

[bit.ly/SWP17S17B](https://bit.ly/SWP17S17B)

Am 16. Juni 2017 sprach eine Jury in Minnesota den Polizisten Jeronimo Yanez in allen Anklagepunkten frei, nachdem dieser bei einer Straßenkontrolle in St. Paul den Autofahrer Philando Castile erschossen hatte. Der Fall hatte besondere Aufmerksamkeit erregt, weil Castiles Lebensgefährtin die Situation unmittelbar nach den Schüssen einschließlich der letzten Augenblicke im Leben des sterbenden Familienvaters gefilmt und auf Facebook live übertragen hatte. Nach dem Prozess veröffentlichten die Ermittler ein weiteres Video von einer auf dem Armaturenbrett des Streifenwagens installierten Kamera, das den Moment der tödlichen Schüsse zeigte und ebenfalls landesweit für Aufmerksamkeit sorgte. Das zweite Video lässt zwar den Schluss zu, dass der Polizist sich subjektiv bedroht fühlte, als er schoss.<sup>2</sup> Dass Castile sich falsch verhalten hat oder der Gewalteinsatz gerechtfertigt war, ist jedoch äußerst zweifelhaft.

Die Häufigkeit, mit der insbesondere unschuldige Schwarze in den USA von der Polizei erschossen werden, und der nachsichtige Umgang der Justiz mit Polizisten, die im Dienst Unschuldige töten, sind in den USA seit Jahren ein Thema, über das intensiv diskutiert wird. Der Fall Castile ist ein weiterer Beleg dafür, wie schwierig es ist, an dem Umstand, dass die Angehörigen von Minderheiten überproportional Opfer von Polizeigewalt werden, etwas zu ändern. Alles deutet darauf hin, dass die Ursachen für das Phänomen in einem systematischen und strukturellen Rassismus liegen, der nach wie vor in der amerikanischen Gesellschaft wirksam ist.

Es ist ein Erfolg der #BlackLivesMatter-Bewegung, dass das Bewusstsein für diesen Rassismus in der amerikanischen Öffentlichkeit stark zugenommen hat. Systematische Diskriminierung von Menschen dunkler Hautfarbe ist nicht nur auf das Justiz- und Strafverfolgungswesen beschränkt, sondern durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche. Die mit dem Stichwort #BlackLivesMatter assoziierte Bewegung, die seit etwa 2012 in den USA mehr und mehr Bekanntheit erlangte, versteht es mit Erfolg, internetbasierte soziale Medien kreativ zu nutzen und mit traditionellen Formen des Straßenprotests zu verbinden. Politische Mobilisierung und Protest finden gleichermaßen online im virtuellen wie offline im physischen – vor allem urbanen – Raum statt: auf der Straße, auf Plätzen und in Veranstaltungen. Während die Bewegung #BlackLivesMatter insbesondere für ihr

<sup>1</sup> Ich danke Katharina Gensch, Moritz Herzberg und Lauren Schwartz für ihre Unterstützung bei der Recherche für diesen Beitrag.

<sup>2</sup> Mitch Smith, »Minnesota Officer Acquitted in Killing of Philando Castile«, in: *New York Times*, 16.6.2017, <<https://nyti.ms/2twBJVE>>; ders., »Video of Police Killing of Philando Castile Is Publicly Released«, in: *New York Times*, 20.6.17, <<https://nyti.ms/2tLwbGy>> (Zugriff jeweils am 28.6.2017).



Engagement gegen Polizeigewalt gegenüber Schwarzen bekanntgeworden ist, hat sie ihre Agenda doch mittlerweile erweitert. Ihre Anhängerinnen und Anhänger kämpfen inzwischen allgemein für die Beendigung der Diskriminierung von Schwarzen durch staatliche Institutionen und gesellschaftliche Strukturen, die auch im Jahr 2017 in vielen Bereichen noch von strukturellem Rassismus geprägt sind. Dabei beziehen sie sich explizit auf frühere und zum Teil noch bestehende emanzipatorische soziale Bewegungen, etwa auf die Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre und auf die Kämpfe um Gleichberechtigung der Frauen, der Homosexuellen, der sozial Benachteiligten und der Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>3</sup> #BlackLivesMatter-Aktivistinnen und -Aktivisten nutzen das Internet, vor allem die sozialen Medien, um gesellschaftliche Missstände offenzulegen und ihrem Anliegen direkt und ohne den Filter traditioneller Medien Gehör zu verschaffen. Sie stellen bestehende Stereotypen und Narrative der Mehrheitsgesellschaft in Frage, insbesondere den Mythos einer »farbenblinden« US-Gesellschaft, die Rassismus effektiv überwunden hat. Dem stellen sie ihre eigene Wahrnehmung gegenüber, der zufolge sie an den Privilegien des weißen Amerika weiterhin nur mit Einschränkungen teilhaben. Nicht zuletzt durch verschiedene Kampagnen im Internet haben sie den Diskurs über die Rassenthematik in den USA in relativ kurzer Zeit nachhaltig beeinflusst.<sup>4</sup>

Gleichzeitig hat die Radikalität ihrer Kritik eine gesellschaftliche Gegenbewegung provoziert. Die weiße Bevölkerung ist in ihren Einstellungen zu #BlackLivesMatter gespalten. Progressiv eingestellte Weiße solidarisieren sich mit den Forderungen oder sympathisieren zumindest mit der Gesellschaftskritik der Bewegung. Andere lehnen den Diskurs von #BlackLivesMatter ab und versuchen das Narrativ der postrassistischen (post-racial) Gesellschaft zu erhalten, in der »Farbenblindheit« mit Bezug auf die Hautfarbe bereits Realität ist. Kritiker und Gegner von #BlackLivesMatter sammeln sich hinter dem Slogan »All Lives Matter«, mit dem sie postulieren, dass man nicht zwischen weißen und schwarzen Leben unterscheiden dürfe. Damit leugnen sie, dass hauptsächlich schwarze Leben gefährdet sind und das Problem rassistischer Gewalt besondere Aufmerksamkeit verdient.<sup>5</sup> Wieder andere akzeptieren – ob bewusst oder unbewusst – den

3 Peniel E. Joseph »Why Black Lives Matter Still Matters«, *The New Republic* (online), 6.4.2017, <<https://newrepublic.com/article/141700/black-lives-matter-still-matters-new-form-civil-rights-activism>> (Zugriff am 12.7.2017).

4 Die Terminologie ist hier problematisch. Im Deutschen ist der Terminus »Rasse« biologistisch konnotiert und seine Verwendung kann Rassismus signalisieren. Im Englischen ist der Begriff »race« als soziale Kategorie akzeptiert. Das U.S. Bureau of Census führt Volkszählungen in Bezug auf die Rassenzugehörigkeit durch, bei denen sich die Befragten als Angehörige einer oder mehrerer Rassen identifizieren können: als Weiße, Schwarze oder Afroamerikaner, amerikanische Ureinwohner (»American Indian or Alaska Native«), Asiaten und Ureinwohner Hawais oder anderer Pazifikinseln (Native Hawaiian or Other Pacific Islander). Alle nicht-weißen Gruppen werden als »people of color« bezeichnet. Ich gebrauche Begriffe wie »Rassenthematik« und »post-rassistisch« angelehnt an die US-Terminologie. Damit ist keine biologistische oder wertende Bedeutung intendiert.

5 Dave Bry, »All Lives Matter: Is and Always Was Racist – The Weekend's Campaign Rally

diskursiven Rahmen der sogenannten Identitätspolitik, stehen zu ihrer eigenen Identität als Weiße und machen ihrerseits Benachteiligungen geltend. Besonders das durch die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten in die Schlagzeilen geratene Umfeld der alternativen Rechten (»Alt-Right«), das Verbindungen zu explizit rassistischen Gruppierungen von weißen Nationalisten pflegt, sieht in der von der Bewegung #BlackLivesMatter vorangetriebenen Agenda eine Bedrohung für das weiße Amerika.<sup>6</sup>

## Ursprünge und Vorläufer von #BlackLivesMatter

Der wichtigste historische Bezugspunkt für den #BlackLivesMatter-Aktivismus ist zweifelsohne die Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre. Obwohl diese die formalrechtliche und politische Gleichstellung für die schwarze Bevölkerung erkämpft hat, besteht die gesellschaftliche und ökonomische Chancenungleichheit bis heute fort.<sup>7</sup> In gewisser Hinsicht setzt #BlackLivesMatter dort an, wo die Bürgerrechtsbewegung aufgehört hat. Sie baut auch auf der radikaleren »Black Power«-Bewegung auf, die prägend war für die Ausbildung eines neuen Selbstbewusstseins unter Schwarzen.<sup>8</sup> Gut 40 Jahre nach deren Ende machen Aktivistinnen und Aktivisten darauf aufmerksam, dass die Emanzipation der Schwarzen unvollständig geblieben ist. Die Meinungen darüber, in welchem Ausmaß Minderheiten in den USA und vor allem Afroamerikaner von Diskriminierung betroffen sind und inwiefern diese Ursache ist für soziale Ungleichheit und Ungleichbehandlung durch das Justiz- und Strafverfolgungssystem, sind keineswegs einhellig. Gerade nach den acht Jahren Amtszeit des ersten schwarzen Präsidenten glauben viele, der strukturelle Rassismus in der amerikanischen Gesellschaft gehöre der Vergangenheit an.<sup>9</sup> #BlackLivesMatter stellt die

Proved«, in: *The Guardian*, 23.11.2015, <[www.theguardian.com/commentisfree/2015/nov/23/all-lives-matter-racist-trump-weekend-campaign-rally-proved-it](http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/nov/23/all-lives-matter-racist-trump-weekend-campaign-rally-proved-it)> (Zugriff am 8.12.2016).

<sup>6</sup> Amanda Taub, »White Nationalism, Explained«, *The New York Times* (online), 21.11.2016, <<http://nyti.ms/2eWt9wA>> (Zugriff am 28.11.2016).

<sup>7</sup> Die ökonomischen Unterschiede zwischen Weißen und Schwarzen sind heute vergleichbar mit der Situation Ende der 1960er Jahre, vgl. »On Views of Race and Inequality, Blacks and Whites Are Worlds Apart«, *Pew Research Center* (online), 27.6.2016, <[www.pewsocialtrends.org/2016/06/27/on-views-of-race-and-inequality-blacks-and-whites-are-worlds-apart](http://www.pewsocialtrends.org/2016/06/27/on-views-of-race-and-inequality-blacks-and-whites-are-worlds-apart)> (Zugriff am 14.12.2016).

<sup>8</sup> Joseph, »Why Black Lives Matter Still Matters« [wie Fn. 3].

<sup>9</sup> Ein Beispiel für diesen Fortschrittsglauben ist das Urteil des Obersten Gerichtshofs zum Voting Rights Act im Fall *Shelby County v. Holder*. Nach dem Wahlrechtsgesetz von 1965 mussten Staaten und Wahlkreise mit einer Tradition von Diskriminierung jegliche Änderungen in ihren Wahlgesetzen vorher vom Justizministerium genehmigen lassen. So sollte ausgeschlossen werden, dass neue Regeln bei der Stimmabgabe diskriminierend wirkten. 2013 befand das Gericht, das Gesetz sei nicht länger nötig, weil sich die Situation in den entsprechenden Staaten seit den 1960er Jahren verbessert habe. Doch nach dem Urteil führten eine Reihe von Staaten neue Wahlregeln mit offensichtlich diskriminierenden Effekten ein, vgl. Lyle Denniston, »Voting Rights Cases: Made Simple«, *SCOTUSblog* (online), 7.9.2012, <[www.scotusblog.com/2012/09/voting-rights-cases-made-simple](http://www.scotusblog.com/2012/09/voting-rights-cases-made-simple)>; Deuel Ross, »Voting Rights Success? Not So Fast«, *The New York Times* (online), 18.8.2016, <<http://nyti.ms/2aXUjRA>> (Zugriff jeweils am 14.12.2016).

weitverbreitete Annahme in Frage, dass seit der Bürgerrechtsbewegung ein steter Fortschritt in Richtung Gleichberechtigung zu verzeichnen gewesen sei und eine post-rassistische Gesellschaft, wenn nicht erreicht, so doch sehr nah ist.

Nach der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre kam es immer wieder zu vereinzelt Protesten gegen rassistische Diskriminierung, zum Teil mit gewalttätigen Ausschreitungen, aber sie blieben meist lokal begrenzt. Bemerkenswert waren die Krawalle im Jahr 1992 in Los Angeles nach dem Freispruch von vier Polizisten, die den schwarzen Taxifahrer Rodney King bei einer Festnahme schwer misshandelt hatten. Ein Anwohner hatte gefilmt, wie die Polizisten den Mann minutenlang mit Schlagstöcken, Tritten und Elektroschockgeräten (Tasern) malträtierten. Das Video sorgte landesweit für Schlagzeilen. Als eine Jury die Polizisten freisprach, kam es zu schweren Tumulten mit über 50 Todesopfern und mehr als einer Milliarde US-Dollar Sachschaden. Die Unruhen konnten erst mit Hilfe der Nationalgarde und der Armee unter Kontrolle gebracht werden. Die Proteste konzentrierten sich auf Los Angeles und führten nicht zu einer anhaltenden Mobilisierung gegen die Missstände. Die Bürgerrechtsbewegung blieb unvollendet.<sup>10</sup>

Im Jahr 2010 formierte sich mit der Tea Party eine Bewegung, die nicht *für* sondern *gegen* politischen Wandel aufstand.<sup>11</sup> Der ursprüngliche Anlass zur Mobilisierung war der Widerstand konservativer und libertärer Gruppierungen gegen Vorschläge, im Zuge der Finanzkrise zahlungsunfähigen Hausbesitzern mit öffentlichen Mitteln unter die Arme zu greifen, und deren generelle Ablehnung staatlicher Konjunkturprogramme zur Milderung wirtschaftlicher Härten in Rezessionsperioden. Die Proteste, die spontan, dezentral und auf Graswurzelebene begonnen hatten, wurden schnell von finanzkräftigen politischen Organisationen, die den Republikanern nahestehen, wie den Netzwerken der Ölmagnaten Charles und David Koch, sowie vom konservativen Nachrichtensender Fox News

**10** Nach den großen Protestbewegungen der 1960er und 1970er Jahre, neben der Bürgerrechtsbewegung müssen an dieser Stelle die Bewegungen gegen den Vietnamkrieg, die Frauen-, die Umwelt- und die Anti-Atombewegung genannt werden, wurde es generell ruhiger auf Amerikas Straßen. Mehrtägige Proteste gegen einen Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2000 in Seattle bildeten den Auftakt für die sogenannte Social-Justice-Bewegung. Sie richtete sich gegen die negativen Folgen der Globalisierung, zu denen sie die Verschärfung der sozialen Ungleichheit rechnete. Nach den Demonstrationen von Seattle blockierten Aktivisten immer wieder die Schauplätze der »Gipfel der Mächtigen« und protestierten beispielsweise gegen die WTO, die Weltbank oder die G7/G8/G20. Die Blockade des urbanen Raums und die Sorge vor Ausschreitungen verleitete die Organisatoren solcher Gipfel dazu, häufig entlegene Orte für die Ausrichtung zu wählen. Für einen Überblick über soziale Bewegungen vgl. Jo Freeman/Victoria Johnson (Hg.), *Waves of Protest. Social Movements Since the Sixties*, Lanham: Rowman & Littlefield, 1999; Simon Hall, *American Patriotism, American Protest. Social Movements Since the Sixties*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2010.

**11** Vgl. auch Tim Altegör/Johannes Thimm, *Amerikas außerparlamentarische Opposition. Über die Hintergründe und Auswirkungen der Tea-Party-Bewegung in den USA*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2010 (SWP-Aktuell 50/2010).

kooptiert.<sup>12</sup> Ein weiterer Kristallisationspunkt für die Bewegung war die Kritik an der staatlichen Gesundheitsreform. Wegen dieses Vorhabens der Obama-Administration kam es landesweit bei Bürgersprechstunden mit Politikern zu tumultartigen Szenen. Die zahlreichen neuen Tea-Party-Anhänger versuchten vor allem auf lokaler Ebene Einfluss zu nehmen und stellten in den Vorwahlen für die Zwischenwahlen zum Kongress 2010 zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten auf, die sich nicht nur gegen etablierte Politiker und Politikerinnen der Republikanischen Partei durchsetzten, sondern teilweise am Ende auch einen Sitz im Kapitol eroberten.<sup>13</sup>

Die Gegenbewegung formierte sich kurz darauf unter der Parole »Occupy Wall Street«. Sie war ebenfalls eine Reaktion auf die Folgen der Finanzkrise und gewissermaßen die Antwort von links auf die Tea-Party-Bewegung. »Occupy Wall Street« erhielt ihren Namen, als Aktivistinnen und Aktivisten, überwiegend junge Weiße, zunächst am 17. September 2011 den Zuccotti-Park im Bankenviertel New Yorks besetzten, um gegen die Praktiken der Finanzinstitutionen zu demonstrieren, die nach ihrer Ansicht die globale Wirtschaftskrise in Folge des Einbruchs des US-Immobilienmarkts mitverursacht hatten. Die Occupy-Bewegung bezog sich dabei explizit auch auf Straßenkundgebungen und Besetzungen des öffentlichen Raumes in anderen Ländern, zum Beispiel auf die Proteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo oder die von spanischen Demonstranten gebildeten Zeltlager (Acampadas).<sup>14</sup> Ihre Kritik weitete sich rasch auf die allgemeine soziale Ungleichheit in den USA aus. »Wir sind die 99 Prozent« war ein gemeinsamer Slogan der sonst sehr heterogenen Aktivisten und Aktivistinnen. Darin drückte sich die Empörung über den Umstand aus, dass in den USA das reichste Prozent der Gesellschaft über 40 Prozent der Vermögen verfügt.<sup>15</sup>

Die »Occupy Wall Street«-Bewegung verbreitete sich schnell und gründete Ableger innerhalb und außerhalb der USA. Auf dem Höhepunkt der Mobilisierung gab es weltweit über 1000 Besetzungen öffentlicher und quasi-öffentlicher Plätze, so dass irgendwann von »Occupy Everything« die Rede war.<sup>16</sup> Die Protestcamps an symbolträchtigen Plätzen hatten eine doppelte Funktion: Zum einen dienten sie den Demonstrierenden als

<sup>12</sup> Jane Mayer, »Covert Operations. The Billionaire Brothers Who Are Waging a War against Obama«, *The New Yorker* (online), 30.8.2010, <[www.newyorker.com/magazine/2010/08/30/covert-operations](http://www.newyorker.com/magazine/2010/08/30/covert-operations)> (Zugriff am 14.12.2016).

<sup>13</sup> Etwa 30 der neugewählten republikanische Abgeordneten und fünf Senatoren bekannten sich zur Tea-Party-Bewegung, etwa 60 Abgeordnete traten nach der Wahl dem Tea Party Caucus bei, vgl. Alexandra Moe, »Just 32% of Tea Party Candidates Win«, *NBC News* (online), 3.11.2010, <[http://firstread.nbcnews.com/\\_news/2010/11/03/5403120-just-32-of-tea-party-candidates-win](http://firstread.nbcnews.com/_news/2010/11/03/5403120-just-32-of-tea-party-candidates-win)>; vgl. Shannon Travis, »Who Is the Tea Party Caucus in the House?«, *CNN Blogs* (online), 29.7.2011, <<http://politicalticker.blogs.cnn.com/2011/07/29/who-is-the-tea-party-caucus-in-the-house/>> (Zugriff jeweils am 14.12.2016).

<sup>14</sup> Jeffrey S. Juris, »Reflections on #Occupy Everywhere. Social Media, Public Space, and Emerging Logics of Aggregation«, in: *American Ethnologist*, 39 (2012) 2, S. 259–279 (261).

<sup>15</sup> Joseph E. Stiglitz, »Of the 1%, by the 1%, for the 1%«, in: *Vanity Fair*, 31.3.2011, <[www.vanityfair.com/news/2011/05/top-one-percent-201105](http://www.vanityfair.com/news/2011/05/top-one-percent-201105)> (Zugriff am 8.12.2016).

<sup>16</sup> Juris »Reflections on #Occupy Everywhere« [wie Fn. 14].

Basisquartier für ihre Mobilisierung. Die oft mit Zelten ausgestatteten Lager waren sichtbares Zeichen der Opposition und gleichzeitig Ort des Austausches und Treffpunkt für die Planung weiterer Aktivitäten. Zum anderen erprobten die Besetzerinnen und Besetzer in den Camps radikal-demokratische sozialistische Modelle der Selbstorganisation, in denen sie ausdrücklich Gegenentwürfe zu dem bestehenden, von ihnen als unsolidarisch gesehenen Gesellschaftssystem sahen. Wegen der weltweiten Ausbreitung der Proteste waren soziale Medien von zentraler Bedeutung für die Vernetzung der Occupy-Camps, und die Verbreitung von Protestbildern über das Internet erhöhte die Aufmerksamkeit für die Bewegung. Gleichwohl blieben digitale Medien eher eine Begleiterscheinung der Demonstrationen. Sie erreichten nicht die Bedeutung, einen eigenen Protestraum darzustellen.

Die Occupy-Akteure hatten wenige unmittelbare Erfolge vorzuweisen. Innerhalb der Bewegung war bis zuletzt umstritten, ob man überhaupt konkrete (und umsetzbare) politische Forderungen artikulieren sollte. Die Bewegung hinterließ dennoch nachhaltig Spuren im politischen Diskurs der USA. Die beiden großen Parteien nahmen das Thema soziale Ungleichheit wieder stärker auf. Die Meinung, dass systemrelevante Banken zerschlagen werden müssten und die Geldinstitute gezwungen werden sollten, das traditionelle Kundengeschäft vom spekulativen Investmentbanking strenger zu trennen, wurde von der Occupy-Bewegung populär und anschlussfähig gemacht, wie man an der Senatorin Elizabeth Warren und zuletzt am Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders beobachten kann, die diese Position ebenfalls vertreten. Einen Teil der Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit machte sich auch die #BlackLivesMatter-Bewegung zu eigen.



Zeitleiste

[bit.ly/SWP17S17B1](https://bit.ly/SWP17S17B1)

### **Ein neues Bewusstsein für die andauernde Diskriminierung von Schwarzen entsteht**

Das Hashtag #BlackLivesMatter wurde von drei Aktivistinnen in San Francisco erdacht. Anlass war der gewaltsame Tod von Trayvon Martin, einem schwarzen Jugendlichen, am 26. Februar 2012 in einer Siedlung in Sanford, Florida. Martin hatte auf dem Weg von einem Laden zum Haus von Verwandten den Verdacht eines Mannes namens George Zimmerman erregt, der sich selbst als Wächter über seine Nachbarschaft gerierte. Nach einer von Zimmerman initiierten Konfrontation erschoss er Martin unter nicht eindeutig geklärten Umständen und plädierte anschließend auf Selbstverteidigung. Zunächst sah die Polizei keinen Grund zur Anklage. Nachdem der Fall in den nationalen Medien für Aufmerksamkeit gesorgt hatte, kam es hingegen doch noch zum Prozess, in dem Zimmerman durch eine Jury vom Vorwurf des Mordes und des Totschlags freigesprochen wurde. Teile der Presse und der Öffentlichkeit gaben Martin eine Mitschuld an seinem Schicksal, da dieser ein verdächtig wirkendes

Kapuzenshirt getragen habe.<sup>17</sup> Der Aufschrei »Black Lives Matter!« (»Schwarze Leben zählen!«) war ein spontaner Ausdruck der Empörung über diese häufige Praxis, schwarzen Opfern von Gewalt eine Mitverantwortung an ihrem Tod zuzuweisen.

Erfunden haben das Motto drei Frauen, die sich für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Minderheiten engagierten. Eine der drei, Alicia Garza, bezeichnet sich und ihre Mitstreiterinnen als »queere« schwarze Frauen.<sup>18</sup> Garza arbeitete zuletzt bei der National Domestic Workers Alliance, einem Unterstützer-Netzwerk für Hausangestellte und Menschen im Pflegedienst, überwiegend Frauen und Migrantinnen. Die meisten Aktivistinnen und Aktivisten, die sich in der Bewegung #BlackLivesMatter sammelten, hatten sich bereits zuvor für die Rechte von Schwarzen eingesetzt.

Weitere Verbreitung fand der Slogan, als der Afroamerikaner Michael Brown am 9. August 2014 in Ferguson, einem Vorort von St. Louis, Missouri, von dem Polizisten Darren Wilson erschossen wurde. Nicht nur die Umstände, die zum Tod des Unbewaffneten geführt hatten, sondern auch der Umgang mit dem Leichnam, der stundenlang für jedermann sichtbar auf der Straße liegengelassen worden war, sorgten für Empörung. In den USA werden immer wieder unbewaffnete Bürger von der Polizei erschossen, Nicht-Weiße sind davon überproportional betroffen.<sup>19</sup> Disziplinarische oder gar strafrechtliche Konsequenzen für die verantwortlichen Polizisten sind die Ausnahme. Der genaue Hergang des Geschehens, das zu Michael Browns Tod führte, ist bis heute umstritten. Eine lokale Jury entschied in einem äußerst problematischen Verfahren, keine Anklage gegen Wilson zu erheben. Die Staatsanwaltschaft (die eigentlich die Anklage vertritt) ergriff Partei für den Polizisten, verwirrte die Jury mit falschen

<sup>17</sup> Vgl. zum Beispiel Katherine Fung, »Geraldo Rivera: Trayvon Martin's »Hoodie Is As Much Responsible For [His] Death as George Zimmerman« (VIDEO)«, *The Huffington Post* (online), 23.3.2012, <[www.huffingtonpost.com/2012/03/23/gerald-rivera-trayvon-martin-hoodie\\_n\\_1375080.html](http://www.huffingtonpost.com/2012/03/23/gerald-rivera-trayvon-martin-hoodie_n_1375080.html)> (Zugriff am 14.12.2016).

<sup>18</sup> Für die Bedeutung des Begriffs »queer« siehe Lori Grisham, »What Does the Q in LGBTQ Stand For?«, in: *USA Today*, 22.7.2016, <[www.usatoday.com/story/news/nation-now/2015/06/01/lgbtq-questioning-queer-meaning/26925563/](http://www.usatoday.com/story/news/nation-now/2015/06/01/lgbtq-questioning-queer-meaning/26925563/)> (Zugriff am 14.12.2016).

<sup>19</sup> Die Datenlage ist schwierig, da es keine landesweiten offiziellen Statistiken zu Erschießungen durch die Polizei gibt, Rosa Li, »Does Race Matter in Cop Shootings? It Depends on Your Data«, *Slate* (online), 15.7.2016, <[www.slate.com/articles/health\\_and\\_science/science/2016/07/roland\\_fryer\\_s\\_new\\_paper\\_came\\_to\\_the\\_opposite\\_conclusion\\_as\\_a\\_paper\\_last.html](http://www.slate.com/articles/health_and_science/science/2016/07/roland_fryer_s_new_paper_came_to_the_opposite_conclusion_as_a_paper_last.html)> (Zugriff am 18.7.2016). Eine um Vollständigkeit bemühte, aber methodisch nicht unproblematische Erhebung kommt zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Polizei auf unbewaffnete Schwarze schießt, 3,5-mal so hoch ist wie für unbewaffnete Weiße, Cody T. Ross, »A Multi-Level Bayesian Analysis of Racial Bias in Police Shootings at the County-Level in the United States, 2011–2014«, in: *PloS one*, 10 (2015). Verschiedene Studien zeigen jedoch, dass Schwarze überproportional häufig in Polizeikontrollen geraten, Sharad Goel/Justin M. Rao/Ravi Shroff, »Precinct or Prejudice? Understanding Racial Disparities in New York City's Stop-and-frisk Policy«, in: *The Annals of Applied Statistics*, 10 (2016) 1, S. 365–394; Emma Pierson u.a., *A Large-scale Analysis of Racial Disparities in Police Stops Across the United States*, Stanford, CA, Juni 2016, <<https://5harad.com/papers/traffic-stops.pdf>> (Zugriff am 12.7.2017).



Karte

bit.ly/SWP17S17B4

Instruktionen zur Rechtslage und versuchte erfolgreich, ein Gerichtsverfahren bereits im Vorfeld zu verhindern. Es kam nicht zum Prozess, obwohl für dessen Eröffnung eine deutlich schwächere Beweislage ausreicht, als für einen Schuldspruch erforderlich ist.<sup>20</sup> In einer Überprüfung der Umstände der Erschießung kam zwar auch die in der Bürgerrechtsabteilung für Kriminalfälle zuständige Stelle des Justizministeriums (Criminal Section, Justice Department Civil Rights Division) zu dem Ergebnis, dass der Freispruch für den Polizisten in der Sache gerechtfertigt sei – eine zunächst verbreitete Version, wonach Brown mit erhobenen Händen praktisch »exekutiert« worden sei, wurde nicht bestätigt. Doch sowohl das parteiische Vorgehen der Justizbehörden als auch die Straflosigkeit für den Polizisten lösten vor allem in der schwarzen Bevölkerung Wut und Verzweiflung aus.

Nach dem Freispruch versammelten sich in Ferguson Hunderte Menschen zu Demonstrationen, die die Polizei mit einem massiven Aufgebot unter Kontrolle zu halten versuchte. Die Proteste nahmen jedoch weiter zu und es kam vereinzelt zu gewaltsamen Ausschreitungen. Das militarisierte Auftreten der Polizei, die mit gepanzerten Fahrzeugen, Tarnkleidung und automatischen Schusswaffen aufmarschierte, gab der Kritik zusätzlich Nahrung.<sup>21</sup> In vielen Städten der USA fanden Solidaritätskundgebungen statt.

Im Laufe der folgenden acht Monate wurden in den USA weitere unbewaffnete Schwarze von der Polizei getötet.<sup>22</sup> In Baltimore wurde am 12. April 2015 Freddie Gray festgenommen und mit auf den Rücken gefesselten Händen in einen Polizeitransporter verfrachtet. Nach seiner Ankunft auf dem Polizeirevier wurde er als Notfall ins Krankenhaus eingeliefert, wo er am 19. April 2015 seinen Verletzungen erlag. Die gerichtsmedizinische Untersuchung ergab, dass er an einem Genickbruch gestorben war, und erklärte ihn zum Opfer eines Totschlags. Bereits am Vortag des Todes kam es in Baltimore zu einer ersten Demonstration, weitere folgten in den Tagen darauf. Am 25. April eskalierte eine Kundgebung zum ersten Mal. Demonstranten bewarfen die Polizei mit Steinen und zerstörten Polizeiautos und Schaufenster. Nach der Beerdigung von Freddie Gray am 27. April kam es am Nachmittag erneut zu gewaltsamen Ausschreitungen, welche die Nacht hindurch andauerten: Autos und Häuser wurden in Brand gesetzt, Läden geplündert. Am Morgen des

<sup>20</sup> »Shocking Mistake in Darren Wilson Grand Jury«, in: *MSNBC* (online), 26.11.2014, <[www.msnbc.com/the-last-word/watch/shocking-mistake-in-darren-wilson-grand-jury-364273731666](http://www.msnbc.com/the-last-word/watch/shocking-mistake-in-darren-wilson-grand-jury-364273731666)>; Ben Casselman »It's Incredibly Rare for a Grand Jury to Do What Ferguson's Just Did«, *FiveThirtyEight* (online), 24.11.2014, <<http://fivethirtyeight.com/datalab/ferguson-michael-brown-indictment-darren-wilson/>> (Zugriff jeweils am 14.12.2016).

<sup>21</sup> Paul Szoldra, »This Is the Terrifying Result of the Militarization of Police«, *Business Insider*, (online), 12.8.2014, <[www.businessinsider.com/police-militarization-ferguson-2014-8?IR=T](http://www.businessinsider.com/police-militarization-ferguson-2014-8?IR=T)> (Zugriff am 7.7.2016).

<sup>22</sup> Allein zwischen April 2012 und Dezember 2014 starben die folgenden unbewaffneten Schwarzen durch die Polizei: Dontre Hamilton, Eric Garner, John Crawford III, Michael Brown, Ezell Ford, Dante Parker, Darrien Hunt, Laquan McDonald, Tanisha Anderson, Akai Gurley, Tamir Rice, Romain Brisbon.

Folgetags setzte der Gouverneur die Nationalgarde von Maryland ein und verhängte ein nächtliches Ausgangsverbot, das bis zum 3. Mai in Kraft blieb. Währenddessen gab es immer wieder Konfrontationen zwischen der Polizei und jenen, die sich nicht an die Ausgangssperre hielten. Am 4. Mai wurde die Nationalgarde wieder abgezogen. Die knapp einwöchigen Krawalle und Plünderungen hinterließen einen erheblichen Sachschaden, von dem besonders Inhaberinnen und Inhaber kleiner Geschäfte betroffen waren.

Aber die Proteste sorgten auch dafür, dass der Fall Freddie Gray von Anfang an große Aufmerksamkeit bekam. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen gegen die sechs an der Verhaftung beteiligten Polizisten auf und erhob schließlich Anklage gegen sie, unter anderem wegen Mordes. Das Justizministerium untersuchte, ob die Polizei durch exzessive Gewalt oder unangemessene Durchsuchung von Personen Bürgerrechte verletzt hatte. Letztendlich jedoch gab es auch in diesem Fall keine Verurteilungen. Nachdem drei der Polizisten freigesprochen worden waren, ließ der Staatsanwalt die Klagen gegen die übrigen fallen. Die Mordanklagen und der Prozess gegen die Polizisten waren wohl auch eine Folge der großen Aufmerksamkeit für den Fall, die auch auf die Kampagne von #BlackLivesMatter zurückzuführen war. Der Tod von Freddie Gray und die unter dem Hashtag #BaltimoreUprising diskutierten Proteste waren ein wichtiger Bezugspunkt für die Bewegung.

## Black Twitter und die Rolle von sozialen Medien

Im Unterschied zu früheren Protestkampagnen dienten die sozialen Medien im Kontext der #BlackLivesMatter-Bewegung nicht nur als Kommunikationsmittel zum Informationsaustausch, zur Vernetzung und zur Mobilisierung. Sie wurden erstmals als Plattform für den inhaltlichen Diskurs genutzt und bekamen so eine eigenständige Qualität als Instrument des Protests.

Wie schon die Verwendung eines Hashtags im Namen der Bewegung deutlich macht, spielten die sozialen Netzwerke wie Facebook und die sozialen Medien wie Twitter und Youtube von Beginn an eine zentrale Rolle bei der Entstehung und Entwicklung der #BlackLivesMatter-Bewegung. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Erstens ist es im digitalen Zeitalter wesentlich leichter geworden, Fälle von Polizeigewalt zu dokumentieren und zu verbreiten.<sup>23</sup> Die Allgegenwart von Kameras in Mobiltelefonen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Polizeigewalt aufgezeichnet wird. Beim Polizeiübergriff auf Rodney King im Jahr 1992 war es noch extrem außergewöhnlich gewesen, dass ein Videomitschnitt von dem Gewaltexzess existierte. Seit ein paar Jahren aber werden Übergriffe der

<sup>23</sup> Yarimar Bonilla/Jonathan Rosa, »#Ferguson. Digital Protest, Hashtag Ethnography, and the Racial Politics of Social Media in the United States«, in: *American Ethnologist*, 42 (2015) 1, S. 4–17. Siehe auch Stephen, Bijan, »How Black Lives Matter Uses Social Media to Fight the Power«, *wired* (online), November 2015, <[www.wired.com/2015/10/how-black-lives-matter-uses-social-media-to-fight-the-power/](http://www.wired.com/2015/10/how-black-lives-matter-uses-social-media-to-fight-the-power/)> (Zugriff am 12.7.2017).



Polizei mit sehr viel größerer Häufigkeit gefilmt und über Internetplattformen wie Youtube sehr schnell publik gemacht. Das ist deshalb von besonderer Relevanz, weil Aussagen der Polizei in der Regel mehr Glaubwürdigkeit zugemessen wird als denen von Zivilisten. Neu ist also nicht, dass es häufig Polizeigewalt gegen Minderheiten gibt, neu ist, dass man diese schnell und effektiv nachweisen kann und dadurch das öffentliche Bewusstsein geschärft wurde.

Zweitens werden das Internet und besonders die sozialen Medien benutzt, um für Proteste zu mobilisieren und diese zu koordinieren. Die Vernetzung von dezentralen Protesten über größere Distanzen via Internet ist seit Ende der 1990er Jahre üblich. Es ist jedoch ein dritter Effekt der technologischen Entwicklung, der einen genuin neuen Aspekt des Protests darstellt: Das Internet wurde selbst zu einem Schauplatz der Gesellschaftskritik mit einer eigenen Dynamik. Gerade in den sozialen Medien gibt es zahlreiche Foren, in denen unterschiedliche Aspekte von strukturellem Rassismus und Ungerechtigkeit thematisiert werden. Das Mittel der Hashtags, mit dem Beiträge miteinander in Bezug gesetzt und verschiedenen Themen und Gruppen zugeordnet werden können, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Die Nutzer der sozialen Medien schaffen spontan Schlagwörter, die auf kreative und anschauliche Weise Missstände adressieren. Die Spontaneität, Unmittelbarkeit und Fluidität der Internetkommunikation bringen es darüber hinaus mit sich, dass durch die Reflexion über Alltagserfahrungen Teile der Gesellschaft politisiert werden, die andere Medien nicht erreichen.

Die oben beschriebenen Fälle haben gezeigt, dass schwarze Bürgerinnen und Bürger und diejenigen, die mit ihnen sympathisierten, besonders auf Twitter ein Sprachrohr und Forum des Austauschs gefunden haben. Das bald als »Black Twitter« bekannte Phänomen der Netzwerkbildung beschränkt sich nicht auf Politik im engeren Sinne, auch andere Aspekte von Kultur und Identität wie zum Beispiel Popkultur sind Thema der Kommunikation.<sup>24</sup> Doch zeigt dieser virtuelle Diskurs, dass Diskriminierung und Vorurteile ein wichtiger Bestandteil der Alltagserfahrung der afroamerikanischen Minderheit in den USA sind. Ein von vielen Black-Twitter-Nutzerinnen und -Nutzern angeführtes Beispiel dafür ist, dass sich Schwarze unabhängig von ihrem sozialen Status beim Einkaufen – besonders in teureren Geschäften – häufig einem Generalverdacht des Diebstahls ausgesetzt fühlen und vom Verkaufspersonal oder den Kaufhausdetektiven misstrauisch beäugt werden.

Diese Berichte über Diskriminierung wurden wiederum von sympathisierenden Weißen zum Anlass genommen, um ihre eigenen Erfahrungen mit Bevorzugung zu schildern. Unter dem Hashtag #WhitePrivilege beschreiben Weiße Alltagssituationen, in denen sie aufgrund ihrer Hautfarbe als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft Privilegien genossen haben und Nutznießer häufig unbewusster rassistischer Stereotypen gewesen sind.

<sup>24</sup> Vgl. Sara Weber, »#BlackTwitter – Eine Einführung«, Vortrag auf der Re:Publica 2016, 4.5.2016, <<https://re-publica.de/16/session/blacktwitter-einfuehrung>> (Zugriff am 14.12.2016).

Das grundlegendste Privileg ist ein subjektives Gefühl von Sicherheit im Alltag, das für Schwarze keineswegs selbstverständlich ist. Wie Joseph Nye in einem anderen Kontext formulierte: Sicherheit ist wie Sauerstoff, man wird sich ihrer erst bewusst, wenn sie nicht mehr da ist.<sup>25</sup> Der weißen Mehrheitsgesellschaft ist meist nicht bewusst, dass es sich um ein Privileg handelt. Um in dem genannten Beispiel zu bleiben: »White Privilege« bedeutet, beim Einkaufen nicht darauf achten zu müssen, was man mit dem Kassenbeleg macht. Schwarze dagegen müssen den Bon immer parat haben, denn die Wahrscheinlichkeit, dass sie des Ladendiebstahls bezichtigt werden, ist ungleich größer. Eine Unterkategorie der White-Privilege-Diskussion findet sich unter dem Hashtag #CrimingWhileWhite.<sup>26</sup> Hier schildern Weiße Situationen, in denen sie gegen Gesetze und Regeln verstoßen haben, aber bei der Polizei auf Nachsicht gestoßen sind. Auch in diesen Beiträgen geht es darum, auf doppelte Standards aufmerksam zu machen. Während es die Polizei bei Weißen häufig nicht so genau nimmt und so manches Vergehen als Jugendsünde oder Bagatelldelikt abtut, können Schwarze häufig nicht auf solche Milde hoffen. Die Hashtags #WhitePrivilege und #CrimingWhileWhite sind Belege dafür, dass die Mehrheitsgesellschaft für diese Diskriminierungsproblematik sensibilisiert wird. Bei einem Teil der Weißen wird das Bewusstsein geschärft, dass das subjektive Gefühl von Sicherheit, dass sie als selbstverständlich voraussetzen, in der amerikanischen Gesellschaft nicht verallgemeinerbar ist.

Andere Hashtags dienen der kritischen Reflexion der Medienberichterstattung, die rassistische Stereotype perpetuiert. Unter #IfTheyGunned-MeDown wird thematisiert, dass in den Reportagen über Angehörige von Minderheiten, die Polizeigewalt zum Opfer gefallen sind, oft Fotos benutzt werden, die die Opfer in ein Zwielicht rücken und so suggerieren, dass die Gewaltanwendung gerechtfertigt war. Auch Artikel über Michael Brown wurden zunächst mit einem Foto bebildert, das ihn in einer unvoreilhaftesten Pose und mit einer Geste zeigte, die dann auch noch als Gang-Zeichen interpretiert wurde. Dies geschah, obwohl auch andere, sehr viel harmloser wirkende Fotos von ihm existierten. Daraufhin gab es eine Welle von Posts in den sozialen Medien, in denen Menschen Aufnahmen von sich als friedliche und vertrauenerweckende Menschen (dem Schuljahrbuch entnommen, beim Lesen, mit Musikinstrumenten) oder gar Vorzeigebürger (als Lehrer, in Militäruniform etc.) mit solchen kontrastierten, die sie eher als kriminell wirken lassen (in Gangster-Posen, mit Schusswaffen etc.), verbunden mit der rhetorischen Frage: Wenn ich erschossen würde (»If they gunned me down«), welches Foto würden die Zeitungen veröffentlichen?

Kritik, die in den sozialen Medien geäußert wird, hat also verschiedene Konsequenzen. Zunächst wird das allgemeine Bewusstsein für gesellschaftliche Missstände geschärft. Gerade Weißen, auch wohlmeinenden, ist das



Tweets

bit.ly/SWP17S17B6

<sup>25</sup> Joseph S. Nye, Jr., »East Asian Security: The Case for Deep Engagement«, in: *Foreign Affairs* (Juli/August 1995).

<sup>26</sup> Vgl. Tamika L. Carey, »Criming While White – Reflections on White Privilege After the Eric Garner Grand Jury Decision«, *storify.com* (online), <[https://storify.com/t\\_l\\_carey/criming-while-white](https://storify.com/t_l_carey/criming-while-white)> (Zugriff am 14.12.2016).

Ausmaß des alltäglichen Rassismus häufig gar nicht bekannt (das mangelnde Wissen selbst ist auch eine Folge von »white privilege«). Zweitens wird ein politischer Diskurs angestoßen. Nicht zuletzt werden die Online-Kampagnen häufig von traditionellen Medien aufgegriffen und finden so Eingang in eine breitere öffentliche Debatte.<sup>27</sup> Gerade durch Black Twitter erhalten Alltagserfahrungen eine politische Bedeutung, ein Phänomen, das unter dem Stichwort *everyday politics* bereits aus anderen Kontexten bekannt ist.<sup>28</sup> Die weite Verbreitung und niedrige Eintrittsschwelle der sozialen Medien erlaubt es auch Menschen, die sich nicht systematisch organisieren, ein politisches Bewusstsein zu entwickeln.

### Verknüpfung von Aktivismus online und offline

Während die Internetkampagnen also vor allem dazu dienen, den Blick auf Missstände zu richten, das Gespür für Alltagsrassismus zu schärfen und den Diskurs darüber zu verändern, setzen die organisierten Teile der #BlackLivesMatter-Bewegung weiterhin auf traditionelle Formen des politischen Aktivismus. Durch Proteste und Interventionen bei Wahlkampfveranstaltungen von Hillary Clinton und Bernie Sanders brachte die Bewegung die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten und ihren parteiinternen Gegenspieler dazu, in ihre Wahlprogramme spezifische Forderungen aufzunehmen.<sup>29</sup> In einer Rede zur Reform des Strafrechts im April 2015 an der Columbia University bezog sich Clinton an mehreren Stellen auf die Opfer von Polizeigewalt. Sie sprach sich bei dieser Gelegenheit für eine Reihe von Maßnahmen aus, die auch auf der Wunschliste von #BlackLivesMatter stehen, darunter Änderungen bei der Polizeiarbeit und die Abschaffung der Praxis der Masseninhaftierung in US-Gefängnissen.<sup>30</sup>

Auch entwickelt sich die #BlackLivesMatter-Initiative kontinuierlich weiter. Zum einen vernetzt sie sich zunehmend mit anderen emanzipatorischen Interessengemeinschaften wie feministischen Bewegungen, der LGBTQ-Bewegung und Organisationen für die Rechte anderer Minderheiten. Zum anderen nimmt sie nach den rassenspezifischen Problemen im Polizei-, Justiz- und Strafverfolgungswesen zunehmend auch die breitere sozioökonomische Ungleichheit ins Visier ihrer Aktivitäten und kooperiert zum Beispiel mit der Kampagne zur allgemeinen Einführung eines Mindestlohns von 15 US-Dollar pro Stunde. Damit vollzieht sie eine Entwicklung, die auch die Bürgerrechtsbewegung schon einmal durchlaufen hat. Bei politischen Forderungen wie die nach bezahlbarem Wohn-

<sup>27</sup> Vgl. Tanzina Vega, »Shooting Spurs Hashtag Effort on Stereotypes«, in: *The New York Times* (online), 12.8.2014, <<http://nyti.ms/1oHWQP8>> (Zugriff am 7.7.2016).

<sup>28</sup> Vgl. Nadine Godehardt, »Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik.«, insbes. S. 11, Fn. 19.

<sup>29</sup> Für einen Überblick vgl. Alex Altman, »Person of the Year, The Short List No. 4: Black Lives Matter. A New Civil Rights Movement Is Turning a Protest a Protest Cry into a Political Force«, in: *Time Magazine* (online), <<http://time.com/time-person-of-the-year-2015-runner-up-black-lives-matter/>> (Zugriff am 6.6.2016).

<sup>30</sup> Hillary Clinton, *Remarks at Columbia University on Criminal Justice and Mass Incarceration*, New York, 14.2.2015, <[www.hillaryclinton.com/speeches/remarks-columbia-university-criminal-justice-and-mass-incarceration/](http://www.hillaryclinton.com/speeches/remarks-columbia-university-criminal-justice-and-mass-incarceration/)> (Zugriff am 7.7.2016).

raum, fairen Löhnen, und einem gesunden Lebensumfeld verbindet sich die Minderheiten- und Rassenthematik mit der sozialen Dimension.<sup>31</sup>

## Gesellschaftlicher Gegenwind

Der von der #BlackLivesMatter-Bewegung geforderte gesellschaftliche Wandel hat eine Gegenbewegung ausgelöst. Die Polizei, insbesondere deren Gewerkschaften, zeigte sich empört über die Kritik an ihrer Arbeit. Die Stimmung wurde zusätzlich angeheizt, als es in verschiedenen Städten zu Morden an Polizisten kam, die die Täter als Racheakte für Polizeibrutalität darstellten.<sup>32</sup> Obwohl diese Morde von einzelnen Personen begangen wurden, die meist keinerlei Verbindung zu #BlackLivesMatter hatten, machten Kritiker die Bewegung für die Verbrechen verantwortlich. In New York ging die Polizei in eine Art undeklarierten Streik und kehrte Bürgermeister Bill de Blasio auf der Beerdigung für zwei erschossene Polizisten den Rücken zu, weil dieser gesagt hatte, dass Schwarze und Weiße nicht im gleichen Maße durch Polizeigewalt bedroht seien.<sup>33</sup> Zusätzlich zu der Kampagne #AllLivesMatter, mit dem Konservative schon zuvor die Agenda von #BlackLivesMatter zu delegitimieren versucht hatten, gewann in den gleichen Kreisen nun auch noch der Slogan #BlueLivesMatter an Zulauf, der Solidarität mit der Polizei ausdrücken sollte.

Auch der Wechsel im Weißen Haus veränderte die Lage. Präsident Trump stellte sich als »Law and Order«-Präsident ausdrücklich hinter die Polizei und kündigte an, gegen die »Anti-Polizei-Stimmung« im Land vorzugehen.<sup>34</sup> Während der Präsidentschaft von Barack Obama hatte das Justizministerium gegen zahlreiche lokale Polizeibehörden wegen diskriminierender Praktiken und institutionellem Rassismus ermittelt und ihnen Auflagen gemacht, damit die Missstände behoben werden.<sup>35</sup> Es ist nicht zu

31 »The Movement for Black Lives – Platform«, *The Movement for Black Lives* (online), <<https://policy.m4bl.org/platform>>; »Black Lives Matter – Guiding Principles«, *Black Lives Matter* (online), <<http://blacklivesmatter.com/guiding-principles>> (Zugriff jeweils am 13.7.2017).

32 Am 20.12.2014 wurden zwei Polizisten in Brooklyn erschossen, der Täter bezog sich auf den Tod von Eric Garner und Michael Brown. Am 7.7.2016 erschoss ein Scharfschütze in Dallas fünf Polizisten und verletzte neun weitere in Reaktion auf die Tötungen von Alton Sterling und Philando Castile.

33 German Lopez, »New York City Police Officers Are Protesting by Refusing to Work. It's Not the First Time«, in: *Vox*, 31.12.2014, <[www.vox.com/2014/12/31/7474065/nypd-bill-de-blasio](http://www.vox.com/2014/12/31/7474065/nypd-bill-de-blasio)> (Zugriff am 1.12.2016).

34 The White House, Standing Up For Our Law Enforcement Community, Washington, D.C., Januar 2017, <[www.whitehouse.gov/law-enforcement-community](http://www.whitehouse.gov/law-enforcement-community)> (Zugriff am 29.6.2017). Bereits auf Trumps Nominierungsparteitag hatte die Verkündung des Freispruchs eines für den Tod an Freddie Gray angeklagten Polizisten großen Jubel unter den Delegierten im Saal ausgelöst, vgl. John Fritze, »Brian Rice Acquittal Wins Applause at Republican National Convention«, in: *The Baltimore Sun*, 18.7.2016, <[www.baltimoresun.com/news/maryland/politics/blog/bal-brian-rice-acquittal-wins-applause-at-republican-national-convention-20160718-story.html](http://www.baltimoresun.com/news/maryland/politics/blog/bal-brian-rice-acquittal-wins-applause-at-republican-national-convention-20160718-story.html)> (Zugriff am 8.12.2016).

35 So wurde zum Beispiel die Polizei in Ferguson zu Reformen gezwungen. Die Stadt Ferguson hatte sich zur Generierung öffentlicher Mittel fast ausschließlich auf Bußgelder

erwarten, dass Trumps Justizministerium unter dem erzkonservativen und von vielen selbst für rassistisch gehaltenen Justizminister Jeff Sessions solche Verpflichtungen zukünftig erlassen oder die Einhaltung der bestehenden überprüfen wird.<sup>36</sup>

Auch der vieldiskutierte Aufstieg der alternativen Rechten (»Alt-Right«), einer politischen Strömung mit Verbindungen zu Rechtsextremisten, weißen Suprematisten und Rassisten ist ein Ausdruck des Backlashs. Die Alt-Right war Teil der Koalition, die Trump zum Wahlsieg verholfen hat. Bekennende »weiße Nationalisten« proklamieren – teils verklausuliert, teils offen – die Überlegenheit der Weißen. Sie erheben Anspruch auf eine gesellschaftliche und kulturelle Dominanz der weißen Mehrheit und stilisieren sich zu Opfern gesellschaftlicher Veränderungen.<sup>37</sup> Als Reaktion auf das wachsende Selbstbewusstsein von Minderheiten betreiben sie offen eine weiße Identitätspolitik. Solche Positionen waren zuvor in den etablierten Medien tabuisiert und auf ein Nischendasein reduziert. Durch Kräfte wie Steven Bannon, der zuvor als Herausgeber der konservativen Internetchats-Plattform Breitbart zahlreichen Stimmen der alternativen Rechten ein Forum geboten hat und ein enger Berater Trumps ist, finden sie nun Einzug in den Mainstream der politischen Debatte.<sup>38</sup>

Vor dem Hintergrund dieser jüngeren Entwicklungen bleiben die durch die #BlackLivesMatter-Bewegung erzielten Fortschritte nur Teilerfolge. Unbestritten ist, dass es gelungen ist, subtile Formen von Rassismus sichtbar zu machen und eine gesellschaftliche Debatte in Gang zu bringen. Einem Teil der amerikanischen Bevölkerung sind die Augen für das Ausmaß des Problems geöffnet worden. Auch bei einzelnen Konservativen haben gerade die verstörenden Videos von Polizeigewalt ein Umdenken

für Verkehrsdelikte verlassen, von denen überproportional oft Angehörige von Minderheiten betroffen waren, vgl. U.S. Department of Justice, »Justice Department and City of Ferguson, Missouri, Resolve Lawsuit with Agreement to Reform Ferguson Police Department and Municipal Court to Ensure Constitutional Policing«, 17.3.2016, <[www.justice.gov/opa/pr/justice-department-and-city-ferguson-missouri-resolve-lawsuit-agreement-reform-ferguson](http://www.justice.gov/opa/pr/justice-department-and-city-ferguson-missouri-resolve-lawsuit-agreement-reform-ferguson)> (Zugriff am 29.6.2017).

**36** Del Quentin Wilber, »Civil Rights Advocates Brace for a Radical Shift in Justice Department Priorities under Sessions and Trump«, in: *Los Angeles Times*, 18.11.2016, <[www.latimes.com/politics/la-na-justice-department-trump-20161117-story.html](http://www.latimes.com/politics/la-na-justice-department-trump-20161117-story.html)>; David Cole, »More Dangerous Than Trump«, *New York Review of Books* (online), 23.5.2017, <[www.nybooks.com/daily/2017/05/23/more-dangerous-than-trump-jeff-sessions/?printpage=true](http://www.nybooks.com/daily/2017/05/23/more-dangerous-than-trump-jeff-sessions/?printpage=true)> (Zugriff jeweils am 11.7.2017).

**37** Taub, »»White Nationalism,« Explained« [wie Fn. 5]. Die Rhetorik vom »wahren Amerika« (real America), auf die sich schon Sarah Palin als Vizepräsidentenskandidatin berief, wird häufig eingesetzt, um die hart arbeitende Bevölkerung der ländlichen Regionen im Herzen des Landes von den liberalen und abgehobenen Eliten der Küsten und Metropolen abzugrenzen. Die Verwendung dieser Formel muss also nicht rassistisch gemeint sein, doch kann sie – wie schon Richard Nixons Wort von der »silent majority« – als verklausulierte Botschaft an die weiße Mehrheitsgesellschaft aufgefasst werden.

**38** Bannon selbst bezeichnet sich als ökonomischen Nationalisten und hat sich, wie auch Trump selbst, nach der Präsidentschaftswahl öffentlich von rassistischen Gedanken distanziert, Kimberley A. Strassel, »Steve Bannon on Politics as War«, in: *The Wall Street Journal*, 18.11.2016, <[www.wsj.com/articles/steve-bannon-on-politics-as-war-1479513161](http://www.wsj.com/articles/steve-bannon-on-politics-as-war-1479513161)> (Zugriff am 1.12.2016).

ausgelöst.<sup>39</sup> Dennoch leugnen immer noch viele, dass es überhaupt strukturellen und institutionellen Rassismus gibt. In der ohnehin stark polarisierten US-amerikanischen Öffentlichkeit sind Rassismus und Polizeigewalt zu einem Thema geworden, das die Gesellschaft weiter und tiefer spaltet, nicht zuletzt wegen der erfolgreichen Instrumentalisierung der polizeifreundlichen Gegenkampagne durch Konservative im Wahlkampf.

Im Umgang mit Polizeigewalt sind zaghafte Fortschritte zu erkennen. Nach und nach werden Körperkameras als Teil der Polizeiausrüstung eingeführt, so dass auch die Aussagen der Ordnungshüter besser überprüfbar sind. Während es früher schon ungewöhnlich war, wenn überhaupt Anklage gegen Polizisten erhoben wurde, kommt es nun immer häufiger – wie auch im Fall Philando Castile – zu Prozessen und Entlassungen. Schuldsprüche gegen Polizisten, auch in Anklagepunkten, die unter der Schwelle des Totschlags bleiben, sind bisher jedoch die absolute Ausnahme.<sup>40</sup> Bis sich an den Ursachen für Rassismus und dessen tödliche Folgen etwas ändert, scheint es noch ein weiter Weg.

**39** Leon Neyfakh, »Are Conservatives Coming to Terms with Racism in American Policing?«, *Slate* (online), 8.7.2016, <[www.slate.com/blogs/the\\_slatest/2016/07/08/newt\\_gingrich\\_and\\_other\\_conservatives\\_seem\\_to\\_be\\_coming\\_to\\_terms\\_with\\_racism.html](http://www.slate.com/blogs/the_slatest/2016/07/08/newt_gingrich_and_other_conservatives_seem_to_be_coming_to_terms_with_racism.html)> (Zugriff am 11.7.2017).

**40** Jess Bidgood/Richard Pérez-Peña, »Mistrial in Cincinnati Shooting as Officer Is Latest Not to Be Convicted«, in: *New York Times*, 23.6.2017, <<https://nyti.ms/2tXXrC6>>; Yasmeen Serhan, »An Acquittal in the Fatal Shooting of Terence Crutcher. Tulsa Police Officer Betty Jo Shelby Was Found Not Guilty in the Death of the Unarmed Black Man«, in: *The Atlantic*, 18.5.2017, <[www.theatlantic.com/news/archive/2017/05/terence-crutcher-acquittal/527169/](http://www.theatlantic.com/news/archive/2017/05/terence-crutcher-acquittal/527169/)>; Jelani Cobb, »Old Questions But No New Answers in the Philando Castile Verdict«, in: *The New Yorker*, 22.6.2017, <[www.newyorker.com/news/daily-comment/old-questions-but-no-new-answers-in-the-philando-castile-verdict](http://www.newyorker.com/news/daily-comment/old-questions-but-no-new-answers-in-the-philando-castile-verdict)>; Peter Holley u.a., »Texas Officer Who Killed Black Teenager Leaving Party Is Charged with Murder«, in: *Washington Post*, 5.5.2017, <<http://wapo.st/2p5XGgr>> (Zugriff jeweils am 11.7.2017).



Zum Kapitel

[bit.ly/SWP17S17G](https://bit.ly/SWP17S17G)

## Vom lokalen Protest zum internationalen Streit: Der argentinisch-uruguayische Konflikt um die Zellstoff-Fabriken am Río Uruguay

Claudia Zilla / Philipp Wesche

Die Königin lässt ihre Robe heruntergleiten, löst sich aus der Menschenmenge und läuft entschlossenen Schrittes auf die strammstehende Reihe dunkel gekleideter Amtsträgerinnen und Amtsträger zu. Ihr Pailletten-Bikini ist schmal und der Aufruf klar: BASTA DE PAPELERAS CONTAMINANTES – NO PULP MILL POLLUTION steht auf dem Plakat, das sie vor den Staatsoberhäuptern, die sich gerade für das Gruppenfoto des IV. EU-Lateinamerika Gipfels in Wien in Stellung bringen, in die Kameras hält. Die gestiefelte, leicht bekleidete Dame ist Evangelina Carrozzo, Karnevalskönigin der argentinischen Stadt Gualeguaychú und Greenpeace-Aktivistin, die gegen den Bau zweier Zellstoff-Fabriken am Río Uruguay, unweit ihrer Heimatstadt, protestiert. Ihr Auftritt sorgt für allgemeine Heiterkeit unter den Staatsoberhäuptern.<sup>1</sup>

Zu diesem Zeitpunkt, am 12. Mai 2006, hat der Konflikt um die Errichtung der beiden Zellulosefabriken am Grenzfluss zwischen Argentinien und Uruguay seinen Höhepunkt erreicht. Buenos Aires und Montevideo kommunizieren nur noch über die Presse. Man weist sich gegenseitig die Schuld am Scheitern der bilateralen Verhandlungen zu. Kurz zuvor, am 4. Mai 2006, hat die argentinische Regierung unter Néstor Kirchner, vom peronistischen Frente para la Victoria, Klage gegen Uruguay beim Internationalen Gerichtshof (IGH) eingereicht. Es ist das erste Mal, dass sich das Land an das Haager Gericht wendet. Am Tag darauf tritt Kirchner mit 19 Gouverneurinnen und Gouverneuren im Gefolge vor einer Kulisse von 30 000 Menschen in Gualeguaychú auf.<sup>2</sup>

Wie konnte es zu einer derartigen Ausweitung eines Konfliktes kommen, der mit lokal begrenzten Umweltprotesten in der argentinischen Provinz Entre Ríos begonnen hatte und dann über Jahre hinweg das außenpolitische Verhältnis zweier Nachbarstaaten dominierte und verschiedene internationale Organisationen beschäftigte, bevor er schließlich in Den Haag verhandelt wird? Und welche Rolle spielt dabei die An-

<sup>1</sup> »Una insólita protesta por las papeleras conmocionó a Viena« [Eine ungewöhnliche Protestaktion gegen die Zellstoff-Fabriken schockierte Wien], in: *La Nación*, 13.5.2006; »Gualeguaychú: los delirios de aquellos años« [Gualeguaychú: Der Wahnsinn jener Jahre], in: *El Observador*, 3.10.2013.

<sup>2</sup> Lucía Aboud/Anabella Museri, »En caída libre. Del diferendo al conflicto« [Im freien Fall. Von der Streitigkeit zum Konflikt], in: Vicente Palermo/Carlos Reboratti (Hg.), *Del otro lado del río. Ambientalismo y política entre argentinos y uruguayos* [Vom anderen Ufer des Flusses. Umweltbewegung und Politik zwischen Argentinern und Uruguayern], Buenos Aires: Edhasa, 2007, S. 40.

eignung von Raum durch die Protestbewegung in der Umgebung von Gualeguaychú?

### Vom Megaprojekt zum Megaprotest

Der Konflikt um die Zellstoff-Fabriken beginnt in Fray Bentos, einer beschaulichen Kleinstadt im Südwesten Uruguays, gelegen am Río Uruguay. Dieser mächtige Strom markiert über 300 Kilometer lang eine Staatsgrenze: an seinem östlichen Ufer befindet sich die nach ihm benannte Republik, an seinem westlichen die argentinische Provinz Entre Ríos. Verbunden sind die Nachbarstaaten durch insgesamt drei Brücken. Eine davon, die Brücke General San Martín, verbindet Fray Bentos über die Nationalstraße 136 mit der argentinischen Karnevalshochburg Gualeguaychú, einer Stadt von 75 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die hauptsächlich vom Tourismus und von der Landwirtschaft lebt. Dieser Brücke kommt im Lauf des Konflikts zentrale Bedeutung zu (siehe Karte S. 32).

Mit der Ruhe in Fray Bentos ist es vorbei, als Uruguays Regierung unter Präsident Jorge Batlle vom Partido Colorado, einer der zwei großen traditionellen Parteien Uruguays, im Jahr 2002 ankündigt, dem spanischen Konzern ENCE<sup>3</sup> eine Genehmigung zum Bau einer Zellstoff-Fabrik zwölf Kilometer nördlich des Ortes zu erteilen.<sup>4</sup> Diese soll jährlich bis zu 500 000 Tonnen Zellulose für die Papierindustrie produzieren.<sup>5</sup> Das Projekt ist im Kontext der umfassenden staatlichen Förderung zu sehen, von der die industrielle Forstwirtschaft in Uruguay seit den 1960er Jahren profitiert.<sup>6</sup> Unter anderem dank des Forstgesetzes von 1987, das zinsgünstige Darlehen, Steuervergünstigungen und direkte Subventionen in Höhe von bis zur Hälfte der Investitionskosten vorsieht, wächst die von der industriellen Forstwirtschaft genutzte Fläche zwischen 1987 und 2003 von 45 000 Hektar auf etwa 750 000 Hektar an. Angebaut werden hauptsächlich schnellwachsende Eukalyptus-Monokulturen für den Export von Holz.<sup>7</sup> Die Errichtung der Zellstoff-Fabrik bei Fray Bentos ist für die uruguayische Regierung eine Fortsetzung dieser Politik, die darauf abzielt, höherwertige Teile der Wertschöpfungskette ins Land zu holen.<sup>8</sup>

3 Heute: ENCE Energía y Celulosa S.A.

4 Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 17.

5 Raquel Alvarado, »Política forestal, plantas de celulosa y debate ambiental. Uruguay tras un nuevo modelo de desarrollo« [Forstpolitik, Zellstoff-Fabriken und Umweltdebatte. Uruguay vor dem Hintergrund eines neuen Entwicklungsmodells], in: Palermo/Reboratti (Hg.), *Del otro lado del río* [wie Fn. 2], S. 69.

6 Juan Ignacio Hernández Belóqui, *El conflicto de las papeleras entre Argentina y Uruguay. ¿Resolución o transformación?* [Der Konflikt um die Zellstoff-Fabriken zwischen Argentinien und Uruguay. Lösung oder Transformation?], Barcelona: Institut Català Internacional per la Pau (ICIP), 2013 (ICIP Working Papers 2013/3), S. 13.

7 Alvarado, »Política forestal« [wie Fn. 5], S. 59; Sociedad de Productores Forestales del Uruguay, *Uruguay Forestal/Plantaciones*, [Forstwirtschaftliches Uruguay/Anpflanzungen] <[www.spf.com.uy/uruguay-forestal-plantaciones](http://www.spf.com.uy/uruguay-forestal-plantaciones)> (Zugriff am 29.9.2016).

8 Alvarado, »Política forestal« [wie Fn. 5], S. 69.



**Karte:**  
**Topographie des Konflikts**



Karte

[bit.ly/SWP17S17G1](https://bit.ly/SWP17S17G1)



Mit den Monokulturen wächst in Uruguay allerdings auch der Widerstand gegen die industrielle Forstwirtschaft und es entstehen Nichtregierungsorganisationen, die die Umweltauswirkungen der Plantagen kritisieren. Es sind diese Organisationen, die gemeinsam mit lokalen Gruppen aus Fray Bentos zuerst gegen den Bau der ENCE-Fabrik mobilisieren.<sup>9</sup> Sie argumentieren, dass die Abwässer des Betriebs das Ökosystem des Flusses, die Landwirtschaft und die Gesundheit der lokalen Bevölkerung bedrohen.<sup>10</sup> In der Folge suchen sie den Kontakt zu Umweltorganisationen vom anderen Flussufer und bilden ein binationales Netzwerk, das kleinere Demonstrationen und Informationsveranstaltungen in Gualeguaychú organisiert und so die argentinische Bevölkerung sensibilisiert.<sup>11</sup> Am 3. Oktober 2003, kurz bevor die uruguayische Regierung den Bau der Fabrik genehmigt, organisiert dieses Netzwerk eine Demonstration auf der Brücke General San Martín zwischen Gualeguaychú und Fray Bentos, an

<sup>9</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 17.

<sup>10</sup> Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger von Fray Bentos dagegen begrüßt den Bau der Fabrik, von der man sich einen ökonomischen Aufschwung verspricht; Alvarado, »Política forestal« [wie Fn. 5], S. 75–78.

<sup>11</sup> Hernández Beloqui, *El conflicto de las papeleras entre Argentina y Uruguay* [wie Fn. 6], S. 21; Norma Giarracca/Inés Petz, »La Asamblea de Gualeguaychú: su lógica de nuevo movimiento social y el sentido binacional ›artiguista‹ de sus acciones« [Die Asamblea von Gualeguaychú: ihre Logik als neue soziale Bewegung und die binationale, ›artiguistische‹ Dimension ihres Handelns], in: *Realidad Económica*, 226 (Februar 2007), S. 108f.

der 1500 Personen von beiden Flussufern teilnehmen. Dieser Protest findet auf nationaler Ebene aber noch wenig Beachtung.<sup>12</sup>

Dies ändert sich, als Präsident Batlle am 14. Februar 2005,<sup>13</sup> zwei Wochen vor Amtsantritt seines Nachfolgers Tabaré Vázquez vom linken Parteibündnis Frente Amplio, dem finnischen Konzern Botnia<sup>14</sup> eine Genehmigung für den Bau einer zweiten Zellstoff-Fabrik bei Fray Bentos erteilt, deren jährliche Produktionskapazität mit einer Million Tonnen Zellulose doppelt so groß sein soll wie die des ENCE-Werks. Gemeinsam stellen die beiden Bauprojekte mit 1,7 Milliarden US-Dollar die höchste Auslandsinvestition in der Geschichte Uruguays dar. Nach ihrer Fertigstellung sollen die beiden Industriebetriebe das weltweit größte Cluster im Zellstoff-Sektor bilden und 600 direkte sowie über 8000 indirekte Arbeitsplätze schaffen.<sup>15</sup>

Die Protestbewegung reagiert auf die Genehmigung und den kurz darauf begonnen Bau der Botnia-Fabrik ihrerseits mit einem Superlativ: Am 30. April 2005 versammeln sich mehr als 40 000 Menschen auf der Brücke General San Martín zur bis dahin größten Umweltdemonstration in der Geschichte Argentiniens, die über Lateinamerika hinaus große Medienaufmerksamkeit findet.<sup>16</sup> Die Aktion wird in Anspielung auf das Zusammentreffen argentinischer und uruguayischer Demonstrierender in der Mitte der Brücke *Abrazo al Río Uruguay* genannt. Die »Umarmung des Flusses Uruguay« wird sich von nun an alljährlich wiederholen, wobei sich die Zahl der uruguayischen Teilnehmenden nach und nach auf wenige Hundert reduziert, während die der argentinischen Protestierenden schnell zunimmt. So demonstrieren im Jahr darauf bereits 80 000 Menschen auf der Brücke.<sup>17</sup>

In der Folge dieses ersten *Abrazo al Río* gründet sich auch eine neue Vereinigung, die schon bald zum zentralen Protestakteur avanciert: die Asamblea Ciudadana Ambiental de Gualaguaychú. Unter dem Dach dieser Organisation institutionalisiert sich die zuvor nur lose zusammenhängende Bewegung aus Gualaguaychú, die sich aus Bürgerinnen und Bürgern aller Altersklassen, vor allem jedoch der argentinischen Mittelschicht zusammensetzt. Sie umfasst Angestellte, Selbstständige und kleinere und mittlere Landwirte, die sich vom Bau der Fabriken wirtschaftlich bedroht

<sup>12</sup> Hernández Belóqui, *El conflicto de las papeleras entre Argentina y Uruguay* [wie Fn. 6], S. 21; Giarracca/Petz, »La Asamblea de Gualaguaychú« [wie Fn. 11], S. 108.

<sup>13</sup> International Court of Justice, *Pulp Mills on the River Uruguay (Argentina v. Uruguay)*, Judgment, Den Haag, 20.4.2010, S. 14, Paragr. 39.

<sup>14</sup> Oy-Metsä-Botnia AB gehörte damals, wie auch ENCE, zu den vier transnational operierenden Unternehmen, die den weltweiten Zellstoff-Markt dominierten, vgl. Giarracca/Petz, »La Asamblea de Gualaguaychú« [wie Fn. 11], S. 108.

<sup>15</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 17, 21.

<sup>16</sup> Giarracca/Petz, »La Asamblea de Gualaguaychú« [wie Fn. 11], S. 107.

<sup>17</sup> »Multitudinario acto en Gualaguaychú contra las papeleras« [Massenprotest gegen die Zellstoff-Fabriken in Gualaguaychú], in: *La Nación*, 30.4.2006; Lucas Colonna, »La mayor marcha contra Botnia paralizó Entre Ríos« [Größter Protestmarsch gegen Botnia paralyisierte Entre Ríos], in: *La Nación*, 30.4.2007.

sehen.<sup>18</sup> Allerdings behält die Asamblea den horizontalen, netzwerkförmigen Charakter der Protestinitiative bei, sie entwickelt keine Hierarchie und auch keine bürokratischen Strukturen.<sup>19</sup> Typischerweise versammelt sie sich zweimal pro Woche im Theater oder im Kulturzentrum von Gualaychú, wobei Entscheidungen durch die absolute Mehrheit der jeweils Anwesenden, in der Regel zwischen 500 und 1000 Personen, getroffen werden.<sup>20</sup> Das politische Ziel der Asamblea ist von Beginn an festgelegt und lässt nur wenig Spielraum für Verhandlungen.<sup>21</sup> Überzeugt vom umweltverschmutzenden Charakter der Zellstoff-Industrie und unter dem Motto *No a las papeleras. Sí a la vida*<sup>22</sup> fordert sie die Einstellung der beiden Bauvorhaben bei Fray Bentos.

### Von einer technischen Streitigkeit zur nationalen Frage

Gleichzeitig ändert sich mit der Genehmigung der zweiten Zellstoff-Fabrik und der darauffolgenden Demonstration die Position der argentinischen Regierung. Diese hatte in den Vorjahren zwar ihre Besorgnis über das ENCE-Projekt ausgedrückt, es aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt: Nicht der Bau der Fabrik an sich war für die Führung in Buenos Aires der Stein des Anstoßes, sondern die unzureichende Informationspolitik von Seiten Uruguays hinsichtlich der zu erwartenden Umweltauswirkungen des Bauvorhabens und die mangelnde Kooperation des Nachbarn im Rahmen des Statuts des Río Uruguay (Estatuto del Río Uruguay).<sup>23</sup> Dieses von beiden Seiten ratifizierte Statut von 1975 regelt die gemeinsame Nutzung des Flusses. Darüber wacht eine binationale Verwaltungskommission, die Comisión Administradora del Río Uruguay (CARU), die im Voraus über jegliche Maßnahmen zu informieren ist, die zum Beispiel den Schiffsverkehr, die Wassernutzung und die Ökologie des Flusses betreffen.<sup>24</sup> Diese rein technisch-prozeduralen Einwände der argentinischen Regierung scheinen nach einem Treffen der beiden Außenminister im März 2004 ausgeräumt. So gibt man nach dem Gespräch bekannt, sich in der Frage der Zellstoff-Fabrik auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt zu haben. Uruguay werde der CARU alle relevanten Informationen zur Verfügung stellen. Die Kom-

<sup>18</sup> Carlos Reboratti, »Ambientalismo y conflicto ambiental en el río Uruguay« [Umweltbewegung und Umweltprotest am Río Uruguay], in: Palermo/Reboratti (Hg.), *Del otro lado del río* [wie Fn. 2], S. 138f.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Gonzalo Andrés/Andrés Wursten, »El ›conflicto de las papeleras‹ como controversia tecnocientífica: un caso de empoderamiento social y participación ciudadana« [Der ›Konflikt um die Zellstoff-Fabriken‹ als technisch-wissenschaftliche Kontroverse: ein Fall sozialer Ermächtigung und bürgerlicher Partizipation], in: *Fundamentos en Humanidades*, 13 (2012) 2, S. 194; Giarracca/Petz, »La Asamblea de Gualaychú« [wie Fn. 11], S. 113.

<sup>21</sup> Reboratti, »Ambientalismo y conflicto ambiental en el río Uruguay« [wie Fn. 18], S. 138.

<sup>22</sup> Deutsch: »Nein zu den Zellstoff-Fabriken. Ja zum Leben«.

<sup>23</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 19.

<sup>24</sup> Artikel 7–12, Statut des Río Uruguay (1975).

mission werde dann das Monitoring der Wasserqualität des Flusses übernehmen.<sup>25</sup>

Mit dem ersten *Abrazo al Río* wandelt sich allerdings der Charakter des Konflikts: Aus einer Unstimmigkeit über eine verfahrenstechnische Angelegenheit wird für die argentinische Regierung ein innenpolitisches Problem. Sie reagiert darauf zunächst mit einer Intensivierung des bilateralen Dialogs. Fünf Tage nach der Demonstration treffen sich Néstor Kirchner und Tabaré Vázquez in Buenos Aires und einigen sich auf die Einrichtung einer gesonderten technischen Kommission mit paritätischer Besetzung durch Fachleute beider Länder, der sogenannten GTAN (Grupo Técnico de Alto Nivel). Diese soll die potentiellen Umweltauswirkungen der Zellstoff-Fabriken analysieren und innerhalb von 180 Tagen einen Bericht erstellen.<sup>26</sup> Zwischen August 2005 und Januar 2006 trifft sich diese Kommission zwölf Mal, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen. Am 31. Januar 2006 erklärt Uruguay die Verhandlungen für beendet; Argentinien folgt drei Tage später. Anstelle eines gemeinsamen Reports veröffentlicht jede Seite ihre eigenen Erkenntnisse über die Umweltauswirkungen der geplanten Produktionsanlagen.<sup>27</sup>

Die Verhandlungen scheitern, weil man sich nicht auf gemeinsame Standards zur Messung der Umweltfolgen einigen kann,<sup>28</sup> aber auch weil die uruguayische Regierung parallel zu den Verhandlungen den Bau der Fabriken vorantreibt.<sup>29</sup> Die argentinische Regierung gerät infolgedessen innenpolitisch zunehmend unter Druck und schlägt daraufhin einen Konfrontationskurs ein.

So lehnt die Asamblea de Gualaguaychú die GTAN-Initiative von Beginn an ab, zum einen, weil die Erkenntnisse der Kommission keine verbindlichen Folgen für den Bau der Fabriken haben sollen, und zum anderen, weil die Bauarbeiten am anderen Ufer des Flusses in der Zwischenzeit nicht ausgesetzt werden. Deshalb ändert sie im August 2005 ihre Strategie: Anstatt sich darauf zu konzentrieren, möglichst viele Menschen zu mobilisieren, setzt sie fortan auf direkte Störaktionen: Sie beginnt, die Nationalstraße 136 vor der Brücke General San Martín am sogenannten Arroyo Verde abzusperren, um die Lieferung von Material für die Botnia-Baustelle zu behindern. Die Blockaden bleiben aber zunächst sporadischer Natur.

Unterstützt wird die Asamblea vom Gouverneur der Provinz Entre Ríos vom peronistischen Frente para la Victoria, Jorge Busti. Dieser hatte die Demonstration vom 30. April 2005 von einem Helikopter aus verfolgt und sich daraufhin an die Spitze der Bewegung gestellt.<sup>30</sup> Nun distanziert sich

<sup>25</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 19.

<sup>26</sup> International Court of Justice, *Pulp Mills on the River Uruguay* [wie Fn. 13], Paragr. 132.

<sup>27</sup> Ebd., Paragr. 40.

<sup>28</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 35.

<sup>29</sup> Für eine Übersicht über die einzelnen Baumaßnahmen, siehe: International Court of Justice, *Pulp Mills on the River Uruguay* [wie Fn. 13], Paragr. 28ff.

<sup>30</sup> Vicente Palermo/Lucía Aboud/Anabella Museri, »La Asamblea Ciudadana Ambiental de Gualaguaychú en el conflicto por las papeleras« [Die Asamblea Ciudadana Ambiental von Gualaguaychú im Konflikt um die Zellstoff-Fabriken], in: REDES. *Revista do desenvolvimento regional*, 14 (2009) 1, S. 214.

Busti öffentlich vom argentinischen Außenministerium und von der GTAN-Initiative<sup>31</sup> und macht im Laufe der nächsten Monate durch verschiedene medienwirksame Alleingänge auf sich aufmerksam. Noch bevor die Kommission zum ersten Mal zusammentritt, wendet sich der Gouverneur im Juni 2005 an die International Finance Corporation (IFC) und fordert sie auf, ihre geplante Finanzierung der beiden Zellstoff-Fabriken in Höhe von 400 Millionen US-Dollar auszusetzen und vom Ergebnis einer Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung abhängig zu machen.<sup>32</sup> Wenig später kündigt er an, er werde Uruguay bei der Inter-Amerikanischen Menschenrechtskommission verklagen und sich für einen Stopp des Exports von Gas und technischen Gütern, die für den Betrieb der Fabrik bestimmt sind, einsetzen. Darüber hinaus will Busti argentinische Unternehmen, die mit den beiden Fabrikbetreibern zusammenarbeiten, von öffentlichen Aufträgen ausschließen.<sup>33</sup>

Getrieben von diesen Entwicklungen reist der argentinische Außenminister Rafael Bielsa im August 2005 nach Gualeguaychú, wo er von etwa zweihundert Demonstrierenden empfangen wird, die ihm vorwerfen, die Provinz Entre Ríos im Stich zu lassen. Nach einem Treffen mit der Asamblea und der Provinzregierung, kündigt Bielsa an, mit seinen Gesprächspartnern eine gemeinsame Strategie entwickeln zu wollen, die darauf gerichtet ist, den Bau der Fabriken zu stoppen.<sup>34</sup> Im selben Monat findet ein Treffen der Asamblea mit Néstor Kirchner in der Casa Rosada, dem Amtssitz des Präsidenten, statt. In der darauffolgenden Pressekonferenz erklärt Bielsa den Konflikt zu einer »nationalen Frage« und fordert Uruguay auf, den Bau der Zellstoff-Fabriken bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse der GTAN-Initiative zu unterbrechen. Andernfalls werde die Regierung Maßnahmen ergreifen, um den Bau der Werke zu behindern.<sup>35</sup>

Uruguay reagiert auf diese Vorstöße, die wohl auch im Kontext der nahenden Parlamentswahlen in Argentinien zu deuten sind, mit Beschwerden beim argentinischen Außenministerium und mit einem zeitweisen Boykott der GTAN-Verhandlungen.<sup>36</sup> Kurz nach dem Treffen Kirchners mit der Asamblea meldet sich der uruguayische Außenminister Reinaldo Gargano zu Wort: Bei der Errichtung der Zellstoff-Fabriken handele es sich um eine souveräne Entscheidung Uruguays.<sup>37</sup>



Zeitleiste

bit.ly/SWP17S17G4

<sup>31</sup> Florencia Carbone, »Bielsa fue a Entre Ríos a calmar a los vecinos« [Bielsa besuchte Entre Ríos, um die Anwohner zu beruhigen], in: *La Nación*, 29.7.2005.

<sup>32</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 25.

<sup>33</sup> »Papeleras: una ya había sido condenada por delito ecológico« [Zellstoff-Firmen: Eine war bereits für Umweltdelikte verurteilt worden], in: *Clarín*, 25.7.2005.

<sup>34</sup> Carbone, »Bielsa fue a Entre Ríos a calmar a los vecinos« [wie Fn. 31].

<sup>35</sup> Verónica Toller, »El Gobierno pidió que Uruguay frene la construcción de las papeleras« [Die Regierung bat Uruguay, den Bau der Zellstoff-Fabriken zu stoppen], in: *Clarín*, 24.8.2005.

<sup>36</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 27.

<sup>37</sup> Ebd., S. 30.

## Von Gualeguaychú in die Welt

In den folgenden Monaten weitet sich der Konflikt auf die internationale Ebene aus. Im September 2005 setzt Gouverneur Jorge Busti seine Ankündigung in die Tat um und verklagt Uruguay bei der Inter-Amerikanischen Menschenrechtskommission in Washington. Zugleich reicht er eine offizielle Beschwerde bei der Ombudsfrau der Weltbank über die IFC ein, die den Bau der Fabriken finanziert.<sup>38</sup> Darüber hinaus attackiert er Uruguay über die Medien: Der Kampf gegen die Zellstoff-Fabriken habe für ihn höchste Priorität, da die Gesundheit von 300 000 Bürgerinnen und Bürgern von Entre Ríos auf dem Spiel stehe; wenn es nötig sei, drehe er den Unternehmen eigenhändig den Gashahn zu.<sup>39</sup> Und als er im Oktober schließlich öffentlich mutmaßt, dass es im Zusammenhang mit den beiden Fabriken »besondere Anreize« (sprich: Korruption) auf Seiten der uruguayischen Regierung gegeben haben könne, bestellt diese zum ersten Mal seit den 1950er Jahren den argentinischen Botschafter ein.<sup>40</sup>

Im Dezember veröffentlicht die IFC die Ergebnisse ihrer Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung, denen zufolge mit dem Bau der Fabriken keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt einhergehen. Busti erhebt daraufhin Einspruch beim Präsidenten der Weltbank: Die Prüfung habe wichtige Informationen und frühere Forschungsergebnisse nicht miteinbezogen.<sup>41</sup> Auf uruguayischer Seite wird der Konflikt jetzt immer stärker als eine Frage der Durchsetzung der nationalen Souveränität gegenüber dem größeren Nachbarn verstanden. Hinter Präsident Vázquez schließen sich die Reihen. Die Führer der beiden großen Oppositionsparteien, des Partido Blanco und des Partido Colorado, und die Unternehmensverbände und Gewerkschaften stellen sich hinter die Regierung und verteidigen die Errichtung der Zellstoff-Fabriken.<sup>42</sup> Und auch in den Medien des Landes sind kaum mehr kritische Stimmen zu dem Bauprojekt zu hören.<sup>43</sup> Im Januar 2006 beendet Uruguay schließlich die GTAN-Verhandlungen.

Als Reaktion auf das Scheitern der Gespräche beginnt die Asamblea de Gualeguaychú mit der Abriegelung der Nationalstraße 136, die zur Brücke

<sup>38</sup> Hugo Alconada Mon, »Doble presentación contra las papeleras en Washington« [Zweifache Klageerhebung gegen die Zellstoff-Fabriken in Washington], in: *La Nación*, 20.9.2005.

<sup>39</sup> Aboud/Museri, »En caída libre« [wie Fn. 2], S. 32.

<sup>40</sup> Lucio Fernández Moores, »Tensión diplomática con Uruguay por el conflicto de las papeleras« [Diplomatische Spannungen mit Uruguay wegen des Konflikts um die Zellstoff-Fabriken], in: *Clarín*, 31.10.2005; Mariano Pérez de Eulate, »Busti afirma que el gobierno de Tabaré Vázquez lo interpretó mal« [Busti beteuert, dass die Regierung von Tabaré Vázquez ihn falsch interpretiert habe], in: *Clarín*, 31.10.2005.

<sup>41</sup> Daniel Tirso Fiorotto, »Papeleras: Busti impugnó el estudio del Banco Mundial« [Zellstoff-Fabriken: Busti bestritt Weltbank-Studie], in: *La Nación*, 22.12.2005.

<sup>42</sup> »Fracasó la negociación por el impacto ambiental de las papeleras« [Verhandlung über die Umweltauswirkungen der Zellstoff-Fabriken scheiterte], in: *La Nación*, 30.1.2006.

<sup>43</sup> Palermo/Aboud/Museri, »La Asamblea Ciudadana Ambiental de Gualeguaychú« [wie Fn. 30], S. 233; siehe auch Vicente Palermo, »Papeleras: sacando las castañas del fuego« [Zellstoff-Fabriken: Die Kastanien aus dem Feuer holen], in: Palermo/Reboratti (Hg.), *Del otro lado del río* [wie Fn. 2], S. 214ff.

General San Martín führt. Die Blockade dauert 45 Tage an und erstreckt sich zeitweise auch auf die anderen beiden internationalen Brücken zwischen Argentinien und Uruguay. Der Grenzverkehr kommt in dieser Zeit teilweise komplett zum Erliegen.<sup>44</sup> Während der Sommerferien, die viele Argentinierinnen und Argentinier sonst traditionell im Nachbarland verbringen, entsteht Uruguay durch den stockenden Tourismus ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden. Die Atmosphäre am zentralen Punkt der Absperrung, dem Arroyo Verde, ist nachbarschaftlich. Es gibt Küchen, Toiletten und Pavillons – Familien aus Gualeguaychú verbringen dort das Wochenende.

Die Aktion der Asamblea zeigt zunächst Wirkung: Vázquez und Kirchner nehmen schon im Februar 2006 die Verhandlungen wieder auf und einigen sich bei einem Treffen anlässlich des Amtsantritts der neuen chilenischen Präsidentin, Michelle Bachelet, in Santiago de Chile auf eine gemeinsame Vorgehensweise.<sup>45</sup> Buenos Aires werde für eine Unterbrechung der Blockaden sorgen und Montevideo im Gegenzug die Bauarbeiten an den beiden Fabriken für 90 Tage aussetzen. Darüber hinaus soll eine gemeinsame technische Kommission zur Überwachung des Flusses ins Leben gerufen werden.<sup>46</sup> Allerdings scheitert auch diese zweite Initiative zur Beilegung des Konflikts nach wenigen Wochen. Während Kirchner die Asamblea von einem Stopp der Straßensperrungen überzeugen kann,<sup>47</sup> möchte Vázquez die beiden Fabrikbetreiber nicht zwingen, die Bauarbeiten zu unterbrechen – wohl auch aufgrund eines Investitionsschutzabkommens mit Finnland, das Botnia Entschädigungszahlungen im Fall von Verlusten durch Proteste zusichert. Stattdessen sollen die beiden Unternehmen von sich aus auf die uruguayische Regierung zugehen.<sup>48</sup> Während ENCE dieser Bitte nachkommt, erklärt sich Botnia lediglich zu einem Baustopp von zehn Tagen bereit, woraufhin die Asamblea ihre Blockaden wieder aufnimmt. Am 6. April erklärt der uruguayische Außenminister den Dialog für beendet.<sup>49</sup>

Eine Woche später verbucht die Regierung in Buenos Aires einen Etappensieg: Nach einer ersten Prüfung der Beschwerde Argentinien vermag die IFC die Finanzierung der beiden Zellstoff-Fabriken; man wolle zunächst

<sup>44</sup> »La cronología de cuatro años de conflicto« [Die Chronologie von vier Jahren Konflikt], in: *La Nación*, 9.11.2007; »Cortarán todos los pasos a Uruguay« [Sie werden alle Übergänge nach Uruguay blockieren], in: *La Nación*, 13.1.2006.

<sup>45</sup> Mariano Obarrio, »Revelan gestiones de Kirchner y Vázquez« [Enthüllung der Anstrengungen von Kirchner und Vázquez], in: *La Nación*, 4.2.2006.

<sup>46</sup> Ders., »Kirchner y Vázquez lograron una tregua por las papeleras« [Kirchner und Vázquez erreichten eine Feuerpause im Kampf um die Zellstoff-Fabriken], in: *La Nación*, 12.3.2006.

<sup>47</sup> Nelson Fernández, »Uruguay recibió con alivio la decisión de Gualeguaychú« [Uruguay reagierte mit Erleichterung auf die Entscheidung in Gualeguaychú], in: *La Nación*, 21.3.2006.

<sup>48</sup> Mariano Obarrio, »Las papeleras, cerca de un gesto para el acuerdo [Die Zellstoff-Fabriken: nah an einer Geste für eine Übereinkunft]«, in: *La Nación*, 26.3.2006.

<sup>49</sup> Nelson Fernández, »Uruguay cerró el diálogo con la Argentina« [Uruguay beendete den Dialog mit Argentinien], in: *La Nación*, 8.4.2006.

ein weiteres Umwelt- und Sozialverträglichkeitsgutachten erstellen, da das vorliegende Gutachten nicht alle relevanten Informationen miteinbezogen habe.<sup>50</sup> Am 30. April 2006 demonstrieren 80 000 Menschen, die sämtlich von argentinischer Seite gekommen sind, auf der Brücke General San Martín, doppelt so viele wie im Vorjahr.<sup>51</sup> Und am 4. Mai leiten beide Regierungen rechtliche Schritte in die Wege: Uruguay reicht beim Ad-hoc-Schiedsgericht des MERCOSUR eine Beschwerde gegen die argentinische Regierung ein und begründet sie mit deren Passivität gegenüber den Blockaden; Argentinien verklagt Uruguay wegen mangelnder Kooperation und mangelnden Umweltschutzmaßnahmen vor dem IGH. Es folgt, am 12. Mai, der leichtbekleidete Auftritt von Karnevalskönigin Evangelina Carrozzo in Wien.

### Von internationalem Terrain zurück nach Gualeguaychú

Mit der Überweisung des Konflikts an die beiden internationalen Tribunale entspannt sich die Situation. Beide Regierungen haben ihr Gesicht gewahrt, ihr Pulver verschossen und die Klärung des Streits aus der Hand gegeben. Zudem erklärt sich die Asamblea bereit, trotz der voranschreitenden Bauarbeiten auf der Botnia-Baustelle ihre Blockaden auszusetzen, um die Prozesschancen der argentinischen Regierung in Den Haag nicht zu beeinträchtigen. Und sie hält an dieser Entscheidung auch fest, als die argentinische Regierung im Juli 2006 einen Rückschlag vor dem IGH erleidet, der ihrem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung nicht stattgibt und den Bau der Fabriken nicht bis zur Verhängung des Urteils aussetzt.<sup>52</sup> Das von Uruguay angerufene MERCOSUR-Schiedsgericht erlässt seinen Schiedsspruch im folgenden September und stellt fest, dass die argentinische Regierung aufgrund ihrer permissiven Haltung gegenüber den Blockaden den Vertrag von Asunción verletzt habe, der die Freizügigkeit von Gütern und Dienstleistungen innerhalb des Integrationsblocks garantiert.<sup>53</sup> Es verhängt zwar keine Sanktionen für den aus den Blockaden entstandenen Schaden, den Uruguay auf 400 Millionen US-Dollar beziffert, aber die Feststellung der Vertragsverletzung ist für die argentinische Regierung ein Schuss vor den Bug.<sup>54</sup>

Zwei Wochen darauf kann sie sich allerdings über einen Erfolg freuen: Am 21. September gibt das spanische Unternehmen ENCE bekannt, dass es seine Fabrik nicht bei Fray Bentos errichten wird, da die Stadt nicht die

<sup>50</sup> Hugo Alconada Mon, »El Banco Mundial pide más estudios« [Die Weltbank bittet um weitere Studien], in: *La Nación*, 12.4.2006.

<sup>51</sup> »Multitudinario acto en Gualeguaychú contra las papeleras« [wie Fn. 18].

<sup>52</sup> International Court of Justice, *Case Concerning Pulp Mills on the River Uruguay (Argentina v. Uruguay)*, Request for the Indication of Provisional Measures, Order of 13 July 2006, Den Haag, 13.7.2006, p. 113, <[www.icj-cij.org/files/case-related/135/135-20060713-ORD-02-00-EN.pdf](http://www.icj-cij.org/files/case-related/135/135-20060713-ORD-02-00-EN.pdf)> (Zugriff am 30.6.2017).

<sup>53</sup> MERCOSUR, Tribunal Permanente de Revisión, LAUDO N° 02/2006, Asunción, 6.7.2006, <[www.mercosur.int/innovaportal/v/375/2/innova.front/laudos](http://www.mercosur.int/innovaportal/v/375/2/innova.front/laudos)> (Zugriff am 30.6.2017).

<sup>54</sup> Lucas Colonna, »Uruguay evalúa presentar un reclamo por indemnizaciones« [Uruguay erwägt Schadensersatzklage einzureichen], in: *La Nación*, 8.9.2006.



notwendige Infrastruktur für zwei Zellstoff-Fabriken biete. Das Werk, dessen Bau noch nicht weit fortgeschritten ist, soll stattdessen an einem anderen Standort in Uruguay errichtet werden.<sup>55</sup> Damit ergibt sich eine gute Ausgangsposition für die Wiederaufnahme von Verhandlungen, denn beide Seiten haben Erfolge in eigener Sache erzielt. Néstor Kirchner nutzt sie und bittet den spanischen König Juan Carlos I. auf dem Ibero-Amerikanischen Gipfel in Montevideo am 2. November darum, im Konflikt um die Zellstoff-Fabriken zu vermitteln. Sowohl der König als auch Uruguay stimmen zu.<sup>56</sup>

Allerdings wird auch diese dritte Verhandlungsinitiative gleich zu Beginn von den lokalen Ereignissen in Gualaguaychú überschattet. Denn in Reaktion auf die Mitte Oktober veröffentlichte zweite Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung der IFC, der zufolge die Produktionstechnologie der beiden Zellstoff-Fabriken europäischen und US-Standards entspricht und keine negativen ökologischen Folgen für den Río Uruguay zu erwarten sind,<sup>57</sup> entschließt sich die Asamblea dazu, die Blockade am Arroyo Verde für drei Tage wiederaufzunehmen. Die Diskussion an diesem Abend in Gualaguaychú ist gespalten; am Ende setzen sich die radikaleren Stimmen durch, die in der direkten Aktion den einzigen Weg sehen, um die voranschreitenden Bauarbeiten an der Botnia-Baustelle zu stoppen.<sup>58</sup> Sowohl Jorge Busti als auch Néstor Kirchner versuchen daraufhin, die Asamblea von dieser Entscheidung abzubringen. Sie argumentieren, dass die Absperrmaßnahme dem Interesse Argentiniens schade, und verurteilen den Beschluss mit harten Worten.<sup>59</sup> Zu einer gewaltsamen Unterbindung der Blockade sind sie allerdings nicht bereit. Das ändert sich auch nicht, als die Asamblea am 21. November – nachdem die IFC Kredite an Botnia in Höhe von 170 Millionen US-Dollar bewilligt hat – eine zeitlich unbegrenzte Abriegelung der Nationalstraße 136 ankündigt. Für Vázquez ist das ein Affront.<sup>60</sup> Er unterbricht zwischenzeitlich die Verhandlungen, reicht einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Auflösung der Blockaden beim IGH ein und beauftragt das Militär, die Botnia-

<sup>55</sup> »ENCE desistió de construir su planta en Fray Bentos« [ENCE verzichtete darauf, seine Fabrik bei Fray Bentos zu errichten], in: *La Nación*, 21.9.2006.

<sup>56</sup> Mariano Obarrio, »El rey de España terciará en la crisis por las papeleras« [Der König von Spanien wird in der Krise um die Zellstoff-Fabriken vermitteln], in: *La Nación*, 5.11.2006.

<sup>57</sup> Hugo Alconada Mon, »El Banco Mundial sostiene que las papeleras no contaminarán« [Die Weltbank hält daran fest, dass die Zellstoff-Fabriken nicht verschmutzen werden], in: *La Nación*, 13.10.2006.

<sup>58</sup> Daniel Tirso Fiorotto, »Fin de semana con cortes en Entre Ríos« [Wochenende mit Blockaden in Entre Ríos], in: *La Nación*, 11.10.2006.

<sup>59</sup> Ders., »Advertencia oficial a los asambleístas« [Öffentliche Warnung an die Asambleístas], in: *La Nación*, 13.10.2006.

<sup>60</sup> Nelson Fernández, »Uruguay espera que Kirchner tome medidas« [Uruguay erwartet Maßnahmen von Kirchner], in: *La Nación*, 12.10.2006.

Baustelle zu schützen.<sup>61</sup> Darüber hinaus beschäftigt sich Vázquez, wie er später einräumt, auch mit dem Szenario einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Argentinien und bittet US-Präsident George W. Bush für diesen Fall um seine Unterstützung.<sup>62</sup> Spätestens zu diesem Zeitpunkt hat sich das Verhältnis zwischen der argentinischen Regierung und der Asamblea verändert: aus Einheit ist Differenz geworden.

## Festgefahrene Fronten

Mit der Aufnahme der zeitlich unbegrenzten Blockade am Arroyo Verde und der fehlenden Bereitschaft Néstor Kirchners, diese – wenn nötig, gewaltsam – zu unterbrechen, gerät der Konflikt um die Zellstoff-Fabriken in eine festgefahrene Situation. Die Asamblea erhält ihre Sperrung der Nationalstraße 136 aufrecht und besetzt zwischenzeitlich auch wieder die anderen beiden internationalen Brücken zwischen Uruguay und Argentinien.<sup>63</sup> Zudem weitet sie ihren Protest auf die argentinische Hauptstadt aus, wo sie große Demonstrationen zur Casa Rosada und Kundgebungen vor der finnischen Botschaft und am Hafenterminal des Fährunternehmens Buquebús organisiert, dessen Schiffe Buenos Aires und Montevideo miteinander verbinden.<sup>64</sup> Im November 2007 feiert sie den ersten Jahrestag der permanenten Straßensperrung am Arroyo Verde.<sup>65</sup>

Der uruguayischen Regierung, deren Gesuch nach Präventivmaßnahmen vom IGH abgelehnt wird, fehlt es schlichtweg an Rechtsmitteln, um eine Aufhebung der Blockaden oder eine Entschädigung zu erwirken.<sup>66</sup> Sie verhandelt stattdessen weiter mit der argentinischen Regierung unter Vermittlung des spanischen Königs, während die Bauarbeiten auf der Botnia-Baustelle kontinuierlich voranschreiten. Sie beendet diese Gesprä-

**61** »Firman el decreto para el envío de los militares« [Unterzeichnung des Dekrets zur Entsendung des Militärs], in: *La Nación*, 5.12.2006; Silvia Pisani, »Tabaré aclaró a España por qué congeló la mediación del rey« [Tabaré erklärt gegenüber Spanien, warum er die Vermittlung des Königs abbrach], in: *La Nación*, 21.12.2006.

**62** »Tabaré justificó la hipótesis de una guerra con Argentina: ›Amenazaron con ocupar la planta« [Tabaré begründete die Hypothese eines Krieges mit Argentinien: ›Sie drohten mit einer Besetzung der Fabrik], in: *Clarín*, 13.10.2011.

**63** Jaime Rosemberg, »Bloquearon los tres pasos a Uruguay« [Alle drei Übergänge nach Uruguay blockiert], in: *La Nación*, 13.1.2007.

**64** »Preocupa a Finlandia la pelea por las papeleras« [Finnland besorgt über den Streit um die Zellstoff-Fabriken], in: *La Nación*, 8.2.2007; »Los asambleístas protestaron por las papeleras ante la embajada finlandesa« [Die Asambleístas protestierten vor der finnischen Botschaft gegen die Zellstoff-Fabriken], in: *Clarín*, 31.7.2007; »Reclamo de asambleístas frente a Buquebús« [Forderungen der Asambleístas gegenüber Buquebús], in: *La Nación*, 15.1.2008; »Los asambleístas marcharon hasta la terminal de Buquebús« [Die Asambleístas marschierten bis zum Terminal von Buquebús], in: *La Gaceta*, 1.2.2008.

**65** »Se cumple un año del corte en Gualaguaychú« [Erster Jahrestag der Blockade in Gualaguaychú], in: *La Nación*, 19.11.2007.

**66** International Court of Justice, *Case Concerning Pulp Mills on the River Uruguay (Argentina v. Uruguay)*, Request for the Indication of Provisional Measures, Order of 23 January 2007, Den Haag, 23.1.2007, p. 3, <[www.icj-cij.org/files/case-related/135/135-20070123-ORD-01-00-EN.pdf](http://www.icj-cij.org/files/case-related/135/135-20070123-ORD-01-00-EN.pdf)> (Zugriff am 30.6.2017).

che aber mit einem lauten Knall, als Vázquez, während seiner Teilnahme am Iberoamerikanischen Gipfel am 8. November 2007 in Chile, telefonisch die Inbetriebnahme der Botnia-Fabrik genehmigt – und zwar ohne den ebenfalls anwesenden argentinischen Präsidenten vorab darüber zu informieren. Dem Mediator des spanischen Königs, Botschafter Juan Antonio Yáñez, lässt er vor dem Telefonat eine Karte unter der Tür durchstecken. Da dieser die Mitteilung jedoch übersieht, erfährt auch Spanien erst von der Genehmigung, als die Entscheidung bereits öffentlich bekannt ist. Kirchner richtet sich daraufhin vor den versammelten Staatsoberhäuptern an den König und bittet ihn um Entschuldigung, ihn in die Verhandlungen involviert zu haben.<sup>67</sup> Schon einen Tag später nimmt Botnia die Zellstoff-Produktion auf, begleitet von einer massiven, aber friedlichen Demonstration auf argentinischer Seite.<sup>68</sup> Im Konflikt um die Zellstoff-Fabriken steht man nun vor vollendeten Tatsachen: Gualeguaychú blockiert, Botnia produziert und alle Augen richten sich auf den IGH.

### Vom salomonischen Urteil zur Demobilisierung

Dieser fällt sein Urteil zweieinhalb Jahre später. Die Asamblea hält ihre Blockade am Arroyo Verde über den gesamten Zeitraum hinweg aufrecht; das Verhältnis zwischen Argentinien und Uruguay, wo jetzt Cristina Fernández de Kirchner (wie ihr Ehemann Néstor vom peronistischen Frente para la Victoria) und José Mujica (wie Vázquez vom Frente Amplio) regieren, entspannt sich unterdessen aber wieder.

Die Live-Übertragung der Urteilsverkündung verfolgt die Asamblea am 20. April 2010 am Arroyo Verde. Als das Gericht erklärt, dass Uruguay es versäumt habe, die gemeinsame Verwaltungsbehörde des Flusses rechtzeitig über den Bau der beiden Zellstoff-Fabriken zu informieren, und dass während der ersten Verhandlungen im Rahmen der GTAN auch keine Baugenehmigungen hätte erteilt werden dürfen, brandet Jubel auf: Uruguay, so ist nun höchststrichterlich bestätigt, hat gegen seine prozeduralen Pflichten aus dem Statut des Río Uruguay verstoßen.<sup>69</sup> Die Freude ebbt aber schnell wieder ab und wandelt sich in Wut und Verzweiflung. Denn hinsichtlich der substantiellen Pflichten aus dem Statut kann das Gericht keine Verletzung feststellen. Argentinien habe weder nachweisen können, dass das Nachbarland unzureichende Umweltschutzmaßnahmen getroffen habe, noch dass der Betrieb der Zellstoff-Fabriken sich negativ auf die Wasserqualität des Río Uruguay auswirke. Darüber hinaus urteilt das Ge-

<sup>67</sup> Martín Rodríguez Yebra, »Máxima tensión con Uruguay al ponerse en marcha Botnia« [Größte Spannungen mit Uruguay bei Inbetriebnahme von Botnia], in: *La Nación*, 10.11.2007.

<sup>68</sup> »Sin incidentes, terminó la masiva marcha contra Botnia en Gualeguaychú« [Ohne Zwischenfälle endete der gewaltige Protestmarsch gegen Botnia in Gualeguaychú], in: *La Nación*, 10.11.2007.

<sup>69</sup> International Court of Justice, *Pulp Mills on the River Uruguay* [wie Fn. 13], S. 14, Paragr. 80ff, 169ff.

richt, dass der prozeduralen Pflichtverletzung Uruguays mit der Feststellung des Unrechts Genüge getan sei: Botnia darf also weiterproduzieren.<sup>70</sup>

Mujica und Fernández de Kirchner akzeptieren dieses salomonische Urteil und treffen sich kurz darauf, um die Details des vom Gerichtshof geforderten gemeinsamen Monitorings des Flusses zu besprechen. Die Asamblea dagegen möchte sich nicht geschlagen geben. Am 25. April organisiert sie ihren jährlichen *Abrazo al Río* auf der Brücke General San Martín, an dem weiterhin Tausende Menschen teilnehmen.<sup>71</sup> Während sich die »Umarmung des Flusses« in den Vorjahren in eine rein argentinische Protestveranstaltung transformiert hatte, kommen nun auch wieder Menschen vom uruguayischen Ufer – allerdings nicht, um gegen die Fabriken, sondern gegen die Sperrung der Nationalstraße 136 zu demonstrieren.<sup>72</sup> Die Asamblea hält an dieser Blockade auch nach der Urteilsverkündung fest, obwohl dazu selbst in Gualeguaychú nun auch kritische Stimmen laut werden.<sup>73</sup> Die Bürgerinitiative gibt erst auf, als die argentinische Regierung Anzeige gegen zehn ihrer Mitglieder erstattet – unter anderem wegen Verkehrsbehinderung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und fahrlässiger Tötung (ein Argentinier war durch einen Autounfall bei der Blockade ums Leben gekommen).<sup>74</sup> Am 19. Juni 2010 beendet die Asamblea daraufhin ihre permanente Blockade am Arroyo Verde, die zu diesem Zeitpunkt 1362 Tage Bestand hatte.<sup>75</sup> Die Klagen gegen die zehn Mitglieder der Asamblea werden später abgewiesen.<sup>76</sup>

## Das Ende des Konflikts um die Zellstoff-Fabriken?

Den Konflikt um die Zellstoff-Fabriken können Mujica und Fernández de Kirchner derweil nicht lösen. Zwar einigen sie sich im Juli 2010 auf das vom IGH geforderte gemeinsame Monitoring des Flusses im Rahmen der CARU, die ihre Arbeit im darauffolgenden Oktober aufnimmt.<sup>77</sup> Jedoch

<sup>70</sup> Ebd.; »La pelea sigue«, advierte Gualeguaychú »Der Kampf geht weiter«, verkündet Gualeguaychú], in: *La Nación*, 21.4.2010.

<sup>71</sup> Verónica Toller, »Una multitud se movilizó contra Botnia en la frontera con Fray Bentos« [Menschenmenge macht an der Grenze zu Fray Bentos gegen Botnia mobil], in: *Clarín*, 25.4.2010.

<sup>72</sup> Verónica Toller, »La contramarcha de Fray Bentos« [Die Gegendemonstration von Fray Bentos], in: *Clarín*, 25.4.2010.

<sup>73</sup> Nelson Fernández, »Facebook une contra el corte de Gualeguaychú« [Facebook vereint gegen die Blockade von Gualeguaychú], in: *La Nación*, 9.5.2010.

<sup>74</sup> »Gobierno presenta querellas en Justicia contra ambientalistas anti papelera; El Gobierno acorrala a los asambleístas« [Regierung reicht Klagen gegen die Gegner der Zellstoff-Fabriken ein; Regierung treibt Asambleístas in die Enge], in: *La Voz del Interior*, 10.6.2010.

<sup>75</sup> »Con advertencias, levantarán hoy el corte en Gualeguaychú« [Mit Vorwarnungen lösen sie die Blockade in Gualeguaychú heute auf], in: *La Nación*, 19.6.2010.

<sup>76</sup> Verónica Toller, »Papeleras: ordenaron no indagar a los asambleístas« [Zellstoff-Fabriken: Anordnung zur Einstellung der Verfahren gegen die Asambleístas], in: *Clarín*, 30.8.2011.

<sup>77</sup> »Comenzó el monitoreo ambiental a Botnia« [Beginn des Umwelt-Monitorings von Botnia], in: *La Nación*, 7.10.2010.



Video

[bit.ly/SWP17S17G3](http://bit.ly/SWP17S17G3)

verhindert die argentinische Regierung die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse der Kommission, so dass die Frage, welche Auswirkungen der Betrieb der Botnia-Fabrik auf die Umwelt hat, bis heute strittig ist.<sup>78</sup> Und als die uruguayische Regierung im Juni 2013 ankündigt, dass die Produktion des Werks auf 1,3 Millionen Tonnen pro Jahr gesteigert werden soll, tritt der argentinische Außenminister Héctor Timerman vor die Presse und erklärt, dass Argentinien eine solche Produktionserhöhung keinesfalls akzeptieren und im Falle einer unilateralen Entscheidung erneut vor den IGH ziehen werde.<sup>79</sup> Als Mujica kurz darauf nach Buenos Aires reist, kommt es zu einer emotionalen Auseinandersetzung mit der argentinischen Präsidentin, in der harte Worte fallen.<sup>80</sup> Er genehmigt im September schließlich eine Anhebung der Produktion auf 1,2 Millionen Tonnen, woraufhin Argentinien eine Protestnote einreicht und Teile eines Untersuchungsberichts veröffentlicht, dem zufolge Botnia den Fluss verschmutzt.<sup>81</sup> Für Uruguay handelt es sich dabei um eine »diplomatische Schikane«: Die von Außenminister Timerman zitierten Ergebnisse beruhten nicht auf Proben aus den Abwässern der Fabrik, sondern auf Proben aus dem Fluss, der durch andere Quellen verschmutzt sei. Die von Argentinien zurückgehaltenen CARU-Berichte würden eindeutig zeigen, dass von der Botnia-Fabrik keine negativen Wirkungen auf die Umwelt ausgingen.<sup>82</sup>

Ein Ende des Konflikts um die Zellstoff-Fabriken scheint sich erst unter den aktuellen Präsidenten anzubahnen: dem erneut ins Amt gewählten Tabaré Vázquez und Mauricio Macri vom konservativ-liberalen Parteienbündnis Cambiemos. Nach einem ersten Treffen im Januar 2015, auf dem nicht nur eine gemeinsame Bewerbung für die Fußballweltmeisterschaft, sondern auch die Schaffung eines gemeinsamen Labors zur Überwachung der Wasserqualität des Río Uruguay beschlossen wurde, kündigte Vázquez im August dieses Jahres den Bau einer weiteren Zellstoff-Fabrik im Inland Uruguays an, deren Abwässer schlussendlich aber auch in den Río Uruguay münden. Laut Vázquez sei Macri darüber informiert; es werde keine

**78** »Botnia: polémica por el monitoreo« [Botnia: Auseinandersetzung über das Monitoring], in: *La Nación*, 2.11.2011; Martín Dinatale, »Acusaciones, secretos y mentiras alrededor de una comisión clave« [Beschuldigungen, Geheimnisse und Lügen rund um eine entscheidende Kommission], in: *La Nación*, 17.10.2013.

**79** Martín Dinatale, »Crece el conflicto entre la Argentina y Uruguay por Botnia« [Der Konflikt zwischen Argentinien und Uruguay um Botnia verschärft sich], in: *La Nación*, 11.9.2013.

**80** Natasha Niebieskikwiat, »Mujica a Cristina: »¡No te banco más, me tenés podrido!« [Mujica zu Cristina: »Ich halte dich nicht mehr aus, ich habe genug von dir!], in: *Clarín*, 3.5.2015.

**81** »Giro del Gobierno por la ex Botnia: Intimó a Uruguay a que »de inmediato« deje sin efecto el aumento de la producción« [Schwenk der Regierung in Sachen Ex-Botnia: Uruguay soll die Produktionserhöhung »unverzüglich« rückgängig machen], in: *La Nación*, 15.10.2013.

**82** Nelson Fernández, »Uruguay rechazó el ultimátum de la Argentina y ahora redobra la apuesta« [Uruguay wies das Ultimatum Argentinien zurück und verdoppelt den Einsatz], in: *La Nación*, 17.10.2013; »Absurda crisis con Uruguay« [Absurde Krise mit Uruguay], in: *La Nación*, 19.10.2013.

Probleme geben.<sup>83</sup> Zudem scheint es, als habe man sich auf eine Veröffentlichung der mittlerweile 62 Untersuchungsergebnisse der CARU geeinigt.<sup>84</sup> Der für den 24. April 2016 geplante *Abrazo al Río* der Asamblea fiel unterdessen aufgrund schlechten Wetters ins Wasser.

## Die Rolle des Raums für die Entwicklung des Konflikts

Der Konflikt um die Zellstoff-Fabriken zwischen Argentinien und Uruguay dauert seit mehr als 14 Jahren an, wenn er auch seinen Zenit mit der Entscheidung des IGH überschritten hat. Er entwickelte sich in diesem Zeitraum für beide Seiten zu einer diplomatischen Krise und beschäftigte insgesamt drei argentinische und drei uruguayische Staatsoberhäupter, einen europäischen Monarchen und vier internationale Organisationen. Für diese beispiellose Eskalation eines für Südamerika typischen Konflikts um die Auswirkungen eines großen Investitionsprojekts im Rohstoffsektor auf die Umwelt gibt es verschiedene Gründe – zuallererst den Standort der Fabrik an einem Grenzfluss. Alle Vorteile des Vorhabens und alle Entscheidungsgewalt konzentrieren sich am uruguayischen Ufer, während die argentinische Seite nur mit seinen Nachteilen konfrontiert ist und es auf demokratischem Wege nicht beeinflussen kann. Diese Diskrepanz ist Quelle eines hohen Mobilisierungspotentials in Argentinien, das durch die unmittelbare Sichtbarkeit der Bedrohung – die ständig wachsende Industrieanlage am anderen Ufer – noch verstärkt wird. Die uruguayische Regierung übersieht dieses Potential, als sie die heute fahrlässig wirkende Entscheidung trifft, den Bau von gleich zwei Zellstoff-Werken bei Fray Bentos zu genehmigen.

Ein weiterer Grund für die Eskalation des Konflikts liegt in der Reaktion der argentinischen Regierung, die sich die Position der Asamblea zu eigen macht und in der Folge nichts unversucht lässt, um die Fertigstellung der Fabriken zu verhindern. Dieser Schulterschluss ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass Néstor Kirchner es sich in Anbetracht nahender Wahlen politisch nicht leisten möchte, die Forderungen einer aufstrebenden und von der Mittelschicht getragenen Umweltbewegung zu ignorieren, während Argentinien zugleich keinerlei Nutzen von dem Bau der Fabriken hat. Im Gegenteil: Aus wirtschaftlicher Sicht ist die Errichtung der beiden Industrieanlagen am anderen Ufer des Flusses eine Niederlage im Wettbewerb um Auslandsinvestitionen, denn auch Argentinien fördert seit Jahren die industrielle Forstwirtschaft und die forstwirtschaftlich genutzte Fläche ist dort mehr als doppelt so groß wie in Uruguay. Zugleich verfügt Argentinien selbst über zehn Zellstoff-Fabriken, die mit veralteter

<sup>83</sup> Jaime Rosemberg, »Macri y Vázquez relanzan el vínculo y logran acuerdos« [Macri und Vázquez nehmen die Beziehung wieder auf und erreichen Übereinkünfte], in: *La Nación*, 8.1.2016; »Nueva planta de UPM se ubicará sobre el río Negro, en el cruce de la ruta 5« [Neue UPM-Fabrik wird am Río Negro errichtet, an der Kreuzung mit der Landstraße 5], in: *El País*, 23.8.2016.

<sup>84</sup> Valentina Giménez, »El fin del conflicto« [Das Ende des Konflikts], in: *Clarín*, 9.10.2016.

und stark umweltschädigender Technologie operieren.<sup>85</sup> Ein genuines Interesse am Umweltschutz kann die argentinische Regierung im Hinblick auf Botnia also nicht für sich reklamieren. Eher muss sie sich den Vorwurf von Doppelstandards gefallen lassen. Trotz zahlreicher Umweltskandale im Land ist der Umweltschutz zu Beginn des Konflikts weder für die argentinische Gesellschaft noch für die argentinische Politik ein wichtiges Thema.<sup>86</sup> Da die Regierung in Buenos Aires die Maximalforderungen der Asamblea übernimmt und sogar zu einem der Wahlkampfthemen macht, wird aus einem für den Rohstoffsektor alltäglichen Konflikt zwischen Betroffenen auf der einen und Unternehmen auf der anderen Seite ein Konflikt zwischen zwei Staaten, in dem nicht mehr nur die Umwelt, sondern auch die nationale Souveränität eine Rolle spielt. Auf beiden Seiten des Flusses gewinnt nun eine auf der nationalen Zugehörigkeit basierende Wir-gegen-sie-Konstruktion an Bedeutung, die innere Differenzen überlagert und dafür sorgt, dass sich die Reihen hinter den beiden Präsidenten schließen. Zugleich wird aus dem Konflikt ein Nullsummenspiel: Für Kirchner ist jedes andere Ergebnis als der Stopp der beiden Bauvorhaben eine Niederlage. Vázquez, auf der anderen Seite, kann einen solchen Ausgang der Konfrontation aufgrund der Größe der beiden Investitionsvorhaben, ihrer Rolle in der nationalen Forstpolitik, drohender Entschädigungszahlungen sowie der Bedeutung eines Scheiterns für zukünftige Auslandsinvestitionen auf keinen Fall zulassen. Darüber hinaus kann er der uruguayischen Öffentlichkeit ein solches Einknicken gegenüber dem größeren Nachbarn auch nicht vermitteln. Mit dieser Ausgangsposition ist der Boden für die Eskalation des Konflikts bereitet.

Der Motor dieser Eskalation ist ohne Zweifel die Asamblea de Gualeguaychú, die zwei verschiedene Formen der Aneignung von Raum für sich nutzt. Der *Abrazo al Río Uruguay* ist in erster Linie ein Instrument, um Öffentlichkeit herzustellen. Mit ihm schafft die Bewegung ein wirkmächtiges Symbol für den Konflikt, das große Aufmerksamkeit in den Medien erfährt und das die argentinische Regierung dazu bewegt, sich an ihre Spitze zu stellen, den Streit über die Fabriken zur nationalen Angelegenheit zu erheben und die Forderungen der Asamblea zu übernehmen. Überdies ist die sich jährlich wiederholende Demonstration auf der Brücke auch ein Ritual zur Integration und Verstetigung der Bewegung.

Die zweite Form der Aneignung von Raum durch die Asamblea ist die Blockade der Zufahrtsstraße zur Brücke am Arroyo Verde. Diese Strategie hat in Argentinien eine lange Tradition und wird dort *Piquete* (dt. »Streikposten«) genannt. Die ersten *Piquetes* finden in den 1990er Jahren statt und werden von ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeitern organisiert, die im Zuge der neoliberalen Politik der argentinischen Regierung und der darauffolgenden Deindustrialisierung arbeitslos geworden sind. Die Protestierenden verlagern den Widerstand von den Werkshallen auf die

<sup>85</sup> Hernández Belóqui, *El conflicto de las papeleras entre Argentina y Uruguay* [wie Fn. 6], S. 15ff; Oliver Galak, »Finlandia cuida el medio ambiente mejor que la Argentina« [Finnland schützt die Umwelt besser als Argentinien], in: *La Nación*, 16.5.2006.

<sup>86</sup> Reboratti, »Ambientalismo y conflicto ambiental en el río Uruguay« [wie Fn. 18].

Straße und besetzen Kreuzungen und Zufahrtswege zu Fabriken, um die Zirkulation von Arbeitskräften und Waren zu behindern und so ihren Forderungen nach Arbeitsplätzen, Arbeitslosengeld und Sozialleistungen Geltung zu verschaffen.<sup>87</sup> Als die argentinische Schuldenkrise im Dezember 2001 ihren Höhepunkt erreicht und Massenproteste ausbrechen, dienen diese *Piquetes* der wütenden Mittelschicht überall im Land als Modell für die Besetzung von Plätzen, Straßen und Parks.<sup>88</sup> Argentinien ist zu dieser Zeit ein Laboratorium neuer Formen der kollektiven Aktion.<sup>89</sup> In allen großen Städten entstehen basisdemokratische Stadtteilverwaltungen, die Protestveranstaltungen und Suppenküchen organisieren, verlassene Fabriken werden besetzt und in Kooperativen umgewandelt und sogenannte Kochtopfdemonstrationen (*cacerolazos*), bei denen Menschen mit Töpfen und Pfannen lärmend auf ihre Not aufmerksam machen, prägen das Straßenbild.<sup>90</sup>

Die erstaunlich wirkende Tatsache, dass Menschen aller Altersklassen aus der Mittelschicht, ja ganze Familien, über Jahre hinweg die Zufahrtsstraße zu der Brücke über den Río Uruguay besetzen, ist auch vor dem Hintergrund dieser Krisenerfahrung zu betrachten. Im Unterschied zum *Abrazo al Río Uruguay* richtet sich die Blockade nicht an die argentinische, sondern an die uruguayische Regierung. Und sie ist auch kein Instrument der Überzeugung, sondern der Zwangsausübung. Zunächst trägt sie die klassischen Züge der direkten Aktion: Es geht darum, die Zulieferung von Baumaterial an die Fabriken zu behindern. Im Verlauf des Konflikts rücken aber mehr und mehr die indirekten Wirkungen der Blockade in den Fokus: Sie soll wirtschaftlichen Schaden auf Seiten der unbeteiligten uruguayischen Bevölkerung anrichten, um so die Regierung in Montevideo zum Einlenken zu bewegen. Diese Strategie scheint zunächst aufzugehen: Die ersten Straßensperren bewegen Uruguay zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch, an dem Kirchner, der zu dieser Zeit noch auf die Asamblea einwirken kann, nun etwas anzubieten hat. Am Ende kann diese Strategie die uruguayische Regierung aber nicht von der Errichtung der Fabriken abbringen und wirkt sich kontraproduktiv auf die Bemühungen um eine Beilegung des Streits aus: Präsident Vázquez macht die Aufhebung der Blockaden zur Bedingung für Gespräche, eine Forderung, der nachzugeben Präsident Kirchner die Bürgerinitiative in Anbetracht der voranschreitenden Arbeiten auf der Baustelle des Botnia-Werks nicht überzeugen kann. Als die Asamblea dann zur permanenten Sperrung der Straße aufruft, distanziert sich die argentinische Regierung von der Pro-

<sup>87</sup> Raina Zimmering, »Neue soziale Bewegungen in Argentinien«, in: *Utopie kreativ*, (November 2005) 181, S. 1005.

<sup>88</sup> Ebd., S. 1007.

<sup>89</sup> Maristella Svampa, »Argentina: una cartografía de las resistencias (2003–2008). Entre las luchas por la inclusión y las discusiones sobre el modelo de desarrollo« [Argentinien: eine Kartographie der Widerstände (2003–2008). Zwischen den Kämpfen für die Inklusion und den Diskussionen über das Entwicklungsmodell], in: *Observatorio Social de América Latina*, 9 (Oktober 2008) 24, S. 18.

<sup>90</sup> Zimmering, »Neue soziale Bewegungen in Argentinien« [wie Fn. 87].



testbewegung. Zu einer gewaltsamen Auflösung ist sie allerdings nicht bereit, denn Zwangsräumungen gelten in Argentinien sehr schnell als unverhältnismäßig repressiv und die Erfahrung zeigt, dass die Polizei beim Vollzug dieser Maßnahme sehr leicht außer Kontrolle gerät. Stattdessen nimmt sie lieber ein getrübtetes Verhältnis zu Uruguay in Kauf und wartet ab. Als Ermüdungserscheinungen sichtbar werden, sowohl auf Seiten der betroffenen Bevölkerung als auch auf Seiten der Bewegung, die sich auf den harten Kern reduziert, löst Buenos Aires das Problem auf juristischem Wege, indem sie den Protest kriminalisiert.

Wer sind die Gewinner und Verlierer nach 14 Jahren Konflikt? Das Unternehmen Botnia stellte seine Produktionsanlage gegen alle Widerstände zügig fertig und konnte sie anschließend gewinnbringend verkaufen. Uruguay setzte seinen Kurs konsequent durch und verfügt mittlerweile über zwei moderne Zellstoff-Werke am Río Uruguay, auf Kosten einer über lange Jahre belasteten Beziehung mit seinem Nachbarn. Diesen Preis musste auch Argentinien zahlen, das in der Auseinandersetzung auf internationaler Ebene nicht immer eine gute Figur machte, aber immerhin eine der beiden Produktionsanlagen verhindern und eine direkte Konfrontation mit der lokalen Protestbewegung vermeiden konnte. Diese muss nun mit einer Fabrik in der direkten Nachbarschaft leben. Der Protest der Asamblea Ciudadana Ambiental de Gualeguaychú markiert aber den Beginn der Umweltbewegung in Argentinien, das nun auch über ein entsprechendes Ministerium verfügt, und kulminierte in einem Urteil des IGH, welches das internationale Umweltrecht gestärkt hat. So ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei wirtschaftlichen Aktivitäten mit grenzüberschreitenden Risiken seither eine explizite Verpflichtung des Völkerrechts. In Fray Bentos ist es nach einem kurzzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung während der Bauarbeiten wieder ruhig geworden. Und der Río Uruguay ist nach wie vor verschmutzt – Ursache unklar.

## Hongkongs Regenschirmbewegung: Protest als Forderung nach politischer Partizipation

Nadine Godehardt



Zum Kapitel

bit.ly/SWP17S17H

Am 1. August 2016 veröffentlichte der Oberste Gerichtshof der Volksrepublik China auf seinem offiziellen Weibo<sup>1</sup>-Account ein ultranationalistisches Video, das vor der Gefahr extern unterstützter »Farbrevolutionen« warnt. Es reiht emotionsgeladene Bilder aneinander, die vor allem das Leid von Kindern bei gewalttätigen Konflikten im Irak, in Syrien, in der Ukraine und der Türkei zeigen. Als Gegensatz dazu wird ein friedliches und stabiles China präsentiert, in dem (noch) Ordnung herrscht und die meisten Menschen ein »einfaches, aber glückliches Leben führen«.<sup>2</sup> Weiter heißt es im Video, trotz der Stärkung des eigenen Militärs sei »der Nebel der internen Probleme und der externen Einmischungen nicht vom Himmel über China verschwunden«.<sup>3</sup> Als Bedrohungen angeführt werden unter anderem die »separatistischen Bewegungen« in Taiwan, Tibet, Xinjiang und Hongkong sowie Dissidenten, Anwälte und andere »Agenten des Westens«, die Chinas nationale Stabilität und Harmonie untergraben würden. An verschiedenen Stellen des Videos heißt es, dass Aktionen dieser Gruppen meist von den USA – als Anführer der westlichen Mächte – unterstützt würden. Dieses Argumentationsmuster ist nicht neu. Die Redewendung »interne Probleme und externe Einmischung« (chin. nei you wai huan) ist fester Bestandteil der chinesischen Sprache und wird in der politischen Berichterstattung häufig aufgegriffen.<sup>4</sup>

Bemerkenswert an dem Video sind eher zwei andere Aspekte. Zum einen wurde es von einem chinesischen Doktoranden der Australian National University, Lei Xiyang, in Zusammenarbeit mit Dujia Media<sup>5</sup> produziert. Es ist äußerst ungewöhnlich, dass ein Video dieser Art von einer offiziellen chinesischen Behörde gepostet wird. Deshalb lässt sich annehmen, dass sein Inhalt eine offizielle Sichtweise widerspiegelt. Entsprechend fielen die Reaktionen auf den Clip aus: Zwischen dem Produzenten und der chinesischen Regierung wurde nicht differenziert.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Weibo ist ein chinesischer Dienst, der ähnlich wie Twitter operiert.

<sup>2</sup> Das Video ist hier abrufbar: <<https://www.youtube.com/watch?v=rGTqUB318vg>> (Zugriff am 20.10.2016). Das Zitat im Text bezieht sich auf die Stelle 1:11 (übersetzt von der Autorin).

<sup>3</sup> Video 1:20 [wie Fn. 2].

<sup>4</sup> Die Redewendung ist dem Buch »Guanzi« entnommen. Es handelt sich dabei um eine Sammlung philosophischer Texte aus der Zeit der Frühlings- und Herbstannalen (772 bis 441 v. Chr.); Thema ist hauptsächlich die Kunst des Regierens.

<sup>5</sup> Dujia Media ist eine Mediengruppe, die in der Stadt Shenzhen (Provinz Guangdong) aktiv ist. Mehr Informationen dazu finden sich auf der Website »Asia Center«, <<https://www.asiacenter.biz/company-dujia-media-shenzhen-50408>> (Zugriff am 20.10.2016).

<sup>6</sup> Das zeigte auch die internationale Medienberichterstattung. Hier war nicht von einem Studenten die Rede, sondern davon, dass eine offizielle Behörde – mit anderen Worten

Zum anderen taucht im Video zwei Mal das Bild des Hongkonger Aktivistin Joshua Wong auf, der für viele das Gesicht der Regenschirmproteste von 2014 darstellt.<sup>7</sup> Das erste Mal erscheint er in Verbindung mit der »Separatistenbewegung Hongkongs«<sup>8</sup>. Zwar haben während der Regenschirmproteste und auch im Vorfeld der Legislativratswahlen von September 2016 radikalere Gruppierungen immer wieder Hongkongs Unabhängigkeit von China verlangt. Doch Joshua Wong selbst und seine im April 2016 gegründete Partei »Demosisto« unterstützen diese Forderung nicht direkt.<sup>9</sup> Für Wong steht bis heute das Recht auf Selbstbestimmung im Mittelpunkt. Es geht ihm darum, dass die Bürger von Hongkong die Möglichkeit haben, über die Zukunft der Stadt selbst zu bestimmen. Das zweite Bild zeigt einen Ausschnitt aus der Hongkonger Pro-Peking-Zeitung »Wen Wei Po« vom 25. September 2014, die in dieser Ausgabe Joshua Wongs »US-Hintergrund« thematisierte.<sup>10</sup> Im Video heißt es hier, dass westliche Mächte, angeführt von den USA, Demonstrationen für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit unterstützten, um so Regierungen zu stürzen. Unterstellt wird folglich, Joshua Wong sei nur eine Marionette Amerikas, die China schaden solle.<sup>11</sup>

Auch wenn Hongkong nicht das Hauptthema des Videos darstellt, ist von Bedeutung, dass die Regenschirmbewegung, hier repräsentiert durch Joshua Wong, in einer Reihe mit »Separatistenbewegungen« auftaucht. Denn Protestgruppen in Hongkong waren zuvor nicht auf eine Stufe mit den sogenannten Unabhängigkeitsbewegungen in Tibet, Xinjiang oder Taiwan gestellt worden. Die Regenschirmbewegung hat dies nachhaltig verändert.

Seither wird die politische Situation in Hongkong von der chinesischen Führung sehr genau beobachtet. Dies wurde auch bei der letzten Wahl des Regierungschefs im März 2017 deutlich. Bereits im Vorfeld ließ die Zent-

China – die USA anklage, sogenannte Separatisten etwa in Hongkong und Taiwan zu unterstützen. Vgl. James Griffiths/Vivian Kam, »China Blames ›Dark Shadow‹ of the U.S. for Hong Kong Independence Push«, in: CNN (online), 3.8.2016, <<http://edition.cnn.com/2016/08/03/asia/china-anti-us-propaganda-hong-kong/index.html>> (Zugriff am 20.10.2016).

<sup>7</sup> Siehe zum Beispiel *Time Magazine*, 20.10.2014, Titel-Cover und Leitartikel, <<http://time.com/magazine/asia/3484546/october-20th-2014-vol-184-no-15-u-s-3/>> (Zugriff am 20.10.2016).

<sup>8</sup> Video 1:45 [wie Fn. 2].

<sup>9</sup> 2015 formulierte Joshua Wong seine Haltung zur Unabhängigkeitsbewegung in Hongkong wie folgt: »The demand poses as being very radical, but it's superficial and will fade.« Joshua Wong, »Scholarism on the March«, in: *New Left Review*, 92 (März/April 2015), S. 49. Die Partei Demosisto wurde am 10. April 2016 gegründet. Neben Joshua Wong wird sie von Agnes Chow, Oscar Lai und Nathan Law angeführt. Letzterer wurde bei den Wahlen im September 2016 als jüngster Abgeordneter Hongkongs in den Legislativrat gewählt.

<sup>10</sup> In dem Artikel werden Joshua Wongs persönliche Verbindungen zu den USA dargestellt, die bereits kurz nach der Gründung der Aktivistengruppe »Scholarism« im Mai 2011 veröffentlicht wurden. Vgl. Video 2:08 [wie Fn. 2]. Vgl. *Wenweipo* (online), 25.9.2014, <<http://paper.wenweipo.com/2014/09/25/YO1409250001.htm>> (Zugriff am 20.10.2016).

<sup>11</sup> Das Argument westlicher Einflüsse, besonders auf die USA bezogen, ist nicht neu und wird in den unterschiedlichsten Zusammenhängen von chinesischen Zeitungen bzw. Regierungsvertretern angeführt.

ralregierung keinen Zweifel daran aufkommen, dass ihre Wunschkandidatin Carrie Lam (die bisherige Verwaltungschefin) vom pekingfreundlichen Wahlkomitee gewählt würde.<sup>12</sup> Da ein Hauptziel der Regenschirmbewegung darin bestand, in Hongkong eine direkte und allgemeine Wahl des Regierungschefs einzuführen, konnte dieser Vorgang als klare Niederlage der Aktivistinnen und Aktivisten betrachtet werden. Dies würde jedoch zu kurz greifen. Denn die Regenschirmbewegung und die politischen Gruppierungen, die aus ihr hervorgingen, haben es geschafft, die Frage nach Hongkongs politischer Zukunft wieder langfristig ins Zentrum der innergesellschaftlichen Debatte zu rücken. Dabei markieren die Proteste der Bewegung paradoxerweise den Moment der höchsten Autonomie, den Hongkong seit seiner Übergabe an die VR China im Jahr 1997 erlebt hat.

## Der Sonderfall »Hongkong« und der Hintergrund der Proteste

Die Sonderverwaltungszone Hongkong der Volksrepublik China ist ein einzigartiges Gebilde in der Weltpolitik. Hongkong besitzt zwar keine politische Souveränität, dafür aber einen »hohen Grad an Autonomie« (Artikel 2, Basic Law) gegenüber China. Bereits in der Sino-British Joint Declaration<sup>13</sup> von 1984 wurde diese Konstruktion festgeschrieben. Sie sollte gewährleisten, dass Hongkongs kapitalistisches System nach der Übergabe an die VR China am 1. Juli 1997 für einen Zeitraum von 50 Jahren – bis zum 30. Juni 2047 – weiterbestehen kann.<sup>14</sup> Seit 1997 ist Hongkong somit offiziell ein Teil Chinas, in dem eingeschränkte demokratische Rechte gelten, die im »Basic Law«, der Hongkonger Mini-Verfassung, festgeschrieben sind. Dazu gehören auch Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit (Artikel 27).

Aufgrund dieser spezifischen Umstände hat sich in Hongkong eine lebendige Protestkultur herausbilden können. Hongkong ist der einzige Ort auf chinesischem Territorium, an dem etwa regelmäßig Gedenkfeiern zum Jahrestag der Vorfälle auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 stattfinden oder Menschen für mehr Demokratie auf die Straße gehen.<sup>15</sup>

<sup>12</sup> Der Sieg Carrie Lams wurde von der staatlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua bereits verkündet, als die Auszählung noch lief und die endgültigen Zahlen noch gar nicht überprüft werden konnten.

<sup>13</sup> In der Deklaration ist der Hongkonger Autonomiestatus klar definiert. In Artikel 2 heißt es: »The Hong Kong Special Administrative Region will be directly under the authority of the Central People's Government of the People's Republic of China. The Hong Kong Special Administrative Region will enjoy a high degree of autonomy, except in foreign and defence affairs which are the responsibilities of the Central People's Government.«

<sup>14</sup> Diese Lösung wird mit dem Prinzip »Ein Land, zwei Systeme« (Yi Guo, Liang Zhi) umschrieben, das auch für die Beziehungen zwischen Festlandchina zu Macau und Taiwan gelten soll. Im Hongkonger Basic Law ist dies in Kapitel 1, Artikel 5 niedergelegt. Dort heißt es: »The socialist system and policies shall not be practised in the Hong Kong Special Administrative Region, and the previous capitalist system and way of life shall remain unchanged for 50 years.«

<sup>15</sup> Siehe hierzu ausführlich Dan Garrett, *Counter-hegemonic Resistance in China's Hong Kong. Visualizing Protest in the City*, Singapur u.a. 2015.

Seit 1997 thematisieren viele dieser Proteste konkret die politische Zukunft Hongkongs; es werden demokratische Reformen oder mehr Autonomie gegenüber der VR China gefordert.<sup>16</sup>

Die Proteste im Rahmen der Regenschirmbewegung vom 26. September bis zum 15. Dezember 2014 waren inhaltlich ähnlich ausgerichtet. 2007 hatte der Nationale Volkskongress Chinas festgelegt, dass die Wahl des Hongkonger Regierungschefs 2017 die erste sein sollte, die auf Grundlage von Artikel 45 des Basic Law durchgeführt würde. Dieser Artikel formuliert als Ziel, dass die Regierungschefin bzw. der Regierungschef über eine allgemeine Direktwahl bestimmt wird, wobei die Kandidatinnen und Kandidaten durch ein repräsentatives Nominierungskomitee »im Einklang mit demokratischen Verfahrensweisen« benannt werden. 2004 hatte die chinesische Führung bereits einen Fünf-Stufen-Plan beschlossen, der vorsah, den Entwurf für eine Wahlrechtsreform zu erarbeiten und Konsultationen innerhalb der Hongkonger Gesellschaft abzuhalten. In diesem Zusammenhang organisierte die Gruppierung »Occupy Central with Love and Peace« (OCLP)<sup>17</sup> eine Reihe von zivilen Aktionen, Beratungen und Debatten, an denen sich verschiedene gesellschaftliche Zusammenschlüsse beteiligten. Diese Akteure initiierten ferner ein inoffizielles Referendum, bei dem im Juni 2014 drei Vorschläge zur Wahlrechtsreform, eingebracht von unterschiedlichen demokratischen Lagern, zur Abstimmung standen.<sup>18</sup> Alle Vorschläge betonten die Möglichkeit, die Kandidaten zur Wahl des Regierungschefs bzw. der Regierungschefin öffentlich zu nominieren. Diese Forderung gilt jedoch auf chinesischer Seite seit jeher als unvereinbar mit Artikel 45. Das Referendum wurde denn auch von Peking und pekingnahen Gruppen in Hongkong stark kritisiert.<sup>19</sup>

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses entschied daher am 31. August, dass zwei bis drei Kandidatinnen und Kandidaten, die mehr als die Hälfte der Stimmen des Nominierungskomitees erhalten würden, zur Wahl stehen sollten und dann von den Hongkongern direkt gewählt werden könnten.<sup>20</sup> Mit dieser Position unterstrich Peking, am

**16** Interessant ist, dass gerade in den letzten Jahren zunehmend lokale Themen, z.B. der Kampf um bestimmte Orte oder Traditionen, Anlässe für Demonstrationen darstellen. Dies begründet eine politische Bewegung der »Lokalist«n, die bereits vor den Regenschirmbewegungen aktiv war. Vgl. Yun-chung Chen/Mirana M. Szeto, »The Forgotten Road of Progressive Localism: New Preservation Movement in Hong Kong«, in: *Inter-Asia Cultural Studies*, 16 (2015) 3, S. 436–453.

**17** Vgl. Website von Occupy Central with Love and Peace, <<http://oclp.hk/index.php?route=occupy/eng>> (Zugriff am 4.11.2016); vgl. Timeline of Occupy Central with Love and Peace, <[www.tiki-toki.com/timeline/entry/315580/Timeline-of-Occupy-Central-with-Love-and-Peace-OCLP/](http://www.tiki-toki.com/timeline/entry/315580/Timeline-of-Occupy-Central-with-Love-and-Peace-OCLP/)> (Zugriff am 3.11.2016).

**18** »Results of '6.20–29 Civil Referendum«, Website von Occupy Central with Love and Peace [wie Fn. 17].

**19** Artikel 45 ist sehr vage formuliert, so dass die Interpretation der Pekinger Regierung nicht einfach als »unrecht« oder »fälsch« gelten kann. Problematisch ist vielmehr, dass die Entscheidung des Nationalen Volkskongresses die vielschichtigen Diskussionen in Hongkong gar nicht berücksichtigte. Dies werteten verschiedene Vertreter der Regenschirmbewegung später als Versagen der Hongkonger Regierung unter C.Y. Leung.

**20** Die Zusammensetzung des Nominierungskomitees folgt jener des bisherigen Kom-

Status quo in Hongkong festhalten zu wollen. Zwar sollte eine allgemeine Direktwahl eingeführt werden, doch mit der Zusammensetzung des Nominierungskomitees war gewährleistet, dass die Hongkonger Bevölkerung im Grunde nur chinafreundliche Kandidatinnen und Kandidaten wählen konnte. Dies war der unmittelbare Anlass für die Proteste, die unter Federführung von OCLP zunächst erst für den 1. Oktober 2014 angekündigt waren.<sup>21</sup> Die Ereignisse überschlugen sich aber, als Gruppen von Studierenden, allen voran die »Hong Kong Federation of Students« und »Scholarism«, bereits ab dem 26. September 2014 Teile des Bezirks Admiralty in unmittelbarer Nähe des Regierungsbezirks von Hongkong besetzten.



Video

bit.ly/SWP17S17H1

## Protest by Design:<sup>22</sup> Die Präsenz der Demonstranten im öffentlichen Raum

Das Design der Regenschirmproteste steht in enger Verbindung mit Demonstrationen, die während der letzten Jahre weltweit auf Straßen und öffentlichen Plätzen verschiedener Städte abgehalten wurden. Saskia Sassen bezeichnet dieses Phänomen als die Politisierung der globalen Straße.<sup>23</sup> Demnach finden Demonstrationen und Proteste immer weniger an den dafür vorgesehenen<sup>24</sup> bzw. den zuvor angemeldeten Orten statt. Aktivisten eignen sich vielmehr Straßen und öffentliche Plätze aktiv an, besetzen sie und durchbrechen damit die bekannte, ritualisierte Choreographie von Protesten.<sup>25</sup> In Anlehnung an Henri Lefebvres These zur Produktion von Raum durch soziale Interaktion lässt sich zudem argumentieren, dass die Protestierenden einen neuen, alternativen politischen Raum der Öffentlichkeit schaffen. Denn Straßen und Plätze sind Orte, denen eigentlich schon eine bestimmte Bedeutung im öffentlichen Leben, etwa als Verkehrsader, Grünanlage oder Marktstätte, zugeschrieben wird und

tees zur Wahl des Regierungschefs. Vgl. Michael Forsythe, »Protests in Hong Kong Have Roots in China's ›Two Systems‹«, in: *New York Times* (online), 29.9.2014, <[www.nytimes.com/2014/09/30/world/asia/the-hong-kong-protests-what-you-should-know.html](http://www.nytimes.com/2014/09/30/world/asia/the-hong-kong-protests-what-you-should-know.html)> (Zugriff am 3.11.2016).

<sup>21</sup> Benny Tai, Associate Professor für Recht an der University of Hongkong und einer der Initiatoren von OCLP, hatte bereits bei Gründung der Gruppe die Strategie des zivilen Ungehorsams proklamiert. Ihr solle man vor allem dann folgen, wenn Peking eine »echte demokratische Wahl« verhindere. Vgl. »Yi Fa Da Yi: Gongmin Kangming de zhadan« [Mit dem Gesetz Gerechtigkeit schaffen: Die Bombe des zivilen Ungehorsams], in: *inmediahk* (online), 22.1.2013, <[www.inmediahk.net/node/1015347](http://www.inmediahk.net/node/1015347)> (Zugriff am 3.11.2016), und Tania Branigan, »Occupy Central Gives Downtown Hong Kong a Taste of Disobedience«, in: *The Guardian* (online), 6.3.2014, <<https://www.theguardian.com/world/2014/mar/06/occupy-central-hong-kong-democracy-campaign>> (Zugriff am 3.11.2016).

<sup>22</sup> So auch der Titel einer Ausstellung zu den Regenschirmprotesten, die das Vitra Design Museum in Weil am Rhein von Februar bis Mai 2016 zeigte (»Objection! Protest by Design«).

<sup>23</sup> Saskia Sassen, »The Global Street. Making the Political«, in: *Globalizations*, 8 (2011) 5, S. 573–579.

<sup>24</sup> In Hongkong wäre dies unter anderem der Victoria Park.

<sup>25</sup> Verweisen könnte man hier auf Proteste ohne Aneignung eines Raumes, wie zum Beispiel Menschenketten, Demonstrationen von Gewerkschaften etc.

die unter dem Schutz des Staates – also der öffentlichen Gewalt – stehen. Protestierende gestalten diese Orte um. Damit geben sie Straßen und Plätzen eine neue räumliche wie politische Bedeutung. Sie artikulieren ihren eigenen Raum (in Abgrenzung zu bestehenden Räumen) und erinnern daran, dass es nicht die *eine* Vorstellung von Öffentlichkeit gibt, sondern immer eine Konkurrenz von verschiedenen Vorstellungen. Öffentlichkeit ist somit kein klar definiertes Konzept, insbesondere kein Konsensraum, sondern ein Dissensraum.<sup>26</sup>

Bei Protestbewegungen, die sich im Design an der Occupy-Bewegung orientieren, ist die Umgestaltung des öffentlichen Raumes in der Regel langfristig sichtbar. Durch die Aktivitäten der Protestierenden werden Orte im öffentlichen Raum zum Ausdruck und oftmals auch zu einem Icon des politischen Anliegens.<sup>27</sup> Dies hat zur Folge, dass die Erwähnung von Plätzen wie Tahrir, Taksim oder Maidan wie auch die Bezeichnung *Occupy* unmittelbar eine politische Bedeutung miteinschließt. Sie repräsentieren gleichzeitig Raum und Politik. Mittels des spezifischen Designs schaffen die Protestierenden einen sichtbaren – später oftmals dann auch ikonisierten – Gegenraum zum politischen Establishment. Peter Marcuse hat dies mit Blick auf die klassische Occupy-Bewegung treffend zusammengefasst, wenn er schreibt: »When space is occupied by the movement, it gives it a *physical presence*, a locational identity, a place that can be identified with the movement that visitors can come to, and where adherents can meet.«<sup>28</sup>

In der Durchführung ihrer Proteste folgte die Regenschirmbewegung vor allem dem Design der globalen Occupy-Bewegung.<sup>29</sup> Sie besetzte unter anderem Teile von Admiralty im Distrikt Central and Western auf Hongkong Island. Admiralty repräsentiert in vieler Hinsicht das typische Hongkong. Hier befinden sich große Bankfilialen, Einkaufszentren, aber auch die wichtigsten Regierungsgebäude und in unmittelbarer Nähe das Hauptquartier der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Darüber hinaus ist die Connaught Road in Admiralty eine der Hauptverkehrsadern auf Hongkong Island. Die Regenschirmbewegung baute genau an diesem Ort ein

<sup>26</sup> So wird Öffentlichkeit zum Raum des Politischen. Vgl. Oliver Marchart, »Kunst, Raum und Öffentlichkeit(en)«, in: *EIPCP*, Wien 2002, S. 14, <<http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/de>> (Zugriff am 3.11.2016).

<sup>27</sup> Siehe hierzu ausführlicher die Debatte über die politische Bedeutung von urbanen Räumen im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Tahrir, Taksim, Occupy & Co.« bei ANCB Metropolitan Lab in Berlin am 8.10.2015, <[www.ancb.de/sixcms/detail.php?id=15971045#.WQcZVsaklhd](http://www.ancb.de/sixcms/detail.php?id=15971045#.WQcZVsaklhd)> (Zugriff am 1.5.2017).

<sup>28</sup> Peter Marcuse, »Keeping Space in Its Place in the Occupy Movements«, in: *Progressive Planning. The Magazine of Planners Network*, (2012) 191, S. 16. Teil des spezifischen Protestdesigns sind damit auch Künstler, die diesen Raum während der Proteste gestalten oder anschließend ihre Arbeiten weiter mit den Protesten verknüpfen. Darüber hinaus haben sie so auch großen Anteil an der Ikonisierung von Protestbewegungen.

<sup>29</sup> Im Rahmen der globalen Occupy-Bewegung gegen soziale und wirtschaftliche Ungleichheit (»We are the 99%«) wurde in Hongkong 2011/2012 die Zentrale der Großbank HSBC besetzt. Dies ist nicht mit der Regenschirmbewegung zu verwechseln, die oftmals auch als Occupy Central bezeichnet wurde.

riesiges Zeltlager mit gut funktionierender und selbstorganisierter Infrastruktur auf, die bis zur Räumung immer weiter perfektioniert wurde. Wenn (politische) Ordnung im Raum sichtbar wird, wie im Fall von Admiralty, dann sind die Proteste der Regenschirmbewegung eine für alle sichtbare Intervention gegen die bestehende Ordnung. Die Zelte, die Versorgungsposten, das Bepflanzen der öffentlichen Grünanlagen, die mobilen Klassenzimmer, die Bühnen, das Umfunktionieren öffentlicher Toiletten, die Protestkunst – all diese Elemente zeigen, wie die Regenschirmaktivisten ihr politisches Anliegen auch in räumlicher Gestaltung, und zwar durch Schaffung eines alternativen Hongkong, sichtbar machen konnten. So scheint »die ›Demonstration des Dissens, als das Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen‹ gerade räumlich besonders plastisch und greifbar zu werden«. <sup>30</sup>

### Infrastruktur und Logistik

Die Protestierenden haben Admiralty in vielfacher Weise umfunktionieren und ihren Bedürfnissen anpassen müssen. So wurden etwa Treppen über die Beton-Leitplanken zwischen den beiden Straßenseiten gebaut. Diese Konstruktionen bestanden aus Dingen, die leicht zu transportieren waren – wie Paletten, Bambusrohre oder Holzplatten. Die Bewohner und Besucher der Zeltstadt konnten sich auch über die vorhandenen Barrieren hinweg bewegen und zügig den gesamten Protestraum erschließen. Auffällig ist, wie häufig der Raum mit alltäglichen Dingen umgestaltet wurde. Es handelte sich dabei vor allem um Gegenstände, die von Einzelpersonen gut getragen werden konnten. Dies war auch bei den Barrieren zu erkennen, die errichtet wurden, um Fahrzeugen den Zugang zum Zeltlager zu versperren oder zu erschweren. Neben diesen räumlichen Anpassungen perfektionierten die Aktivisten mit der Zeit auch die Protestlogistik. Es gab in ganz Admiralty sogenannte Ressourcen-Stationen, an denen Wasservorräte, Regenschirme, Masken, Helme, Plastikhandschuhe, Planen und anderes bereitlagen. Damit wollte man für den Fall einer spontanen Protestaktion gerüstet sein. Diese Ressourcen waren zuvor meist an den verschiedenen Universitäten der Stadt, etwa der University of Hongkong, gesammelt worden.

### Urban Gardening

Zur Umgestaltung einer mehrspurigen Straße in eine nicht nur funktionierende, sondern auch lebenswerte Zeltstadt gehörte auch die Veränderung der wenigen Grünflächen. Dies entsprach einem generell sehr nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen vor Ort. Es ist auffällig, wie ordentlich, sauber und gepflegt die Protestorte waren (unter anderem die



Galerie

[bit.ly/SWP17S17H2](https://bit.ly/SWP17S17H2)

<sup>30</sup> Till Rosemann, »Planning in the Face of Democracy. Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken«, in: *Sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung*, 1 (2013) 2, S. 48. Das Zitat im Zitat bezieht sich auf Jacques Rancière, *Zehn Thesen zur Politik*, Berlin/Zürich 2008.



öffentlichen Toiletten in Admiralty). In einer Stadt wie Hongkong ist Lebensraum Luxus; viele der Protestierenden leben entweder in Studentenwohnheimen oder noch bei ihren Eltern. Die Zeltstadt war somit auch Sinnbild eines erkämpften Freiraums, den es so weder im Elternhaus noch im Wohnheim gibt. In einer nicht nur dicht besiedelten, sondern auch eng bebauten Stadt wie Hongkong sind Bepflanzung und Pflege der Grünflächen daher besonders zu beachten. Es wurden kleine Blumengärten angelegt, und immer wieder griff man künstlerisch das Motiv des Regenbogens auf. So wurde die politische Vorstellung im Raum sichtbar, während Grünanlagen auf einer mehrspurigen Straße von Autofahrern und Passanten in der Regel keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

### **Lern-Ecken und Mobile Demokratie-Klassenräume**

Viele der Demonstrierenden waren Schülerinnen und Schüler oder Studierende. In den ersten Wochen der Proteste solidarisierten sich Lehrkräfte und Dozierende mit den Aktivisten. Nach einiger Zeit wurde deutlich, dass vor Ort Bereiche zu schaffen waren, an denen die Demonstranten ungestört lernen und arbeiten konnten. Daher errichtete man Großraumzelte mit Tischen und Stühlen, später sogar kleine Bibliotheken, damit sich Hausaufgaben oder Universitätsarbeiten erledigen ließen. Hier hatten Besucherinnen und Besucher von Admiralty auch nur eingeschränkt Zugang. Außerdem sollte in diesem Bereich nicht mit Blitzlicht fotografiert werden.<sup>31</sup> An anderen Protestorten entstanden gleich zu Beginn der Aktivitäten mobile Demokratie-Klassenräume. Dies geschah in Causeway Bay an der Nordseite von Hongkong Island und in Mongkok auf der Halbinsel Kowloon. So kamen etwa Professorinnen und Professoren nach Causeway Bay, um mit ihren Studierenden zu diskutieren, die zu diesem Zeitpunkt bereits seit einigen Wochen den Lehrbetrieb boykottiert hatten.<sup>32</sup> Später wurden diese mobilen Klassenräume von anderen Unterstützerinnen und Unterstützern der Regenschirmbewegung genutzt, meist für Rede- und Diskussions-Sessions, die ad hoc stattfanden.

<sup>31</sup> Vgl. Elizabeth Barber, »Hong Kong Student Protesters Prepare for Midterms and for Harder Questions«, in: *Time Magazine* (online), 14.10.2014, <<http://time.com/3503870/occupy-central-hong-kong-student-protesters-midterms-exams-class-boycott-democracy/>> (Zugriff am 3.11.2016).

<sup>32</sup> Zu Beginn der Proteste riefen die verschiedenen Studierendenbewegungen zu einem Boykott von Lehrveranstaltungen auf, um gegen die Entscheidung des chinesischen Volkskongresses zu demonstrieren. Siehe »Hong Kong students launch mass classroom boycott to protest against Beijing rule«, in: *ABC News* (online), 22.9.2014, <[www.abc.net.au/news/2014-09-22/hong-kong-students-protest-against-beijing-rule/5761858](http://www.abc.net.au/news/2014-09-22/hong-kong-students-protest-against-beijing-rule/5761858)> (Zugriff am 3.11.2016), und Ashis Chakrabarti, »Democracy class on uneasy HK night«, in: *The Telegraph* (online), 6.10.2014, <[www.telegraphindia.com/1141006/jsp/foreign/story\\_18898342.jsp#.WAYu-CSZ6wk](http://www.telegraphindia.com/1141006/jsp/foreign/story_18898342.jsp#.WAYu-CSZ6wk)> (Zugriff am 3.11.2016). Allerdings waren die mobilen Klassenräume auch Orte, an denen Interessierte sich aktiv an Diskussionen beteiligen konnten und von ihren Erfahrungen in der Demokratiebewegung berichteten, siehe z.B. den Videofilm »Occupy HK: Mobile Democratic Classroom«, unter <<https://www.youtube.com/watch?v=NTAKeWkl0Kc>> (Zugriff am 3.11.2016).

## Kleinkunst

Eine Besonderheit der Regenschirmbewegung ist die künstlerische Kreativität, die sich vor allem in den Zeltstädten von Causeway Bay und Admiralty entwickelte. Schon bei den verschiedenen Occupy-Bewegungen oder auch während der Proteste des Arabischen Frühlings ließ sich beobachten, wie die Protestkunst aufblühte.<sup>33</sup> In Hongkong fiel die Fülle an gemeinsam produzierten Kunstobjekten auf. Es waren zunächst vor allem gewöhnliche Menschen (ordinary people), die sich an der Protestkunst beteiligten. Vielfältig aufgegriffen wurde dabei das Bild des Regenschirms, das sich in den ersten Wochen der Proteste als Icon der Bewegung herauskristallisierte, nachdem die Polizei mit Tränengas gegen Demonstranten vorgegangen war. Neben unzähligen Plakaten und Zeichnungen wurde meist direkt vor Ort auch »Protestschmuck« hergestellt, darunter Armbänder, Halsketten, gelbe Schleifen, bedruckte bzw. selbstbeschriftete T-Shirts oder selbstgebastelte Karten. Interessant ist ebenfalls, dass oft mit einfachsten, alltäglichen Mitteln – und auch hier war die Verwendung von Regenschirmen omnipräsent – die Protestorte »verschönert« wurden. Ein bemerkenswertes Beispiel für die Schaffung von Artefakten durch »ordinary people« während der Regenschirmproteste ist die sogenannte »Lennon Wall«.<sup>34</sup> Eine lange Treppe, die zu den Gebäuden der Hongkonger Regierung führt, wurde von Besuchern und Protestierenden in den vielen Wochen der Besetzung von Admiralty in eine riesige Informationstafel umfunktioniert. Tausende von bunten Post-it-Notizen, Unterstützungsbekundungen in vielen Sprachen, dazu Zeichnungen und Karikaturen wurden von den unterschiedlichsten Personen an die Wand geklebt. So entstand ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Hoffnung für Hongkongs politische Zukunft. Zudem war die Lennon Wall insofern charakteristisch für die Kunst der Regenschirmbewegung, als viele Artefakte konkrete Ereignisse der Proteste – so die Tränengas-Angriffe – oder auch politische Themen wie Chinas Einfluss auf Hongkong dokumentierten. Die verschiedenen Slogans und visuellen Darstellungen wurden vielfach aufgegriffen und kopiert, etwa auf Stickern, die verteilt wurden. Damit übernahm man, oftmals sicher intuitiv, bekannte Methoden der Street-Art.



Galerie

[bit.ly/SWP17S17H3](http://bit.ly/SWP17S17H3)

## Künstlerische Praxis

Allerdings haben die Regenschirmproteste auch lokale Künstlerinnen und Künstler inspiriert.<sup>35</sup> Besonders einprägsam war etwa die Errichtung der

<sup>33</sup> Vgl. Lina Khatib, *Image Politics in the Middle East. The Role of the Visual in Political Struggle*, London 2013, S. 117–168.

<sup>34</sup> Die Bezeichnung »Lennon Wall« orientiert sich an der Gedenkstätte für John Lennon in Prag. Vgl. Joyce Lau, »Art Spawned by Hong Kong Protest; Now to Make it Live On«, in: *New York Times* (online), 14.11.2014, <[https://www.nytimes.com/2014/11/15/world/asia/rescuing-protest-artwork-from-hong-kongs-streets.html?\\_r=2](https://www.nytimes.com/2014/11/15/world/asia/rescuing-protest-artwork-from-hong-kongs-streets.html?_r=2)> (Zugriff am 16.8.2017).

<sup>35</sup> Alexandra Seno, »Hong Kong Protests Inspire Creations from City's Artistic Community«, in: *The Wall Street Journal*, 30.9.2014, <<http://blogs.wsj.com/chinarealtime/2014/09/30/hong-kong-protests-inspire-creations-from-citys-artistic-community/>> (Zugriff am 3.11.2016).



Video

bit.ly/SWP17S17H4

drei Meter hohen Statue »Umbrella Man« des Hongkonger Künstlers Milk. Dieser befestigte unzählige Sperrholzstückchen an einem Metallgerüst. Das Konstrukt stellt eine Person dar, die einen gelben Regenschirm in der ausgestreckten rechten Hand hält. Das Gesicht der Figur ist im Unterschied zum Körper weiß. Der »Umbrella Man« verbindet zwei Elemente der frühen Proteste:<sup>36</sup> die von Tränen- und Pfeffergas geweißten Gesichter der Demonstrierenden und den Regenschirm, der sich in diesen ersten Wochen als Icon der Bewegung etablierte. Ein weiteres Beispiel ist die Installation *Stand By You: Add Oil Machine* von Chris Cheung, Sampson Wong und Jason Lam.<sup>37</sup> Über eine Website war es Unterstützern und Aktivisten auf der ganzen Welt möglich, Kurznachrichten an die Protestler in Hongkong zu senden. Diese Botschaften wurden dann über mehrere Wochen an die Wand über der *Lennon Wall* projiziert. Im Gegensatz zu der oft handwerklichen und bildhaften Protestkunst liegt der Fokus dieses Projekts auf der Macht der Sprache. Gleichzeitig verdeutlicht die *Add Oil Machine*, in welcher Form physischer und digitaler (damit auch globaler) Protestraum zusammenwachsen können.<sup>38</sup>

Bemerkenswert ist auch, dass die Kreativität der Hongkonger Kunstszene nicht nachließ, als die Protestorte geräumt wurden. Vielmehr dauert die künstlerische Reflektion über Hongkongs politische Lage bis heute an. Das zeigen eine Reihe von Kunstevents und Ausstellungen<sup>39</sup> oder auch die 2016 erschienene Dokumentation »Yellowing« des jungen Filmemachers Chan Tze-Woon.<sup>40</sup> In diese Reihe gehört auch der Film »Ten Years« von 2015, der in fünf Episoden eine dystopische Zukunft Hongkongs im Jahr 2025 vorstellt. So entstand in Hongkong das, was Jacques Rancière als ein Milieu von Leuten bezeichnet, »die zwischen dem Künstler und dem politischen Aktivisten stehen« und versuchen, »die Sichtbarkeit der

<sup>36</sup> Vgl. David Blair, »The Public Artwork of the Hong Kong Protests«, in: *The Telegraph* (online), 7.10.2014, <[www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/hongkong/11145726/The-public-artwork-of-the-Hong-Kong-protests.html](http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/hongkong/11145726/The-public-artwork-of-the-Hong-Kong-protests.html)> (Zugriff am 3.11.2016).

<sup>37</sup> »Add Oil« ist die englische Übersetzung eines sehr häufig genutzten chinesischen Ausdrucks der Ermutigung und Anfeuerung (chin. Jia you). »Stand by You: »Add Oil Machine«, Interview with Sampson Wong and Jason Lam (Video), Website von Human Rights in China (VIDEO – rights), 12.1.2015 <[www.hrichina.org/en/china-rights-forum/videos/stand-you-add-oil-machine-interview-sampson-wong-and-jason-lam-video](http://www.hrichina.org/en/china-rights-forum/videos/stand-you-add-oil-machine-interview-sampson-wong-and-jason-lam-video)> (Zugriff am 4.11.2016).

<sup>38</sup> Vgl. Website von slought.org, <[https://slought.org/resources/add\\_oil\\_machine](https://slought.org/resources/add_oil_machine)> (Zugriff am 4.11.2016).

<sup>39</sup> Vgl. Tara Joseph, »Art and Politics Collide on Fringes of Hong Kong Art Fair«, in: *Reuters* (online), 13.3.2015, <[www.reuters.com/article/us-hongkong-protest-art-idUSKBN0M91FX20150313](http://www.reuters.com/article/us-hongkong-protest-art-idUSKBN0M91FX20150313)> (Zugriff am 4.11.2016) und Vitra Design Museum.

<sup>40</sup> Die Dokumentation behandelt die Ereignisse über den kompletten Protestzeitraum. Für Chan war zentral, mit seinem Film eine andere Perspektive zur Regenschirmbewegung anzubieten als jene, die in den Mainstream-Medien zu finden ist. Siehe auch Eric Cheung, »Screened Out? Film Charting Hong Kong's Umbrella Movement Struggles to Be Seen«, in: *The Guardian* (online), 26.9.2016, <<https://www.theguardian.com/world/2016/sep/26/yellowing-film-hong-kong-umbrella-movement-struggles-to-be-seen-cinema>> (Zugriff am 1.5.2017).

Aufteilung der Welt von heute anders zu entwerfen«.<sup>41</sup> Die Entstehung dieses Milieus führt auch dazu, dass die Praktiken von Kunst und Politik sich sehr viel schwerer unterscheiden lassen und oft fließend ineinander übergehen.

### Aus den Augen, aus dem Sinn?

Am 74. Tag der Besetzung von Admiralty, am 11. Dezember 2014, rückte die Polizei mit einem Großaufgebot von rund 7000 Sicherheitskräften an, um das größte Protestlager der Regenschirmbewegung endgültig zu räumen. Der Einsatz war minutiös geplant, sehr professionell und effektiv. Die Polizei forderte bis etwa zwei Uhr nachmittags in regelmäßigen Abständen dazu auf, Admiralty zu verlassen, bevor sie dann den kompletten Protestraum abspernte und niemand für etwa eine Stunde den Ort verlassen oder betreten konnte. In dieser Zeit wurde eine Ausgangsschleuse aufgebaut, die ein kontrolliertes Verlassen von Admiralty ermöglichte; dabei nahm die Polizei von allen Personen die Personalien auf.<sup>42</sup> In dieser Phase – zwischen drei und fünf Uhr nachmittags – konzentrierte sich der (Sitz-) Protest der verbliebenen Vertreterinnen und Vertreter der Regenschirmbewegung auf einen überschaubaren Radius direkt vor dem Gebäude der chinesischen Volksbefreiungsarmee an der Harcourt Road. Von östlicher Seite her wurde das Protestlager unterdessen bereits geräumt.<sup>43</sup> Am späten Abend waren die ehemals besetzten Straßen wieder für den Verkehr geöffnet. Der für jeden sichtbare räumliche Gegenentwurf, der sich innerhalb von elf Wochen langsam auf der Straße herausgebildet hatte und am Ende eine Art alternative Mini-Gemeinschaft repräsentierte, war in knapp 13 Stunden wieder verschwunden.

Nicht verwunderlich ist, dass Peking die Räumung der Protestorte als »Niederlage der Regenschirmrevolution« darstellte.<sup>44</sup> In chinesischen

<sup>41</sup> Jacques Rancière, *Politik und Ästhetik. Im Gespräch mit Peter Engelmann*, Wien 2016 (Passagen Gespräche 5), S. 95.

<sup>42</sup> Teilweise wurde auch danach gefragt, warum sich die jeweiligen Personen noch auf der Straße befanden und aus welchem Grund sie sich in Hongkong aufhielten.

<sup>43</sup> Für einen genauen Überblick zu den Ereignissen siehe: »Occupy Central Clearance: Full Coverage of the Day's Events«, in: *South China Morning Post* (online), 11.12.2014, <[www.scmp.com/news/hong-kong/article/1660285/live-occupy-protesters-pack-and-say-their-goodbyes-hong-kong-police](http://www.scmp.com/news/hong-kong/article/1660285/live-occupy-protesters-pack-and-say-their-goodbyes-hong-kong-police)> (Zugriff am 4.11.2016); »Occupy Central Clearance: Full Coverage of Thursday Night's Events«, in: *South China Morning Post* (online), 11.12.2014, <[www.scmp.com/news/hong-kong/article/1660951/live-hong-kong-protesters-hauled-away-police-authorities-push-reopen](http://www.scmp.com/news/hong-kong/article/1660951/live-hong-kong-protesters-hauled-away-police-authorities-push-reopen)> (Zugriff am 4.11.2016).

<sup>44</sup> In der *China Daily* wurden die Proteste auch als Hongkonger Version einer Farbrevolution beschrieben, ähnlich wie in dem ultranationalistischen Video, das zu Beginn des Artikels erwähnt wurde. Vgl. »Hong Kong's Color Revolution«, in: *China Daily* (online), 15.10.2014, <[www.chinadaily.com.cn/hkedition/2014-10/15/content\\_18739914.htm](http://www.chinadaily.com.cn/hkedition/2014-10/15/content_18739914.htm)> (Zugriff am 4.11.2016). Siehe auch die treffende Analyse von Gideon Rachman zu Chinas Angst vor Farbrevolutionen: »Over the past year, Chinese official paranoia about the threat of color revolution has been stoked by events in Ukraine and, above all, Hong Kong.« Gideon Rachman, »China's Strange Fear of a Colour Revolution«, in: *Financial Times US Edition*, 10.2.2015, S. 7.

Medien wurden die Proteste von Beginn an als illegale Handlungen radikaler Elemente beschrieben, die Hongkongs soziale Ordnung und Sicherheit gefährdeten. Das Ende der Proteste ist aus dieser Perspektive eine Chance für die Hongkonger Gesellschaft, zur Normalität zurückzukehren – was für Peking bedeutet, am Prinzip »Ein Land, zwei Systeme« festzuhalten.<sup>45</sup> Chinas Führung folgt hier der Devise »Aus den Augen, aus dem Sinn«, womit sie die politischen Wirkkräfte der Regenschirmbewegung eindeutig unterschätzt. Dies entspricht der Wahrnehmung, den Erfolg der Bewegung in erster Linie von der konkreten Durchsetzung ihrer Hauptziele abhängig zu machen. Wie die Aktivisten gefordert hatten, sollte der Nationale Volkskongress seine Entscheidung über die Wahlreform in Hongkong revidieren, der Regierungschef C.Y. Leung sollte zurücktreten und das Amt im Jahr 2017 über eine allgemeine Direktwahl besetzt werden. Nichts davon wurde erreicht. Doch koppelt man den Erfolg einer Protestbewegung an die Durchsetzung ihrer Ziele, so überschätzt man deutlich die transformative Macht, die Demonstrationen oder sogenannte Revolutionen innerhalb einer bestehenden politischen Ordnung haben können. Es geht vielmehr um das, was nach den Protesten folgt. Slavoj Žižek schreibt: »The true problem of revolution is not taking power; it's what you do the day after. How you rearticulate everyday life.«<sup>46</sup> Mit Bezug auf Protestbewegungen bedeutet dies etwa die Fähigkeit, ein spezifisches politisches Anliegen erfolgreich im gesellschaftlichen Diskurs zu verankern oder Gruppierungen zu gründen, die sich nach den Protestaktionen als Opposition etablieren – nicht außerhalb, sondern innerhalb des Systems.

In diesem Sinne besteht einer der wichtigsten Effekte der Regenschirmbewegung darin, dass die Diskussion über Hongkongs politische Zukunft wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Die Proteste waren insofern kein kurzes Rauschen, das innerhalb weniger Wochen wieder vergessen wurde. Vielmehr haben die Aktivistinnen und Aktivisten allen gezeigt, dass sie ihr Recht geltend machen, gehört zu werden. Die oftmals sehr jungen Vertreterinnen und Vertreter der Bewegung unterbrachen die regulären politischen Abläufe und brachten sich selbst als neue politische Subjekte für Hongkong ins Spiel, etwa als Alternative zu dem bestehenden pan-demokratischen Lager<sup>47</sup> im Legislativrat. Sie zeigen, dass es in der Hongkonger Gesellschaft noch weitere Stimmen gibt, die zu beachten sind, und sie forderten aktiv ihren Anteil an der Gestaltung der Zukunft ein.<sup>48</sup> In Anlehnung an Rancière kann die Regenschirmbewegung als

<sup>45</sup> Vgl. »Hong Kong's Color Revolution«, in: *China Daily* (online), 15.10.2014, <[www.chinadaily.com.cn/hkedition/2014-10/15/content\\_18739914.htm](http://www.chinadaily.com.cn/hkedition/2014-10/15/content_18739914.htm)> (Zugriff am 4.11.2016).

<sup>46</sup> Vgl. »Divine Violence and Liberated Territories: SOFT TARGETS Talks with Slavoj Žižek«, in: *Soft Targets Journal* (online), 14.3.2007, <[www.softtargetsjournal.com/web/zizek.php](http://www.softtargetsjournal.com/web/zizek.php)> (Zugriff am 4.11.2016).

<sup>47</sup> Damit sind die traditionellen demokratischen Parteien gemeint, unter anderem die Civic Party, die Democratic Party und die Labour Party.

<sup>48</sup> Solche Gruppen bezeichnet Rancière als »drittes Volk«. Er bezieht sich dabei auf die Konstituierung einer Gruppe, die ein spezifisches Anliegen in die politische Ordnung einträgt. Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, 5. Auflage, Frank-

Herausforderung des politischen Konsenses in Hongkong verstanden werden. Ein Teil der Gesellschaft, der vorher nicht gehört wurde, machte Dissens sichtbar – gegenüber dem Rest, der in der Regel das Sagen hat und durch die vorhandene politische Ordnung repräsentiert wird. Die Proteste bedeuteten insofern den Moment der bis dahin stärksten politischen Autonomie Hongkongs.



Galerie

[bit.ly/SWP17S17H5](https://bit.ly/SWP17S17H5)

## Hongkongs politische Zukunft

Die Proteste der Regenschirmbewegung liegen nun bereits einige Zeit zurück, doch die Frage nach Hongkongs Zukunft wird in dessen Gesellschaft und Politik noch immer diskutiert. Daran hat auch nichts geändert, dass mittlerweile Carrie Lam neue Regierungschefin geworden ist. Ihre Wahl erfolgte im März 2017 nach altem Verfahren – das heißt, wieder konnte nur ein sehr kleiner Ausschnitt der Hongkonger Gesellschaft, ein Wahlgremium von 1200 Personen, abstimmen. Diese Versammlung besteht größtenteils aus elitären, pekingfreundlichen und geschäftsorientierten Gruppen, von denen manche Mitglieder sogar direkt von der chinesischen Zentralregierung nominiert werden. Freie und allgemeine Wahlen für das höchste Regierungsamt in Hongkong sind vorerst also nicht absehbar, ebenso wenig wie eine Kandidatennominierung durch die Hongkonger Bevölkerung ohne Pekinger Kontrollmechanismus. Folglich kann die Zentralregierung auch künftig den Grad von Hongkongs Autonomie entscheidend mitbestimmen und das für sie maßgebliche Prinzip »Ein Land, zwei Systeme« als erfolgreich darstellen.

Allerdings gibt es auch positive Entwicklungen. So zeigten die letzten Wahlen zum Legislativrat – dem Hongkonger Mini-Parlament – im September 2016, dass die Regenschirmbewegung nicht einfach verschwunden ist.<sup>49</sup> Protestaktivisten haben neue Parteien gegründet, darunter »Demosisto« und »Youngspiration«. Insgesamt wurden sechs Kandidatinnen bzw. Kandidaten dieser neuen demokratischen Bewegung ins Parlament gewählt. Keiner von ihnen ist über 40 Jahre alt. Nathan Law Kwun-chug, ein Mitglied von »Demosisto«, ist Jahrgang 1993 und damit der jüngste Vertreter, der jemals in den Hongkonger Legislativrat einzog. Ebenfalls gewählt wurden Yau Wai-Ching und Sixtus »Baggio« Leung Chung-Han von »Youngspiration«, Cheng Chung-tai von der eher radikaleren Partei »Civic Passion«, Lau Siu-lai, die während der Regenschirmproteste öffentliche Vorträge hielt und eine eigene Partei namens »Democratic Groundwork« gründete sowie Eddie Chu Hoi-dick, ein bekannter Aktivist und Journalist, der als Unabhängiger kandidiert hatte. Damit deutet diese Wahl nicht nur einen Generationswechsel im demokratischen Lager an,<sup>50</sup> sondern zeigt

furt a. M. 2014, und Keith Bassett, »Rancière, Politics, and the Occupy Movement«, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, 2014 (32), S. 889.

<sup>49</sup> Etwa 20 Prozent der Hongkonger wählten Kandidatinnen und Kandidaten, die Selbstverwaltung oder Unabhängigkeit für Hongkong fordern.

<sup>50</sup> Vgl. »Hong Kong Elections: Anti-Beijing Activists Gain Foothold in Power«, in: *The Guardian* (online), 5.9.2016, <<https://www.theguardian.com/world/2016/sep/05/hong-kong-elections>>

ebenso, dass trotz aller strukturellen Einschränkungen politische Teilhabe auch für Vertreterinnen und Vertreter neugegründeter Parteien möglich ist. Für jede Protestbewegung bedeutet es einen schwierigen Schritt, den Kampf von der Straße ins Parlament zu verlagern. Daher sind die Wahlen zum Legislativrat 2016 und vor allem auch die gestiegene Wahlbeteiligung (58,3 Prozent)<sup>51</sup> durchaus als Erfolg zu werten.

Allerdings wurde dieses positive Ergebnis durch Aktionen der neugewählten Abgeordneten Yau Wai-Ching, Sixtus »Baggio« Leung, Lau Siu-lai, Nathan Law, Edward Yiu<sup>52</sup> und Leung Kwok-hung<sup>53</sup> wieder zunichtegemacht. Auf unterschiedliche Weise nutzten alle ihre Vereidigung im Parlament, um ein Zeichen des Protestes zu setzen. So hielten etwa Yau Wai-Ching und Sixtus »Baggio« Leung ein Plakat hoch, auf dem »Hongkong ist nicht China« stand – ein klares Bekenntnis zur Unabhängigkeit. Leung Kwok-hung hatte einen gelben Regenschirm in der Hand, trug ein T-Shirt mit der chinesischen Aufschrift »ziviler Widerstand« und zeigte außerdem ein Pappschild, auf dem das Deckblatt der Entscheidung des Nationalen Volkskongresses vom 31. August 2014 durchgestrichen war.<sup>54</sup> Andere sprachen den Eid bewusst sehr langsam oder fügten bestimmte Wörter und Aussagen hinzu.<sup>55</sup>

Diese Auftritte hatten für das demokratiefreundliche Lager in Hongkong eine ganze Reihe negativer Folgen, die bis heute nachwirken. Zunächst einmal provozierten sie eine deutliche Reaktion des Nationalen Volkskongresses in Peking. Anfang November 2016 beschloss dieser, Legislativrats-Abgeordnete müssten bei ihrer Vereidigung anerkennen, dass Hongkong ein Teil Chinas sei – wie es auch in Artikel 104 des Hongkonger Basic Law vorgesehen ist.<sup>56</sup> Außerdem bekräftigte der Nationale Volkskongress in

kong-poll-pro-independence-activists-poised-to-win-seats-in-record-turnout> (Zugriff am 4.11.2016). Allerdings sind bis heute die zwei Vertreter von »Youngspiration« nicht vereidigt worden. Vgl. Matthias Müller, »Das Leid mit dem Eid«, in: *Neue Zürcher Zeitung* (online), 4.11.2016, <[www.nzz.ch/international/asien-und-pazifik/zwei-chinakritische-parlamentarier-in-hongkong-das-leid-mit-dem-eid-ld.126293](http://www.nzz.ch/international/asien-und-pazifik/zwei-chinakritische-parlamentarier-in-hongkong-das-leid-mit-dem-eid-ld.126293)> (Zugriff am 4.11.2016).

<sup>51</sup> Zur Wahlbeteiligung siehe die Website des Legislativrates unter <[www.elections.gov.hk/legco2016/eng/turnout.html?1493645495839](http://www.elections.gov.hk/legco2016/eng/turnout.html?1493645495839)> (Zugriff am 10.5.2017).

<sup>52</sup> Edward Yiu wurde über die »Agriculture, Surveying, Planning and Landscape Functional Constituency« in den Legislativrat gewählt. Bei den Legislativratswahlen werden 40 Sitze durch eine allgemeine, freie Wahl vergeben und 30 Sitze über »functional constituencies« (verschiedene Hongkonger Interessengruppen).

<sup>53</sup> Leung Kwok-hung, auch »Long Hair« genannt, war seit 2004 im Legislativrat vertreten.

<sup>54</sup> Siehe das Video der Vereidigung von Leung Kwok-hung, <<https://www.youtube.com/watch?v=wa4BqcpXHAK>> (Zugriff am 24.8.2017).

<sup>55</sup> Siehe z.B. den zehnminütigen Eid von Lau Siu-lai, <<https://www.youtube.com/watch?v=uHQtsyG6aJ8>> (Zugriff am 24.8.2017) oder die Interpretation von Nathan Law, <<https://www.youtube.com/watch?v=a38IO2p5a7o>> (Zugriff am 24.8.2017).

<sup>56</sup> Der genaue Wortlaut von Artikel 104: »When assuming office, the Chief Executive, principal officials, members of the Executive Council and of the Legislative Council, (...) swear to uphold the Basic Law of the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China and swear allegiance to the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China.« Laut Artikel 158 Absatz 1 des Basic Law hat der Nationale Volkskongress der VR China das Recht, Hongkongs Mini-Verfassung zu interpretieren. Diese Auslegungen sind für Hongkong bindend.

seiner Interpretation, dass der Eid respektvoll, ernst und akkurat vorgelesen werden müsse. Sollte dies nicht der Fall sein, werde die Vereidigung nicht anerkannt und die betreffende Person von ihrem öffentlichen Amt disqualifiziert. Es bestehe auch keine Möglichkeit, die Vereidigung zu wiederholen.<sup>57</sup> In Anlehnung daran entschied Hongkongs Oberster Gerichtshof zunächst am 15. November 2016, Yau Wai-Ching und Sixtus »Baggio« Leung ihre Sitze abzuerkennen. Die anderen vier Abgeordneten verloren, nach längerer juristischer Prüfung, am 14. Juli 2017 ihre Mandate. Der Wegfall von insgesamt sechs Sitzen hatte auch Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten des demokratischen Lagers im Legislativrat; es verlor vor allem die Vetomacht gegenüber Gesetzentwürfen, die von der Regierung eingebracht werden.

Darüber hinaus wurde sehr schnell klar, dass die chinesische Zentralregierung keinen Unterschied mehr macht, ob Unabhängigkeit oder Selbstbestimmung für Hongkong gefordert wird. Neue demokratische Abgeordnete, neugegründete Parteien oder Repräsentanten der Regenschirmbewegung (die während der Proteste übrigens nie Hongkongs Unabhängigkeit forderte) werden von der Pekinger Führung sämtlich in einen Topf geworfen, was eine differenzierte Debatte über Hongkongs Zukunft weiter erschwert.

Der Ruf nach Unabhängigkeit ist somit keine Lösung. Denn letztlich dreht sich die Debatte dann nur noch um die Politik der chinesischen Zentralregierung gegenüber Hongkong, nicht mehr um dessen politische Situation. Zudem impliziert die Forderung nach Unabhängigkeit immer eine Antwort auf die Frage, von *wem* man unabhängig sein will. Das Streben nach Unabhängigkeit rückt Hongkong in den Augen Pekings damit unausweichlich auf eine Ebene mit Tibet, Xinjiang und Taiwan. Als Folge droht auf Seiten Chinas eine deutliche Verschärfung des Tons und auch der politischen Praxis. Das ultranationalistische Video, das eingangs erwähnt wurde, deutet dies exemplarisch an. Bei einem radikal geführten Unabhängigkeitsdiskurs geht es im Grunde nicht mehr um die Zukunft von Hongkongs Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, sondern nur noch darum, kein Teil Chinas zu sein.<sup>58</sup> Allerdings kann die zunehmende Einflussnahme Pekings auf Hongkong nach den Regenschirmprotesten auch nicht ignoriert werden.<sup>59</sup>

<sup>57</sup> Siehe die vollständige Interpretation von Artikel 104 des Basic Law durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses: »Full text: Interpretation of Article 104 of Basic Law of Hong Kong SAR«, 7.11.2016, <[http://news.xinhuanet.com/english/2016-11/07/c\\_135811504.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2016-11/07/c_135811504.htm)> (Zugriff am 24.8.2017).

<sup>58</sup> Damit würde die Hongkonger Identität nur negativ definiert werden, das heißt ausschließlich im Gegensatz zu China. Ähnlich auch Chris Patten, »Hong Kong's Independence Trap«, in: *Project Syndicate* (online), 7.12.2016, <<https://www.project-syndicate.org/commentary/hong-kong-independence-movement-by-chris-patten-2016-12?barrier=accessreg>> (Zugriff am 1.5.2017).

<sup>59</sup> Alex Chow, Nathan Law und Joshua Wong wurden am 17. August 2017 vom Berufungsgericht wegen »gesetzwidriger Handlungen« zu Beginn der Regenschirmproteste 2014 zu jeweils sieben, acht und sechs Monaten Haft verurteilt. In dieser Entscheidung sehen einige Beobachterinnen und Beobachter ebenfalls ein Zeichen für Pekings verstärk-



Aus dieser Lage erwächst bei vielen Resignation. Der bereits erwähnte Film »Ten Years« bringt dies künstlerisch gut zum Ausdruck.<sup>60</sup> Er entwirft verschiedene Szenarien für ein Hongkong im Jahr 2025. In einer Episode hört ein Eierverkäufer von Jungpionieren, zu denen auch sein Sohn gehört, dass der Begriff »lokal« zensiert worden sei und er seine Eier nicht mehr so ausweisen dürfe – obwohl er sie von einer Hühnerfarm in Hongkong bezieht. Am Ende der Geschichte befinden sich Vater und Sohn in einer Wohnung, in der Buchhändler zensierte Bücher aufbewahren. Der Vater erfährt nun, dass sein Sohn bei Kontrollgängen mit den Jungpionieren neu zensierte Wörter heimlich einem Buchhändler mitgeteilt hat, damit dieser die betreffenden Werke in Sicherheit bringen konnte. Der Vater ist erstaunt, und er bekennt: »Wenn wir damals etwas getan hätten, dann müsstet ihr heute nicht so leben.«

Der Film »Ten Years« liefert düstere Zukunftsvisionen. Es geht dabei um den wachsenden Einfluss der VR China auf Hongkong, den Verlust der eigenen Identität und die Verzweiflung der Menschen über die politische Situation. Dabei endet der Film mit einer Aufforderung an die heutige Hongkonger Gesellschaft. Vor weißem Hintergrund steht zunächst der Schriftzug »Es ist schon zu spät«, bis er langsam verblasst und der Satz »Es ist noch nicht zu spät« erscheint. Damit ist der Geist der Regenschirmbewegung treffend erfasst.

te Einflussnahme auf die Hongkonger Justiz. Vgl. Alan Wong, »Joshua Wong and 2 Others Jailed in Hong Kong Over Pro-Democracy Protest«, in: *New York Times* (online), 17.8.2017, <<https://www.nytimes.com/2017/08/17/world/asia/hong-kong-joshua-wong-jailed-umbrella-movement.html>> (Zugriff am 24.8.2017); Catherine Lai, »Hong Kong justice chief defends jailing of democracy activists; slams claims of political persecution«, in: *Hong Kong Free Press* (online), 14.8.2017, <<https://www.hongkongfp.com/2017/08/24/hong-kong-justice-chief-defends-jailing-democracy-activists-slams-claims-political-persecution/>> (Zugriff am 24.8.2017).

**60** Vgl. »In ›Ten Years‹, A Dystopian Vision of Hong Kong's Future Under China«, in: *npr* (online), 7.7.2016, <[www.npr.org/sections/parallels/2016/07/07/484778210/in-ten-years-a-dystopian-vision-of-hong-kongs-future-under-china](http://www.npr.org/sections/parallels/2016/07/07/484778210/in-ten-years-a-dystopian-vision-of-hong-kongs-future-under-china)> (Zugriff am 4.11.2016), und »Hong Kong New Wave Cinema? ›Ten Years‹ and More Indies Challenging China«, in: *Hollywood reporter* (online), 14.5.2016, <[www.hollywoodreporter.com/news/hong-kong-new-wave-cinema-894132](http://www.hollywoodreporter.com/news/hong-kong-new-wave-cinema-894132)> (Zugriff am 4.11.2016).

## Sanaa: »Staatsstreich« oder »Revolution« in der jemenitischen Hauptstadt

Mareike Transfeld



Zum Kapitel

bit.ly/SWP17S17S

Am Morgen des 26. März 2015 intervenierte eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition militärisch im Jemen. Unterstützt wurde Riad dabei von neun Staaten, unter ihnen acht arabische. Nach den ersten Luftangriffen verkündete der saudische Botschafter in Washington vor der internationalen Presse, die Operation »Decisive Storm« habe begonnen. Das erklärte Ziel der Intervention sei, die »legitime Regierung des Präsidenten Hadi vor den Übernahmeversuchen durch die Huthis zu schützen«.<sup>1</sup> International wurde die Militäroperation vorrangig von den USA, Großbritannien und Frankreich gestützt. Der damalige amerikanische Außenminister John Kerry lobte in einer Pressekonferenz das Eingreifen der Saudis gegen die Huthis und versprach der Koalition logistische Unterstützung und den Austausch von Geheiminformationen.<sup>2</sup> Ein Sprecher des Auswärtigen Amts in Berlin brachte zum Ausdruck, dass sein Ministerium »keine Zweifel an der Legitimität« des Einsatzes habe und dass sich die jemenitische Regierung in einer »außerordentlich bedrohlichen Situation« befinde.<sup>3</sup>

Saudi-Arabien legitimierte das militärische Eingreifen in seinem Nachbarstaat völkerrechtlich mit einem Hilferuf des jemenitischen Übergangspräsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi an den Golfkooperationsrat.<sup>4</sup> Am 23. März 2015 hatte Hadi den Rat um Unterstützung gegen die Huthis gebeten, eine bewaffnete Bewegung aus dem Norden Jemens, die der Präsident und seine Anhänger im Golf als Stellvertreter Irans betrachten. Sie hatte sich in den Monaten zuvor rasant und gewaltsam im Norden des Landes ausgebreitet. Den Huthis war es im September 2014 gelungen, die Hauptstadt Sanaa einzunehmen. Im Einklang mit Resolution 2216 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN)<sup>5</sup> hatte die Militärintervention

<sup>1</sup> »Saudis Strike to Defend ›Legitimate Government‹ of Yemen«, in: CNN, 26.3.2015, <<http://edition.cnn.com/videos/world/2015/03/26/bts-adel-al-jubeir-saudi-arabia-operations-in-yemen.cnn>> (Zugriff am 22.11.2016).

<sup>2</sup> Louis Charbonneau, »U.S. Commends Saudi-led Military Action against Yemen's Houthis«, in: Reuters, 26.3.2015, <[www.reuters.com/article/us-yemen-security-kerry-idUSKBN0MM1AW20150326](http://www.reuters.com/article/us-yemen-security-kerry-idUSKBN0MM1AW20150326)> (Zugriff am 22.11.2016).

<sup>3</sup> »Berlin über Angriffe auf Jemen: ›Wir haben keine Zweifel an der Legitimität‹«, in: Handelsblatt, 27.3.2015, <[www.handelsblatt.com/politik/international/berlin-ueber-angriffe-auf-jemen-wir-haben-keine-zweifel-an-der-legitimitaet/11568140.html](http://www.handelsblatt.com/politik/international/berlin-ueber-angriffe-auf-jemen-wir-haben-keine-zweifel-an-der-legitimitaet/11568140.html)> (Zugriff am 22.11.2016).

<sup>4</sup> »Yemen Asks GCC for Military Action against Houthis«, in: Al Arabiya News, 23.3.2015, <<http://english.alarabiya.net/en/News/middle-east/2015/03/23/Yemen-s-Hadi-calls-for-GCC-military-intervention.html>> (Zugriff am 22.11.2016).

<sup>5</sup> In der Resolution wird die Legitimität des Übergangspräsidenten Hadi bestätigt und ihm die Unterstützung der VN zugesagt. Darüber hinaus werden die Huthis aufgefordert,

zum Ziel, die Huthis aus der Hauptstadt und den staatlichen Institutionen zu vertreiben, um die Regierung Hadis wieder einsetzen zu können. Damit wäre die nationalstaatliche Legitimität wiederhergestellt, hofften die saudische Allianz, ihre Unterstützer im Westen und die VN. Daher behaupten prosaudische Stimmen, die Koalition verteidige »Legitimität«<sup>6</sup> und den jemenitischen Staat gegen einen Staatsstreich. Die Huthis dagegen verstehen ihre Machtübernahme in der Hauptstadt als Revolution des Volkes. Im Februar 2015 gründeten sie einen Hohen Revolutionären Rat, eine Art provisorische Regierung, die im Juli 2016 durch einen Hohen Politischen Rat ersetzt wurde. Das lange inaktive Parlament nahm im August 2016 seine Arbeit wieder auf und im November 2016 wurde ein neues Kabinett gebildet. Spätestens seit diesem Zeitpunkt betrachten sich die Huthis als legitime Regierung in Sanaa.<sup>7</sup> Gegenwärtig bilden sie eine Allianz mit dem ehemaligen Präsidenten Ali Abdullah Salih, der infolge der Massenproteste von 2011 seines Amtes enthoben wurde. Zusammen stellen sie die stärkste Kraft und genießen, besonders in der Hauptstadt, die Unterstützung der Bevölkerung. Sanaa gilt als Symbol der nationalstaatlichen Legitimität, Souveränität und Autorität. Deswegen steht die Kontrolle über die Hauptstadt und den Regierungssitz im Mittelpunkt des Konflikts. Diese Wahrnehmung entstand im Spätsommer 2014, als die Huthis zunächst Proteste in der Stadt organisierten und diese später mit Gewalt einnahmen.

Während die Huthis also versuchen, ihre Machtübernahme als Ergebnis friedlicher Proteste und einer »Revolution« zu rechtfertigen, sieht die Gegenseite darin einen gewaltsamen Staatsstreich. So stehen sich zwei Diskurse gegenüber, die sich um die Frage nach der Begründung nationalstaatlicher Legitimität drehen. Die eine Seite beruft sich dabei auf staatliche Institutionen und internationale Abkommen, personifiziert von Präsident Hadi, die andere auf die Unterstützung durch das Volk und die Souveränität des jemenitischen Staates.<sup>8</sup> Die Auseinandersetzung spielt sich nicht nur im physischen Raum ab, das heißt in den Kämpfen um die

ihre Streitkräfte aus Regierungsinstitutionen einschließlich der Hauptstadt Sanaa zurückzuziehen, Regierungs- und Sicherheitsinstitutionen aufzugeben, alle erbeuteten Waffen abzuliefern und sämtliche Gefangenen freizulassen. Außerdem wird von den Huthis verlangt, alle Handlungen einzustellen, die der Autorität der legitimen Regierung des Jemen vorbehalten sind. Der ehemalige Präsident Ali Abdullah Salih wird dafür verurteilt, dass er die Huthis unterstützt. Siehe United Nations Security Council, *Resolution 2216 (2015)*, New York, 14.4.2015, <[www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/2216\(2015\)](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2216(2015))> (Zugriff am 22.11.2016).

<sup>6</sup> »Arabs Reiterate Support to »Decisive Storm« Defending Legitimacy in Yemen«, in: *Kuweit News Agency*, 29.3.2015, <[www.kuna.net.kw/ArticleDetails.aspx?id=2432785&Language=en](http://www.kuna.net.kw/ArticleDetails.aspx?id=2432785&Language=en)> (Zugriff am 17.1.2017).

<sup>7</sup> »Houthi Militia Installs »Presidential Council« to Run Yemen«, in: *Middle East Eye*, 6.2.2015, <[www.middleeasteye.net/news/houthi-militia-installs-presidential-council-run-yemen-1600545027](http://www.middleeasteye.net/news/houthi-militia-installs-presidential-council-run-yemen-1600545027)> (Zugriff am 5.12.2016); Jillian Schwedler, »Yemeni Parliamentarians Vote to Form a New Government«, in: *Atlantic Council*, 17.8.2016, <[www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/yemeni-parliamentarians-vote-to-form-a-new-government](http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/yemeni-parliamentarians-vote-to-form-a-new-government)> (Zugriff am 5.12.2016).

<sup>8</sup> In der Peripherie des Landes existieren weitere Diskurse, die andere Begründungen nationalstaatlicher Legitimität liefern. Ein Beispiel ist die Hirak-Bewegung im Südjemen.

physische Kontrolle über die Hauptstadt, sondern auch in virtuellen Räumen. Es geht darum, welcher Diskurs sich lokal und international durchsetzen wird und wie sich nationalstaatliche Legitimität im Jemen von der Hauptstadt aus erzeugen lässt. Die folgende eingehende Betrachtung dieser Diskurse gibt Aufschluss darüber, warum sich die Konfliktparteien auch mehr als zwei Jahre nach Beginn der Intervention noch immer in einer Pattsituation befinden.

## Hadis Legitimität: Die Golfinitiative von 2011

Die Unterstützung für Präsident Hadi beruht auf internationalen Abkommen und Resolutionen, die ihn 2011 zur Macht führten und seine Präsidentschaft offiziell legitimieren. Eine Hauptrolle dabei spielt das Golfabkommen, das die Staaten des Golfkooperationsrats mit Unterstützung der VN und der EU im Jahre 2011 ausgearbeitet haben. Anlass waren die Massenproteste des sogenannten Arabischen Frühlings und ein gewaltsamer Konflikt um die Hauptstadt. Mit dem Abkommen sollte ein Bürgerkrieg verhindert werden. Allerdings waren nur die etablierten Parteien an den Verhandlungen beteiligt, wie die Regierungspartei »Allgemeiner Volkskongress« (AVK) und die Oppositionsparteien, besonders die Islah-Partei, ein Zusammenschluss islamistischer Strömungen einschließlich der Muslimbruderschaft. Wichtige Akteure der Protestbewegung hingegen blieben außen vor, allen voran die Huthis, die Unabhängigkeitsbewegung Hirak im Süden des Landes<sup>9</sup> und die unabhängige Jugendbewegung.<sup>10</sup> Aus diesem Grund bestand die neue Einheitsregierung vom Dezember 2011 nur aus Mitgliedern der AVK, deren Vorsitz weiterhin in den Händen des abgesetzten langjährigen Staatspräsidenten Ali Abdullah Salih lag, sowie Vertreterinnen und Vertretern der ehemaligen Oppositionsparteien. Dem vormaligen Vizepräsidenten Hadi wurden mit Einverständnis der Verhandlungsparteien im November 2011 alle präsidentiellen Befugnisse übertragen. Im Februar 2012 wurde er als Konsenskandidat der Übergangsregierung ohne Gegenkandidaten zum Präsidenten gewählt. Das Golfabkommen und der Mechanismus seiner Umsetzung<sup>11</sup> ersetzten die Verfassung und bildeten von nun an die Legitimitätsgrundlage der staat-

<sup>9</sup> Der Hirak entstand 2007, als pensionierte Soldaten der Armee des ehemaligen unabhängigen Südjemen gegen die Regierung in Sanaa demonstrierten. Dieser Protest entwickelte sich zu einer breiten Bewegung, die spätestens seit 2009 die Unabhängigkeit für den Süden in den Grenzen von 1990 forderte; siehe Stephen Day, *The Political Challenge of Yemen's Southern Movement*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, März 2010 (Middle East Program, Nr. 108), <[http://carnegieendowment.org/files/yemen\\_south\\_movement.pdf](http://carnegieendowment.org/files/yemen_south_movement.pdf)> (Zugriff am 5.12.2016).

<sup>10</sup> Atiaf Z. Alwazir, »Yemen's Enduring Resistance: Youth between Politics and Informal Mobilization«, in: *Mediterranean Politics*, 21 (2016) 1, S. 170–191.

<sup>11</sup> Siehe »Agreement on the Implementation Mechanism for the Transition Process in Yemen in Accordance with the Initiative of the Gulf Cooperation Council (GCC)«, Übersetzung aus dem Arabischen ins Englische, 5.12.2011, <[http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/YE\\_111205\\_Agreement%20on%20the%20implementation%20mechanism%20for%20the%20transition.pdf](http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/YE_111205_Agreement%20on%20the%20implementation%20mechanism%20for%20the%20transition.pdf)> (Zugriff am 22.12.2016).

lichen Institutionen. Diese Dokumente sollten einen Rahmen schaffen, innerhalb dessen sich Akteure am Transformationsprozess beteiligen sollten. Der VN-Sicherheitsrat war befugt, Akteure, die den Prozess störten (Spoiler), mit Sanktionen zu belegen. Dem Übergangspräsidenten Hadi fiel die Aufgabe zu, für die Umsetzung des Transformationsfahrplans zu sorgen. Dafür hatte er den Rückhalt der VN.

Mit dieser Initiative sollten nicht nur die Protestursachen behoben, sondern auch die bis dato lokalen Konflikte mit den Huthis im Norden und dem Hirak im Süden befriedet werden.<sup>12</sup> In der sogenannten Nationalen Dialogkonferenz (NDK) sollten von März 2013 bis Januar 2014 politische und gesellschaftliche Gruppen über Lösungen für Staat und Gesellschaft des Jemen diskutieren. Beteiligt waren auch die Huthis, der Hirak, die Jugendbewegung und andere marginalisierte Gruppen. Doch die Konferenz war nicht imstande, die Konfliktursachen aus der Welt zu schaffen und Vertrauen zwischen Übergangsregierung und Bevölkerung zu erzeugen.<sup>13</sup> Ein wichtiges Resultat der Konferenz bestand darin, dass das Land in sechs föderale Regionen aufgeteilt werden sollte. Dies lehnten aber nicht nur die Huthis ab,<sup>14</sup> sondern auch der Hirak und Teile der Salih-Partei. Andere Beschlüsse der Konferenz, mit denen sich die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger spürbar hätten verbessern lassen, wurden nicht verwirklicht.

Mit dem Scheitern der Konferenz vertiefte sich der Graben zwischen der Hadi-Regierung und der Bevölkerung immer mehr. Das nutzten die Huthis für sich, indem sie Hadis Legitimität in Frage stellten. Sie ließen Taten folgen und zogen in Richtung Hauptstadt, in der sie auf wachsenden Zuspruch aus der Einwohnerschaft stießen. Obwohl die Unzufriedenheit in der Bevölkerung stieg, die NDK ein Misserfolg war und die Regierung deshalb an Legitimität eingebüßt hatte, verlängerten die VN Hadis Amtszeit nach Ablauf der Konferenz um zwei Jahre, ohne die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger des Jemen einzuholen.<sup>15</sup> Auf der internationalen Ebene gilt Hadi damit als legitimer Vertreter des jemenitischen Nationalstaates. Dieser Diskurs verkennt aber lokale Perspektiven, die oft im Widerspruch zu internationalen Positionen stehen.

<sup>12</sup> Mareike Transfeld, »Political Bargaining and Violent Conflict: Shifting Elite Alliances as the Decisive Factor in Yemen's Transformation«, in: *Mediterranean Politics*, 21 (2016) 1, S. 150–169.

<sup>13</sup> Charles Schmitz, *Yemen's National Dialogue*, Washington, D.C.: Middle East Institute, Februar 2014 (MEI Policy Paper Nr. 1/2014), <[www.mei.edu/sites/default/files/publications/Charles%20Schmitz%20Policy%20Paper.pdf](http://www.mei.edu/sites/default/files/publications/Charles%20Schmitz%20Policy%20Paper.pdf)> (Zugriff am 22.11.2016).

<sup>14</sup> Marieke Brandt, »The Huthi Enigma: Ansar Allah and the ›Second Republic‹«, in: Marie-Christine Heinze (Hg.), *Yemen and the Path to War. Power, Politics and Society in the Twenty-First Century*, London: I. B.Tauris (im Erscheinen).

<sup>15</sup> Mohamed Ghobari, »Yemeni President's Term Extended, Shi'ite Muslim Leader Killed«, in: *Reuters*, 21.1.2014, <[www.reuters.com/article/us-yemen-assassination-idUSBREA0K13420140121](http://www.reuters.com/article/us-yemen-assassination-idUSBREA0K13420140121)> (Zugriff am 22.11.2016).

## Facebook im Jemen: Blick auf lokale Diskurse

Soziale Medien wie Facebook erlauben heute mehr denn je einen Einblick in lokale Sichtweisen. Das gilt auch für die Debatten im Jemen. Die Charakteristika dieses virtuellen Raums ermöglichen eine vielfältigere und kontinuierlichere Diskussion als in traditionellen Medien. Im Jemen entwickelte sich ein virtueller Raum besonders rasant während der Massenproteste von 2011. Facebook wurde zur zentralen Plattform für öffentliche Debatten. Zwischen 2010 und 2014 vervielfachte sich die Zahl jemenitischer Facebook-Nutzerinnen und -Nutzer von 100 000 auf 1,5 Millionen.<sup>16</sup> All jene mit Internetzugang und einem gewissen Bildungsgrad können dort ihre Meinungen und Sorgen ausdrücken. Aufgrund ihrer besonders intensiven Aktivität auf Facebook wurden Einzelne<sup>17</sup> immer stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Auch bekannte Politikerinnen und Politiker, religiöse Persönlichkeiten oder Stammesführer begannen die Website zu nutzen. Neben persönlichen Eindrücken aus dem Alltag posten Nutzer auch Nachrichten, Videos, Gedichte und Lieder. Da jedes Smartphone internetfähig ist und die neueren Modelle eine hochauflösende Kamera besitzen, sind Nutzer in der Lage, Proteste, Forderungen von Protestierenden sowie Maßnahmen staatlicher Repression im Bild festzuhalten und für eine globale Öffentlichkeit sichtbar zu machen.<sup>18</sup> Erfahrungen, Eindrücke oder Emotionen von der Straße werden so in den virtuellen Raum getragen. Zugleich ist die internationale Gemeinschaft ebenfalls auf Facebook vertreten, denn für den Jemen relevante Leitmedien, Botschaften und internationale Organisationen verfügen über eigene Accounts, oft auf Englisch und Arabisch. Beiträge dieser Account-Inhaber werden von jemenitischen Nutzern wahrgenommen, im eigenen Kontext interpretiert, kommentiert und geteilt. Damit ist die internationale Gemeinschaft auch im virtuellen Raum der Jemeniten auf Facebook präsent.

Informationen und Emotionen werden nicht nur in den virtuellen Raum hinein-, sondern auch aus ihm hinausgetragen. Zeitungen und Fernsehsender im Jemen nehmen seit 2011 regelmäßig Bezug auf Facebook-Posts. Auch in den sogenannten Qat-Runden, in denen sich die

<sup>16</sup> *Citizen Engagement and Public Services in the Arab World: The Potential of Social Media*, Arab Social Media Report, 6. Aufl., Dubai: Mohamed bin Rashid School of Government, Juni 2014, S. 24, <[www.mbrsg.ae/getattachment/e9ea2ac8-13dd-4cd7-9104-b8f1f405cab3/Citizen-Engagement-and-Public-Services-in-the-Arab.aspx](http://www.mbrsg.ae/getattachment/e9ea2ac8-13dd-4cd7-9104-b8f1f405cab3/Citizen-Engagement-and-Public-Services-in-the-Arab.aspx)> (Zugriff am 15.12.2016).

<sup>17</sup> Beispielsweise ist der Telekommunikationsingenieur Hamed Ghaleb als »Mustashfa al-Majanin« (dt.: Irrenhaus) durch seine Aktivitäten auf Facebook bekannt geworden. Inzwischen hat er über 19 000 Follower. Er hatte sich Anfang 2011 den Protesten gegen das Regime angeschlossen. Nachdem aber die Islah-Partei der Protestbewegung im März 2011 auf die Straße gefolgt war, wechselte er die Seiten und unterstützte seitdem den damaligen Präsidenten Ali Abdullah Salih. Sein Bekanntheitsgrad auf Facebook eröffnete dem jungen Aktivisten Zugang zu dem Kreis um Salih.

<sup>18</sup> In der Bevölkerung Jemens liegt die Verbreitung von Smartphones bei 17 Prozent (Durchschnitt in arabischen Ländern: 33 Prozent, Stand 2015); siehe GSMA Intelligence, *The Mobile Economy. Arab States 2015*, London: GSM Association, 2015, <<http://itersnews.com/wp-content/uploads/experts/2015/10/1008632015-10-13-7910cff3a3e6f96219cd50e31d6d3e1c.pdf>> (Zugriff am 15.12.2016).

Bewohner Sanaas traditionell zu Politik und Gesellschaft austauschen, ist Facebook heute ein wesentlicher Bestandteil. Nicht nur wird in diesen Runden auf Facebook-Einträge verwiesen, sondern dort geführte Gespräche finden auch ihren Weg in das soziale Medium. Hier wird erkennbar, dass zwischen Online und Offline eine wechselseitige Beziehung besteht. Der virtuelle Raum von Facebook ist mit dem physischen Raum auf komplexe Art verbunden. Für regelmäßige Nutzer gibt es im Prinzip keine strikte Dichotomie zwischen Online und Offline. In den Diskursen auf Facebook werden Ereignisse aufgegriffen und unterschiedlich interpretiert. Auch diese Interpretationen werden von den Nutzern in ihren Alltag und auf »die Straße« getragen und vice versa. So ließ sich auf Facebook nachvollziehen, wie sehr sich die Atmosphäre seit 2014 emotional aufgeladen hat, als die Huthis kurz davor standen, die Hauptstadt einzunehmen. Diese gespannte Atmosphäre hat sich in einer reziproken Beziehung zwischen dem virtuellen und dem physischen Raum entwickelt. Sie spielt auch für die wachsende politische und gesellschaftliche Zersplitterung des Landes eine Rolle.

### **Die Eroberung Sanaas:**

#### **»Wir fordern (wieder) den Sturz der Regierung!«**



Zeitleiste

[bit.ly/SWP17S17S1](http://bit.ly/SWP17S17S1)

In den Monaten vor der Machtübernahme der Huthis in Sanaa posteten Journalisten, Politiker und Aktivisten ihre Forderungen, kommunizierten ihre Erlebnisse in den Straßen, teilten Fotos oder Videos von Protesten und schrieben ihre Gespräche mit Freundinnen und Freunden auf. Die Analyse von Facebook-Einträgen im August und September 2014 verdeutlicht nicht nur, welche unterschiedlichen Sichtweisen auf die Ereignisse in Sanaa existierten. Sie legt auch Indizien offen, die darauf hindeuteten, wie die Huthis ab diesem Zeitpunkt weiter vorgehen wollten.

Am 30. Juli 2014 beschloss die jemenitische Regierung, die Treibstoffpreise um 90 Prozent anzuheben, und leistete damit einer Forderung des Internationalen Währungsfonds Folge. Er hatte seine weitere finanzielle Unterstützung davon abhängig gemacht, dass die Hadi-Regierung die staatlichen Subventionen für Benzin und Diesel abschafft. Von dieser Entscheidung profitierten in erster Linie die Regierungsgegner. Der ohnehin bestehende Unmut in der Bevölkerung wuchs rapide und die Nachricht verbreitete sich rasch auf Facebook. Einige Nutzerinnen und Nutzer argwöhnten, der Sicherheitsapparat treffe Vorkehrungen gegen mögliche Aufstände.

In den darauffolgenden Wochen nahmen die Proteste in den Straßen Sanaas merklich zu. Vor allem die Huthis begannen nun gegen die Regierung zu mobilisieren. Im Sommer 2014 hatte sich der bewaffnete Arm der Bewegung bereits in Ortschaften rund um die Hauptstadt festgesetzt. Schon in den Jahren zuvor hatte sich die Zahl ihrer Anhänger unter den Bewohnern Sanaas stetig erhöht. Dass die Huthis in der Stadt immer präsenter wurden, zeigte sich hauptsächlich daran, dass ihr charakteristisches Logo immer häufiger auf Hauswänden und Mauern zu

finden war. Banner und Flyer in den Straßen und das vermehrte öffentliche Zelebrieren zaiditischer Feiertage unterstrichen den Anspruch, den die Huthis besonders auf die alten Stadtteile Sanaas erhoben.<sup>19</sup>

Auf Facebook propagierten die Huthis einen klar erkennbaren Diskurs. Demnach unterstütze das Volk die Huthi-Bewegung, die Hadi-Regierung sei illegitim und Einmischung von außen sei nicht statthaft. In den auf Facebook geteilten Reden ihres Führers Abdulmalik al-Huthi präsentierte sich die Bewegung als volksnah. Sie stellte sich gegen die etablierte korrupte Elite und behauptete, die Interessen aller ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen zu vertreten. Ali al-Bukhaiti, damals Mitglied des politischen Arms (im Gegensatz zum bewaffneten Arm) der Huthi-Bewegung und Delegierter im NDK, postete im Laufe des Augusts 2014 Bilder der Proteste in und außerhalb der Stadt. Dabei wurde er nicht müde zu betonen, es sei das einfache Volk, das friedlich gegen den Benzinpreisanstieg und die korrupte Regierung demonstriere. Die Legitimität der Regierung stellte er rundheraus in Frage und begründete dies mit der weit verbreiteten Korruption und der Unfähigkeit der Regierung, Sicherheit im Land herzustellen. Damit meinte er vor allem den Süden des Landes, wo es al-Qaida gelungen war, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen.

Waren die Huthis und die Gefolgschaft Salihs zuvor jahrelang verfeindet gewesen, glichen sich nun die Diskurse beider Gruppen auf Facebook während der Mobilisierungsphase immer mehr aneinander an. Dennoch bestanden beide weiterhin darauf, sie sprächen lediglich den Willen des Volkes aus, statt gemeinsam Parteiinteressen zu verfolgen. Sowohl Huthis als auch Salih-Anhänger zogen Parallelen zum Militärputsch des jetzigen ägyptischen Präsidenten General Abdulfattah al-Sisi gegen die Muslimbruderschaft im Sommer 2013. Damals hatte das Militär den gewählten Staatspräsidenten Mohammed Mursi, welcher der Muslimbruderschaft angehört, nach erneuten Massenprotesten mit Unterstützung aus der Bevölkerung gestürzt. Nach dem ägyptischen Muster kristallisierte sich schnell die jemenitische Muslimbruderschaft (im Jemen existiert sie innerhalb der Islah-Partei) als Hauptgegner heraus. Der Diskurs folgte dem regionalen Trend, die Muslimbruderschaft zum Sündenbock zu machen und als regierungsunfähig zu diffamieren. So benutzten Anhänger Salihs und der Huthis den Hashtag »Preisanstieg der Brüder« und teilten ein Meme, welches das Raba'a-Zeichen der ägyptischen Muslimbruderschaft als Tanksäule darstellt. Das Raba'a-Zeichen verweist auf den Platz um die Moschee Raba'a al-Adawiya in Kairo, wo Sicherheitskräfte 2013 im Zuge des Militärputsches ein Massaker an Protestierenden aus der Muslimbruderschaft verübten.<sup>20</sup> Mit dem Meme sollte der Islah-Partei die Verantwortung für den Preisanstieg zugeschrieben und die Partei auf eine Ebene



Galerie

[bit.ly/SWP17S17S2](http://bit.ly/SWP17S17S2)

<sup>19</sup> Marie-Christine Heinze, »From the Margins of Yemen into the Heart of the Country, from Fist-fights on Change Square to Control of the Capital City. Spatial Manifestations of the Huthi Ascension to Power«, in: Stephan Conermann/Elena Smolarz (Hg.), *Mobilizing Religion: Networks and Mobility*, Berlin: EB-Verlag, 2015, S. 111–149.

<sup>20</sup> Matthias Sailer, »Ein blutiger Tag in Kairo«, in: *Deutsche Welle*, 14.8.2013, <[www.dw.com/de/ein-blutiger-tag-in-kairo/a-17021836](http://www.dw.com/de/ein-blutiger-tag-in-kairo/a-17021836)> (Zugriff am 15.5.2017).



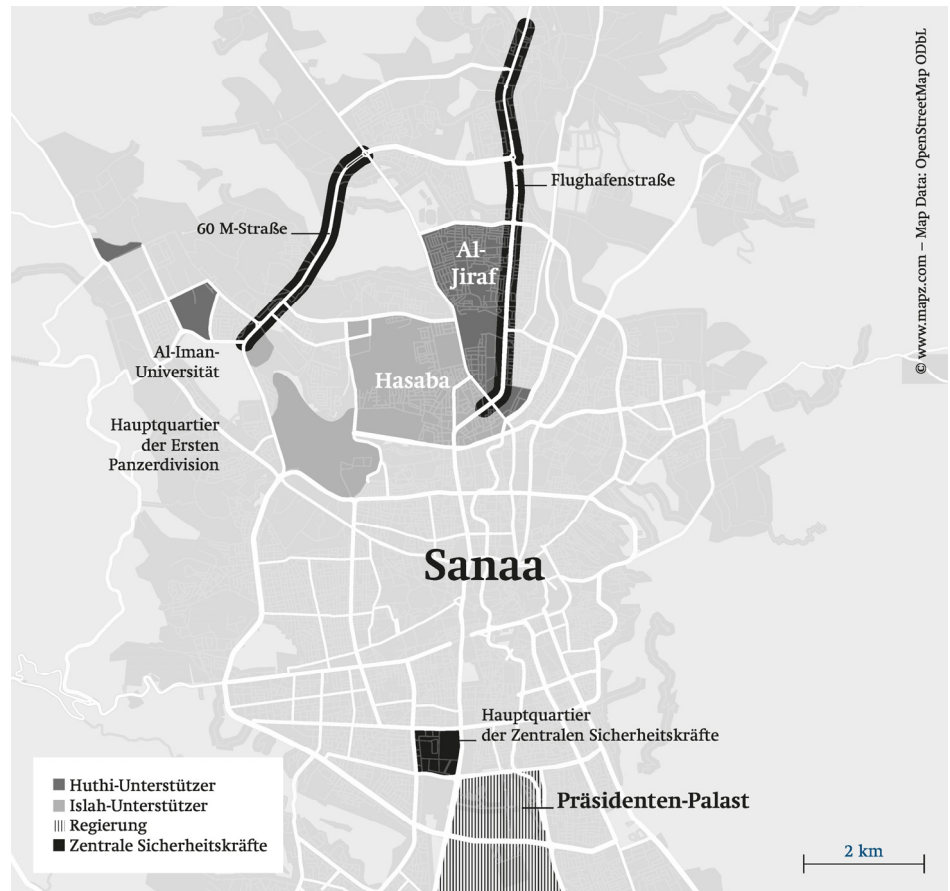
# Karte:

## »Übernahme Sanaas« durch die Huthis (19. September 2014)



Karte

bit.ly/SWP17S17S3



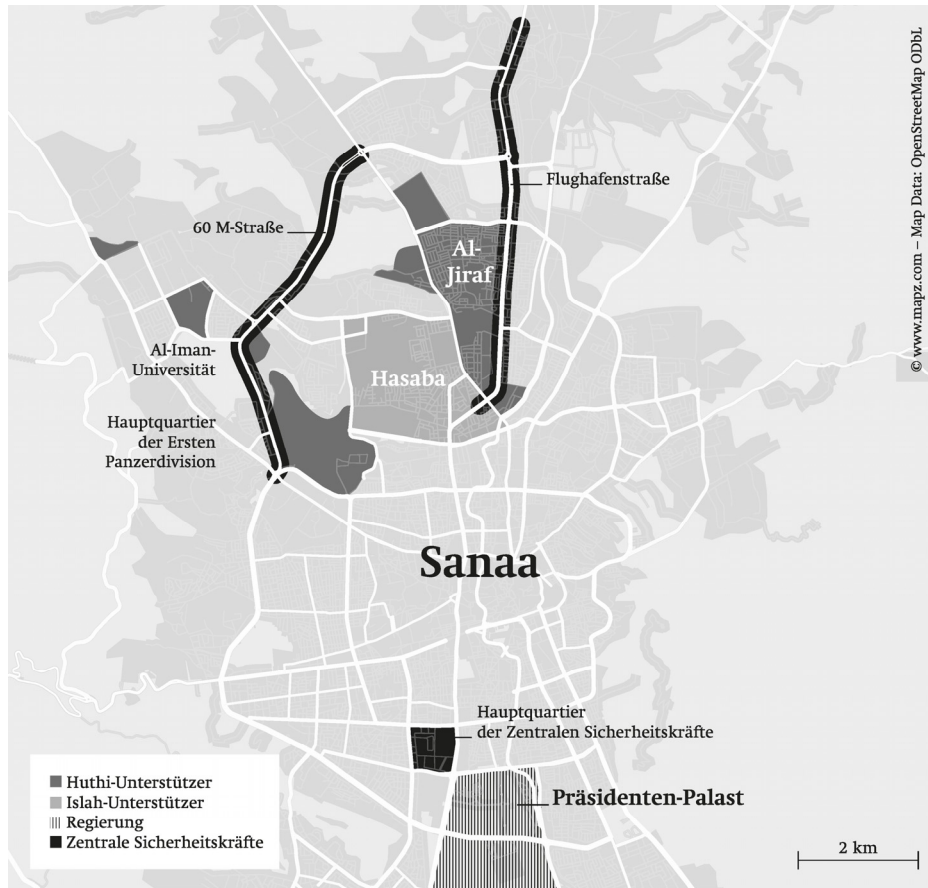
mit der ägyptischen Muslimbruderschaft gestellt werden. Auch behaupteten die Gegner Islahs, die Muslimbruderschaft werde von Katar unterstützt. Damit wollten sie sie als ausländische Gruppierung denunzieren.

Inspiziert von den Ereignissen des Jahres 2013 in Ägypten, wurde nun ein Jahr später im Jemen eine Revolution gegen die korrupte Regierung propagiert. Ein Journalist und Unterstützer Salih's postete im August 2014 immer wieder den Ruf nach einer »Revolution der Reifen«. Kommentatoren reagierten mit Bildern von LKWs, die Autoreifen transportierten, und versicherten, die Reifen seien schon auf dem Weg. Es dauerte nicht lange, bis die ersten Bilder von brennenden Autoreifen und von Protestlern in Sanaas Straßen auf Facebook erschienen. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bereits eine Allianz der ehemaligen Feinde Huthis und Salih gegen Islah und Hadi ab.

Offizielle Vertreter der Huthis bedienten sich nun immer häufiger der Plattform Facebook. Dort informierten sie über ihre Auftritte in regionalen und internationalen Fernsehmedien, verbreiteten Links zu ihren veröffentlichten Meinungsartikeln und machten ihre Interpretationen lokaler Ereignisse publik. Sie zeigten Bilder von Protesten in den Straßen der Haupt-

**Karte:**

**»Übernahme Sanaas« durch die Huthis (21. September 2014)**



Karte

[bit.ly/SWP17S17S3](http://bit.ly/SWP17S17S3)

stadt und von ihrer Anwesenheit inmitten der Protestierenden. Auf diese Weise stärkten sie die Präsenz der Huthis in den sozialen Medien.

Währenddessen breiteten sich tausende Protestler in drei »Eskalationsphasen« weiter im öffentlichen Raum aus. In der ersten Phase ab dem 18. August 2014 blockierten sie mit einem Protestcamp die Straße zum internationalen Flughafen. Auf Facebook gepostete Bilder von Lebensmitteln, die aus Saada im Nordwesten des Jemen zu den Camps transportiert wurden, sollten Zeichen der Solidarität aus dem Kernland der Huthis setzen. Darüber hinaus ließen sie sich als Bestandteil einer Strategie deuten, Versorgungsketten für eine langfristige Besetzung aufzubauen.

Die nächste Phase begann eine Woche später. Nun schlugen die Huthis Zelte vor Ministerien auf und erweiterten damit ihren Aktionsradius. Präsident Hadi zeigte sich zu Verhandlungen bereit und bot an, die Subventionen auf Treibstoff zum Teil wieder einzuführen und die Regierung umzubilden. Doch die Huthis lehnten ab. Stattdessen marschierten sie in der dritten Phase ab dem 9. September 2014 zum Büro des Premierministers. Dort kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften. Dabei kamen mindestens neun Menschen ums Leben und 67 wurden verletzt.

Das Ereignis markierte den Beginn einer Gewaltspirale, an deren Ende zwei Wochen später die Einnahme der Hauptstadt durch die Huthis stehen sollte. Huthi-Unterstützer priesen die getöteten Demonstranten als Märtyrer der Revolution, die im Kampf gegen die korrupte Elite umgekommen seien. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete, Sicherheitskräfte hätten tödliche Gewalt gegen Protestierende angewandt, und zog Vergleiche zur staatlichen Repression gegen friedliche Demonstranten während der Massenproteste von 2011.<sup>21</sup> Solche internationalen Bewertungen engten den Handlungsspielraum des Übergangspräsidenten Hadi im Umgang mit den Huthi-Protestlern ein. Das Gewaltpotential der Huthis dürfte er erkannt haben, auch wenn sie sich in Sanaa selbst noch friedlich verhielten. Außerhalb der Stadt waren sie bereits seit Monaten mit massiver Gewalt vorgegangen. Trotzdem entsandte Präsident Hadi keine Truppen. Es waren hauptsächlich der Islah nahestehende Militärs und Stämme, welche die vorrückenden Huthis aufzuhalten versuchten und sich auch innerhalb der Stadt Gefechte mit ihnen lieferten. Am 18. September 2014 jedoch hatten Kämpfer der Huthis Sanaa eingekesselt und übernahmen in den nächsten drei Tagen die Kontrolle über die Stadt.

### Für Staat und Legitimität, gegen Milizen

Doch die von den Huthis propagierte »Revolution« wurde nicht von allen Jemeniten als solche verstanden. Schon als im August 2014 auf Facebook Bilder von brennenden Reifen während der Proteste gegen die Benzinpreiserhöhung kursierten, hinterfragten Beobachterinnen und Beobachter auf der Plattform die Absichten der Demonstrierenden in der Hauptstadt und befürchteten eine Konterrevolution. Anhänger der Islah-Partei spielten in dem Anti-Huthi-Diskurs eine prägende Rolle. Zu der Zeit waren sie der stärkste politische Gegner der Huthis. Im Zuge des Transformationsprozesses seit Ende 2011 hatte Islah an politischem Einfluss gewonnen. Gemäß dem Golfabkommen stellte die Partei einen großen Teil der Übergangsregierung. Nicht nur ging ihr Machtgewinn direkt auf die Initiative des Golfkooperationsrats zurück. Sie diente der Partei auch als Grundlage für ihre Legitimität. Als die Regierung im November 2011 ihre Arbeit aufnahm, waren die Hoffnungen in der Bevölkerung auf positive Veränderungen groß. Doch der Regierung gelang es nicht, einen wirklich inklusiven Transformationsprozess in Gang zu bringen, die Korruption wirkungsvoll zu bekämpfen und die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Reformen die Lebensbedingungen verbessern würden. Außerdem waren die traditionellen Eliten zerstritten und missbrauchten den politischen Prozess für eigene Zwecke. Das erschwerte es den Reformkräften noch mehr, substantielle Fortschritte zu erzielen. So verlor die Islah-Partei an Glaubwürdigkeit und Unterstützung.



#### Galerie

[bit.ly/SWP17S17S4](http://bit.ly/SWP17S17S4)

<sup>21</sup> »Yemen: Lethal Force against Houthi Protesters«, in: *Human Rights Watch*, 14.9.2014, <[www.hrw.org/news/2014/09/14/yemen-lethal-force-against-houthi-protesters](http://www.hrw.org/news/2014/09/14/yemen-lethal-force-against-houthi-protesters)> (Zugriff am 5.12.2016).

Auch Anhänger der Islah-Partei sowie unabhängige Befürworter des Transformationsprozesses ahnten nun, dass die Krise sich zuspitzen würde. Sie nahmen Anstoß an der Anhebung der Treibstoffpreise und manche verlangten sogar, es müsse eine neue Regierung gebildet werden. Viele von ihnen hatten schon 2011 an den Protesten gegen die alte Elite teilgenommen, die aber noch immer in der Regierung vertreten war. Damit fand die Kritik der Huthis an der Regierung parteiübergreifend Gehör, besonders die Korruptionsvorwürfe. Was den Umgang mit der Regierungskrise betrifft, unterscheidet sich der Islah-Diskurs aber stark vom Huthi-Diskurs. Ein der Islah-Partei nahestehender Journalist schrieb auf Facebook, die Hälfte des Kabinetts bestehe aus Mitgliedern des AVK, also der Partei des einstigen Präsidenten Salih. Deshalb könne nicht allein Islah für den Preisanstieg verantwortlich gemacht werden. Auch räumten Islah-Unterstützer in ihren Facebook-Posts ein, dass die Partei Fehler gemacht habe, und riefen dazu auf, diese künftig gemeinsam zu vermeiden. Vertreter dieser Richtung warfen den Huthis vor, das Land zu spalten und den Staat zu unterminieren. Deswegen beharrten sie darauf, dass die unterschiedlichen Gruppen im Rahmen der staatlichen Institutionen ihren Zusammenhalt bewahren müssten. Ein junger Intellektueller der Islah-Partei verglich die Huthis mit al-Qaida, denn beide würden gleichermaßen Territorium einnehmen und damit die Autorität des Staates untergraben. Für ihn bedeutete der Aufstieg der Huthis zugleich den Verlust des Staates. Was Huthi- und Salih-Unterstützer als Revolution bezeichneten, verstanden ihre Gegner als Staatsstreich.

Erst mit dem Nationalen Friedens- und Partnerschaftsabkommen zwischen der Hadi-Regierung und den Huthis vom 21. September 2014 endeten die Konfrontationen in Sanaa. Die Regierung erhoffte sich von dem Abkommen, dem gewaltsamen Vorstoß der Huthis ein Ende zu setzen. Über Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftsreformen hinaus forderten die Huthis zwar, eine inklusive Regierung zu bilden, in der auch die Sezessionsbewegung Hirak aus dem Süden des Landes vertreten sein sollte.<sup>22</sup> Doch war zu diesem Zeitpunkt nicht klar, ob die Huthis lediglich an Partizipation oder vielmehr an Machtmaximierung interessiert waren, denn südlich von Sanaa breiteten sie sich weiterhin mit Gewalt aus. Das Abkommen konnten sie als Erfolg für sich verbuchen. Obwohl darin die Demobilisierung der Huthis gefordert wird, werden die neuen Machtverhältnisse in der Hauptstadt anerkannt. So konnten die Huthis durch die Aneignung von Raum in der Hauptstadt ihren politischen Einfluss mehren und ihn durch das Abkommen institutionalisieren. Die politische Macht fest im Blick, gelang es ihnen Ende Januar 2015, die Hadi-Regierung zum Rücktritt zu zwingen.<sup>23</sup> Am 7. Februar 2015 verkündete

<sup>22</sup> Mareike Transfeld, *Houthi on the Rise in Yemen*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 31.10.2014 (Sada Middle East Analysis), <<http://carnegieendowment.org/sada/57087>> (Zugriff am 22.11.2016).

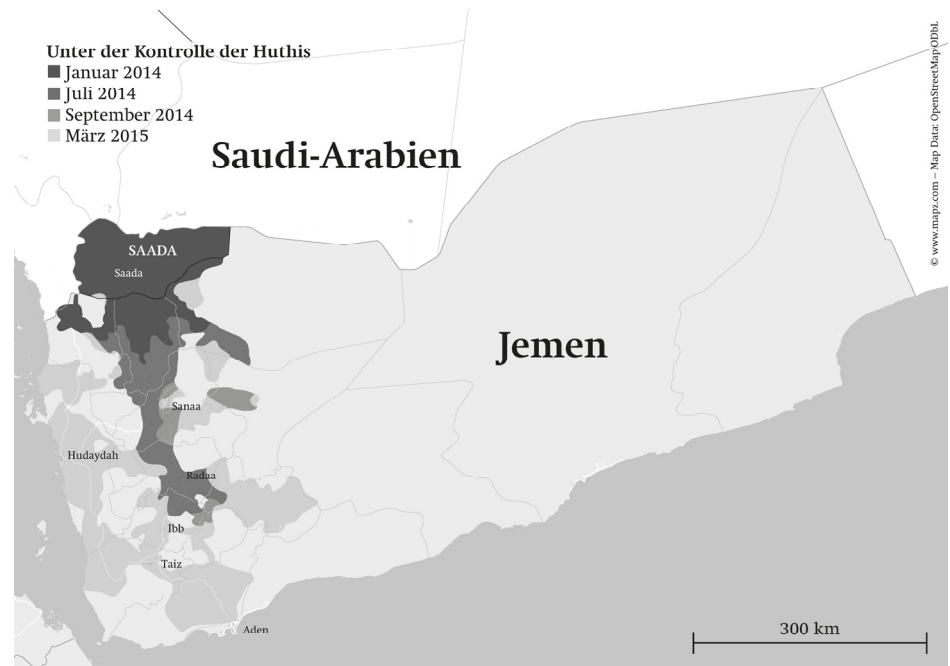
<sup>23</sup> Mareike Transfeld, *The Failure of the Transitional Process in Yemen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2015 (SWP-Comments 6/2015), <[www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2015C06\\_tfd.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2015C06_tfd.pdf)> (Zugriff am 22.11.2016).

### Karte: Gebietsgewinne der Huthis



Karte

bit.ly/SWP17S17S5



Abdulmalik al-Huthi in einer eigenen Verfassungserklärung die Gründung eines Revolutionären Komitees, das eine neue Regierung bilden sollte. Damit vollzogen die Huthis einen »schleichenden Staatsstreich«.<sup>24</sup> Unabhängige und Islah-Mitglieder hatten schon nach Unterzeichnung des Abkommens zu Protesten aufgerufen. Fotos von den Demonstrationen zeigten Banner, auf denen gefordert wurde, die staatlichen Institutionen zu erhalten. Die Banner richteten sich zwar nicht direkt gegen die Huthis, aber ausdrücklich gegen Milizen.

### Militär vs. Miliz: Der diskursive Konflikt um den Staat

Zwischen der Einnahme der Hauptstadt im September 2014 und der Verfassungserklärung vom Februar 2015 diskutierten die Jemeniten auf Facebook darüber, wie ein Staat der neuen Machthaber aussehen würde. Bilder wurden geteilt, die zeigten, wie die Huthis immer deutlicher Staatsfunktionen übernahmen. Zu sehen waren Stammeskämpfer, die in einem Polizeiauto saßen, oder Checkpoints in Sanaa, an denen Milizionäre uniformierte Soldaten und Polizisten durchsuchten. Für die Gegner der Huthis manifestierte sich in diesen Bildern die Aushebelung des Staates. Entweder eigneten die Huthis sich dessen Symbole an oder nahmen ihnen ihre Bedeutung, wie bei der erwähnten Durchsuchung. Dagegen interpretierten Unterstützerinnen und Unterstützer der neuen Machthaber

<sup>24</sup> Peter Salisbury, »Greed, Brutality, and an Unraveling Coup in Yemen«, in: *Vice News*, 11.2.2015, <<https://news.vice.com/article/greed-brutality-and-an-unraveling-coup-in-yemen>> (Zugriff am 22.11.2016).

dieselben Bilder als Symbole dafür, dass das jemenitische Volk den Staat den korrupten Eliten entrissen habe. Nun sollten aus dieser Sicht die in Stammestracht gekleideten Kämpfer in der Stadt für Sicherheit sorgen.

Der Konflikt um den Staat kommt im Diskurs vor allem in den Bezeichnungen für die unterschiedlichen Akteure zum Ausdruck. Während der Kämpfe um die Hauptstadt Sanaa war vielen Beobachtern unklar, wer sich den Huthis entgegenstellte. Zu diesem Zeitpunkt war das Militär bereits stark zersplittert, so dass der international anerkannte Präsident über keine eigene militärische Unterstützung verfügte. Es gab keinen Sicherheitsapparat, der ausschließlich dem Staat gegenüber loyal war und diesen vor nichtstaatlichen Gewaltakteuren schützte. Deutlich wird dies nicht nur an der Eroberung Sanaas, sondern auch der Art und Weise, wie über Kämpfer gesprochen wurde. Am 19. September 2015 richtete sich ein Führer der Huthi-Bewegung in einem Facebook-Post an die Bewohner der Hauptstadt und erklärte, es gebe keinen Grund zur Sorge. Vorsehen sollten sich nur diejenigen, die sich gegen die Huthis auflehnten und Zivilisten bedrohten. Allerdings erläuterte er nicht, wer denn genau zu den Widersachern der Huthis zähle. In einem anderen Eintrag verkündete er, die Auseinandersetzungen in Sanaa fänden zwischen den »Beschützern der Revolution« und den »Mördern der Revolutionäre« statt. In diesem Diskurs ist der Gegner nicht die Institution Staat, sondern die Islah-Partei, unabhängig davon, ob ihre Bewaffneten als uniformierte Soldaten auftreten oder nicht. Unterstützer der Huthis bezeichnen Gruppen ihrer Milizionäre immer wieder als »Volkskomitees«. Der Begriff wird im Allgemeinen für Kämpfer verwendet, die nicht der regulären Armee angehören. Zuletzt wurde er im Süden des Jemen benutzt, wo sich 2012 bewaffnete Volkskomitees bildeten, um den Staat in seinem Kampf gegen al-Qaida zu unterstützen. Hier offenbart sich die Selbstwahrnehmung der Huthis: Sie sehen sich als Kraft des Volkes, welche die korrupte Regierung gestürzt hat, um dem Staat zu helfen, seine Funktionen wie etwa die Gewährleistung von Sicherheit besser zu erfüllen.

Im Gegensatz dazu sprach ein Islah-Journalist auf Facebook von Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen der Huthis und der Armee. Jene Teile des Militärs, die in Sanaa den Huthis Widerstand leisteten, waren mit Islah verbunden. Es handelte sich in erster Linie um Truppen der Ersten Panzerdivision, deren Militärbasis im Norden der Hauptstadt liegt. Was also für Islah-Unterstützer als Armee galt, war aus Huthi-Perspektive lediglich die Islah-Partei. Gegner der Huthis verwendeten ebenfalls den Begriff Volkskomitee, und zwar für jene Gruppe Kämpfer, die an der Seite der Ersten Panzerdivision Sanaa verteidigte. Diese Wortwahl zeigt, dass die unterschiedlichen Gruppen versuchten, sich als legitime Kraft zu positionieren. Sie wandten sich nicht gegen den Staat, sondern präsentierten sich entweder als dessen Unterstützer oder, wie die erwähnte Panzerdivision, als seine unmittelbaren Vertreter. Die Begriffsverwendung ist Ausdruck der Selbstwahrnehmung beider Kontrahenten, von denen jeder glaubt, der besser legitimierte Akteur zu sein.

## **Militärintervention: Internationale Legitimität vs. Huthi-Herrschaft**

Ende Februar 2015 gelang es dem Übergangspräsidenten Hadi, aus der von den Huthis kontrollierten Hauptstadt nach Aden zu fliehen, wo er seinen Rücktritt widerrief und am 23. März 2015 den Golfkooperationsrat um Hilfe bat. Als die saudische Allianz drei Tage später im Jemen mit der Begründung intervenierte, sie wolle den jemenitischen Staat vor der Übernahme durch die Huthis schützen, löste dies ambivalente Reaktionen im Land aus. Die Intervention trieb einen weiteren Keil in die bereits gesplante Gesellschaft.

Für die Huthi-Salih-Allianz in Sanaa bildet die Militärintervention einen Angriff auf die Souveränität des jemenitischen Staates und Volkes. Anders als im internationalen Sprachgebrauch werden die Huthis in diesem Diskurs weder als Rebellen noch als Milizen bezeichnet.<sup>25</sup> Besonders Gefolgsleute des einstigen Präsidenten Salih sprechen vom staatlichen jemenitischen Sicherheitsapparat, von den Republikanischen Garden sowie der nationalen Armee und Polizei, die von der Koalition angegriffen würden. Im Gegendiskurs gelten die Kämpfer des Huthi-Salih-Bündnisses als Milizen, die Sanaa und andere Teile des Jemens besetzen.

Facebook-Nutzerinnen und -Nutzer thematisieren besonders das Fehlen einer nationalen Armee. In den Augen vieler liegt die Ursache für die aktuelle Misere im Treiben von Milizen, die nicht dem Staat, sondern Individuen gegenüber loyal sind. Daher begrüßen zahlreiche Facebook-Nutzer die Intervention als geeignetes Instrument, die Legitimität – oder genauer: Rechtsstaatlichkeit, formale Institutionen und Anerkennung internationaler Abkommen – zu verteidigen.

Folgerichtig bezeichnen Gegner der Huthis die Abgesandten der Hadi-Regierung in Friedensverhandlungen als Delegation der Legitimität oder der legitimen Regierung. Dagegen titulieren Parteigänger der Huthi-Salih-Allianz sie als Delegation des Terrors, des Islamischen Staates oder Riads. Die Vertreter dieses Bündnisses wiederum firmieren bei ihren Unterstützerinnen und Unterstützern als Delegation der Nation, auf der Gegenseite indes als Delegation des Gestürzten (Salih), der Milizen oder des Putsches.

## **Friedensverhandlungen: Zwei Narrative, was bleibt heute?**

Mehr als zwei Jahre nach Beginn der Intervention haben sich die Grundpositionen in den Diskursen kaum verändert. Auch die physische Präsenz der Huthis und damit die Machtverhältnisse in der Hauptstadt bestehen fort. Die Huthis stellen zusammen mit Salih samt seinen Gefolgsleuten und Teilen des Sicherheitsapparats die stärkste Kraft in Sanaa und emp-

<sup>25</sup> Siehe beispielsweise »Schwerer Luftangriff im Jemen. Huthi-Rebellen sprechen von Genozid«, in: *Tagesschau.de*, 9.10.2016, <[www.tagesschau.de/jemen-anschlag-trauerfeier-105.html](http://www.tagesschau.de/jemen-anschlag-trauerfeier-105.html)> (Zugriff am 5.12.2016), und »Ziele der jemenitischen Miliz. Wer sind die Huthis?«, in: *Tagesschau.de*, 29.3.2015, <[www.tagesschau.de/ausland/huthi-hintergrund-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/huthi-hintergrund-101.html)> (Zugriff am 5.12.2016).

finden sich als legitime Regierung. Oppositionelle werden gewaltsam unterdrückt, festgenommen, entführt oder getötet. Bis heute hat sich kein bewaffneter Widerstand in der Hauptstadt bilden können. Auch auf Facebook scheinen die Luftangriffe der saudischen Koalition auf Sanaa in den Alltag eingezogen zu sein. Weil die staatliche Infrastruktur weitgehend zusammengebrochen ist, rücken Fragen des Alltäglichen in den Vordergrund, beispielsweise die Strom-, Benzin- oder Wasserversorgung. Die Wut der Hauptstadtbevölkerung auf Saudi-Arabien bescherte der Huthi-Salih-Allianz weiteren Rückhalt. Den Luftangriffen zum Trotz demonstrieren noch immer Tausende auf Sanaas Straßen gegen Saudi-Arabiens Vorgehen. Weder die Bombardements noch die Aktionen von Kämpfern außerhalb Sanaas, die von den Golfstaaten unterstützt werden, konnten die Position der Huthi-Salih-Allianz in der Hauptstadt schwächen.

Die Hadi-Regierung in Riad, die in der internationalen Gemeinschaft als legitime Regierung des jemenitischen Nationalstaates gilt, fordert auf Grundlage der VN-Resolution 2216 dennoch weiterhin den vollständigen Rückzug der Huthis aus der Hauptstadt, bevor ein Abkommen über die Bildung einer neuen Regierung unterzeichnet werden kann. Damit trägt sie weder den Machtverhältnissen in der Hauptstadt Rechnung, noch berücksichtigt sie die Sichtweise der Huthi-Salih-Allianz. Vor allem aus diesem Grund hat sich Hadi als Blockierer in den Friedensverhandlungen unter dem Dach der VN herausgestellt. Friedensgespräche zwischen den Kontrahenten fanden zuletzt von Mai bis August 2016 in Kuwait statt. Nachdem sie gescheitert waren, schlug der Sondergesandte der VN im Oktober 2016 eine Initiative vor, die den Übergangspräsidenten allerdings zur Randfigur degradiert hätte.<sup>26</sup> Wenig überraschend lehnte Hadi die Initiative ab. Im November 2016 schließlich führten Abgesandte der USA und der Huthis direkte Gespräche im Oman, deren Ergebnisse Präsident Hadi nicht anerkannte.<sup>27</sup> Gegenwärtig ist eine Annäherung zwischen den Saudis und Salih zu beobachten, die ebenfalls darauf hindeutet, dass Hadi aus den Friedensverhandlungen ausgeschlossen werden soll. Das wäre eine pragmatische Lösung, um die Gewalt in diesem Konflikt zu minimieren. Zwar würden die Konfliktursachen, darunter die Konzentration der politischen Macht in Sanaa, auf diese Weise nicht beseitigt, aber immerhin würden die Machtverhältnisse in Sanaa realistischer einkalkuliert.

Doch die internationale Gemeinschaft tut sich schwer damit, Hadi künftig nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Dies könnte nämlich zur Folge haben, dass der Diskurs der Huthi-Salih-Allianz in den Gesprächen die Oberhand gewänne. Damit würde das Bündnis seine Selbstwahrnehmung als legitime Kraft des Volkes auch auf dem internationalen Parkett durchsetzen. Sehr wahrscheinlich würde die Familie des ehemaligen Präsidenten Salih an die Schalthebel der Macht in

<sup>26</sup> Mohammed Ghobari, »U.N. Peace Plan for Yemen Seems to Sideline Exiled President«, in: *Reuters*, 27.10.2016, <[www.reuters.com/article/us-yemen-security-idUSKCN12R1FG](http://www.reuters.com/article/us-yemen-security-idUSKCN12R1FG)> (Zugriff am 5.12.2016).

<sup>27</sup> »Yemen Conflict: Saudi Coalition Declares 48-hour Ceasefire«, in: *BBC*, 19.11.2016, <[www.bbc.com/news/world-middle-east-38036254](http://www.bbc.com/news/world-middle-east-38036254)> (Zugriff am 22.11.2016).



Sanaa zurückkehren. Das würde die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zunichtemachen, die sich seit 2011 kontinuierlich um Salis Entmachtung und einen Übergang hin zu einem inklusiveren System bemüht. Tritt eine solche Entwicklung ein, würde sie aus Sicht der Huthi-Salih-Allianz die Übernahme Sanaas als Revolution legitimieren.<sup>28</sup> Dem Diskurs hingegen, in dessen Perspektive die Ereignisse als Staatsstreich zu verstehen sind, würde der Boden entzogen. Dies wiegt umso schwerer, als die Legitimität internationaler Abkommen und des von den VN gestützten Transformationsprozesses auf dem Spiel stünde und damit auch die Basis des international anerkannten jemenitischen Nationalstaates. In der Folge geriete die internationale Gemeinschaft in Bedrängnis, denn dann käme die westliche Unterstützung für die von Saudi-Arabien angeführte Intervention aufs Tapet. Vor dem Hintergrund zahlreicher Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, die der Koalition vorgeworfen werden, wäre dies für Saudi-Arabien und ihre Unterstützer im Westen besonders heikel.<sup>29</sup>

Noch personifiziert Hadi die international anerkannte Staatlichkeit des Jemen sowie internationale Werte und Normen. Sowohl diskursiv als auch militärisch befinden sich die Konfliktparteien in einer Pattsituation. Doch solange die Verhandlungen im Rahmen der VN keine Erfolge zeitigen und die Saudis sich weiter an Salih annähern, wird der endgültige Sturz Hadis immer wahrscheinlicher – und so auch das oben skizzierte Szenario. Genau aus diesem Grund ist ein Vorstoß in den Verhandlungen, die von den Vereinten Nationen begleitet werden, dringend notwendig. Doch sie können nur erfolgreich sein, wenn sie in einem neuen Verhandlungsrahmen mit allen beteiligten Konfliktparteien und neuen staatlichen Vermittlern stattfinden.

<sup>28</sup> Siehe beispielsweise »Yemen: Thousands Protest UN Envoy's Peace Plan«, in: *Al-Jazeera*, 3.11.2016, <[www.aljazeera.com/news/2016/11/yemen-thousands-protest-envoy-peace-plan-161103140021988.html](http://www.aljazeera.com/news/2016/11/yemen-thousands-protest-envoy-peace-plan-161103140021988.html)> (eingesehen am 5.12.2016).

<sup>29</sup> Peter Osborne, »UK Ministers Supporting Saudi in Yemen May Be Liable for War Crimes«, in: *Middle East Eye*, 12.10.2016, <[www.middleeasteye.net/columns/peter-osborne-uk-ministers-supporting-saudi-yemen-may-be-liable-war-crimes-1337851745/](http://www.middleeasteye.net/columns/peter-osborne-uk-ministers-supporting-saudi-yemen-may-be-liable-war-crimes-1337851745/)> (Zugriff am 17.1.2017); Julian Borger, »US Military Members Could be Prosecuted for War Crimes in Yemen«, in: *The Guardian*, 3.11.2016, <[www.theguardian.com/world/2016/nov/03/us-military-members-war-crimes-yemen](http://www.theguardian.com/world/2016/nov/03/us-military-members-war-crimes-yemen)> (Zugriff am 17.1.2017).

# Kampf um Raum in Istanbul und der »Funke Gezis«

Gitta Lauster



Zum Kapitel

[bit.ly/SWP17S17T](https://bit.ly/SWP17S17T)

Ende Mai 2013 in Istanbul: Es ist zunächst der Umweltschutz, der die Menschen in der Stadt zu Kundgebungen in den Park nahe dem Taksim-Platz treibt. Doch bald sammeln sich dort progressive Linke, Kemalisten und Kemalistinnen, Menschen aus der LGBTIQ<sup>1</sup>-Gemeinschaft und sogar Straßenkinder: Sie alle sind ursprünglich gekommen, um Kritik an der Raumplanungspolitik der Istanbuler Stadtregierung auszudrücken, doch geht es bald um sehr viel mehr: die Politik der türkischen Regierung, den Krieg in Syrien, soziale Ungerechtigkeit und um mehr Demokratie und Mitbestimmung.

Was als lokaler Widerstand gegen Pläne zur Bebauung eines Parks begonnen hat, ist zu einer Bewegung mit einem breiten Spektrum an Protestinhalten angewachsen. Der Kampf um Raum hat eine Mobilisierungskraft entwickelt, die weit über die Grenzen Istanbuls hinausreicht. Doch der »Funke Gezis« löst keine Revolution in der Türkei aus, auch wenn das viele gehofft haben. Vielmehr wird »Gezi« nicht nur von den Parkbesetzern für ihre individuellen Protestinhalte instrumentalisiert, auch die Regierung benutzt die Unruhen im Sommer 2013, um repressive Maßnahmen zu erlassen und insbesondere das Demonstrationsrecht einzuschränken. Eine Politisierung von urbanem Raum und kritische öffentliche Kundgebungen soll es nach Gezi in der Megastadt Istanbul so bald nicht mehr geben.

## Öffentlicher Raum: Ein knappes Gut in Istanbul

Öffentlicher Raum in Istanbul ist knapp und seine Nutzung stark umkämpft. Der Begriff umfasst hier sowohl öffentliche Orte für das tägliche Leben als auch Wohnraum, Verkehrswege sowie Plätze für die Artikulation der politischen Interessen der Bevölkerung. Istanbul gehört zu den sogenannten Megacities und ist eine der am schnellsten wachsenden Städte weltweit. Allein seit den 1950er Jahren hat sich die Einwohnerzahl in Istanbul mehr als verzehnfacht.<sup>2</sup> Im Jahr 2017 lebten nach offiziellen Angaben rund 14,6 Millionen Menschen in Istanbul,<sup>3</sup> die tatsächliche

<sup>1</sup> Das aus dem Englischen stammende, doch auch im Deutschen verwendete Akronym LGBTIQ steht für Personen, die sich als Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Intersexual, Queer verstehen.

<sup>2</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), *OECD Territorial Reviews: Istanbul, Turkey*, Paris, März 2008.

<sup>3</sup> World Population Review, »Istanbul Population 2017«, <<http://worldpopulationreview.com/world-cities/istanbul-population/>> (Zugriff am 30.8.2017).

Einwohnerzahl dürfte weit höher liegen.<sup>4</sup> Es wird davon ausgegangen, dass Istanbul bis 2018 die größte europäische Metropole sein wird, größer etwa als London, Moskau oder Paris, und um 2020 16 Millionen Menschen in dieser Stadt leben werden.<sup>5</sup> In der Türkei hat die Migration aus ländlichen Räumen in die Städte in den letzten Jahrzehnten exponentiell zugenommen.<sup>6</sup> Im Jahr 2014 lebten 73 Prozent der Menschen in türkischen Städten – eine sprunghafte Zunahme gegenüber 28,4 Prozent im Jahr 1950, mit weiterhin stark steigender Tendenz.<sup>7</sup> Die Urbanisierung in der Türkei gleicht der Entwicklung in vielen anderen Staaten, deren Geographie durch viel ländlichen Raum und wenige Großstädte gekennzeichnet sind. Die Großstädte fungieren hier vor allem als wirtschaftliche Knotenpunkte, in denen sich die Industrie und der Handel konzentrieren, doch auch kulturelle Angebote und Bildungseinrichtungen ziehen die ländliche und vor allem die junge Bevölkerung in die Städte. Istanbul ist aufgrund seiner Größe, Geschichte und Lage neben der Hauptstadt Ankara die wichtigste Stadt des Landes. Zudem befinden sich hier viele offizielle Einrichtungen und Institutionen. Die politischen Eliten sind gleichermaßen in Ankara wie in Istanbul präsent.<sup>8</sup> Junge Menschen zieht es überwiegend wegen der Freizeitangebote oder Berufsperspektiven in die Stadt, viele Familien mit Kindern erhoffen sich hier eine bessere Schul- und universitäre Ausbildung. Daneben sind immer mehr kleine und mittelständische, aber auch internationale Firmen an einem Standort in Istanbul interessiert. Die Stadt ist in den letzten Jahrzehnten moderner, wirtschaftlich und touristisch beliebter und wohlhabender als der Rest des Landes geworden. Gleichzeitig ist der Großraum Istanbul seit Generationen die historische Heimat verschiedener Bevölkerungsgruppen der stark heterogenen Türkei.<sup>9</sup> So gibt

<sup>4</sup> Turkish Statistical Institute, *Population Projections, 2013–2075*, 14.2.2013, <[www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=15844](http://www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=15844)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>5</sup> Feargus O'Sullivan, »How Istanbul Will Define This Decade«, *The Atlantic City Lab* (online), 27.1.2014, <[www.citylab.com/work/2014/01/how-istanbul-will-define-decade/8196/](http://www.citylab.com/work/2014/01/how-istanbul-will-define-decade/8196/)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>6</sup> United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2014), *World Urbanization Prospects: The 2014 Revision, Highlights* (ST/ESA/SER.A/352).

<sup>7</sup> Ebd., S. 199; »Percentage of Global Population Living in Cities, by Continent«, in: *The Guardian, Datablog* (online), 2009, <[www.theguardian.com/news/datablog/2009/aug/18/percentage-population-living-cities](http://www.theguardian.com/news/datablog/2009/aug/18/percentage-population-living-cities)> (Zugriff am 21.8.2017); Daten entnommen aus World Resources Institute (WRI), *Population, Health and Human Well-being. Urban and Rural Areas: Urban Population as a Percent of Total Population*, Washington, D.C., 18.8.2009.

<sup>8</sup> So sind beispielsweise einige der offiziellen Institutionen oder Wirtschaftsstandorte in Istanbul verblieben, obwohl es Planungen gab, diese nach Ankara oder an andere Orte zu verlegen, wie etwa die Zentralbank der Republik Türkei und die Börse. Beide haben ihren Sitz weiterhin in Istanbul, Jean-François Pérouse, »Hybristanbul. Turkey's Urban Development Boom«, *Books and Ideas* (online), 3.2.2014, <[www.booksandideas.net/Hybristanbul-2560.html](http://www.booksandideas.net/Hybristanbul-2560.html)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>9</sup> In der Türkei leben zwischen 70 und 80 Prozent Türken, die größte Minderheit stellen die nicht als eigene Volksgruppe anerkannten Kurden. Ebenfalls keinen offiziellen Minderheitenstatus haben die Aramäer. Weitere Bevölkerungsgruppen in der Türkei sind Zaza, Lasen, Armenier, Griechen, Tscherkessen, Albaner, Bosniaken, Georgier, Araber, Tschetschenen, Juden, Roma und andere. Es gibt allein um die 50 muslimische und nicht-muslimische Ethnien, wie sunnitische Muslime, Aleviten, sunnitische Kurden, alevitische

es beispielsweise Stadtteile, die vornehmlich von Roma oder Aleviten bewohnt werden. Im Türkischen werden Stadtteile, in denen vor allem zugezogene, meist ärmere Bevölkerungsgruppen leben, als *gecekondu* bezeichnet, als Orte, die im wörtlichen Sinne »über Nacht hervorgebracht« wurden.<sup>10</sup> Durch den Prozess der Urbanisierung wächst die Fläche der Stadt, Randgebiete werden zunehmend bebaut, Waldstücke müssen dafür weichen. Zugleich gibt es einen Prozess der Verdichtung. In vielen Stadtteilen leben immer mehr Menschen, vor allem in jenen, die zentral gelegen und günstig an das Verkehrsnetz angebunden sind. Die Bevölkerungsdichte in Istanbul ist mit 2821 Einwohnern und Einwohnerinnen pro Quadratkilometer recht hoch, mit Spitzenwerten im Stadtkern, während sie in der Türkei durchschnittlich nur 102 Personen pro Quadratkilometer beträgt.<sup>11</sup>

Aufgrund des starken und anhaltenden Bevölkerungszuwachses ist Wohnraum in fast allen Bezirken Istanbuls knapp, insbesondere im Zentrum der Stadt. Mieten und Kaufpreise sind im nationalen Vergleich sehr hoch,<sup>12</sup> große Familien leben häufig auf kleinstem Raum zusammen und viele junge Menschen können sich individuellen Wohnraum nicht leisten. Die Konkurrenz um Arbeits-, Ausbildungsplätze, um die Nutzung öffentlicher Orte für Freizeitunternehmungen und die Belastung der Verkehrswege und der lokalen Infrastruktur insgesamt verstärken sich zunehmend. Das familiäre und private Leben in türkischen Städten findet traditionell eher auf der Straße statt. Dies gilt gerade für Großstädte wie Istanbul, in denen der Wohnraum oft beengt ist. Erholungsgebiete, Parks und verkehrsberuhigte Orte gibt es in der Innenstadt kaum mehr. Hinzu kommt, dass die Bevölkerungsstruktur in Istanbul stark heterogen ist. Die Stadt am Bosphorus kann, gerade im Vergleich mit anderen Städten in der Türkei, als Schmelztiegel unterschiedlicher Kulturen, Generationen und Lebensentwürfe bezeichnet werden.

Diese Faktoren, die in Istanbul zu Konkurrenz um Raum führen, werden von der Stadtplanungspolitik der Regierung noch verschärft. Viele Bewohnerinnen und Bewohner Istanbuls werfen den entsprechenden Institutionen vor, eine eigene Agenda zu verfolgen, die sich nicht an den Interessen der Bevölkerung orientiert. Allgemein stehen Projekte und Pläne türkischer Kommunalregierungen für türkische Städte häufig in der Kritik, entweder nicht wohlgedacht zu sein oder eher kapitalistischen

Kurden etc.; Ayhan Kaya, »Management of Ethno-Cultural Diversity in Turkey: Europeanization of Domestic Politics and New Challenges«, in: *International Journal of Legal Information. The Official Journal of the International Association of Law Libraries*, 38 (2010) 2, S. 214–226.

<sup>10</sup> Anna J. Secor, »The Veil and Urban Space in Istanbul: Women's Dress, Mobility and Islamic Knowledge«, in: *Gender, Place and Culture*, 9 (2002) 1, S. 5–22.

<sup>11</sup> Turkish Statistical Institute, *The Results of Address Based Population Registration System 2015*, 28.1.2016, <[www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=21507](http://www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=21507)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>12</sup> Die Preise für Wohnungen in Istanbul liegen beispielsweise zwischen 76 und 106 Prozent über denen in der Hauptstadt Ankara, Daten von März 2017, vgl. <[www.numbeo.com/property-investment/compare\\_cities.jsp?country1=Turkey&country2=Turkey&city1=Ankara&city2=Istanbul](http://www.numbeo.com/property-investment/compare_cities.jsp?country1=Turkey&country2=Turkey&city1=Ankara&city2=Istanbul)> (Zugriff am 21.8.2017).

Interessen zu dienen als dem Wohl der dort lebenden Menschen. So wurden in Istanbul in den letzten Jahren viele öffentliche Plätze und Parks umgebaut, um Platz für Firmenstandorte, Einkaufszentren oder Bürogebäude zu schaffen.

Der fast nicht zu bewältigende Verkehr in der Stadt ist nur eine der vielen infrastrukturellen Herausforderungen, mit denen Istanbul zu kämpfen hat. Erschwerend kommt hinzu, dass die Megastadt durch den Bosphorus getrennt ist, über den bislang nur zwei Brücken führen. Eine dritte Brücke, nördlich der Stadt, wird derzeit gebaut, ihre Planung und Benennung hat viel Kritik hervorgerufen. Zum einen wurde für den Bau dieser dritten Brücke viel Wald geopfert, was nach Einschätzung der sogenannten »Environmental impact assessments«, Analysen zu Umweltbeeinflussung, nicht rechtens war. Deshalb wurden im Jahr 2011 Gesetzesänderungen durchgesetzt, um für das Projekt eine Ausnahmeregelung zu schaffen.<sup>13</sup> Zum anderen liegt die dritte Brücke weit nördlich der Stadt, so dass nicht sicher ist, ob sie überhaupt zu einer Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs beitragen wird. Zudem wurde sie nach dem osmanischen Sultan Yavuz Sultan Selim (türkisch: Yavuz Sultan Selim Köprülü) benannt, auch »Selim the Grim« genannt, der im 16. Jahrhundert für den Tod Tausender Aleviten verantwortlich war. Angesichts all dieser Kritikpunkte kommt es schon seit Jahren zu Protesten gegen das Megaprojekt. Daneben reihen sich Klagen über die ausbleibende Verbesserung des Nahverkehrsnetzes, die den Verkehr verringern und die Transportkosten für die lokale Bevölkerung reduzieren sollte.

Die nationale Regierung in Ankara hat noch weitere Pläne für Großprojekte in Istanbul in der Schublade: Sie will einen dritten Flughafen neu errichten, die bestehenden Flughäfen erweitern, die Stadt mit einem Autobahnring umsäumen und einen zweiten Kanal vom Schwarzmeer zum Marmarameer, quer durch den europäischen Teil Istanbuls, bauen. All diese Projekte gehen mit der Rodung großer Waldgebiete einher. Dagegen gibt es schon lange Proteste von Umweltschützern und Umweltschützerinnen, doch Ankara beharrt auf diesen Vorhaben. Zivilgesellschaftliche Gruppen<sup>14</sup> werfen den Verantwortlichen vor, bei der Planung von strukturfördernden Maßnahmen für Istanbul kommerzielle über öffentliche Belange zu stellen. Die türkische Regierung agiert offensichtlich unter hohem Druck, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Herausforderungen, die mit dem Urbanisierungstrend im Land einhergehen, wirksam zu begegnen.

<sup>13</sup> Marc Pierini, *Urban Transformation in Turkey*, Brüssel: Carnegie Europe, 20.6.2013, <<http://carnegieeurope.eu/2013/06/20/urban-transformation-in-turkey-pub-52142>> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>14</sup> Einen Eindruck von der Vielfalt der beteiligten Gruppen und davon, wie zum Beispiel Künstlerinnen und Künstler sich im Protest artikulierten, vermittelt der Film »Ekümenopolis« von Imre Azem, <[www.citylab.com/politics/2013/06/film-makers-scathing-critique-istanbuls-urban-planning-policies/5770/](http://www.citylab.com/politics/2013/06/film-makers-scathing-critique-istanbuls-urban-planning-policies/5770/)> (Zugriff am 21.8.2017).

## Akteure in der Stadtplanung Istanbuls

Die lokale Regierung Istanbuls wird von der Nationalregierung des Landes bei ihrem aktiven Eingreifen in die Strukturen der Stadt unterstützt. Die Baupläne für Istanbul waren eher ein Projekt der nationalen Regierung, lokale Akteure waren kaum in die Planungen involviert. Zudem liegt die Stadtverwaltung, die »Istanbul Metropolitan Municipality« (IBB)<sup>15</sup>, in der Hand der 2001 gegründeten Partei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), die seit 2002 auch in Ankara regiert. Die »urbane Transformation« Istanbuls wurde 2004 unter Premierminister Recep Tayyip Erdoğan eingeleitet. Das damit verbundene Stadtentwicklungskonzept ist begrifflich weit gefasst: Erdbebenschutz und die Wiederherstellung und Modernisierung alter Bausubstanz gehören zum Beispiel ebenso dazu wie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Unter der Devise der »urbanen Transformation« sind ganze Stadtteile Istanbuls erneuert oder abgerissen und neu gebaut worden. Die dort lebenden Einwohner wurden teils komplett umgesiedelt, weniger wohlhabende Bewohnerinnen und Bewohner mussten aus den beliebteren Stadtteilen wegziehen, da der Wohnraum dort teurer wurde oder alteingesessene Gewerbe- und Handwerksbetriebe großen Firmen weichen mussten. Einige der Umsiedlungsprogramme der Stadtverwaltung haben marginalisierte Bevölkerungsgruppen aus den historisch gewachsenen Stadtteilen vertrieben, wie im Falle der Roma, Kurden oder Zugewanderten.<sup>16</sup> Zum einen wird kommerziellen Interessen der Vorrang vor dem Wohl einiger Bevölkerungsteile gegeben, zum anderen hat die lokale Regierung deutlich gemacht, dass sie Istanbul mit dem Instrument der Stadtplanung in ihrem Interesse verändern und unerwünschte Bevölkerungsgruppen aus der Metropole vertreiben will. Vor allem das große Erdbeben von 1999, dessen Epizentrum 100 Kilometer östlich von Istanbul lag, und das hohe Risiko eines weiteren schweren Bebens wurden als Rechtfertigung genutzt, um ganze Stadtteile abzureißen. Offen blieb dabei, ob dies dazu diente, für die Bürgerinnen und Bürger mehr Sicherheit zu schaffen, oder ob eine andere Agenda verfolgt wurde. So betonte der Direktor der lokalen Behörde für öffentlichen Wohnraum (TOKİ)<sup>17</sup> im Jahr 2007 während einer Konferenz, einer Gefahr für das Land, wie sie zum Beispiel der Terrorismus darstelle, könne nur mit einer erfolgreichen urbanen Transformation begegnet werden; zudem seien die ärmeren Stadtteile ein Nährboden für Armut und Kriminalität und ein Hort für Menschen, die der Regierung misstrauen.<sup>18</sup>

<sup>15</sup> Siehe für weitere Informationen die englischsprachige Website der İstanbul Büyükşehir Belediyesi (IBB), <[www.ibb.gov.tr/en-US/Pages/Home\\_Page.aspx](http://www.ibb.gov.tr/en-US/Pages/Home_Page.aspx)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>16</sup> Ceyda Nurtsch, »Reclaim Istanbul!« – Strategien gegen Architekturen«, *Qantara* (online), 1.10.2015, <<https://de.qantara.de/inhalt/proteste-gegen-bauprojekte-in-der-tuerkei-reclaim-istanbul-strategien-gegen-architekturen>> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>17</sup> Başbakanlık Toplu Konut İdaresi, <<https://www.toki.gov.tr/en/>> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>18</sup> »Today, urban transformation ranks among the most important problems in Turkey. But Turkey cannot speak about urban development without solving the problem of the shanty towns. These are known to be the source of the health issues, illiteracy, drug abuse, terrorism and distrust towards the State. No matter what, Turkey must get rid of

## Kritik an der »Stadtplanung von oben«

Zivilgesellschaftliche Organisationen nennen dieses Vorgehen »Stadtpolitik von oben« und sehen in dem Vorgehen der AKP einen Prozess der Aneignung des öffentlichen Raums, bei der sowohl die Transparenz als auch die Teilhabe der lokalen Bevölkerung am Entscheidungsprozess auf der Strecke blieben.<sup>19</sup> Als Gegenbewegung zu dieser Politik der »urbanen Transformation« hat sich in Istanbul ein Netzwerk von Aktivisten und Aktivistinnen gebildet, die zum Beispiel Konzepte entwickeln, wie dem Problem des immer knapper werdenden Wohnraum begegnet werden kann, Spielplätze bauen oder Lehrveranstaltungen zur Stadtplanung durchführen. Zu der Gruppe gehören auch Fachleute wie Ingenieure und Architekten.<sup>20</sup> Die Urbanisierung ist kein neuer Trend in der Türkei, doch hat sich in den letzten Jahrzehnten die politische Zuständigkeit für den Bereich Stadtentwicklung geändert. In den 1960 und 1970er Jahren nahm neben den Bezirksregierungen vor allem die Zentralregierung Einfluss auf die lokale Stadtplanung. Mit einer Reform (Gesetz Nr. 3030) wurden 1984 zunächst in den größten türkischen Städten Izmir, Istanbul und Ankara als neue Instanz Stadtverwaltungen eingeführt, die weitreichende Kompetenzen im Bereich der Stadtentwicklung erhielten.<sup>21</sup> Dieser Rechtszustand änderte sich erneut mit der politischen Annäherung an die EU und diversen Gesetzesänderungen seit den frühen 2000er Jahren, die wieder den Ministerien der Zentralregierung mehr Befugnisse zuwiesen.<sup>22</sup> Die AKP ist in der Türkei seit 2002 an der Macht. Nach einer schweren wirtschaftlichen Krise übernahm sie den strengen Reformkurs ihrer Vorgängerregierung. Die Annäherung an die EU, vor allem die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005, hat zu massiven und neuen Investitionen in der Türkei geführt, die vor allem Wirtschaftsstandorten wie Istanbul zugutekamen.

Seitdem war es oberstes Interesse der Regierung – so zumindest lautet der Vorwurf zivilgesellschaftlicher Gruppen –, mit urbanen Restrukturierungen Einkünfte für die Stadt zu generieren, die aus einer Ankurbelung des Tourismus, des Kultur- und Finanzsektors und vor allem des Immo-

these illegal and non-earthquake-resistant buildings«, Zitat aus der Rede des Direktors von TOKI während einer Konferenz zu Stadtplanung und Investitionen aus dem Jahr 2007, zitiert in: Gülçin Erdi-Lelandais (Hg.), *Understanding the City: Henri Lefebvre and Urban Studies*, Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2014, <[www.jadaliyya.com/pages/index/17996/new-texts-out-now\\_gulcin-erdi-lelandais-understand](http://www.jadaliyya.com/pages/index/17996/new-texts-out-now_gulcin-erdi-lelandais-understand)> (Zugriff am 7.3.2017).

<sup>19</sup> Nurtsch, »Reclaim Istanbul!« – Strategien gegen Architekturen« [wie Fn. 16].

<sup>20</sup> So etwa die NGO und Plattform »Architektur für alle«, vgl. Nurtsch, »Reclaim Istanbul!« – Strategien gegen Architekturen« [wie Fn. 16].

<sup>21</sup> So zum Beispiel S. Ulaş Bayraktar, »Turkish Municipalities: Reconsidering Local Democracy beyond Administrative Autonomy«, *European Journal of Turkish Studies* (online), 8.10.2007, <<http://ejts.revues.org/1103>> (Zugriff am 20.8.2017).

<sup>22</sup> Ayda Eraydin/Özge Yersen/Nazda Güngördü/İsmail Demirdağ, *Urban Policies on Diversity in Istanbul, Turkey*, Utrecht, Governing Urban Diversity Project, 4.8.2014, <[www.urban-divercities.eu/wp-content/uploads/2013/05/Urban-Policies-on-Diversity-in-Istanbul.pdf](http://www.urban-divercities.eu/wp-content/uploads/2013/05/Urban-Policies-on-Diversity-in-Istanbul.pdf)> (Zugriff am 20.8.2017).

lienmarkts entstehen sollen.<sup>23</sup> Nach Auffassung verschiedener Organisationen ist die Stadtplanung der AKP also vor allem darauf ausgerichtet, Kapital anzuziehen. Damit werde die historische Heterogenität, die den spezifischen Charakter einer Stadt ausmacht, einem kurzfristigen Gewinnstreben untergeordnet. Moderne Hotels und Restaurants lockten in erster Linie wohlhabende Bevölkerungsschichten an, während kleinere Händler und Einheimische aus attraktiven Innenstadtlagen vertrieben oder Häuser unter Denkmalschutz abgerissen würden.<sup>24</sup>

### Ursprung der Proteste: Abriss eines Parks

Der Gezi-Park liegt im Stadtteil Taksim, einem Quartier im Zentrum Istanbuls mit vielen öffentlichen und wirtschaftlichen Standorten auf der europäischen Seite des Bosphorus, sowie nahe der Haupteinkaufsstraße İstiklâl Caddesi. Der Abriss des Gezi-Parks war Teil eines großen Projekts für die Istanbuler Innenstadt im Rahmen der »urbanen Transformation« der AKP. Der damalige Premierminister Erdoğan, der selbst von 1994 bis 1998 Oberbürgermeister von Istanbul war, hatte seit der Machtübernahme seiner Partei im Jahr 2002 verstärkt versucht, das Volumen an Investitionen in den Städten der Türkei mit dem Bau von kommerziellen Zentren zu erhöhen und so die wirtschaftliche Entwicklung der Ballungsräume voranzutreiben. Istanbul schien für ihn dabei von persönlichem Interesse zu sein: Im Mai 2013 sprach er davon, es sei sein Traum, dass diese Metropole einen Aufschwung erlebe.<sup>25</sup> Aber auch andere Bezirkspolitiker instrumentalisierten den Städtebau in Istanbul für ihr Prestige.<sup>26</sup> Im Ergebnis gibt es in Istanbul derzeit auf einer Fläche der Größe Luxemburgs fast 100 Einkaufszentren, während historisch gewachsene Märkte und traditionelle Geschäfte immer mehr verdrängt worden sind. Dadurch und durch den Wegfall von Wohnraum hat sich nicht nur das Bild der Stadt erheblich verändert, auch die Lebenshaltungskosten sind stark gestiegen.<sup>27</sup>

Was im Sommer 2013 in Gezi passierte, kann möglicherweise besser erklärt werden, wenn die drei Dimensionen des Raums, in dem sich der

<sup>23</sup> Ozan Karaman, »Urban Renewal in Istanbul: Reconfigured Spaces, Robotic Lives«, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 37 (2012) 2, S. 715–733.

<sup>24</sup> Nurtsch, »Reclaim Istanbul!« – Strategien gegen Architekturen« [wie Fn. 16].

<sup>25</sup> »I had many dreams when I was Mayor of Istanbul, and I currently have the pleasure of seeing each of these dreams realised, one by one. One of the most important was the Marmaray project, which is now well underway, expected to be completed by 29 October (2013). This is not all, however. We are also currently building a two-lane automobile passageway to pass through the Bosphorus, on target for completion in 2015. My third wish is to see a third bridge built over the Bosphorus Strait, and with construction due to start on 29 May, I believe God will grant us this wish also«, zitiert in Pérouse, »Hybristanbul. Turkey's Urban Development Boom« [wie Fn. 8].

<sup>26</sup> So versprach der Bürgermeister eines Istanbuler Bezirks, er werde dort ein neues Dubai erschaffen, siehe ebd.

<sup>27</sup> Riada Asimovic Akyol, »Gul Reignites Debate on Turkey's Shopping Malls«, *Al-Monitor* (online), 12.2.2014, <[www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/02/erdogan-malls-debate-reignited.html](http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/02/erdogan-malls-debate-reignited.html)> (Zugriff am 20.8.2017).





## Interview

[bit.ly/SWP17S17T1](http://bit.ly/SWP17S17T1)

Konflikt entwickelte, in ihren Wechselwirkungen beleuchtet werden: der Park als physischer Raum, als das, was er symbolisch darstellte, und als Ort sozialen Lebens.<sup>28</sup>

Viele Bürgerinnen und Bürger Istanbuls sahen in den Plänen der Regierung, auf dem Gelände des Gezi-Parks ein Einkaufszentrum und eine Moschee zu errichten, eine Bestätigung dafür, dass die Regierung ihre spezifische Vorstellung vom Stadtbild Vorrang gegenüber den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung einräumte. Die Symbolkraft von »Gezi« – der Name des Parks wurde umgehend zum Schlagwort für die Proteste, die dort ihren Anfang nahmen – ist auch auf die besondere Kombination der beiden Bauprojekte zurückzuführen: Ein Einkaufszentrum, das dem Kapitalerwerb dient, und eine Moschee, die verdeutlicht, welche Art der Nutzung öffentlicher Räume die Regierung bevorzugt, würden eine grüne Oase im Zentrum der Stadt ersetzen. Es ging also nicht allein um den physischen Raum: einen Park, der eher Aufenthaltsort von Arbeitslosen, Obdachlosen oder Drogenabhängigen des Istanbuler Zentrums war.<sup>29</sup> Und noch ein weiterer Aspekt war ausschlaggebend dafür, dass der Kampf um Gezi ideologisch so aufgeladen war: das als Willkür wahrgenommene Handeln des türkischen Staates. Das von der Regierung geplante Einkaufszentrum sollte im Stil der »Ottoman Barracks« errichtet werden, jener Kasernen, die von 1806 bis zu ihrer Zerstörung im Jahr 1940 an dieser Stelle gestanden hatten. Der Platz steht somit für viele Bürgerinnen und Bürger symbolisch für die Republik Türkei, während die ursprünglichen Garnisonsgebäude eher das Osmanische Reich repräsentieren. Der Gezi-Park wurde zu Zeiten der Türkischen Republik angelegt und sollte nach einem Antrag Istanbuler Stadtplanerinnen und Stadtplaner, Architekten und Architektinnen und Handelskammern vom Referat für Kultur- und Umweltschutz unter Denkmalschutz gestellt werden. Der damalige Premier Erdoğan sprach sich in einer Rede gegen diesen Antrag aus, der daraufhin zurückgezogen wurde. Als Gegner auf diesen Tatbestand verwiesen, versuchte die Regierung, auch die militärischen Baracken zu Weltkriegsbestätten zu deklarieren, obwohl diese schon gar nicht mehr existierten. Auch kamen Gerüchte auf über gerichtliche Entscheidungen gegen die Bebauungspläne, die von der Regierung ignoriert worden seien.<sup>30</sup>

Vereinzelte Proteste und Informationsveranstaltungen gegen den Abriss des Gezi-Parks gab es bereits im Frühsommer 2013. Die starke Mobilisierung der Bevölkerung in den Monaten Mai und Juni 2013 ist jedoch darauf zurückzuführen, dass die Regierung ihre Bebauungspläne in Form einer Überraschungsaktion umzusetzen versuchte. In der Nacht des 27. Mai

<sup>28</sup> Bülent Batuman, »Everywhere Is Taksim: The Politics of Public Space from Nation-Building to Neoliberal Islamism and Beyond«, in: *Journal of Urban History*, 1 (2015) 27, S. 10.

<sup>29</sup> »Proteste in der Türkei: »Erdoğan nennt uns Capulcu – Plünderer«, Demonstranten im Istanbuler Gezi-Park«, in: *Handelsblatt*, 6.6.2013, <[www.handelsblatt.com/impresum/nutzungshinweise/blocker/?callback=%2Fpolitik%2Finternational%2Fproteste-in-der-tuerkei-erdogan-nennt-uns-capulcu-pluenderer%2F8307274.html](http://www.handelsblatt.com/impresum/nutzungshinweise/blocker/?callback=%2Fpolitik%2Finternational%2Fproteste-in-der-tuerkei-erdogan-nennt-uns-capulcu-pluenderer%2F8307274.html)> (Zugriff am 20.8.2017).

<sup>30</sup> Agnes Czajka, *Democracy and Justice: Reading Derrida in Istanbul*, New York: Routledge Taylor & Francis, 2017.

2013 fuhren ohne vorherige Ankündigung Bulldozer in den Gezi-Park ein, um Bäume zu fällen. Die Nachricht von der Abholzung der ersten Bäume verbreitete sich über die sozialen Medien, wodurch sich Aktivisten und Aktivistinnen schnell zu einer Gegenbewegung organisierten. In der Folge campierten während der nächsten Tage verschiedenste Gruppierungen und Organisationen, aber auch individuell motivierte Personen im Park und konnten so das weitere Fällen von Bäumen verhindern. Drei Tage später, am 30. Mai 2013, wurden die Besetzerinnen und Besetzer frühmorgens von der Polizei überrascht und aus dem Park vertrieben (»Operation Dawn«). Die Sicherheitskräfte gingen dabei mit großer Gewalt vor. Zelte wurden in Brand gesetzt und die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas gegen die Demonstranten und Demonstrantinnen ein. Diese verlegten ihren Protest danach spontan auf den nahegelegenen Taksim-Platz, wo sich innerhalb weniger Tage Zehntausende Menschen versammelten – und dort auch blieben. Gegen die Kundgebungen auf dem Taksim-Platz schritten die Sicherheitskräfte brutal ein. Die Besetzung endete erst im August 2013. Die Bilanz der Proteste waren mindestens drei Tote sowie Tausende Verletzte und Verhaftete.<sup>31</sup>



Zeitleiste

bit.ly/SWP17S17T2

### Gezi: Funke einer Revolution

Straßenproteste, insbesondere in den Städten, sind kein neues Phänomen in der Türkei. Die Demonstrationen im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz im Sommer 2013 markierten jedoch eine Zäsur, denn sie entfalteten im Vergleich zu früheren Manifestationen des Widerstands gegen die Stadtplanungspolitik eine nie dagewesene Mobilisierungskraft. Dies ist auch auf den ursprünglichen Anlass für die Proteste zurückzuführen – den Kampf um die Nutzung öffentlichen Raums. Vor allem in den Städten der Türkei sind öffentliche Plätze auch Orte des Privaten; hier findet das gesellschaftliche Leben statt, hier ergibt sich die Möglichkeit zu sozialen Kontakten zwischen den Bewohnern und Bewohnerinnen des umliegenden Stadtviertels.<sup>32</sup> Die Gezi-Proteste entwickelten sich vom Kampf um die Bewahrung eines solchen öffentlichen Raums zu einem Kampf um die Bewahrung eines Eckpfeilers der türkischen Identität gegen die Willkür des Staates. Dies erklärt, warum die Parkbesetzer nicht nur Mitspracherechte der Bevölkerung an der Stadtplanungspolitik forderten,<sup>33</sup> sondern viel Grundsätzlicheres thematisierten und über Religion, Kultur und Lebensstil, sowie Klassenkampf und Minderheitenrechte debattierten und

<sup>31</sup> Amnesty International, *Gezi Park Protests. Brutal Denial of the Right to Peaceful Assembly in Turkey*, London, Oktober 2013, <[www.amnestyusa.org/sites/default/files/eur440222013en.pdf](http://www.amnestyusa.org/sites/default/files/eur440222013en.pdf)> (Zugriff am 20.8.2017).

<sup>32</sup> Setha M. Low, *On the Plaza: The Politics of Public Space and Culture*, Austin/USA: University of Texas Press, 2000; Interview der Autorin mit einer türkischen CHP-Aktivistin im Juli 2016.

<sup>33</sup> AJ Artemel, »The Istanbul Protests and the Future of Public Space«, *Architizer* (online), 3.6.2013, <<http://architizer.com/blog/the-istanbul-protests-and-the-future-of-public-space/>> (Zugriff am 20.8.2017).



Video

[bit.ly/SWP17S17T3](https://bit.ly/SWP17S17T3)

den Staatsapparat unter dem damaligen Premierminister Erdoğan insgesamt in Frage stellten.<sup>34</sup>

Der Protest im Gezi-Park begann mit friedlichen Demonstrationen einiger Aktivistinnen und Aktivisten, die sich im Jahr 2012 in einem Bündnis organisiert hatten, um die Öffentlichkeit über die kurz zuvor bekannt gewordenen Pläne der Regierung zum Umbau der Grünanlage zu informieren und sich dagegen zu positionieren. Die Plattform mit dem Namen »Taksim Solidarity« vereinigte Vertreter aus über 150 verschiedenen Gruppen und Institutionen, aus dem Bereich der Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Medien, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes, aber auch der politischen Parteien. All diese Akteure sprachen sich gleichermaßen gegen die Stadtplanungspolitik der Kommunalregierung aus und engagierten sich für eine grünere Stadt. In ihren Augen war der Plan, eine der letzten innerstädtischen Grünflächen zu bebauen, ein Akt der Einschränkung der Freiheit im öffentlichen Raum. Sie kritisierten außerdem, dass die Istanbuler Stadtregierung, aber auch die Zentralregierung in Ankara die Interessen und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung einfach übergangen hatten. Aus dem Protest gegen den Abriss und die Bebauung des Gezi-Parks erwuchs eine generelle Kritik an der Regierung, zum Ausdruck gebracht von mehreren Zehntausenden Protestierenden, die ganz unterschiedliche Agenden und Ziele verfolgten.<sup>35</sup> Was zunächst als »Kampf um Raum« in der Istanbuler Innenstadt begonnen hatte, schien das Potential zu haben, eine Revolution auszulösen.

### Vom Kampf um Raum zum landesweiten Symbol

Bei den Demonstrationen im Park entstand der Slogan »Capital be gone, Gezi Park is ours« (»Das Kapital muss weg, der Gezi-Park gehört uns«). Der Protest richtete sich zunehmend gegen die politische Elite allgemein.<sup>36</sup> Erdoğan befand sich damals in seinem letzten Jahr als Premierminister, seine Wahl zum Präsidenten erschien sicher. Deshalb versuchte er bereits vorab, mehr und mehr Macht zum Präsidentenamt hin zu verlagern. Die Gezi-Park-Aktivist\*innen kritisierten diese herrschaftssichernde Politik und wandten sich zum Beispiel gegen Beschränkungen der Pressefreiheit in der

<sup>34</sup> »In full public view, a long struggle over urban spaces is erupting as a broader fight over Turkish identity, where difficult issues of religion, social class and politics intersect. And while most here acknowledge that every Turkish ruling class has sought to put its stamp on Istanbul, there is a growing sense that none has done so as insistently as the current government, led by Mr. Erdogan's Islamist-rooted Justice and Development Party, despite growing resistance«, Zitat entnommen aus Tim Arango, »Protests in Turkey Reveal a Larger Fight over Identity«, in: *New York Times*, 2.6.2013.

<sup>35</sup> Ahu Karasulu, »We May Be Lessees, but the Neighbourhood Is Ours: Gezi Resistances and Spatial Claims«, in: Isabel David/Kumru F. Toktamış (Hg.), *Everywhere Taksim: Sowing the Seeds for a New Turkey at Gezi*, Amsterdam: University Press, 2015, S. 201–214, <[www.jstor.org/stable/j.ctt18z4hfn.16](http://www.jstor.org/stable/j.ctt18z4hfn.16)> (Zugriff am 20.8.2017).

<sup>36</sup> Mehmet Barış Kuymulu, »Reclaiming the Right to the City: Reflections on the Urban Uprisings in Turkey«, in: *City. Analysis of Urban Trends, Culture, Theory, Policy, Action*, 17 (2013) 3, S. 274–278.

Türkei, sie bezogen aber auch Stellung gegen die regionale Außenpolitik Erdogans und das türkische Eingreifen in den Krieg in Syrien.<sup>37</sup> Die Proteste beschränkten sich zudem nicht nur auf den Taksim-Platz. Auch andere öffentliche Orte und Plätze der Stadt wurden spontan für Demonstrationen genutzt, und aus Solidarität mit Istanbul organisierten sich Bürgerinnen und Bürger auch in anderen großen Städten des Landes zu Kundgebungen.

Warum der Taksim-Platz und der zunächst lokale Protest gegen die Bebauung eines Parks eine so starke Mobilisierungskraft entwickeln konnte, wird auf unterschiedliche Gründe zurückgeführt. Der Taksim-Platz war nicht nur aufgrund seiner Nähe zum Gezi-Park das designierte Zentrum der Proteste, sondern er ist auch historisch bedeutsam und ausgesprochen symbolträchtig. Er war bereits zuvor häufiger Schauplatz von Demonstrationen, und es war nicht das erste Mal, dass sich dort Zivilbevölkerung und Sicherheitskräfte gegenüberstanden und es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Vor allem jedoch ist »Taksim« für viele Türcinnen und Türcen ein Symbol für das sogenannte Massaker vom 1. Mai 1977, bei dem während einer Demonstration Dutzende Menschen ums Leben kamen. Was genau zu dieser Eskalation geführt hat, ist bis heute ungeklärt. Wegen dieses Ereignisses werden seither am 1. Mai in der Türkei regelmäßig nicht nur Kundgebungen der Arbeiterbewegung, sondern auch Demonstrationen gegen den repressiven Charakter des türkischen Staatsapparats organisiert.<sup>38</sup>

Der Taksim-Platz ist der zentrale und größte öffentliche Platz in Istanbul und zugleich ein Ort, der mit der Arbeiterbewegung und mit Widerstandsbewegungen in der Türkei symbolisch verbunden ist. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind von den Privatisierungsmaßnahmen der Erdoğan-Regierung besonders stark betroffen. Viele sind inzwischen mit prekären Arbeitsverhältnissen konfrontiert, eine Folge ebenjener Deregulierungspolitik, mit der Erdoğan ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts herbeiführen will. Zivilgesellschaftliche Aktivisten und Aktivistinnen jeder Art, aber auch bestimmte soziale und berufsständische Gruppen wie Studierende und Journalisten sind darüber hinaus politischer Verfolgung ausgesetzt.<sup>39</sup>

<sup>37</sup> Die Waldfläche Istanbuls ist in den letzten Jahrzehnten rapide zurückgegangen, von 270 000 Hektar in den 1970er Jahren auf 240 000 Hektar im Jahr 2009, siehe Tezcan Hasan/Serhun Saglam/Betül Uygun/Gizem Sahi/Andréa Finger-Stich, »Istanbul: Urban Forests and Green Infrastructures«, *Iglus* (online), 5./6.9.2014, <<http://iglus.org/istanbul-urban-forests-and-green-infrastructures-5-6-september-2014/>> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>38</sup> Yigal Schleifer, »Turkey: Taksim Square's Long History as a Contested Space«, *Eurasia-net* (online), 4.6.2013, <[www.eurasianet.org/node/67073](http://www.eurasianet.org/node/67073)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>39</sup> »Taksim is the main central square of Istanbul and definitely a political symbol of defiance and workers' struggle. And workers have been the main target of Erdogan's other privatizing campaign, that of enterprises; with state factories being turned into stocks and long term employment vanquished into a temporary, underpaid job, thousands of families fell behind the wheel of Erdogan's famous 8% GDP growth in these years. All this while journalists, students and activists kept on being persecuted, tortured and beaten outside any media attention«, Interview mit Bengi Akbulut, »From Occupy Gezi

## Die »Sammel-Agenda Gezi«

Dass der »Funke Gezi«<sup>40</sup> auf den Taksim-Platz übersprang, wo es dann wochenlang zu Massendemonstrationen kam, lässt sich auch mit der unerwarteten Entwicklung erklären, dass die Gezi-Proteste von vielen unterschiedlichen Gruppen für ihre individuellen Protestinhalte benutzt wurden. »Gezi« war nicht starrer Gegenstand eines spezifischen Protests – etwa von Umweltschutzgruppen, die eine Grünfläche mit Bäumen erhalten wollten. Vielmehr wurde Gezi zu einem Symbol, einem Vehikel für verschiedene Akteure, die das einmal gebildete Protestforum zur Artikulation ihrer eigenen Interessen und Forderungen nutzten und Themen wie soziale Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit, Demokratie oder die Rechte von LGBTIQ-Menschen aufs Tapet brachten.<sup>41</sup> Die Agenda der Gezi- und Taksim-Proteste erweiterte sich so binnen weniger Tage enorm und die Proteste selbst erreichten – auch durch die Ausdehnung auf weitere Städte in der Türkei – eine außergewöhnliche Dimension.

Der lokale Kampf um Raum in Istanbul hatte eine Dynamik entfesselt, die es möglich machte, dass sich ganz unterschiedliche Gruppen und Agenden miteinander verbanden. In einigen Medienberichterstattungen spricht man sogar von der Herausbildung einer neuen Linken, da sich Kräfte miteinander solidarisierten, die zuvor nie miteinander in Kontakt gekommen waren oder die sich früher sogar feindlich oder ablehnend gegenübergestanden haben. Auf dem Taksim-Platz demonstrierten linke Parteien gemeinsam mit kemalistischen oder kurdischen Gruppierungen, Umweltschutzgruppen oder LGBTIQ-Aktivistinnen und -Aktivisten. Sie alle campierten im Gezi-Park.<sup>42</sup> Schnell wurden Parallelen zu den Protestbewegungen im sogenannten Arabischen Frühling und zu den neuartigen »kollektiven Bewegungen des 21. Jahrhunderts« (»twenty-first-century collective movements«)<sup>43</sup> gezogen, die ähnlich wie in diesem Fall in Großstädten, vor allem im nahöstlichen, arabischen Raum, aus zivilgesellschaftlichem Widerstand gegen die staatlichen Strukturen entstanden waren.<sup>44</sup> Das übergreifende Ziel der Demonstrierenden von Gezi und Taksim war dem der Aufständischen in den arabischen Staaten im Jahr 2010 durchaus vergleichbar: In den Gezi-Protesten kam eine grundsätz-

*Park to Occupy Wall Street – a Conversation*, 16 Beaver (online), 6.12.2013, <<http://16beaver.group.org/mondays/2013/06/12/from-occupy-gezi-park-to-occupy-wall-street-a-conversation/>> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>40</sup> Pınar Gümüş/Volkan Yılmaz, »Where Did Gezi Come From? Exploring the Links between Youth Political Activism before and during the Gezi Protests«, in: David/Toktamis (Hg.), *Everywhere Taksim* [wie Fn. 35], S. 185–200.

<sup>41</sup> Mike Giglio, »Istanbul Erupts in Violence after Protests against Razing of Gezi Park«, *The Daily Beast* (online) 6.1.2013, <[www.thedailybeast.com/articles/2013/05/31/istanbul-erupts-in-violence-after-protests-against-razing-of-gezi-park.html](http://www.thedailybeast.com/articles/2013/05/31/istanbul-erupts-in-violence-after-protests-against-razing-of-gezi-park.html)> (Zugriff am 20.8.2017).

<sup>42</sup> Doğan Eşkinat, »Gezi Park: Negotiating a New Left Identity«, in: *Insight Turkey*, 15 (2013) 3, S. 45–49.

<sup>43</sup> Antimo L. Farro/Deniz Günce Demirhisar, »The Gezi Park Movement: A Turkish Experience of the Twenty-first-century Collective Movements«, in: *International Review of Sociology*, 24 (2014) 1, S. 1.

<sup>44</sup> Ebd.

liche Ablehnung der AKP-Regierung, die die Türkei seit 2002 beherrscht, zum Ausdruck. Die Kritik richtete sich nicht nur gegen deren Politik in Syrien, sondern auch gegen Restriktionen von Alkoholenuss oder die staatliche Förderung eines traditionellen Familienmodells.

Neben vielen eher linksorientierten Aktivistinnen und Aktivisten nutzten zudem auch rechtsgerichtete Gruppen die Gezi-Proteste als Plattform für ihre Themen. Premierminister Erdoğan diskreditierte die Protestierenden ungeachtet ihres politischen Standpunkts pauschal als »Plünderer« (türkisch: *çapulcu*) – ein Label, das die so Angesprochenen gerne annahmen und das zu einem geradezu identifikationsstiftenden Etikett für die heterogene Gruppe der Gezi-Akteure wurde. Weltweit solidarisierten sich Menschen mit der Protestbewegung und bezeichneten sich selbst als »chapullierend«, hauptsächlich in den sozialen Medien und bei Solidaritätsdemonstrationen.<sup>45</sup> Das Zusammenwachsen der Demonstrierenden fasste einer der Aktivisten folgendermaßen zusammen: »Wir wissen alle, was wir wollen und das hält uns zusammen. Wir brauchen dafür keine vorgefertigten Ideologien.«<sup>46</sup>

### Soziale Medien als zentraler Kommunikationskanal

Der Mobilisierungsschub, den die Gezi-Park-Bewegung nach der »Operation Dawn«, der ersten Räumung des Parks durch die Polizei, erhielt, ist in hohem Maße auf die Wirkung der neuen sozialen Medien zurückzuführen. Facebook und Twitter zum Beispiel nahmen aber nicht nur eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung ein, sondern sie hatten auch eine große Bedeutung für die Verbreitung von Informationen über die Proteste, da in den staatlich gelenkten Medien, sei es Presse oder Rundfunk, jegliche Nachrichten über die Geschehnisse in der Innenstadt Istanbuls unterbunden wurden. Der »Krieg um Raum«,<sup>47</sup> der faktisch im Zentrum der Stadt stattfand, erfasste daraufhin auch den digitalen Raum der sozialen Medien. Zeitweise sperrte die Regierung den Nachrichtendienst Twitter. Als Reaktion wurden im Internet Anleitungen veröffentlicht, wie das Twitterverbot umgangen werden konnte. Die türkische und die Weltöffentlichkeit konnten sich ausschließlich über die sozialen Medien über die Vorgänge im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz informieren. Die staatlichen Fernsehsender zeigten beispielsweise derweil eine Dokumentation über Pinguine – woraufhin die Protestierenden einen Pinguin mit Gasmaske zu einem Emblem ihrer Bewegung machten.

Im Prinzip wurde die gesamte Mobilisierung auf dem Taksim-Platz über die sozialen Netzwerke erreicht. Mit Twitter und Facebook knüpften die

<sup>45</sup> Özden Melis Uluğ/Yasemin Gülsüm Acar, »We Are More Than Alliances between Groups: A Social Psychological Perspective on the Gezi Park Protesters and Negotiating Levels of Identity«, in: David/Toktamis (Hg.), *Everywhere Taksim* [wie Fn. 35], S. 121–136.

<sup>46</sup> Constanze Letsch, »Gezi Park Has Become a Hotbed of Activity as Turks Make Their Stand«, in: *The Guardian*, 16.6.2013, <[www.theguardian.com/commentisfree/2013/jun/16/gezi-park-hotbed-turks-make-stand](http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jun/16/gezi-park-hotbed-turks-make-stand)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>47</sup> Kuymulu, »Reclaiming the Right to the City« [wie Fn. 36].

Aktivistinnen und Aktivisten ein breites Netzwerk mit Informationen über die aktuellen Ereignisse. Auf diese Weise verbreiteten sie zum Beispiel die Nachricht, dass sich die Demonstrationen vom Gezi-Park auf den Taksim-Platz verlagerten. Die Hashtags #occupygezi, #direngezi und ihr englischsprachiges Pendant #resistgezi bildeten sozusagen ein zivilgesellschaftliches journalistisches Informationsnetzwerk, das sich mit Hashtags in anderen Sprachen fortpflanzte und schnell auch die Twittergemeinde weltweit erreichte.<sup>48</sup>

### Umkehr des Gezi-Effekts: Umfassende Repressionen

Gleich nachdem sie die Proteste auf dem Taksim-Platz hatte zerschlagen lassen, verbot die Regierung jegliche öffentliche Versammlung im gesamten Stadtteil. Die Regierung hatte die Demonstrierenden schon während der Hochphase der Gezi-Proteste als »Hooligans« oder »Terroristen« diffamiert, welche die allgemeine Sicherheit bedrohten.<sup>49</sup> Seit 2013 sind die Maßnahmen der Regierung gegenüber Demonstrierenden immer repressiver geworden. Der erste Jahrestag der Gezi-Proteste im Juni 2014 verlief dementsprechend ruhig, da das Nahverkehrssystem völlig lahmgelegt und öffentliche Versammlungen von vornherein verboten worden waren.<sup>50</sup> Zudem kommen bei Versammlungen seit 2013 immer häufiger Wasserwerfer und Tränengas zum Einsatz, um die Protestbereitschaft der Bevölkerung zu verringern und eine neuerliche, vergleichbar starke Mobilisierung wie im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz zu verhindern. Bereits im Juli 2013 forderte der Vizevorsitzende der AKP und ehemalige Justizminister Mehmet Ali Şahin eine rechtliche Handhabe, um Demonstrantinnen und Demonstranten mit dem Vorwurf belegen zu können, dass sie die Regierung stürzen wollten. Damit könnten sie zu lebenslanger Haft verurteilt werden, und so würde das Problem künftiger Proteste gelöst werden.<sup>51</sup>

Im Februar 2015 wurden im türkischen Parlament, der Großen Nationalversammlung, mehrere neue sogenannte Sicherheitsgesetze vorgeschlagen, die am 27. März 2015 auch tatsächlich verabschiedet wurden, obwohl nicht nur Abgeordnete, sondern auch türkische und internationa-

<sup>48</sup> Ulas Basar Gezin, »The 2013 Gezi Park Protest and #resistgezi«, *Civic Media Project* (online), 12.3.2015, <<http://civicmediaproject.org/works/civic-media-project/the2013gezi-parkprotest>> (Zugriff am 20.8.2017).

<sup>49</sup> Paul Owen/David Batty, »Turkey: Erdoğan Threatens to ›Clean‹ Gezi Park of ›Terrorists‹«, in: *The Guardian*, 13.6.2013, <[www.theguardian.com/world/middle-east-live/2013/jun/13/turkey-referendum-plan-mooted-as-erdo-an-sets-protesters-deadline-live-coverage](http://www.theguardian.com/world/middle-east-live/2013/jun/13/turkey-referendum-plan-mooted-as-erdo-an-sets-protesters-deadline-live-coverage)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>50</sup> Kadri Gursel, »Gezi Resistance Anniversary Recalls Impact on Turkey«, *Al-Monitor* (online), 29.5.2014, <[www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/05/taksim-turkey-gezi-park-protest-police-crackdown.html](http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/05/taksim-turkey-gezi-park-protest-police-crackdown.html)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>51</sup> »I believe those who have started these protests and are giving them direction/leading them are aiming to overthrow the government and remove it from office. But the security services and the cautious approach by the government have prevented those harbouring this aim from achieving it. I don't believe they will attempt to engage in such action anymore«, zitiert in: Amnesty International, *Gezi Park Protests* [wie Fn. 31], S. 40.

le Beobachter die Gesetzesvorlagen scharf kritisiert hatten. Es handelte sich dabei um zwei Gesetzespakete, die sich auf die Sicherheit und Bewahrung der öffentlichen Ordnung beziehen. Die neuen Regelungen verändern oder ergänzen bestehende Sicherheits- und Polizeigesetze in der Weise, dass Sicherheitskräfte bei Demonstrationen mehr Handlungsvollmachten erhalten. Besonders umstritten sind zwei Gesetze, die die Befugnisse der Polizei und der Gendarmerie (Jandarma) bei Demonstrationen und Antiterrormaßnahmen betreffen: zum einen das Gesetz mit der Nummer 6638 (Gesetz zur Erweiterung des Gesetzes zu Polizeigewalt und Polizeipflichten), zum anderen das Gesetz zur Organisation, zu den Pflichten und Autoritäten der Gendarmerie. Weitere Gesetzesbeschlüsse bezogen sich auf das Recht der Regierung, Datenflüsse im Internet zu zensieren und zu blockieren. Darüber hinaus wurde dem Präsidenten der Türkei ein frei zu verwendender Fonds für verdeckte Operationen zugewiesen.<sup>52</sup>

Wesentliches Ziel der Gesetze ist es, politische Versammlungen, Proteste und Demonstrationen illegal zu machen und die türkischen Bürger davon abzuschrecken, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen. Die neuen Gesetze räumen auch der Polizei deutlich mehr Rechte ein als bisher. Sie darf härter gegen Demonstrierende vorgehen, Fahrzeuge, Personen und Wohnungen ohne richterlichen Beschluss durchsuchen und Menschen ohne Angabe von Gründen und Kontakt zu Anwälten bis zu 48 Stunden festhalten, ohne dass diese einem Richter vorgeführt werden müssen. Die Polizei darf auch ohne große Einschränkungen protestierende Personen »entfernen« oder »festnehmen«. Auf der anderen Seite wurden die Rechte der Protestierenden stark eingeschränkt: Es ist ihnen verboten, Mützen zu tragen, da dies bereits als Verhüllung definiert wird, was künftig ein Strafbestand ist, der mit bis zu drei Jahren Haft geahndet werden kann. Mitgeführte Gegenstände – wie zum Beispiel Stöcke oder Steine – können als Waffen gewertet werden. Wer sie bei sich trägt muss infolgedessen mit einer Haft von bis zu fünf Jahren rechnen.<sup>53</sup> Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch haben gegen

<sup>52</sup> Wendy Zeldin, *Turkey: Recent Developments in National and Public Security Law*, Washington, D.C.: The Law Library of Congress, Global Legal Research Center, November 2015.

<sup>53</sup> Gesetz Nr. 6638, Art. 8 (Zusatz zu Gesetz Nr. 2911, Art. 33 Abs. (a)). Die neuen Gesetze erlauben Sicherheitskräften außerdem die willkürliche 48-stündige Inhaftierung (gegenüber vormals 24 Stunden), wenn die Polizei von einem »kollektiven Akt der Kriminalität« ausgeht, ohne dabei den Festgenommenen das Recht einzuräumen, einen Richter zu sehen. Die Polizei darf auf der Grundlage des neuen Rechts außerdem jeden Protestierenden vom Schauplatz des Protests entfernen; sie darf von Schusswaffen Gebrauch machen gegen Protestierende, die möglicherweise Molotow-Cocktails oder andere verletzende Gegenstände benutzen oder benutzen könnten; den Demonstrierenden ist es überdies seither verboten, Masken zu tragen und sich in jedweder Art zu verhüllen; öffentliche Bedienstete erhielten das Recht, als Ankläger gegenüber anderen öffentlichen Bediensteten zu fungieren (so kann ein Gouverneur beispielsweise einen Bürgermeister verhaften lassen); die neuen Regelungen erlauben zudem die Telefonüberwachung für 48 Stunden ohne richterliche Verfügung etc., siehe »Explained: Turkey's Controversial Security Bill«, in: *Hürriyet Daily News*, 21.2.2015, <[www.hurriyetdailynews.com/explained-turkeys-controversial-security-bill.aspx?pageID=238&nID=78658&NewsCatID=339](http://www.hurriyetdailynews.com/explained-turkeys-controversial-security-bill.aspx?pageID=238&nID=78658&NewsCatID=339)> (Zugriff am 21.8.2017).



diese »drakonischen« Gesetze Stellung bezogen und sie als besorgniserregenden Schritt zu einer umfassenden Repression von jeder Art von Dissens und einer Bedrohung des Rechts auf Leben bezeichnet.<sup>54</sup> Die meiste Kritik ruft die Entscheidung hervor, dass die Polizei nach dieser neuen Gesetzeslage mit scharfer Munition auf Demonstrierende schießen darf.<sup>55</sup> Die neuen Bestimmungen dürften dazu beitragen, dass sich Manifestationen wie im Gezi-Park so bald nicht wiederholen. Der Kampf um Raum in Istanbul und die Proteste auf dem Taksim-Platz haben für die türkische Bevölkerung somit nicht etwa zu einer Verbesserung der Lebenssituation in Istanbul und der gesamten Türkei geführt; vielmehr wurden sie von der Regierung dazu instrumentalisiert, der Polizei mehr Befugnisse zur Ausübung willkürlicher Gewalt zu verschaffen, um künftig härter gegen Demonstrierende vorgehen zu können.

### Was bleibt vom »Funken Gezis«?

Die Gezi-Proteste und die sich anschließenden Demonstrationen auf dem Taksim-Platz in Istanbul haben gezeigt, wie sich ein lokaler Konflikt um den Bau eines Einkaufszentrums und einer Moschee zum Auslöser eines landesweiten Protests entwickeln konnte. Ganz verschiedene Gruppierungen haben den anfänglichen Kampf um Raum so für sich umgedeutet und genutzt, dass sie ihre eigenen Agenden verfolgen konnten. So versammelten sich im Gezi-Park und später auf dem Taksim-Platz sehr heterogene Akteure mit den unterschiedlichsten Themen und Zielen: einigen ging es vor allem um Umweltschutz, anderen um Menschenrechte, wieder andere wollten über Demokratie und kollektive Freiheit in der Türkei diskutieren oder brachten grundsätzliche Kritik an der Regierung zum Ausdruck.

Raum, in diesem Fall ein öffentlicher Park, wurde von der Zivilbevölkerung politisiert und für die Artikulation ihrer Interessen genutzt. Doch nach und nach ging es nicht mehr um den Park selbst oder um das spezifische Interesse, ihn zu erhalten. »Gezi« wurde zu einem Symbol, das für die verschiedenen Akteure ganz unterschiedliche Bedeutungen bekam. Auch für die Sicherheitskräfte und den türkischen Staat waren die Gezi-Proteste mehr als ein lokaler Konflikt oder eine Demonstration, die unerwartet eskalierte. Die Regierung erkannte, dass der Kampf um Raum in der Türkei so viel Zugkraft entwickeln kann, dass er sogar die Stabilität ihrer Herrschaft gefährden könnte. Daher hat sie diesen Kampf zur Sicherung ihrer Macht instrumentalisiert und somit »versicherheitlicht«. Sie nutzte den Protest, um die gesetzlichen Grundlagen für massive staatliche

<sup>54</sup> Amnesty International, *Turkey: New Bill Gives Police »Draconian« New Anti-protest Powers*, 27.3.2015, <[www.amnesty.org.uk/press-releases/turkey-new-bill-gives-police-draconian-new-anti-protest-powers](http://www.amnesty.org.uk/press-releases/turkey-new-bill-gives-police-draconian-new-anti-protest-powers)>; Human Rights Watch, *Turkey: Security Bill Undermines Rights*, 11.12.2014, <[www.hrw.org/news/2014/12/11/turkey-security-bill-undermines-rights](http://www.hrw.org/news/2014/12/11/turkey-security-bill-undermines-rights)> (Zugriff am 21.8.2017).

<sup>55</sup> »Türkische Polizei darf schneller schießen«, in: *Zeit Online*, 27.3.2015, <[www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/tuerkei-sicherheitsgesetz-polizei-internetsperren-parlament](http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/tuerkei-sicherheitsgesetz-polizei-internetsperren-parlament)> (Zugriff am 21.8.2017).

Repressionen zu schaffen. Diese machen es unwahrscheinlich, dass die Bürgerinnen und Bürger Istanbuls ihr Recht auf die Stadt oder den öffentlichen Raum so bald wieder einfordern werden. Eine Wiederholung ähnlicher Proteste wie im Gezi-Park war bereits nach den ersten von der Regierung gezogenen Konsequenzen nicht mehr zu erwarten. Spätestens mit dem Putsch im Jahr 2016 scheint diese Option nun völlig unmöglich geworden zu sein. Der Kampf um urbanen Raum im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz wurde von den Aktivistinnen und Aktivisten nicht gewonnen. Vielmehr haben die Bürgerinnen und Bürger allem Anschein nach ihr Recht auf Mitsprache in der Stadt auf lange Sicht verloren.



Zum Kapitel

bit.ly/SWP17S17D

## Senegals Jugend in Bewegung: Choreographie eines urbanen Protests

Nina-Kathrin Wienkoop

Nicht nur in den nördlichen, auch in den westlichen Staaten Afrikas finden in den letzten Jahren vermehrt Proteste statt. Von 2009 bis 2012 stieg die Anzahl der Aktionen von Protestbewegungen in Nord- und Westafrika rasant von unter 250 auf knapp 1500 pro Jahr.<sup>1</sup> Seitdem ist von einem »Afrikanischen Erwachen«<sup>2</sup> die Rede. Gesellschaften in afrikanischen Ländern greifen hierbei auf langjährige Erfahrungen mit Protest zurück.<sup>3</sup> Doch erst seit einigen Jahren werden Protestbewegungen in Medien und Politik vermehrt als relevante Akteure wahrgenommen. Neben den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten liegt es an zwei Faktoren, dass Protestereignisse global sichtbarer werden. Zum einen steigt die Präsenz von Massenprotesten im öffentlich-urbanen Raum, der strategisch genutzt wird. Zum anderen erleichtert der digitale Raum die nationale und transnationale Kommunikation. Soziale Medien und Netzwerke ermöglichen es, Bilder von Protesten sowie Forderungen von Aktivisten nahezu in Echtzeit global zu verbreiten.<sup>4</sup>

Ein wichtiger Anlass für Demonstrationen in Westafrika ist das Bestreben einiger Staatspräsidenten, ihre Amtszeit um ein weiteres Mandat zu verlängern, obwohl die Verfassungen der betreffenden Staaten in der Regel höchstens zwei Amtsperioden von je fünf oder sieben Jahren vorsehen.<sup>5</sup> Jugendvereine, studentische Initiativen, mitunter auch Gewerkschaften sowie Oppositionspolitikerinnen und -politiker lehnen sich öffentlich mit medienwirksamen Widerstandsaktionen gegen solche Vorstöße der Präsidenten auf.<sup>6</sup> Wie wirkungsvoll diese Form von Protesten ist und welche Möglichkeiten sie umfasst, eigene Interessen zu artikulieren, wurde vor allem bei den Protestbewegungen im Senegal während der Jahre 2011 und



Video

bit.ly/SWP17S17D5

<sup>1</sup> Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED), Database, All Africa, 5th Version (1997–2014), <[www.acleddata.com/data/africa/](http://www.acleddata.com/data/africa/)> (eingesehen am 16.6.2016).

<sup>2</sup> Firoze Manji/Sokari Ekine (Hg.), *African Awakening. The Emerging Revolutions*, Kapstadt u.a.: Pambazuka Press, 2012.

<sup>3</sup> Peter Dwyer/Leo Zeilig, *African Struggles Today. Social Movements since Independence*, Chicago: Haymarket Books, 2012.

<sup>4</sup> Vgl. auch Mareike Transfeld/Isabelle Werenfels (Hg.), *#HashtagSolidarities: Twitter Debates and Networks in the MENA Region*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2016 (SWP Research Paper 5/2016).

<sup>5</sup> Database of the Constitutions of Sub-Saharan Africa (DCSSA), Universität Konstanz, <<https://cms.uni-konstanz.de/en/traditional-institutions-in-sub-saharan-africa/database/>> (eingesehen am 15.6.2016); vgl. Claudia Simons/Denis M. Tull, *Grenzen der Macht? Amtszeitbeschränkungen in Afrika*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2015 (SWP-Studie 4/2015).

<sup>6</sup> In sogenannten Jugendvereinen sind meist vor allem junge Erwachsene aktiv. Der Begriff »Jugend« bezieht sich primär auf den sozioökonomischen Status, nicht auf das biologische Alter der Mitglieder.

2012 deutlich. Die Sprecher des Bündnisses *Y'en a marre* (»Wir haben die Nase voll«) stammten aus der lokalen Hiphop-Szene oder der Medienbranche. Deshalb gelang es ihnen auch in kürzester Zeit, breite mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen.<sup>7</sup> Europäische Journalisten berichteten vermehrt über afrikanische Jugend- und Hiphop-Bewegungen und die Rolle sozialer Medien – Ressourcen, welche die Protestbewegung zu nutzen verstand.

Im Senegal hat die Hiphop-Szene eine lange Tradition als kritische Gegenmacht zur Politik staatlicher Eliten.<sup>8</sup> Bereits im Jahr 2000 existierten über 3000 Hip-Hop-Kollektive, ein Großteil davon in der dynamischen urbanen Szene der Hauptstadt Dakar. Hier profitierte die Bewegung maßgeblich vom zuvor schon bestehenden Bekanntheitsgrad ihrer Sprecher und von deren Netzwerken.<sup>9</sup>

Das Beispiel der senegalesischen Bewegung mit ihren vielfältigen Protest- und Kommunikationsformen zeigt eindrücklich, wie Akteure sich verändernde Protesträume reflektieren, strategisch nutzen und sich aneignen. Je nachdem, wie die medialen, staatlichen und internationalen Reaktionen auf Proteste ausfallen, eröffnen, weiten oder verengen sich Gelegenheiten, Widerstand gegen staatliche Politik zu leisten. 2011 entfaltete sich Protest im Senegal vor allem auf öffentlichen Plätzen im Stadtzentrum Dakars. Massenkundgebungen machten die Bewegung und ihre Stärke rasant sichtbar. Als Reaktion darauf inszenierte die Regierung dort polizeiliche und militärische Macht. Demonstrationsverbote werteten die Protestaktionen symbolisch auf, zwangen die Protestierenden aber auch, ihr Repertoire den veränderten Situationen anzupassen.

Diese physischen Konfrontationen sind als direkte Aushandlungen zwischen Protestierenden und Regierung zu verstehen. Im Verlauf der Proteste tendierten staatliche Sicherheitskräfte dazu, immer rigoroser durchzugreifen. Oft erschloss sich die Bewegung daraufhin neue Räume zur Meinungsartikulation, indem sie auf musikalische Ausdrucksformen wie pädagogische Konzerte oder die Verbreitung von Protestsongs zurückgriff. Dabei nutzte sie nicht nur diese audiovisuellen Räume, sondern zugleich soziale Medien wie Twitter und Facebook, um ihre Anhängerschaft, vornehmlich die senegalesische Jugend, zu mobilisieren und Medienvertreter zu informieren. Zwar scheiterte die Bewegung mit ihrem Versuch, die Kandidatur des senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade für eine dritte Amtszeit zu verhindern. Dennoch erkämpfte sie sich politische Räume und wurde zum Sprachrohr der Jugend im In- und Ausland. Deren Stimme war in politischen Debatten bisher meist nicht zu verneh-

<sup>7</sup> Louisa Prause, *Y'en a marre: Wer sind sie, wie mobilisieren sie und was fordern sie?*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Februar 2012 (Standpunkte International 2/2012).

<sup>8</sup> Amy Niang, »Dialectics of Subversion: Protest Art and Political Dissidence in West Africa«, in: Paul Ugor/Lord Mawuko-Yevugah (Hg.), *African Youth Cultures in a Globalized World*, Farnham: Ashgate, 2015, S. 149–164.

<sup>9</sup> Louisa Prause, »Y'en a marre: HipHop in Bewegung«, in: *Wissenschaft & Frieden*, 32 (2014) 3, S. 13ff.

men, da aus Gründen der Tradition nur älteren Personen zugestanden wird, sich öffentlich politisch zu äußern.

Mit Unterstützung aus der Diaspora in Europa und den USA mobilisieren Vertreter von *Y'en a marre* weitere soziale Bewegungen in Afrika wie *Lutte pour le Changement* (LUCHA) in der Demokratischen Republik Kongo und *Balai Citoyen* in Burkina Faso.<sup>10</sup> Die drei Bewegungen verstehen sich jeweils als Stimme der ungehörten Jugend ihres Landes und stehen über Internet und Smartphones in engem Kontakt zueinander. Neben Solidaritätsbekundungen organisieren die Bewegungen gemeinsam Konferenzen zum Erfahrungsaustausch, wie am 13. März 2015 in Kinshasa. Diese Zusammenkunft wurde allerdings gewaltsam aufgelöst.<sup>11</sup>

### Hintergrund und Motive von »Y'en a marre«

Am 18. Januar 2011 gründeten der Journalist Fadel Barro und die Rapper Thiat, Kilifeu, Simon und Fou Malade in Dakar die Bewegung *Y'en a marre*.<sup>12</sup> Auslöser waren die zahllosen Stromausfälle in den Vororten der rapide wachsenden Hauptstadt. Standen im wohlhabenden Stadtzentrum Generatoren zur Verfügung, mit denen sich Lücken in der Stromversorgung überbrücken ließen, hatten die Bewohnerinnen und Bewohner der Außenbezirke dagegen oft nur wenige Stunden Strom pro Tag. Große Teile der Bevölkerung bekamen diese Auswirkungen einer Klientelpolitik und schlechter Regierungsführung am eigenen Leibe zu spüren. Rasch gelang es den rhetorisch starken Sprechern der Bewegung, für diesen Missstand die Regierung allgemein und Präsident Abdoulaye Wade persönlich verantwortlich zu machen. Neben der ungerechten Verteilung der Ressourceneinkommen prangerten die Protagonisten der Bewegung das korrupte Patronagesystem, den fehlenden Zugang zu Bildung und die schlechte Repräsentation der Jugend innerhalb der Politik an.<sup>13</sup> In vielen Staaten Afrikas ist der Graben zwischen junger Bevölkerung und alten, lange amtierenden Präsidenten tief.<sup>14</sup>

<sup>10</sup> Vgl. unter anderem den Dokumentarfilm »The Revolution Won't Be Televised« von Rama Thiaw über die Anführer von *Y'en a marre*, in dem ihre aktive Unterstützung für die burkinische Bewegung *Balai citoyen* (Besen der Bürger) deutlich wird. Siehe zu den Hintergründen auch Nina-Kathrin Wienkoop, *Burkina Faso vor den Wahlen. Zwischen institutionellem Stillstand und demokratischem Aufbruch*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2015 (SWP-Aktuell 93/2015).

<sup>11</sup> Vgl. »A Social Movement To Be Reckoned with in Africa«, in: *Human Rights Now* (Blog der US-Sektion von Amnesty International), 22.4.2015, <<http://blog.amnestyusa.org/africa/a-social-movement-to-be-reckoned-with-in-africa/>> (eingesehen am 15.6.2016).

<sup>12</sup> Louisa Prause, »Mit Rap zur Revolte: Die Bewegung Y'en a marre«, in: *Prokla*, 43 (2013) 1, S. 23–41.

<sup>13</sup> Vgl. Ndongo Samba Sylla (Hg.), *Les Mouvements sociaux en Afrique de l'Ouest*, Paris: L'Harmattan, 2014.

<sup>14</sup> Vgl. unter anderem David E. Kiwuwa, »Africa Is Young. Why Are Its Leaders So Old?«, in: *CNN Africa View*, 29.10.2015, <<http://edition.cnn.com/2015/10/15/africa/africas-old-mens-club-op-ed-david-e-kiwuwa/index.html>> (eingesehen am 16.6.2016).

Die Bewegung wollte in erster Linie die senegalesische Jugend mobilisieren. Viele junge Senegalesinnen und Senegalesen hatten einst dazu beigetragen, dass Abdoulaye Wade 2000 Staatspräsident wurde. Noch 2005 galt Senegal bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit als Vorbild für internationale Organisationen. Doch trotz zahlreicher Versprechungen schuf die Regierung unter Wade keine langfristigen Perspektiven für die neue Generation.<sup>15</sup> Von der positiven Wirtschaftsentwicklung profitierte nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, vor allem die wirtschaftliche und politische (städtische) Elite. Besonders die unter 35-Jährigen hatten und haben auch heute noch schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.<sup>16</sup> Die Proteste intensivierten sich, als Präsident Wade einen Vorstoß unternahm, das Wahlgesetz so zu reformieren, dass er nur noch 25 Prozent der Stimmen für seine Wiederwahl benötigt hätte. Darüber hinaus wollte er den Posten eines Vizepräsidenten für seinen Sohn Karim Wade schaffen.<sup>17</sup> Neben *Y'en a marre* formierte sich unter dem Namen *Mouvement des forces vives du 23 Juin 2011* (M23) (Bewegung des 23. Juni 2011) ein Bündnis aus diversen Bewegungen, NGOs wie der Menschenrechtsorganisation *Rencontre Africaine pour la Défense des Droits de l'Homme* (RADDHO) und Oppositionsparteien.<sup>18</sup> Mit diesem Zusammenschluss rief *Y'en a marre* zeitweise gemeinsam zu Protesten auf.<sup>19</sup>

Nachdem der Verfassungsrat Wades dritte Präsidentschaftskandidatur genehmigt hatte, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Polizei. Infolge der juristischen Legitimation und der

<sup>15</sup> United Nations Office for West Africa (UNOWA), *Youth Unemployment and Regional Insecurity in West Africa*, Dakar, Dezember 2005, <<http://allafrica.com/download/resource/main/main/idatcs/00010742:8de28423f6ac2b75b046035fbd5f643f.pdf>> (eingesehen am 16.6.2016).

<sup>16</sup> Es gibt keine Erhebung der Arbeitslosenzahlen bei den unter 35-Jährigen. Allerdings sind laut Angaben der Weltbank rund 13 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 27 Jahren arbeitslos. In einem Bericht der Vereinten Nationen von 2004 wird die Quote der Arbeitssuchenden bei den 15- bis 35-Jährigen auf über 50 Prozent geschätzt. Vgl. World Bank, Development Indicators, »Youth Unemployment«, 2004, <<http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>> (eingesehen am 14.6.2016); Makha D. Sarr, *Poverty Reduction Strategy and Youth Employment in Senegal*, Juni 2004, <[www.un.org/esa/socdev/social/papers/urban\\_sarr\\_prsp.pdf](http://www.un.org/esa/socdev/social/papers/urban_sarr_prsp.pdf)> (eingesehen am 16.6.2016); United Nations Economic Commission for Africa, Sub-regional Office in West Africa, *Strategies to Promote Youth Self-employment in West Africa*, 2011, <<http://repository.uneca.org/bitstream/handle/123456789/16552/bib.%2020457.pdf?sequence=1>> (eingesehen am 16.6.2016).

<sup>17</sup> Vgl. Alcinda Honwana, »Enough Is Enough! Youth Protests and Political Change in Africa«, in: Kadya Tall u.a. (Hg.), *Collective Mobilisations in Africa. Enough is Enough!*, Leiden: Brill, 2015, S. 45–65.

<sup>18</sup> Vgl. Aissatou Cissé, »M23: In the Name of the Senegalese People«, in: *openDemocracy*, 21.2.2012, <[www.opendemocracy.net/5050/aissatou-ciss%3a9/m23-in-name-of-senegalese-people](http://www.opendemocracy.net/5050/aissatou-ciss%3a9/m23-in-name-of-senegalese-people)> (eingesehen am 15.6.2016).

<sup>19</sup> Vgl. Nina-Kathrin Wienkoop, »It takes more to tango – cross-movement alliances of youth-led movements in West Africa«, in: *openDemocracy*, 14.8.2017, <<https://www.opendemocracy.net/nina-kathrin-wienkoop/it-takes-more-to-tango-cross-movement-alliances-of-youth-led-movements-in-west>> (eingesehen am 24.8.2017).

staatlichen Repression nahmen die Proteste ab und das Protestbündnis M23 verlor an Zugkraft.

Die Proteste richteten sich gegen den Versuch des Präsidenten, seine Macht durch institutionelle Reformen auszuweiten.<sup>20</sup> Wade hatte bereits zwei Amtszeiten absolviert, eine dritte sieht die senegalesische Verfassung nicht vor. Dennoch bestätigte der Verfassungsrat am 27. Januar 2012, die erneute Kandidatur sei verfassungskonform. Vergleicht man aber die Entscheidungen von Verfassungsgerichten in Afrika südlich der Sahara, so zeigt sich, dass diese meist im Sinne der regierenden Partei urteilen und nicht als Gegenmacht zur Exekutive fungieren.<sup>21</sup> Zudem ist umstritten, inwiefern die Entscheidungen des Verfassungsrates im Senegal rechtlich bindend sind.<sup>22</sup>

Zwar gelang es der Zivilgesellschaft nicht, die dritte Kandidatur Wades zu verhindern, doch mobilisierte sie erfolgreich für seine Abwahl. Am 25. März 2012 wurde Macky Sall im zweiten Wahlgang mit über 60 Prozent der Stimmen zum Präsidenten Senegals gewählt. Dieser Erfolg wird unter anderem auch der symbolischen Rückendeckung durch *Y'en a marre* zugeschrieben, deren Vertreter den Kandidaten Sall vor der Stichwahl unter großem medialem Interesse in ihrem Hauptquartier empfangen. Bis heute betonen die Sprecher der Bewegung allerdings, sie hätten unmissverständlich zur Abwahl Wades aufgerufen, was aber nicht als direkte Unterstützung für Sall zu werten sei.



Zeitleiste

[bit.ly/SWP17S17D2](http://bit.ly/SWP17S17D2)

## Dakar als umkämpfter Protestraum

Um ihren Anliegen Aufmerksamkeit verschaffen zu können, ist die Sichtbarkeit für Protestbewegungen entscheidend. Aufgrund geographischer, technischer und soziostruktureller Gründe konzentrieren sich Proteste oft auf Hauptstädte. Die mächtigste Protestkonstellation bilden klassenübergreifende urbane Bewegungen, die entschlossen sind, der politischen Elite Widerstand zu leisten. Diese Bewegungen machen es den Regierungen besonders schwer, sie zu kooptieren oder zu unterdrücken.<sup>23</sup> Große Städte bieten den Protestierenden viele Möglichkeiten, sich weiträumig zu verteilen, um den staatlichen Sicherheitskräften zu entkommen. Im Gegensatz zu ländlichen Gebieten weisen urbane Räume zudem die notwendige Infrastruktur auf, um erfolgreich für kollektives Handeln zu werben. Dort sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen ansässig, die meist in Dachverbänden organisiert sind und Erfahrung in der Zusammenarbeit

<sup>20</sup> Andrea Kolb/Ute Bocandé, *Senegal nach zwei Jahren Regierung Macky Sall. Stabilität, bessere Regierungsführung, aber wenige sichtbare Erfolge*, Sankt Augustin/Berlin, 19.5.2014 (KAS Auslandsinformationen 5/2014).

<sup>21</sup> Vgl. Charlotte Heyl/Alexander Stroh, *Verfassungsgerichte in Westafrika: Unabhängige Krisenmanager?*, Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Januar 2014 (GIGA Focus 1/2014).

<sup>22</sup> Vgl. Annette Lohmann, *Gegen den Trend – aber nicht sofort. Das Referendum im Senegal und die Amtszeitbegrenzung des Präsidenten*, Berlin, April 2016 (Perspektive FES Senegal).

<sup>23</sup> Vgl. Donatella della Porta, *Mobilizing for Democracy. Comparing 1989 and 2011*, Oxford: Oxford University Press, 2014.

haben.<sup>24</sup> Zudem ziehen junge Menschen oft mit großen Erwartungen in die Städte. Sie erhoffen sich Arbeitsplätze, bessere Lebensbedingungen und gesellschaftliche Teilhabe, wie das Beispiel des Senegal illustriert.<sup>25</sup> Vor allem die häufiger werdenden Dürren und die deshalb schwindenden Aussichten auf Einkommen oder gar das bloße Überleben sind ein gewichtiger Grund dafür, dass viele Landbewohner in die urbanen Zentren des Senegal strömen. Infolgedessen sind die ohnehin seit 2007 spürbar gestiegenen Nahrungsmittelpreise weiter in die Höhe geschneilt. Da es auch in den Städten an Perspektiven fehlt und die Erwartungen vieler Zugezogener enttäuscht wurden, ist ein hohes Frustrations- und damit Mobilisierungspotential entstanden. Das gilt besonders für die junge Generation, die einen großen Teil der Bevölkerung stellt.

Weil die senegalesische Jugendbewegung im öffentlichen Raum der Hauptstadt immer mehr an Präsenz gewann, wurde sie auch für die politische Elite sichtbar. Vertreter der Bewegung können dort Regierungspolitikerinnen und -politiker, Institutionen und Medien direkt ansprechen.<sup>26</sup> Schon wenige Wochen nach Gründung von *Y'en a marre* im Januar 2011 schlugen ihre Protagonisten in Dakar das Hauptquartier der Bewegung auf, von dem aus sie Kontakt zu anderen lokalen Ortsgruppen, den sogenannten *Esprits* (Geisteshaltung, Mentalität), hielten und gemeinsame Aktivitäten koordinierten. Mit Hilfe dieses lokal rückgebundenen Netzwerks, das zwischenzeitlich aus bis zu 350 Gruppen bestand, breitete sich die Bewegung rapide aus und schuf eine effiziente Kommunikationsstruktur.<sup>27</sup> Damit konnte sie lokale Nachbarschaftsprojekte ohne langwierige Entscheidungsprozesse voranbringen, neue Mitglieder informieren und Ziele ihrer Politik verbreiten.

Strategische Entscheidungen über Mobilisierungsformen und Protesttaktiken hängen davon ab, wie stark sich der lokale öffentliche Raum in Dakar ausweitet oder verengt. Sie können aber auch durch internationale Aufmerksamkeit beeinflusst werden, wie sich an der Entwicklung des Protests der Jahre 2011 und 2012 innerhalb Dakars ablesen lässt: Die erste Phase von März bis Juni 2011 war durch kürzere Aktionen gekennzeichnet. Dazu gehörten friedliche Sit-ins, Konzerte, Informationsveranstaltungen und kreative Widerstandsformen wie die sogenannte »Messe der Missstände«, mit der die schlechten Lebensbedingungen während der Regierungszeit Wades angeprangert wurden. Nach ihren Aktionen riefen die Protestierenden, wie schon die Bewegung *Set/Setal* in den späten 1980er Jahren, zu gemeinschaftlichen Aufräumarbeiten auf. Zum einen wollten

<sup>24</sup> Leila Demarest, *Staging a »Revolution«: The 2011–2012 Electoral Protests in Senegal*, Leuven: Centre for Research on Peace and Development, 2015 (CRPD Working Paper Nr. 20), S. 10.

<sup>25</sup> Hamadou Tidiane Sy, »Senegal: Youth vs the Old Guard«, in: Layla Al-Zubaidi/Jochen Luckscheiter (Hg.), *Movers and Shakers? Youth and Political Change in Africa*, Kapstadt u.a.: Heinrich-Böll-Stiftung, 2013, S. 12–14.

<sup>26</sup> Ruth Berins Collier/James Mahoney, »Adding Collective Actors to Collective Outcomes: Labor and Recent Democratization in South America and Southern Europe«, in: *Comparative Politics*, 29 (1997) 3, S. 285–303.

<sup>27</sup> Louisa Prause, *Die Bewegung Y'en a marre. Mit Rap zur Revolte*, Diplomarbeit, Berlin: Freie Universität Berlin, 2012, S. 14.



## Karte: Zentrale Protestorte in Dakar



Karte

[bit.ly/SWP17S17D3](https://bit.ly/SWP17S17D3)



sie sich auf diese Weise den öffentlichen Raum aneignen, zum anderen Verantwortung für diesen als Bürgerinnen und Bürger übernehmen. Mit solchen kreativen Protestformen gelang es der Bewegung, die komplexen Zusammenhänge ihrer gesamtgesellschaftlichen Kritik plastisch zu vermitteln und über die eigene Anhängerschaft hinaus Passantinnen und Passanten zu informieren. Urbane Räume weisen nicht nur gute infrastrukturelle Bedingungen für Protest auf. Es lassen sich dort auch mit geringem Aufwand viele Menschen erreichen, leben doch rund 43 Prozent der Gesamtbevölkerung des Senegal in Städten. Was die Aktionen in Dakar betrifft, konzentrierte sich die Bewegung auf den Platz des Obelisken und den Platz der Unabhängigkeit im Zentrum der Hauptstadt.

Welch große strategische und symbolische Bedeutung diese Plätze besitzen, wurde nur kurze Zeit später deutlich, als die Behörden im Juli 2011 Demonstrationen dort untersagten. Offiziell sollten damit die Bewohnerinnen und Bewohner der Umgebung sowie die dort ansässigen, meist ausländischen Unternehmen geschützt werden. In Dakars Innenstadt sind vor allem internationale Organisationen, multinationale Konzerne, transnational arbeitende Nichtregierungsorganisationen und Medien angesiedelt. Für die Bevölkerung dagegen gibt es kaum mehr bezahlbaren Wohnraum im Stadtzentrum. Als Reaktion auf das Demonstrationsverbot in Dakar verlagerten die Sprecher der Bewegung die Proteste in andere Städte wie St. Louis und Kaolack.

Je näher aber die für Ende Februar 2012 angesetzte Präsidentschaftswahl rückte, desto mehr nahmen die öffentlichen Kundgebungen wieder zu und erreichten ihren Höhepunkt kurz vor den Wahlen, als es immer

wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Dabei setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein. Die Protestierenden antworteten, indem sie Straßenzüge mit brennenden Autoreifen blockierten. Auf diese Weise wurden wirkmächtige Bilder produziert, die verdeutlichen, dass Protestbewegungen in kontinuierlicher Interaktion mit staatlichen Sicherheitskräften und medialen Diskursen stehen. Ausschlaggebend für die Taktiken der Bewegungen sind nicht so sehr Strukturen oder Gelegenheiten, sondern in erster Linie die Einschätzung, wie die Regierungen auf Aktionen reagieren könnten. Auch die Unterstützung innerhalb der Bevölkerung spielt eine zentrale Rolle, etwa bei der Entscheidung, ob eine Bewegung gewaltsame Protestmittel anwenden soll. Diese tragen nämlich meist dazu bei, die Aktionen der Protestierenden zu delegitimieren, vor allem wenn regierungsnahe Medien diese als gewaltbereiten Pöbel stigmatisieren.<sup>28</sup> Darin liegt auch ein Grund dafür, dass die Sprecher von *Y'en a marre* vermehrt auf die friedlichen Protestformen verweisen und sich während der Protestwellen öffentlich von gewaltsamen Aktionen distanzieren.

Die Ereignisse im nördlichen Afrika im Zuge des Arabischen Frühlings hatten im Laufe des Jahres 2011 hohe internationale Aufmerksamkeit für Protestbewegungen erzeugt. Daraus erklären sich die häufigen Vergleiche der Proteste im Senegal mit jenen in Nordafrika sowie die Ausrufung eines »senegalesischen Frühlings«.<sup>29</sup> Für regelmäßige Berichterstattung sorgten zudem die für Februar 2012 angesetzten Präsidentschaftswahlen im Senegal. Seit jeher bilden bevorstehende Wahlen Kristallisationspunkte, in denen sich Proteste intensivieren und bisweilen in Gewalt umschlagen.<sup>30</sup> Amnesty International und die Deutsche Welle berichteten über Verletzte und Tote im Zuge der Niederschlagung von Protesten.<sup>31</sup> Kurz vor den Wahlen äußerten sich auch die Afrikanische Union und Frankreich besorgt über die gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Die internationale Sichtbarkeit von Protesten hängt nicht nur von der Reaktion des politischen Regimes, sondern auch vom Zeitraum ab, in dem sich Proteste jeweils abspielen. Kritische Phasen entstehen durch die Intensität und Dauer der Proteste selbst, aber auch durch äußere Faktoren wie Wahltermine. In diesen Zeiträumen können internationale Akteure eine wichtige Watchdog-Funktion übernehmen. Lokal verengte Protesträume werden so geweitet und schaffen neue Gelegenheiten, die wiederum die Entscheidungen der Anführer von Protesten beeinflussen.<sup>32</sup>

<sup>28</sup> Vgl. della Porta, *Mobilizing for Democracy* [wie Fn. 23].

<sup>29</sup> Dominic Johnson, »Explosion der Wut«, in: *taz*, 29.1.2012.

<sup>30</sup> Vgl. Lars Brozus, *Der Preis der Wahl. Wahlbezogene Gewalt in fragilen Staaten als Herausforderung internationaler Demokratisierungspolitik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2011 (SWP-Studie 33/2011).

<sup>31</sup> Amnesty International, *Senegal. An Agenda for Human Rights. An Opportunity Not to Be Missed by the Authorities Elected in the March 2012 Presidential Election*, London, Juni 2012, <[www.amnesty.org/en/documents/afr49/004/2012/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/afr49/004/2012/en/)> (eingesehen am 14.6.2016); Stefanie Duckstein, »Protestler bedrängen Afrikas Herrscher«, in: *Deutsche Welle Online*, 24.5.2012, <[www.dw.com/de/protestler-bedr%C3%A4ngen-afrikas-herrscher/a-15971850](http://www.dw.com/de/protestler-bedr%C3%A4ngen-afrikas-herrscher/a-15971850)> (eingesehen am 14.6.2016).

<sup>32</sup> Vgl. als Studie zu anderen Ländern Donatella della Porta u.a., »The Effects of Trans-

## Ausweg digitaler und audiovisueller Protestraum



Video

[bit.ly/SWP17S17D4](https://bit.ly/SWP17S17D4)

In diesem Spannungsfeld von Protestierenden und Adressaten werden die Entscheidungen über Taktiken des Protests getroffen. Je nachdem, wie offen das politische Regime ist oder wie fähig und bereit zur Repression, wird Widerspruch geäußert und Widerstand geleistet.<sup>33</sup> Um das Problem der stark eingeschränkten Meinungsfreiheit im Zentrum Dakars zu umgehen, veröffentlichte die Bewegung den Song *Faux Pas Forcé* (etwas nicht forcieren oder nicht zu weit treiben), der sich direkt an den damaligen Präsidenten Wade richtete und in dem sie dessen angekündigte Verfassungsänderung verurteilte. Wie in anderen Protestsongs von *Y'en a marre* auch war der Großteil dieses Stücks in der Umgangssprache Wolof gehalten. Nur die Kernaussage war auf Französisch formuliert, damit die in dem Song erhobenen Forderungen nicht nur im Senegal, sondern auch von internationalen Medien verstanden werden konnten. Anders als offene Demonstrationen nämlich waren künstlerische Ausdrucksformen zu der Zeit weiterhin möglich. Ein weiteres Mal nutzte die Bewegung ihre Taktik der »Urban Guerrilla Poetry«<sup>34</sup> im Vorfeld der Wahlen. In den Songs *Daas Fanaanal* (eine Waffe schärfen) und *Dooggali* (einen Kampf zu Ende bringen) rief sie dazu auf, Wade abzuwählen.

Weil aber unter Wades zweiter Amtszeit die Zensur gegenüber regierungskritischen Zeitungen und Radiosendern verschärft wurde, griffen die Musiker nun auf ihr eigenes Netzwerk zurück, um ihre Protestlieder zu verbreiten. Zudem nutzten sie den öffentlichen Raum, indem sie Konzerte veranstalteten, Flyer verteilten und Straßen mit Bussen beschallten, die mit Lautsprechern und Mikrofonen ausgestattet waren. Der Sprechgesang wurde so zum Werkzeug, um Anhängerinnen und Anhänger zu rekrutieren, ein bürgerschaftliches Bewusstsein zu wecken und zu Aktionen wie Wahlregistrierung oder Demos aufzurufen.<sup>35</sup> Wegen ihrer unverblünten Ausdrucksweise waren die Protestsongs nicht nur für die urbane Jugend, sondern auch für die Landbevölkerung und ältere Generationen zu verstehen.<sup>36</sup>

national Protest: Some Reflections on 12 Protest Campaigns and More«, Paper Prepared for Presentation at the Conference on Social Movement Outcomes, Genf, 16.–17.2.2010.

<sup>33</sup> Nikolai Brandes/Bettina Engels, »Mehr als Zivilgesellschaft: Soziale Bewegungen in Afrika südlich der Sahara«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen-PLUS*, Supplement zu Heft 3/2014.

<sup>34</sup> In ihren mehrheitlich auf Wolof formulierten Songtexten wenden sich die Musiker direkt an die senegalesische Bevölkerung und an die Regierung, die sie unter anderem mit satirischen Vergleichen kritisieren. Die Texte werden so zu einem Teil der Widerstandsstrategie und zu einem taktischen Element, um Repressionen zu begegnen. Maramé Gueye, »Urban Guerrilla Poetry: The Movement *Y'en a marre* and the Socio-Political Influences of Hip Hop in Senegal«, in: *The Journal of Pan African Studies*, 6 (2013) 3, S. 22–42.

<sup>35</sup> Devin Bryson, »The Rise of a New Senegalese Cultural Philosophy?«, in: *African Studies Quarterly*, 14 (2014) 3, S. 33–56 (47).

<sup>36</sup> Adam Nossiter, »In Blunt and Sometimes Crude Rap, a Strong Political Voice Emerges«, in: *New York Times*, 18.9.2011.

Zugleich verband die Bewegung ihre audiovisuellen Protesträume direkt und wechselseitig mit Informationskanälen, die eine Alternative zu den begrenzten gesellschaftlichen oder öffentlichen Räumen boten. Mit öffentlichkeitswirksamen gewaltfreien Protestaktionen – von Sit-ins über Straßenblockaden bis hin zu pädagogischen Konzerten, die über Onlinekanäle und traditionelle Medien verbreitet wurden – erreichten die Protestierenden, dass ihre Bewegung transnational sichtbar wurde. Bis heute genießt die senegalesische Bewegung lokal und überregional verhältnismäßig große Aufmerksamkeit in Medien, Politik, Wissenschaft und anderen Protestbewegungen. Mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern kommuniziert sie sowohl über herkömmliche Medien als auch über Kanäle wie Facebook und Twitter. Für letzteres ist eine Social-Media-Managerin zuständig. Darüber hinaus haben die lokalen Gruppen eigene Facebook-Gruppen gegründet, um über ihre Aktivitäten zu informieren. Für die Koordination, Informationsverbreitung und Mobilisierung im Senegal selbst wiederum war die Nutzung von Mobiltelefonen wichtiger als soziale Medien. Nach Angaben der Weltbank besitzen etwa 88 Prozent der senegalesischen Bevölkerung ein Mobiltelefon.

Die Digitalisierung und die daraus entstandenen Räume im Internet wirken sich auch auf die Protestkultur aus. Anders als nach dem Arabischen Frühling postuliert, ist der digitale Raum aber nicht eigenmächtig wirksam. Ein Beispiel dafür war ein öffentlicher Beschwerdebrief mit dem Titel *Mille plaintes contre le gouvernement* (Tausend Beschwerden an die Regierung), den Protestler verfasst hatten. Er war über die Webseite der Bewegung öffentlich einsehbar und konnte dort unterschrieben werden. Beachtung in Medien und Politik fand er jedoch erst, als er symbolisch auf dem Platz des Obeliskens im Zentrum Dakars niedergelegt wurde. Öffentliche Räume lassen sich aufgrund ihrer Begrenztheit besetzen und aneignen. In digitalen oder audiovisuellen Räumen herrscht dagegen ein fortwährender Kampf um Aufmerksamkeit.<sup>37</sup> Die Knappheit territorialer Räume kann durch erhöhte digitale Aufmerksamkeit ausgeglichen werden. Diese kann aber nicht die öffentliche Sichtbarkeit in Hauptstädten ersetzen.

Das Beispiel *Y'en a marre* veranschaulicht, wie lokale Protestbewegungen strategische Entscheidungen im Spannungsfeld von lokalen rechtlichen Bestimmungen, staatlichen Repressionen und digitalem Protestraum treffen. Dauerhafte Medienpräsenz hat die Bewegung mit Hilfe einer Kombination mehrerer Faktoren erzielt. Dazu gehörten Protesttaktiken im urbanen Raum und künstlerische Ausdrucksformen als Alternative zu verbotenen Demonstrationen ebenso wie die Tatsache, dass die Sprecher der Bewegung besondere Popularität genossen. Entscheidender für internationale Reaktionen sind dagegen kritische Zeiträume und die staatliche Politik gegenüber den Protestierenden, vor allem der Grad der Gewalt, mit dem sie Proteste niederschlagen lässt.

<sup>37</sup> Goedart Palm, »Kolonisierung der Rechenräume«, in: ders. (Hg.), *Cyber Medien Wirklichkeit. Virtuelle Welterschließungen*, Hannover 2004, S. 96–112.



Zum Kapitel

[bit.ly/SWP17S17A](https://bit.ly/SWP17S17A)

## Ausblick: Urbane Proteste im digitalen Zeitalter

*Jan Beuerbach / Nadine Godehardt*

Die in dieser Studie versammelten Auseinandersetzungen mit dem »Phänomen Protest« veranschaulichen, wie die Digitalisierung das Protestieren verändert hat. Besonders deutlich wird dies im Vergleich von Claudia Zillas und Philipp Wesches Analyse eines Protests aus der Zeit vor der gesellschaftlichen Etablierung digitaler Medien mit den restlichen fünf Protesten, die alle nach der Gründung der einschlägigen digitalen Plattformen stattfanden. Zwar zeigen sich im Design der Proteste vergleichbare Elemente wie zum Beispiel die Besetzung von Straßen oder öffentlichen Räumen, doch die mittlerweile selbstverständliche und weit verbreitete Nutzung digitaler Medien ist ein Beleg dafür, dass sich in den urbanen Protesten der letzten Jahre neue Formen der politischen Artikulation und Aktion durchgesetzt haben.

Der Zusammenhang von urbanen Räumen, Protesten und Weltpolitik kann ohne den Faktor des Digitalen nicht mehr betrachtet werden. Neben der Wechselwirkung zwischen physischen und digitalen Protestaktionen machen der millionenfache Gebrauch und die universelle Verbreitung digitaler Medien deutlich, wie das Digitale die traditionellen Räume des Politischen immer mehr durchwirkt. Daraus ergibt sich eine ganze Reihe von Herausforderungen für politische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen. Zunächst ist es aufgrund der Parallelität von digitalen und traditionellen politischen Räumen schwierig, in Zeiten des Protests klare Grenzen zwischen verschiedenen Ebenen zu ziehen. Das Ineinandergreifen von mehreren »scales« (z.B. während eines Protests) macht es schwer, die unterschiedlichen politischen Räume zu hierarchisieren. Es scheint vielmehr das Charakteristikum von aktuellen Protestformen zu sein, dass diese Grenzziehungen obsolet werden. Dieser Trend wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass die Zahl der Akteure und Akteurinnen, die aufgrund der Nutzung digitaler Medien politisch aktiv werden können, immer weiter wächst. Protestierende sind zum Beispiel Konsumenten und Konsumentinnen und zugleich Produzenten und Produzentinnen von Informationen, meist ohne die Filterfunktion traditioneller Medien. Social-Media-Plattformen ermöglichen es zudem weiteren Akteursgruppen, am Diskurs teilzunehmen, von der »normalen« Bürgerschaft über Interessensverbände, die Polizei, Journalistinnen und Journalisten bis hin zu (Lokal-)Politikern bzw. Politikerinnen, die oftmals in mehrere Räume gleichzeitig politisch hineinwirken. Einerseits bilden sich so neue gestaltbare digitale Kommunikationsräume heraus, die prinzipiell allen Internetnutzern (inklusive politischen Entscheidungsträgern) offenstehen und transnationale Öffentlichkeiten hervorbringen. Andererseits ist so aber auch jede Information und jedes Ereignis sofort »öffentlich«. Digitale Medien erzeugen



Video

[bit.ly/SWP17S17A1](https://bit.ly/SWP17S17A1)

somit auch einen Druck in Richtung einer ständigen und instantanen Präsenz.<sup>1</sup> Daher ist es äußerst wichtig, Verfahren, Methoden und Plattformen zu entwickeln, um die Myriaden von digitalen Äußerungen zu bündeln, zu erforschen und zu bewerten und damit zu verhindern, dass die emergierenden öffentlichen Diskurse in eine marktschreierische Aufmerksamkeitsökonomie kippen.<sup>2</sup>

Dies lenkt den Blick auf die Architektur von Social-Media-Plattformen. Auch wenn soziale Medien erst durch die von Nutzern und Nutzerinnen erstellten Inhalte Gestalt annehmen, das heißt *in* ihrem Gebrauch entstehen<sup>3</sup>, liegen diesen Plattformen bestimmte software-architektonische Vorgaben zugrunde. Diese bestimmen die Art und Weise des Zugangs, die Kriterien der Vernetzung und die Möglichkeiten des Austauschs. Ob nur 140 Zeichen Text gepostet werden können oder die gesamte Bandbreite digitaler Medienformate genutzt werden kann, hängt ebenso von firmen-seitigen Konfigurationen ab, wie die Entscheidung darüber, welche Daten erhoben und wie sie korreliert werden. Da sich Social-Media-Plattformen, anders als öffentliche (und besetzbare) Plätze in Städten, derzeit ausschließlich in privater Hand transnational agierender Unternehmen befinden<sup>4</sup>, bleiben die architektonischen Vorgaben digitaler Infrastruktur für die Nutzerinnen und Nutzer weitestgehend intransparent und damit unverfügbar – auch dann, wenn sie im Protest zur Herausbildung digitaler Kommunikationsräume genutzt werden. Somit stellt sich die Frage nach der Ausgestaltung dieser neuen Form privatisierter Öffentlichkeit: Die offenen Fragen betreffen nicht nur Aspekte des Datenschutzes, der politischen Regulierung und der nationalen Jurisdiktion in Konfliktfällen, sondern auch die Kontrolle bestimmter Algorithmen, mit denen Plattformen arbeiten. Diese sorgen beispielsweise dafür, dass Nutzerinnen und Nutzer vor allem Inhalte dargeboten bekommen, die den eigenen Präferenzen entsprechen. Dadurch könnte sich der Kommunikationsraum statt zu einer Sphäre des Austauschs zu einem problematisch einseitigen Echoraum entwickeln.<sup>5</sup>

1 Vgl. Byung-Chul Han, *Im Schwarm. Ansichten des Digitalen*, 2. Aufl., Berlin 2014, S. 29–30: »Wird alles sofort öffentlich, so wird die Politik unausweichlich kurzatmig, kurzfristig und verdünnt sich zur Geschwätzigkeit. Die totale Transparenz zwingt der politischen Kommunikation eine Zeitlichkeit auf, die eine langsame, langfristige Planung unmöglich macht. Es ist nicht mehr möglich, Dinge reifen zu lassen.«

2 Vgl. Jürgen Habermas, »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie«, in: ders., *Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI*, Frankfurt a. M. 2008, S. 138–191 (162).

3 Vgl. Stefan Münker, *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*, Frankfurt a.M. 2009, S. 27.

4 Vgl. die Kritik von Walter Siebel, der in Bezug auf die Geschäftsmodelle derzeitiger Social-Media-Plattformen vom »Gegenteil eines öffentlichen Raums« spricht, Walter Siebel, *Die Kultur der Stadt*, Berlin 2015, S. 90–96 (93).

5 Vgl. Michela Del Vicario u.a., »The Spreading of Misinformation Online«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 113 (2016) 3, S. 554–559. Denkbar ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel auch, dass Daten, die im Netz frei verfügbar sind und die Anwender und Anwenderinnen zum größten Teil freiwillig mitteilen, verwendet werden, um einen Algorithmus zu entwickeln, der vorhersagt,

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Firmen, die ihre Plattformen bereitstellen, nicht nur bestimmte Hausregeln für die Nutzung festlegen, sondern Inhalte, die gegen diese Regeln verstoßen, durch sogenannte »commercial content moderation« von Personen überprüfen lassen, um über eine Sperrung zu entscheiden. Sarah T. Roberts erforschte diese meist nach Südasien outgesourcte oder als »microwork« vergütete Arbeit, die in der täglichen Begutachtung pornographischer, rassistischer und gewaltverherrlichender Inhalte besteht, um die Social-Media-Plattformen für ihre Nutzer und Nutzerinnen »sauber« zu halten. Anders als man vermuten mag, ist die Löschung von Inhalten also nicht vollständig automatisierbar, sondern auch das Ergebnis niedrig bezahlter »Handarbeit« mit teilweise drastischen psychischen Belastungen für die jeweiligen Content-Moderatoren und -Moderatorinnen.<sup>6</sup> Daran anknüpfend stellt sich auch die Problematik, in welchem Maße der Staat Kompetenzen der Rechtsdurchsetzung abtritt, wenn die Aufgabe der Strafverfolgung von Falschnachrichten und Hassreden auf private Unternehmen übertragen wird, die ihre Plattformen nach eigenen Kriterien moderieren werden.<sup>7</sup> Andererseits muss auch der Eingriff von Staaten oder staatsnahen Akteuren und Akteurinnen in die digitalen Sphären kritisch reflektiert werden. Dieser reicht potentiell von der Blockade einzelner Webseiten über die Erstellung propagandistischer Inhalte und automatisierter Social-Media-Profile (*social bots*) zur Beeinflussung von Netzdebatten<sup>8</sup> bis zur Überwachung der Internetkommunikation. Gerade weil sich die Möglichkeiten der politischen Artikulation erweitert haben, ist die freiheitliche und gerechte Ausgestaltung dieser neuen Räume der Öffentlichkeit selbst von besonderer politischer Dringlichkeit.

welche Informationen Nutzerinnen und Nutzer sehen möchten, damit sie einen spezifischen Protest unterstützen.

**6** Vgl. Sarah T. Roberts, »Commercial Content Moderation: Digital Laborers' Dirty Work«, in: Safiya Umoja Noble/Brendesha Tynes, *The Intersectional Internet. Race, Sex, Class and Culture Online*, New York 2016, S. 147–160; sowie ihren Vortrag auf der Re:Publica 2016, »Behind the Screen: The People and Politics of Commercial Content Moderation«, 5.2.2016, <<https://re-publica.de/16/session/behind-screen-people-and-politics-commercial-content-moderation>> (Zugriff am 12.7.2017).

**7** Dies ist einer der Kritikpunkte des Bündnisses »Deklaration für die Meinungsfreiheit« aus Internetverbänden, Journalistenverbänden, Verbänden der IT-Branche und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich in Reaktion auf das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) zu einer gemeinsamen Stellungnahme zusammengefunden haben, vgl. <<http://deklaration-fuer-meinungsfreiheit.de/>> (Zugriff am 12.7.2017).

**8** Vgl. Samuel C. Woolley, »Automating Power: Social Bot Interference in Global Politics«, in: *First Monday*, 21 (April 2016) 4. Social-Bot-Netze zu nutzen, ist auch Interessengruppen möglich, denen keine direkte Staatsnähe nachzuweisen ist. Besonders brisant ist, wenn mit diesem Instrument in öffentliche Debatten anderer Länder eingegriffen wird, wie es zuletzt im französischen Wahlkampf durch Akteure (mit Unterstützung von Bot-Netzen) aus der rechtsextremen Szene der USA geschehen ist; vgl. dazu die Analyse des *Digital Forensic Research Lab*, »Hashtag Campaign: #MacronLeaks. Alt-right Attacks Macron in Last Ditch Effort to Sway French Election«, 5.5.2017, <<https://medium.com/dfirlab/hashtag-campaign-macronleaks-4a3fb870c4e8>> (Zugriff am 15.5.2017).

## Anhang: Zur Methode

Nadine Godehardt



Zum Kapitel

[bit.ly/SWP17S17M](https://bit.ly/SWP17S17M)

Für das SWP-Projekt »Urbane Räume, Proteste und Weltpolitik« ist eine eigenständige Vorgehensweise entwickelt worden. Ausgangspunkt für die gewählte Methodik ist die Annahme, dass es global immer mehr gesellschaftliche und politische Phänomene gibt, die viele oder gar alle Arbeitsbereiche der SWP betreffen und daher neue Analyseverfahren und Darstellungsformen erfordern.<sup>1</sup> Themen wie die Zunahme des Populismus und populistischer Bewegungen, die Bedeutung von Emotionen in der internationalen Politik, die Implikationen des »Postfaktischen« oder »Postpolitischen«, die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung und nicht zuletzt auch das Auftreten von Protestbewegungen in urbanen Räumen können nicht mehr ausschließlich singulär betrachtet werden, sondern bei ihrer Analyse müssen viele Ebenen und Perspektiven miteinbezogen werden.

Ziel des Projekts »Urbane Räume, Proteste und Weltpolitik« ist es, diese Vielschichtigkeit am Beispiel des Protests im urbanen Raum aufzuzeigen. Die Methode, die dabei verwendet wird, dient dem Ziel, ein tieferes Verständnis für die unterschiedlichen Praktiken und Kontexte von solchen Protesten zu gewinnen. Es geht also nicht darum, am Ende der hier vorliegenden Studie eine gemeinsame Definition von »urbanen Protesten« zu präsentieren. Vielmehr gilt es herauszufinden, wie sich Proteste im urbanen Raum darstellen, wie (und von wem) sie genutzt oder produziert werden, welche Relevanz dieses Phänomen für die globale Politik hat und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die internationale Politik (und ihre Entscheidungsträger) ergeben.

Das SWP-Projekt »Urbane Räume, Proteste und Weltpolitik« basiert auf einem mehrstufigen Prozess, bei dem die einzelnen Projektphasen idealerweise aufeinander aufbauen. Drei Rahmenbedingungen wurden vorab für das Projekt gesetzt:

- Das Thema war anfangs sehr offen formuliert. Es wurden keine Definitionen von zentralen Begriffen (wie z.B. Raum oder Protest) und auch keine konkretisierte inhaltliche Fragestellung vorgegeben. Diese wissenschaftliche Unvoreingenommenheit ist unabdingbar, wenn man eine explorative und multiperspektivische Herangehensweise an ein neues Thema ermöglichen will.
- Mindestziel des Projekts war das gemeinsame Erstellen einer SWP-Studie. Die Entscheidung darüber, ob und wie eine mögliche Printversion ergänzt werden könnte, wurde den Teilnehmern und Teilnehmerinnen überlassen. Wichtige Bestandteile der Diskussion in der

<sup>1</sup> Angesprochen waren in erster Linie der Forschungsbereich, aber auch die Abteilung Informations- und Wissensmanagement (zum Beispiel bei der Daten- und Faktenrecherche) sowie die Stabstelle Kommunikation der SWP.



ersten Projektphase waren daher die Fragen, welche Inhalte welche Formate notwendig machen und welche Formate Inhalte qualitativ bereichern.

- Das Projekt war freiwillig und offen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Bereiche der SWP.

### Erste Projektphase: SWP-Workshops

In der ersten Projektphase ging es in zwei Workshops darum, den Inhalt und das Format der gemeinsamen Studie genauer zu umreißen. In Anlehnung an Ansätze des »Design Thinking«<sup>2</sup> wurde dabei eine innovative Herangehensweise gewählt. »Design Thinking« setzt darauf, dass die verschiedenen professionellen Hintergründe der Teilnehmenden die Kreativität der Projektgruppe bei der Aufgabe, Ideen zu entwickeln, Fragestellungen zu erarbeiten oder Probleme zu lösen, erhöhen. Im konkreten Fall waren alle Arbeitsbereiche der SWP eingeladen, an dem Projekt mitzuwirken. Bei der Durchführung der Workshops hat dies vor allem dabei geholfen, die institutsinternen Kommunikationsprozesse aufzubrechen. Dieser Effekt wurde zusätzlich dadurch verstärkt, dass die Workshops an einem externen Ort und in einem kreativitätsfördernden Umfeld stattgefunden haben. Außerdem wurden die Workshops durchgehend von einem Kommunikationsdesigner begleitet, der durch verschiedene Visualisierungen (z.B. Zeichnungen, Vorlagen für Collagen etc.) den produktiven Prozess unterstützte. Der erste Workshop wurde ausschließlich, der zweite teilweise von einem externen Moderator geleitet.<sup>3</sup>

Ziel war es, ein Setting zu schaffen, dass die Teilnehmenden ermutigt, sowohl inhaltlich als auch das Format betreffend über »die üblichen Verfahren« hinauszudenken, Ideen ohne Bewertung und Einschränkung zu entwickeln und im Team eine innovative Art der Betrachtung des Themenkomplexes »Urbane Räume, Proteste und internationale Politik« zu ermöglichen.

Im ersten Workshop stand die Gewinnung von (ersten) Erkenntnissen über den Untersuchungsgegenstand im Vordergrund. Es ging vor allem darum, *wie* wir Proteste wahrnehmen (bzw. wahrgenommen haben),<sup>4</sup> sowie um die Frage, *was* das Internationale, Lokale, Räumliche, Mediale und Visuelle an Protesten ist. Der Ablauf des Workshops wechselte zwischen Kreativ- und Strukturphasen, das heißt zwischen Momenten, in denen sich die Teilnehmenden zum Beispiel aktiv in eine Protestsituation

<sup>2</sup> Vgl. zum Beispiel Hester Hilbrecht/Oliver Kempkens, »Design Thinking im Unternehmen – Herausforderung mit Mehrwert«, in: Frank Keuper u.a. (Hg.), *Digitalisierung und Innovation: Planung – Entstehung – Entwicklungsperspektiven*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2013, S. 347–364.

<sup>3</sup> Neben dem Kommunikationsdesigner hat ein externer Soziologe den ersten Workshop moderiert. Idealerweise leiten immer externe Moderatorinnen und Moderatoren solche Workshops, damit auch hinsichtlich der personellen Zusammensetzung Gewohnheiten abgebaut werden. Beim zweiten Workshop musste die Herausgeberin einspringen.

<sup>4</sup> Hier kamen auch aktive und passive Erfahrungen der Teilnehmenden mit Protest zur Sprache.

hineindenken mussten, und Phasen, in denen sie unter anderem erste Ergebnisse der Gruppenarbeit im Plenum und im Hinblick auf mögliche Endprodukte strukturierten. Diese inhaltlichen und auf das Format bezogenen Vorschläge bildeten die Grundlage für den zweiten Workshop, in dem die Kernbausteine für die Endprodukte herausgearbeitet wurden.

Der zweite Workshop bestand aus zwei Teilen. Am Anfang stand eine längere inhaltliche Kreativphase, in der die Teilnehmenden in drei Gruppen jeweils einen spezifischen Zusammenhang zwischen Protest, Raum, Politik und (digitalen) Medien erarbeiteten. Jedes Team hatte eine eigene inhaltliche Aufgabenstellung und sollte aus seiner spezifischen Perspektive eine Geschichte erzählen und diese gleichzeitig visualisieren. Eine Gruppe zeichnete die Entwicklungen eines lokalen Protestes nach, eine weitere den Umgang einer nationalen Regierung mit Protesten in einer fiktiven Hauptstadt und die dritte reflektierte, wie auf eine akute Protest- bzw. Krisensituation in der SWP reagiert wird.<sup>5</sup> In Anlehnung an Erkenntnisse aus der Forschung über Narrative und die Methode des »Storytellings«<sup>6</sup> ging es darum, die Komplexität des Themas zu reduzieren und es zu veranschaulichen, ohne es ausschließlich zu simplifizieren. Für die Erstellung der Collagen wurde den Teams jeweils eine »visuelle Toolbox« zur Verfügung gestellt, in der sie vor allem Bilder von Personen, Orten und Gegenständen fanden, die die Teilnehmenden des ersten Workshops als zentral für den Themenkomplex identifiziert hatten.

Die Collagen sind ein Beispiel dafür, wie Bild und (gesprochener) Text zusammenwirken können. Die Gruppenarbeit unterstrich, dass Visualisierungen, die für sich stehen nicht funktionieren, sondern kontextualisiert werden müssen. Gleichzeitig wurde bei der Erstellung der Collagen deutlich, dass der Prozess einer gezielten Visualisierung einzelne Narrative qualitativ unterstützen kann, aber eben auch nicht muss. Denn vieles ist abhängig von der Geschichte, die am Ende erzählt werden soll. In dieser Phase, die vor allem der Förderung der gedanklichen Flexibilität und Kreativität der Teilnehmenden diente, wurde sichtbar, dass ganz unterschiedliche Fragen zum Verhältnis von Protesten und dem Themenkomplex Politik, Raum und digitale Medialität möglich sind. Die Vielschichtigkeit des Phänomens Protest wurde bereits an dieser Stelle deutlich. Denn eine Gruppe der Teilnehmenden hatte mehr Interesse an der Aneignung des (öffentlichen) Raumes durch Protestierende und/oder Regierende, eine andere an dem Zusammenhang zwischen Protesten im physischen und digitalen Raum sowie an der Bedeutung von digitalen Medien für Proteste.

Im zweiten Teil des zweiten Workshops diskutierte die gesamte Gruppe über Varianten der Darstellung der gemeinsamen Studie, zum Beispiel Formate und mögliche Webanwendungen. Vorgeschlagen wurde zum Beispiel die Einbettung von Bildern, Tweets oder anderer Medieninhalte in

<sup>5</sup> Die Reflexion über die Prozesse in der SWP war vor allem als Grundlage für den zweiten Teil des Workshops wichtig, in dem ausführlicher über mögliche Verknüpfungen zwischen dem Inhalt der Sammelstudie und Formaten der Darstellung diskutiert wurde.

<sup>6</sup> Vgl. Richard Delgado, »Storytelling for Oppositionists and Others: A Plea for Narrative«, in: *Michigan Law Review*, 87 (August 1989) 8, S. 2411–2441.

das traditionelle SWP-Studien-Format;<sup>7</sup> darüber hinaus wurde aber auch die Erstellung einer eigenen Projektwebseite angeregt, die es zum Beispiel ermöglichen würde, die Sammelstudie über einen bestimmten Zeitraum hinweg zu aktualisieren und im Sinne eines »living document« mit weiteren Beiträgen zu ergänzen. Die Teilnehmenden diskutierten vor allem darüber, welche Inhalte überhaupt welche Formate (oder Tools) notwendig machen, wie Formate (oder Tools) Inhalte beeinflussen und wie die Lesbarkeit des Produkts dadurch verbessert werden kann. Den Anlass für diese intensiven Reflexionen bildete die These, dass sich die Gewohnheiten des Lesens fundamental verändert haben. Menschen lesen weniger Gedrucktes, dafür immer mehr auf Bildschirmen. Das klassische lineare Lesen wird abgelöst durch das »Hyperlesen«, mit dem eine kürzere Aufmerksamkeitsspanne verbunden ist.<sup>8</sup> Kennzeichnend für diese Form der Rezeption ist zum Beispiel das Hin- und Herspringen zwischen Online-Suchmaschinen und verschiedenen Webseiten oder Blogs, die man in mehreren Fenstern gleichzeitig verfolgt, oder das Lesen eines verlinkten Textes (»Hypertext«), bei dem der Leser von der einen zur nächsten Webseite klickt.

Am Ende des Workshops hat sich die Gruppe für die Erstellung einer eigenen Projektwebseite ausgesprochen, da die notwendigen Tools im Rahmen einer solchen digitalen Präsenz konkreter auf die Inhalte der Beiträge abgestimmt werden können. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass der Erfolg der Webseite vom Zusammenwirken von Design und Inhalten abhängt – und nicht nur von dem einen *oder* dem anderen.

## Zweite Projektphase: Projektteam

Nach dem Workshop teilte sich das Projektteam in zwei vernetzt arbeitende Teams auf: zum einen die Gruppe der Autorinnen und Autoren und zum anderen eine Gruppe, die an der Umsetzung der Webseite arbeitet. Die Zeit, in der die Autorinnen und Autoren die Beiträge geschrieben haben, hat das »Team Webseite« genutzt, um das Webdesign zu entwickeln.<sup>9</sup> Die Mitglieder des »Teams Webseite« konnten ihre Aufgabe größtenteils autark erfüllen, was darauf zurückzuführen ist, dass sie aus ihrer Mitarbeit in den Workshops wussten, welche inhaltlichen Aspekte für die Studie im Mittelpunkt standen. Die Workshops waren folglich unverzichtbar, um ein ressortübergreifendes Projektteam von Wissenschaftlern und Nichtwissenschaftlern zu formieren, das über einen längeren Zeitraum an

<sup>7</sup> Als beispielhaft hierfür sei die SWP-Studie *#HashtagSolidarities* erwähnt, in der Tweets am Rand des Textes besonders hervorgehoben wurden: Mareike Transfeld/Isabelle Werenfels (Hg.), *#HashtagSolidarities: Twitter Debates and Networks in the MENA Region*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2016 (SWP Research Paper 5/2016).

<sup>8</sup> Siehe dazu ausführlicher Kapitel 3 in N. Katherine Hayles, *How We Think. Digital Media and Contemporary Technogenesis*, Chicago: University of Chicago Press, 2012.

<sup>9</sup> Die finale Webentwicklung übernahm Christoph Schüssler, <<https://herrschuessler.de/>>.

der Erstellung eines gemeinsamen Produkts arbeitet.<sup>10</sup> Die Erfahrung dieser ersten Projektphase hat die Zusammenarbeit zwischen beiden Teams vereinfacht und es den Teilnehmenden erleichtert, sich über das Design der Webseite und die endgültige Auswahl der Tools zu einigen. Im Mittelpunkt der zweiten Projektphase standen dann mehrere Treffen aller Beteiligten zum gegenseitigen Austausch. Bei diesen Gelegenheiten wurden die Autoren und Autorinnen über den neuesten Stand der Webseite und die Nutzungsmöglichkeiten von zum Beispiel Bildern, Videos oder Karten informiert, während das Webseiten-Team sich über den Bedarf der Autoren und Autorinnen an verschiedenen Medien orientieren konnte.

Für die parallele Erstellung der Print- und Webversion mussten einige der etablierten Arbeitsprozesse modifiziert werden. Die Herausforderung bestand vor allem darin, die sonst üblichen Abläufe wegen der projektspezifischen Anforderungen nicht auszuhöhlen oder etwa neu zu erfinden, sondern die verfahrensmäßigen Besonderheiten in die vorhandene Organisationsstruktur der SWP zu integrieren. So hat das »Team Webseite« frühzeitig festgestellt, dass eine eigene projektbezogene Koordinationsstelle geschaffen werden muss, um die Abstimmung zwischen den Autoren und Autorinnen sowie den zuständigen Abteilungen – dem Lektorat (Karten), dem Informations- und Wissensmanagement (Zeitleiste, Recherche visueller Medien) und der Stabstelle Kommunikation (Bild- und Videorechte) – zu optimieren. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass der Prozess von den Anfragen der Autoren über die Recherche und die Aufbereitung der (recherchierten) Daten bis hin zum Einstellen auf der Webseite so reibungslos wie möglich verläuft. Zentrale Voraussetzungen für die Person, die an dieser Schnittstelle arbeitete, waren Kenntnisse in der Anwendung digitaler Methoden und Techniken. Der »Digital Officer« des Projekts musste sich mit der im Internet frei verfügbaren Software auskennen, mit der zum Beispiel Zeitleisten (TimelineJS) oder interaktive Karten (Carto.com) erstellt werden können.<sup>11</sup>

Eine wichtige Erkenntnis aus den Erfahrungen dieses Projekt für die wissenschaftliche Politikberatung<sup>12</sup> ist vor allem die zentrale Bedeutung einer Koordinationsstelle zwischen den Mitwirkenden und dem Support (Informations- und Wissensmanagement, Lektorat und Stabstelle Kommunikation). Das ist zukünftig nicht nur für Projekte dieser Art relevant, die mit der Erstellung einer eigenständigen Webseite einhergehen und insbesondere mit bestimmten Tools operieren, sondern im Grunde immer dann, wenn in einem Forschungsvorhaben auf das Internet als Datenquelle, Forschungsgegenstand oder Forschungsinfrastruktur zurückgegrif-

<sup>10</sup> Dies war besonders wichtig, da der zeitliche Rahmen für das Projekt nicht von Anfang genau definiert werden konnte.

<sup>11</sup> Die Bezeichnung »Digital Officer« ist hier dem Bereich der Wirtschaftsunternehmen entnommen, siehe Tuck Rickards/Kate Smaje/Vik Sohoni, »Transformer in Chief: The New Chief Digital Officer«, *McKinsey&Company* (online), September 2015, <[www.mckinsey.com/business-functions/organization/our-insights/transformer-in-chief-the-new-chief-digital-officer](http://www.mckinsey.com/business-functions/organization/our-insights/transformer-in-chief-the-new-chief-digital-officer)> (Zugriff am 15.2.2017).

<sup>12</sup> Und allgemeiner: für die Sozialwissenschaften insgesamt.

fen wird.<sup>13</sup> Dabei ist es oftmals notwendig, digitale Datenquellen (z.B. Kurznachrichten auf Twitter, Dokumente von internationalen Organisationen) mit Hilfe spezieller Software für die Analyse zugänglich zu machen. Dies ist zum Beispiel bei Text- und Korpusanalysen, Netzwerk- und Bildanalysen oder Visualisierungen der Fall. Die Aufgabe eines Digital Officers besteht folglich vor allem darin, zu erkennen, welche digitalen Methoden (welche Daten und welche Software) zu welcher Forschungsfrage passen. Elementar für den Erfolg der Zusammenarbeit ist hierbei auch, dass diese Person von Beginn an in das Forschungsvorhaben mit eingebunden ist. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch digitale Methoden weiterhin von den Fragen der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen abhängen und nicht zu einem Selbstzweck werden.

## Aufbau, Konzept und Tools der Webseite

*Ilja Sperling*

Die Impulse aus den Workshops hat das »Team Webseite« in einen Katalog von Mindestanforderungen an die multimediale Aufbereitung der Beiträge und in ein Konzept für die Projekt-Webseite überführt. Dabei konnte sich das Team nur bedingt an bekannten Formaten orientieren, da vergleichbare Produkte im Feld der Wissenschafts- und/oder Policy-Kommunikation bisher nur in Ansätzen existieren.<sup>14</sup> Das Team stand also zunächst vor der Herausforderung, aus dem Überangebot an möglichen Medieninhalten und Werkzeugen einen praktikablen Bestand herauszufiltern, ohne das Innovationspotential eines explorativen und zugleich experimentellen Projekts qua Design verfrüht einzuschränken. Gleichzeitig musste es aber auch darauf achten, das anvisierte Format mit den vorhandenen Ressourcen realisierbar und für alle Projektbeteiligten von vornherein greifbar zu machen. Ein weiterer Punkt, den es zudem zu berücksichtigen galt, war die Vereinbarkeit von Print- und Web-Version sowie von Desktop- und Mobile-Format der Studie. Schließlich sollte die Webseite explizit als eine autarke Plattform gestaltet werden, die die Studie einerseits als eigenständiges, lebendiges Dokument präsentiert, sie andererseits aber auch vom Erscheinungsbild her eindeutig als SWP-Produkt<sup>15</sup> identifizierbar macht.

Um die Beiträge zu illustrieren, wurde ein Set von frei verfügbaren Tools ausgewählt, mit denen über elementare audiovisuelle Komponenten (Foto, Audio, Video) hinaus sowohl die räumliche als auch die zeitliche Dimension von Protesten erfasst werden können. Die Tools erfüllen dabei eine

<sup>13</sup> Im Zentrum solcher Projekte stehen, anders gesagt, digitale bzw. digitalisierte Inhalte, die zu Daten werden und mit den entsprechenden Methoden analysiert und präsentiert werden können.

<sup>14</sup> Vgl. Maksymilian Czuperski u.a., *Distract – Deceive – Destroy: Putin at War in Syria*, Washington, D.C.: The Atlantic Council, April 2016, <<http://publications.atlanticcouncil.org/distract-deceive-destroy/>> (Zugriff am 1.3.2017).

<sup>15</sup> Gemeint sind damit nicht nur die äußere Darstellung in Form des SWP-Corporate-Designs, sondern auch die für SWP-Publikationen spezifischen inhaltlichen Qualitätsmerkmale.

doppelte Funktion: Zum einen können mit ihrer Hilfe quantifizierbare Befunde und komplexe Protestverläufe ansprechend visualisiert werden. Die Werkzeuge erweitern dadurch die textliche Darstellung um zusätzliche Informationen und Dimensionen. Zum anderen dienen die Tools selbst einer Vertiefung der Analyse, beispielsweise in der Form dynamischer Karten von Raum-Zeit-Zusammenhängen, die im Fließtext nicht ohne weiteres erkennbar werden. Desgleichen dienen die Zeitleisten einerseits als komprimierte Zusammenfassungen des beschriebenen Geschehens. Zugleich können sie gerade bei mehrschichtigen, ereignisdichten Verläufen durch die synoptische Präsentation auch zur Exploration eingesetzt werden, indem eine interaktive Benutzeroberfläche die eigenständige Erkundung der Ereignisse quer zum Zeitverlauf ermöglicht.

Das Konzept wurde anschließend von einem externen Webentwickler in einem ersten Entwurf so umgesetzt, dass es nur noch minimaler kosmetischer Anpassungen bedurfte.<sup>16</sup> In einem Musterbeitrag wurden dann alle angedachten Medieninhalte und Tools beispielhaft angewandt und die Erfahrungen in einem Leitfaden dokumentiert, der fortan allen Projektbeteiligten als Anleitung zur Verfügung stand. Letztlich gestaltete sich das in den Workshops initiierte Wechselspiel zwischen den Inhalten und der Webpräsentation, für die jeweils getrennte Teams zuständig waren, ganz im Sinne des »Design Thinking« als innovationsfördernd. Durch die ressortübergreifende Vernetzung von »Kommunikationspraktikerinnen« und »Kommunikationspraktikern«, der wissenschaftlichen Projektleiterin, des Informationsmanagements sowie eines externen Webentwicklers ist ein neuartiges, hochwertiges und beliebig erweiterbares Produkt entstanden.

<sup>16</sup> Der Webentwickler wurde gleich ab der ersten Konzept-Sitzung vom »Team Webseite« einbezogen und hat auch mit eigenen Gestaltungsideen maßgeblich zur Qualität der Projekt-Webseite beitragen. Durch seine frühzeitige Einbindung war es von Anfang an möglich, sich sowohl über die Projekt-Absicht als auch über die Grenzen des technisch Möglichen zielführend zu verständigen.

## Abkürzungen

ACLED	Armed Conflict Location and Events Dataset
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung; Türkei)
AVK	Allgemeiner Volkskongress (Jemen)
CARU	Comisión Administradora del Río Uruguay
DCSSA	Database of the Constitutions of Sub-Saharan Africa
EU	Europäische Union
GKR	Golfkooperationsrat
IBB	İstanbul Büyükşehir Belediyesi (Istanbul Metropolitan Municipality)
IFC	International Finance Corporation
IGH	Internationaler Gerichtshof
LGBTI	Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender, Intersexual
LUCHA	Lutte pour le Changement
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
NDK	Nationale Dialogkonferenz (Jemen)
NGO	Non-Governmental Organization
OCLP	Occupy Central with Love and Peace
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
TOKİ	Toplu Konut İdaresi Başkanlığı (Türkei)
UN	United Nations
UNOWA	United Nations Office for West Africa
WTO	World Trade Organization

## **Die Autorinnen und Autoren**

JAN BEUERBACH

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Kulturwissenschaften,  
Forschungsbereich Kulturphilosophie, Universität Leipzig

NADINE GODEHARDT

Stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Asien

GITTA LAUSTER

Persönliche Referentin des Direktors

JOHANNES THIMM

Stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Amerika

MAREIKE TRANSFELD

Doktorandin an der Berlin Graduate School Muslim Cultures  
and Societies an der Freien Universität Berlin

PHILIPP WESCHE

Forschungsassistent der Forschungsgruppe Amerika

NINA-KATHRIN WIENKOOP

Promotionsstipendiatin am Zentrum für Demokratieforschung (ZDEMO)  
an der Leuphana-Universität Lüneburg

CLAUDIA ZILLA

Leiterin der Forschungsgruppe Amerika